

# VISCOUNT D'ABERNON

EIN BOTSCHAFTER DER ZEITWENDE

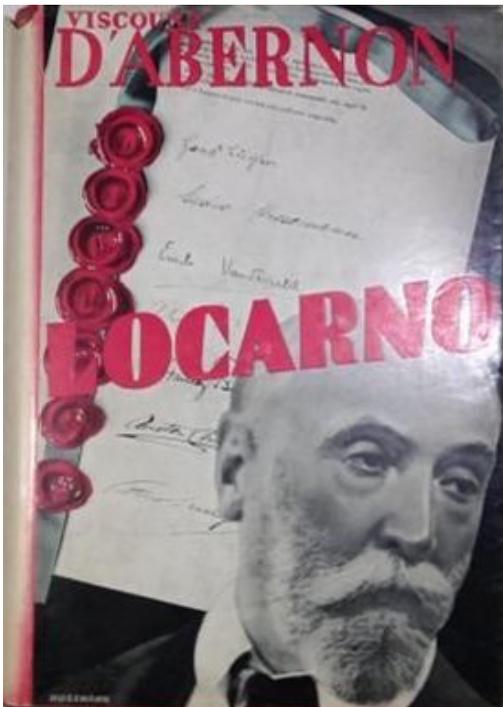
## MEMOIREN

BAND III:

LOCARNO (1924-1926)

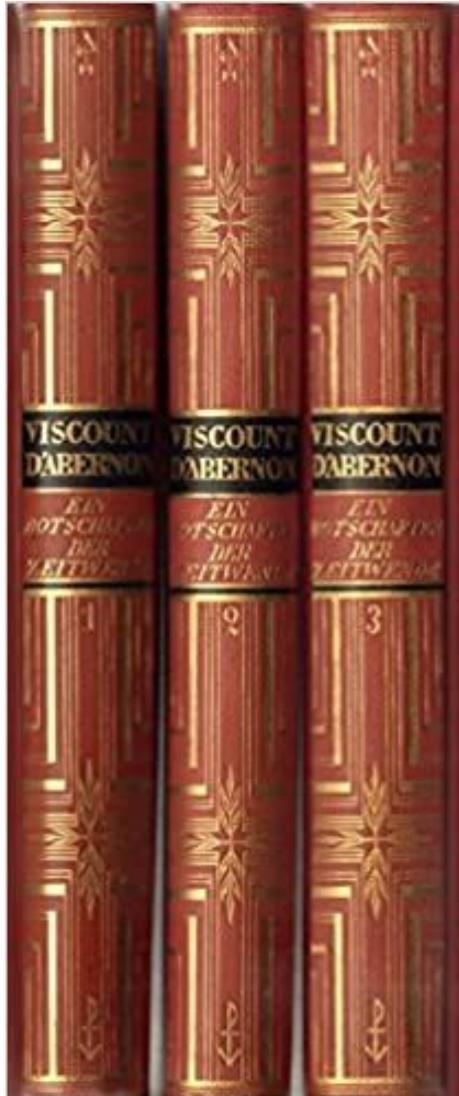
EINZIGE AUTORISIERTE AUSGABE

DEUTSCH VON ANTONINA VALLENTIN



---

PAUL LIST VERLAG / LEIPZIG



ALLE RECHTE VORBEHALTEN  
PRINTED IN GERMANY  
DRUCK DER SPAMERSCHEN BUCHDRUCKEREI IN LEIPZIG

# INHALT

Einführung zu Band III .....	9
Bildnisse der Zeitgenossen.....	19
Stresemann – Austen Chamberlain – Carl von Schubert – Ramsay Macdonald.	

## Tagebuch

Kapitel I: Januar – Februar 1924.....	45
Besuch in Fürstenstein – Betrachtungen des tschechoslowakischen Gesandten – Botschaftsempfang für den Reichspräsidenten – Kühlmann über die Ereignisse im Juli 1914 – Fortschritt der Währungsreform – Maltzan und die Anerkennung der Sowjets durch England – Die beiden Ausschüsse der Reparationskommission – Begegnung mit Dawes – General Hoffmann über den Hitlerputsch – Aphorismen über die Reparationsfrage.	
Kapitel II: Februar – Juni 1924 . . . . .	69
Englands neuer Premierminister – Stresemann über die politische Zukunft Deutschlands – Besuch in London – Der amerikanische Botschafter über Reparationen – Kühlmanns Kriegserinnerungen – Der Kaiser in Doorn – Der Tod des tschechoslowakischen Gesandten – Der Premierminister über die gegenwärtige Lage – Stresemann und die öffentliche Meinung – Der Kronprinz in Potsdam – Stresemanns Stellung gefährdet – Maltzan über die Sicherheitsfrage.	
Kapitel III: Juni – September 1924 .....	93
Graf Kessler über seine Vortragsreise in Amerika – Deutschland und das Micum- Abkommen – Deutschlands Antwort auf die Note der Kontrollkommission – Ramsay Macdonalds Besuch in Paris – Der Kaiser und der Kronprinz – Die Abfahrt der deutschen Delegation nach London – Der amerikanische Staatssekretär in Berlin – Der Gegensatz zwischen dem Auswärtigen Amt und der öffentlichen Meinung – Der französische Botschafter über die Sicherheitsfrage – Die Annahme des Dawesberichts bei der Londoner Konferenz – Der Eindruck in Berlin – Finanzielle und politische Entspannung.	

## INHALT

Kapitel IV: September – November 1924.....	113
Der Eindruck des Londoner Paktes in Berlin – Ein Frühstück bei einem Journalisten – Wien im August 1914 – Stresemann und Ramsay Macdonald – Die Debatte im Unterhaus – Das Foreign Office und der Handelsvertrag – Das Wunder der Mark – Die Unterzeichnung des Handelsvertrages.	
Kapitel V: November 1924 – Januar 1925.....	135
Chamberlain über den Handelsvertrag – Frühstück mit Winston Churchill, dem neuen Schatzkanzler – Die englische Presse über den Handelsvertrag – Deutschlands künftige Regierung – Schubert über die Sicherheitsfrage – Eine Auseinandersetzung über die Entwaffnung – Die Bildung des neuen Kabinetts in Deutschland – Eine wichtige deutsche Note über den Nichtangriffspakt – Der neue Reichskanzler Dr. Luther.	
Kapitel VI: Januar Februar 1925.....	150
Eine historische deutsche Initiative: Der erste Entwurf des späteren Locarnovertages – Der neue Friedenspakt im Vergleich zu dem Friedensangebot von 1922 – Cassel über den Dawesplan – Stresemann über die Möglichkeit eines Handelsvertrages – Die deutsche Presse über die Sicherheitsfrage – Luthers Rede vor der Auslandspresse – Der kühle Empfang des deutschen Angebotes in London – Chamberlains Kritik an Luther – Die günstige Aufnahme des deutschen Friedenspaktes in Frankreich – Herriots Verschwiegenheit – Luther über die deutsche Aussenpolitik.	
Kapitel VII: Februar – März 1925 .....	167
Der zweite Entwurf des Friedenspaktes wird in Paris unterbreitet – Die veränderte englische Haltung gegenüber dem deutschen Angebot – Dreiecksverhandlungen zwischen Paris, Berlin und London – Ein Gespräch über den Kaiser – Bismarck nach dem Tode seiner Frau – Stresemanns Enttäuschung über die Aufnahme des Sicherheitsangebotes – Deutschland und der Völkerbund – Der Reichskanzler über Deutschlands Stellung in Genf – Der Tod Lord Curzons – Chamberlains Rede in Genf – Ein Sachverständiger über den polnischen Korridor – Augustus John malt das Porträt Stresemanns – Das Aufleben des Sicherheitsangebotes.	
Kapitel VIII: März – Juni 1925.....	184
Chamberlains Begeisterung über den deutschen Vorschlag – Englands politische Alternative – Wirths Auffassung der Lage – Brandenburgs Geschichte der Vorkriegsverhandlungen – Eine Antwort Briands auf die deutsche Initiative – Deutschlands Bereitschaft, den Gaskrieg abzuschaffen – Die entschlossene Haltung Mussolinis.	

Kapitel IX: Juni – August 1925 .....	202
Chamberlain über die gegenseitige Sicherheit – Die Gefahr eines Kontinentalblocks – Das Stocken der Verhandlungen über das Sicherheitsangebot – Die günstige Aufnahme der Briand-Note – Besuch amerikanischer und britischer Bankdirektoren bei Schacht – Die deutsche Antwort auf die französische Note – Der Vorschlag einer Juristenkonferenz – Die Möglichkeit der Ausdehnung des Sicherheitspaktes auf den Ärmelkanal.	
Kapitel X: August – Oktober 1925 .....	219
Günstiges Ergebnis der Ruhräumung – Ratifizierung des Handelsvertrages durch den Reichstag – Eine Besserung der allgemeinen Lage – Stresemanns und Luthers Atempause – Interessante Berichte des britischen Vertreters in Moskau – Deutsche und französische Haltung in Genf – Die Abfahrt der deutschen Delegation nach Locarno – Die Unterzeichnung des Locarnovertrages – Chamberlains Einfluss – Diplomatische Beziehungen.	
Kapitel XI: Oktober – Dezember 1925 .....	230
Ein Prozess in Russland – Neues über Tschitscherin – Ein Frühstück bei dem Führer der Deutschnationalen – Die russische Opposition gegen Locarno – Schubert über Locarno – Deutsche Zweifel an der Sicherheit – Chamberlains diplomatisches Geschick – Schubert über die überwundenen Schwierigkeiten – Ein interessanter Empfang in London.	
Kapitel XII: Dezember 1925 – Februar 1926 .....	251
Übersetzungsschwierigkeiten bei der Londoner Konferenz: Holstein-Briefe – Die Ratifizierung Locarnos – Deutschlands Gesuch um Aufnahme in den Völkerbund – Schacht über die finanzielle Sicherheit – Stresemann über die gegenwärtige Lage – Schubert über Elsass-Lothringen – Berliner Besuch des Generalsekretärs des Völkerbundes.	
Kapitel XIII: Februar – März 1926 .....	263
Die schwedische Opposition gegen die Vermehrung der Ratsitze im Völkerbund – Die Abfahrt der deutschen Delegation nach Genf – Polen und der Völkerbund – Fehlschlag in Genf – Stresemanns Abneigung gegen Genf – Nachwirkung von Rapallo.	
Kapitel XIV: März – April 1926 .....	283
Ein Abend in Theaterkreisen – Kunst geht vor Brot – Mein Demissionsgesuch – Locarno als Wendepunkt – Ein neues deutsch-russisches Abkommen – Ein neuer polnisch-rumänischer Vertrag – Eine Erklärung der Haltung Brasiliens in Genf – Chamberlain über das deutsch-russische Abkommen.	

Kapitel XV: April – Oktober 1926 .....	293
<p>Die allgemeine Lage in Berlin – Einstimmiger Beschluss des Auswärtigen Ausschusses – Eine Begegnung mit Sudermann – Stresemanns Ansichten über die Lage – Ein Essen bei Abe Bailey – Eine Unterredung mit Winston – Die Schwierigkeiten des deutschen Eintritts in den Völkerbund – Die notwendige Basis für eine vernünftige Regelung mit Deutschland – Der Auswärtige Ausschuss über Locarno – Ein Telegramm Stresemanns über Locarno – Schuberts Bericht über die Genfer Tagung – Das Frühstück in Thoiry – Deutschlands Eintritt in den Völkerbund – Vergleich zwischen Locarno und den früheren englisch-deutschen Verhandlungen – Eduard VII. und England – Freundschaftsbeweise – Abfahrt aus Berlin.</p>	
Das Schlussprotokoll von Locarno .....	314
Der deutsch-englische Handelsvertrag . . . . .	327
Namen-Register zu Band I/III.....	342



## EINFÜHRUNG ZU BAND III

Wenn Band I und II meines Buches ein wahres Bild der Lage zu übermitteln vermochten, muss der Leser aus den bisherigen Schilderungen den Eindruck bekommen haben, dass im Dezember 1923 eine unmittelbare Gefahr den deutschen Staat bedrohte. Die Gefahren und Schwierigkeiten des vorangegangenen Zeitraums waren so gross, dass sie unentzerrbar schienen und zu einem nicht allzu fernen Zeitpunkt zum Zusammenbruch oder Zerfall führen mussten. Die Jahre 1921 bis 1922 waren wie eine steigende Flut der Gefahr. Im Jahre 1923 wurde der Höhepunkt erreicht. Irgendeine grundlegende Veränderung in Gebietsverhältnissen und staatlichem Bestand schien unvermeidlich.

Es wimmelte in Berlin von pessimistischen Prognosen, die nach einer objektiven Prüfung der Lage gerechtfertigt schienen. Selbst diejenigen, die die Widerstandsfähigkeit und die im Wesen des deutschen Volkes liegende Kraft kannten, zweifelten an der Möglichkeit seines Aufkommens. Die Verbindung eines Drucks von aussen mit einem Zerfall im Innern schien unvermeidlich.

Wie war die Lage, als eine blasse, nördliche Sonne über den schneebedeckten, windgefedten Strassen von Berlin am 1. Januar 1924 aufstieg? Die Aussichten waren so trostlos, dass man voller Unruhe in die Zukunft sah.

Von dem Gebiet, das dem Reich im Versailler Vertrag überlassen wurde, war noch ein grosser Teil der rheinischen Bezirke von fremden Truppen besetzt. Dies entsprach den Bestimmungen des Vertrages als

einer Garantie für die Reparationszahlungen, und Deutschland hatte rechtlich keinen Grund zur Klage. Aber nachdem bisher ein so geringer Fortschritt in der Regelung der Reparationsfrage erzielt worden war, besass man keinerlei Gewissheit, dass diese Besetzung zu dem ursprünglich vorgesehenen Datum, das heisst 1935, beendet sein würde. Sie konnte in der Tat bis zur völligen Auszahlung der Reparationen verlängert werden.

Ein noch ernsthafteres Problem lastete auf den Seelen der Deutschen. Neben dem Gebiet, das nach den vertraglichen Bestimmungen unter alliierter Besetzung stand, war ein Jahr lang eine noch reichere, lebensnotwendigere Provinz von französischen und belgischen Truppen besetzt worden. Man hatte sich der Industrie dieses Bezirkes, der wichtigsten in Deutschland, mit Waffengewalt bemächtigt. Die Bergwerke und Fabriken arbeiteten unter fremden Leitern, die fremde Bajonette aufgezungen hatten. Die Männer, die sich zu arbeiten weigerten, wurden entweder ins Gefängnis geworfen oder verbannt; die Betriebsleiter, die sich den fremden Massnahmen nicht fügen wollten, wurden bestraft oder verhaftet; die Industriegewinne wurden beschlagnahmt und die Erzeugnisse zur Erhöhung der Prosperität der Konkurrenzfirmen im Auslande verwandt. Das gesamte Gebiet war vom übrigen Deutschland durch eine äusserst strenge Zollsperrung abgeschnitten, die nur durch gelegentlichen Schmuggel gemildert wurde.

War unter solchen Umständen überhaupt eine Hoffnung auf Besserung vorhanden?

Ausserdem hatten einige Wochen vorher die Finanzen des Reiches eine Krise ohnegleichen zu überstehen. Die Währung war auf ein Billionstel ihres ursprünglichen Wertes gefallen und hatte fast jede Kaufkraft eingebüsst. Alle Schuldenzahlungen wurden eingestellt. Der Staat, der sich das Geld rückzahlbar in der alten Währung geborgt hatte, begriff den Vorteil der vollkommenen Wertlosigkeit der gegenwärtigen Währungseinheit, um sich seinen Verpflichtungen durch Zahlungen in entwertetem Papiergeld zu entziehen. Private Schuldner folgten seinem



Beispiel. Alle Gläubiger und alle Besitzer von Staatspapieren mussten sich die Zahlungsverweigerung einer Gesamtschuld von 10 Millionen Pfund Sterling gefallen lassen. Die Schaffung eines solchen Präzedenz-falles schien zu jener Zeit nicht nur eine vorübergehend verhängnisvolle Wirkung auf den öffentlichen Kredit und die Sparfreudigkeit auszuüben, sondern auch für alle Zeiten das wirtschaftliche Vertrauen erschüttert zu haben.

Eine dritte Gefahr tauchte am Horizont auf: der Separatismus wurde wieder lebendig. Im Rheinland, in der Pfalz, in Bayern, in Sachsen hatte man in den vorangegangenen Monaten Demonstrationen, Aufstände, Putsche und Strassenkämpfe erlebt, lauter Beweise der Spaltwirkung mächtiger Kräfte, die entweder von fremden Agitatoren oder den auf den Umsturz hinarbeitenden Rechtsradikalen in Bewegung gesetzt wurden. Obwohl das Reich bisher jeden einzelnen Versuch unterdrücken konnte, erweckte die Häufigkeit dieser Unruhen, ihr wachsendes Umsichgreifen, die Sympathie, der sie sich im Ausland erfreuten, die ausbleibende Missbilligung im Inland die grösste Sorge bei den aufmerksamen Beobachtern der Lage. Ein Gift, dessen Wirkung sich an so vielen Stellen des Volkskörpers bemerkbar machte, konnte zur grössten Gefahr werden und bildete selbst im günstigsten Falle ein ernsthaftes Hindernis der Gesundung.

Welche Kräfte konnte Deutschland diesem gewaltigen Aufmarsch an wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Unruhen entgegensetzen? Auf den ersten Blick schienen sie nicht sehr beträchtlich.

Das Ministerium galt als schwach. Stresemann war im August und September Reichskanzler gewesen und hatte die Verantwortung für die grosse Entscheidung des Verzichts auf den passiven Widerstand übernommen.

Man erwartete damals, dass die Aufgabe einer feindseligen Haltung Deutschlands zu einer Besserung der Verhältnisse im Ruhrgebiet und einer Erleichterung der Besetzung führen würde. Diese Erwartungen

wurden getäuscht. Die Herrschaft an der Ruhr wurde mit der ganzen Strenge aufrechterhalten. Französische Truppen besetzten weiter alle wichtigen Städte, eine Zollschranke trennte noch immer die Ruhr von Deutschland und wurde für eine Vorbereitung zu einer eventuellen Einbeziehung dieses Gebietes in eine französische Zollunion gehalten. Poincaré weigerte sich, über die Räumung zu verhandeln, solange nicht die Reparationsfrage erledigt oder durch Übergabe produktiver Pfänder eine Sicherheit gestellt wurde. Der fehlgeschlagene Versuch der Erzielung von Gegenleistungen für die Aufgabe des passiven Widerstandes führte zum Sturz des ersten Stresemannkabinetts. Er wurde durch Marx ersetzt, behielt jedoch das Ministerium des Auswärtigen in den Händen.

Dieses Kabinett konnte mit keiner festen Mehrheit im Reichstag rechnen und hatte auch keine festen Richtlinien, weder in der auswärtigen, noch in der inneren Politik. War die Reichsführung den schweren Umständen gewachsen? Sie schien zu schwach, um einer so gefährlichen Krise Herr werden zu können.

Zu jenem Zeitpunkt hätte ein unparteiischer Beobachter mit genauer Kenntnis der Sachlage einschneidende Veränderungen prophezeit – verfassungsmässige Änderungen oder teilweisen Zerfall. Als die französischen Truppen am 11. Januar 1923 in Essen einmarschierten, war das Volk bereits erschöpft und entmutigt durch vier Jahre fruchtlosen Kampfes, und eine Verschärfung der vorangegangenen Prüfungen erschütterte die neue Verfassung der Republik bis in ihre Grundfesten.

Aber nun trat eine Wendung ein. Die Leistung übertraf die Erwartung. Sofort nach seiner Bildung ist es dem Kabinett gelungen, ein Heilmittel für die tödlichste Krankheit des Staates, die unbeschreibliche Unordnung der Finanzen, zu finden. Das zurückkehrende Vertrauen in die Währung war der erste Lichtschimmer in der Nacht des zimbrischen Dunkels.

In drei Monaten dämmerte die Morgenröte einer finanziellen Gesundung über Deutschland auf. Helfferich fand einen Talisman – fand ihn

und starb. Luther und Schacht übernahmen die Aufgabe. Der kleine Bürgermeister von Essen, der trotz seines Pessimismus den Mut nicht verloren hatte, wurde ins Finanzministerium berufen. Er kam aus dem Herzen des besetzten Bezirkes und war sich dessen bewusst, dass mit dem Verlust der Ruhr Deutschlands Verhängnis besiegelt wäre. Er beschloss, das Ruhrgebiet zu befreien. Zögernde Kollegen und eine beunruhigte Öffentlichkeit wurden gezwungen, sich seiner finanziellen Strenge zu beugen. Starre Sparsamkeit und strenge Währungskontrolle, das waren die beiden Grundsätze, an denen er festhielt. Als Schacht die Führung der Reichsbank übernahm, kam theoretisches Wissen dem gesunden Menschenverstand zu Hilfe. Dieser Zweiklang trug den Sieg davon.

Zuerst wurde die Besserung nur auf finanziellem Gebiete durchgeführt. So bedeutungsvoll dies auch war, genügte es noch nicht. In der diplomatischen Lage war noch keine Klärung ersichtlich. Die Franzosen hielten noch das Ruhrpfand fest und stellten Bedingungen für die Räumung, die keine deutsche Regierung in Betracht ziehen konnte, ohne sofort gestürzt zu werden. Kein Ausweg, keine Lösungsmöglichkeit schien vorhanden zu sein. Monatelang wurde kein Fortschritt, oder nur ein ganz geringer, erzielt.

Als schliesslich eine Lösung gefunden wurde, kam sie nicht aus Deutschland, sondern aus Frankreich. Die deutsche Regierung tat sehr wenig, um eine Lösung herbeizuführen. Sie vermied es nur, sich zu ergeben oder Selbstmord zu begehen. Der Urteilsspruch der französischen Wählerschaft rettete die Lage. Im Mai wurde Poincaré gestürzt.

Unter einer neuen französischen Regierung kam eine Milderung und eine erträgliche Lösung. Ein Moratorium erleichterte die deutschen Finanzschwierigkeiten, eine Anleihe half in der dringendsten Not. Das Ruhrgebiet wurde geräumt. Die deutsche Industrie nahm den Betrieb wieder auf. Gegen Ende des Jahres wurde eine grosse Veränderung ersichtlich. Der Kontrast zwischen dem 1. Januar 1924 und dem 1. Januar

1925 ist von dramatischer Grösse. An Stelle der zusammengeballten Wolken der Forderungen und des Zerfalls der Schimmer eines anbrechenden Morgens, das Versprechen eines helleren Tages. Ungeheure Schwierigkeiten wurden bewältigt, die Währung wurde auf eine gesunde Basis gestellt, die Reparationsfrage geregelt, die Ruhr geräumt.

Aber die wesentliche Frage der Sicherheit blieb noch unangetastet. Solange dieses Problem ungelöst war, mussten alle Erfolge unsicher und vergänglich sein. Was damals geschah, konnte sich wiederholen. Mit oder ohne Grund, mit oder ohne Berechtigung konnten französische Truppen wieder deutsches Gebiet besetzen, fremde Behörden konnten wieder beschlagnahmen und bestrafen, die deutschen Staatsbürger ins Gefängnis oder in die Verbannung schicken.

Falls die letzte Ursache des vorangegangenen Gewaltaktes nichts als Angst war, wie man behauptete, konnte dann nicht die Wurzel der Feindseligkeit selbst ausgerottet werden? Wenn die vernünftigen Ursachen der Furcht von beiden Seiten behoben wären, würde auch das stärkste Motiv des Misstrauens und der gegenseitigen Verdächtigung verschwinden. Eine Vereinbarung, die die Ängste beschwichtigen und Vertrauen erwecken könnte, schien im Rahmen der Möglichkeiten menschlicher Erfindungsgabe zu liegen.

Das war die Aufgabe, vor die sich die Staatsmänner zu Anfang des Jahres 1925 gestellt sahen. In jenem Augenblick hat keiner eine schnelle Lösung erwartet. Nachdem das verhältnismässig leichtere Problem der Reparationen und der Entwaffnung sich durch Jahre unfruchtbarer Erörterungen geschleppt hatte, wie konnte da die wesentlichere Frage der Sicherheit in einem kürzeren Zeitraum zu einem internationalen Abkommen führen? Vorsichtige Staatsmänner befürworteten sogar das Hinausschieben ihrer Erörterung, weil sie die möglichen Ausdehnungen fürchteten und vor den Leidenschaften zurückschreckten, die damit aufgewirbelt werden könnten.

Im Lauf der Ereignisse haben sich jedoch diese Ängste als übertrie-

ben erwiesen. Wenn ich auf diese Verhandlungen nach einer Zwischenzeit von vier Jahren zurückblicke, wundere ich mich noch immer, dass ein so günstiges Ergebnis erzielt werden konnte. Der Gedanke eines Friedenspaktes, der die Grenzen sowohl Frankreichs wie Deutschlands sicherstellte, war zwar nicht neu, da er schon zu Anfang des Jahres 1922 auftauchte, aber gerade die Tatsache, dass er wiederholt vorgebracht worden war, um von Frankreich kurzerhand ohne nähere Prüfung abgelehnt zu werden, wie es auch in Cannes der Fall war, hat die Lage besonders erschwert. Deshalb war im Januar 1925 die öffentliche Meinung sowohl in Deutschland wie in Frankreich auf eine so verblüffende Wendung wie den deutschen Schritt nicht im Geringsten vorbereitet.

Noch ein anderer Grund sprach gegen den Erfolg der Verhandlungen, und zwar der Umstand, dass von den drei voraussichtlichen Signatarmächten, England, Frankreich und Deutschland, die Vertreter der beiden ersten im Innersten ihres Herzens diesen Gedanken ablehnten und einen entgegengesetzten Plan – dem ihre ganze Liebe galt – befürworteten, nämlich den Defensivpakt gegen Deutschland. Sogar in Deutschland selbst war man durchaus nicht sicher, dass sich eine Mehrheit für den Verzicht aller Ansprüche auf Elsass-Lothringen finden würde, und doch war es ohne Konzessionen dieser Art unmöglich, den Schutz der deutschen Grenzen zu erlangen.

Der 10. Januar 1925 sollte in goldenen Buchstaben in die Geschichte des Nachkriegseuropas eingezeichnet werden, denn an diesem Tage hat die deutsche Regierung den ersten Entwurf des vorgeschlagenen Paktes in London unterbreitet. Der Vorschlag war absichtlich in eine Form gekleidet, die einer voraussichtlichen Ablehnung die Spitze nehmen sollte. Und in der Tat liess die Ablehnung nicht lange auf sich warten. Man hatte es vermieden, die britische Regierung vor die Alternative einer Annahme oder Ablehnung des vorgeschlagenen Paktes zu stellen. Sie wurde bloss um Rat gebeten, welche Form die geeignetste wäre, um den alliierten Mächten einen solchen deutschen Vorschlag zu unterbrei-

ten. Aber selbst in dieser unschuldig milden Verkleidung fand der Vorschlag eine so kühle Aufnahme in London, dass er beinahe auf der Stelle umgebracht wurde. Das Foreign Office wies darauf hin, dass eine so bedeutsame Frage nicht mit einem Alliierten allein erörtert werden könne, ohne den anderen davon in Kenntnis zu setzen. Chamberlain war direkt verstimmt über die Tatsache, dass man zuerst an ihn allein herantrat, denn er betrachtete diesen Schritt als einen Versuch, ihn in seiner Treue zu Frankreich wankend zu machen. Die deutsche Regierung war enttäuscht, dass ein Vorschlag, den sie als so günstig für die Gegenseite betrachtete, keine wärmere Aufnahme fand. In der Wilhelmstrasse tauchten ernste Bedenken auf, ob es geraten sei, den Plan weiterzubetreiben. Es wurde dort von mancher Seite befürwortet, ihn sofort fallen zu lassen. Man fürchtete, dass der Stresemann-Plan von 1925 keine bessere Behandlung bei den Alliierten finden würde als der Cuno-Plan von 1922. Glücklicherweise gewann der mutigere und weisere Rat die Oberhand, und in den ersten Februartagen kam man zu dem Entschluss, der französischen Regierung eine ähnliche Mitteilung zu machen, wie sie am 20. Januar an das Londoner Kabinett gerichtet worden war. Aber diesmal war es nicht mehr eine Bitte um Rat, wie ein solcher Plan zu unterbreiten wäre. Es war ein offizieller Vorschlag, in entsprechende Form gekleidet.

Nun geschah es, dass der deutsche Botschafter in Paris, der die Mitteilung weiterzuleiten hatte, erkrankt war. Deshalb wurde der erste Sekretär damit beauftragt, Herriot den Text der Note vom 9. Februar zu übermitteln. Die Abwesenheit des Botschafters nahm die Möglichkeit einer Auseinandersetzung und beschränkte, vielleicht glücklicherweise, die Unterredung auf die bloße Übermittlung des schriftlichen Dokuments.

Der unmittelbare Lauf der Ereignisse ist bis jetzt noch nicht genau bekannt. Die breite Öffentlichkeit hatte damals überhaupt keine Ahnung, dass sich ein Vorgang von solcher Bedeutung abspielte. Wenn man einmal zur Veröffentlichung der französischen Quellen über die

Geheimgeschichte dieses Zeitraums schreiten wird, werden wir mit aller Sicherheit erfahren, was sich damals ereignet hat. Im Augenblick ist es wahrscheinlich richtiger, die Neugier nicht zu weit zu treiben, sondern der Vorsehung dafür zu danken, dass sie im gegebenen Moment einschritt, um die gewohnte Allwissenheit und das Enthüllungsbedürfnis der Presse einzudämmen. Denn es unterliegt keinem Zweifel, dass, wenn Anfang Februar der Wortlaut der deutschen Note bekannt geworden wäre, die verfrühte Bekanntgabe das Schicksal der Verhandlungen besiegelt und die Aussicht auf einen erfolgreichen Abschluss vereitelt hätte.

Sensationelle Veröffentlichungen blieben zuerst aus. Allmählich begannen Gerüchte durchzusickern, aber erst nach einer geraumen Weile, und die Öffentlichkeit akklimatisierte sich allmählich an die Tatsache einer wichtigen Verhandlung. Als zwei Monate später der genaue Wortlaut der deutschen Note veröffentlicht wurde, hatte sich bereits eine solche Atmosphäre gebildet, dass er kein Erstaunen mehr erweckte. Die Empörung beschränkte sich auf Nationalisten und Unbelehrbare. Die Opposition dieser Kreise war unvermeidlich, und sie begleitete den Vorschlag nicht nur in seinem Anfangsstadium, sondern bis zur Unterzeichnung des Locarno-Vertrages am 16. Oktober. Im Laufe der folgenden Monate hatte es oft den Anschein, als ob das Treiben der Opposition einen erfolgreichen Abschluss vereiteln würde. Bis zum Tage der Unterzeichnung prophezeiten die Diplomaten fast einstimmig den Fehlschlag des Sicherheitsangebotes. Wenn die Staatsmänner ihre heimlichsten Gedanken niedergeschrieben hätten, wären sie wahrscheinlich von den Ereignissen ebenso widerlegt worden, wie die Diplomaten in ihren Erwartungen. Selbst in Berlin, wo die öffentliche Meinung im grossen Ganzen sich weniger ablehnend verhielt, überwogen fraglos die Zweifel an der Möglichkeit einer Verständigung.

Es musste in der Tat Ausserordentliches an Geschicklichkeit und Begabung aller drei beteiligten Aussenminister aufgeboten werden, um zum Erfolg zu führen. Chamberlain, Stresemann und Briand wurde –

und mit Recht – höchste Anerkennung gezollt, aber bei aller Würdigung ihrer Verdienste darf die Arbeit nicht unterschätzt werden, die andere, wie z.B. Schubert und die juristischen Berater der Aussenministerien aller drei Länder, geleistet haben. Der Zusammenkunft der Minister ging eine Konferenz der hervorragendsten Juristen voraus, deren unvoreingenommener Sachlichkeit und geschickter Abfassung der Texte ein gut Teil des endgültigen Erfolges zu verdanken ist.

Die volle Einschätzung der Verdienste aller beteiligten Persönlichkeiten wird keineswegs durch die Tatsache gemindert, dass, meiner Ansicht nach – die, wie ich hoffe, nicht als eine Herabwürdigung des grossen Ereignisses aufgefasst werden wird –, Locarno der erstaunlichste Glücksfall war, den die Geschichte kennt, in dem Sinne, dass seine segensreiche Auswirkung alle sich daran knüpfenden Erwartungen übertraf.

Ich habe schon im Anfang meiner Ausführungen darauf hingewiesen, dass im Augenblick, als die Verhandlungen begannen, und eigentlich auch noch viel später, die Wahrscheinlichkeit des Erfolges sehr gering war. Es muss noch der eine Umstand hinzugerechnet werden, dass die öffentliche Meinung sowohl in Frankreich wie in Deutschland weit hinter der fortschrittlichen Gesinnung der Unterhändler zurückblieb, die letzten Endes den Erfolg entschied. Wenn man den Vertrag von Locarno mit dem Vertrag von Versailles vergleicht, fällt einem der starke Kontrast zwischen der geistigen Entgiftung auf, die die Beschlüsse von Locarno kennzeichnet, und der Atmosphäre der Vergeltung, die in Versailles der richtigen Erkenntnis im Wege stand. Dabei entsprach im Jahre 1925 die Stimmung der breiten Öffentlichkeit viel eher Versailles als Locarno, sicherlich in Frankreich, wahrscheinlich in Deutschland, und auch in manchen massgebenden Kreisen in England. Locarno war ein Bruch mit der Tradition und bedeutete einen fast gewaltsamen Schritt zur Beschwichtigung eines jahrhundertealten Hasses. Es ist leichter, zu loben als zu erklären, leichter, dankbar zu sein als zu ver-



stehen, wie die Anfangsgefahren vermieden wurden. Andere mögen zu einem späteren Zeitpunkt die Ereignisse ausführlicher beschreiben, als ich es getan habe, aber ich zweifle, ob irgendein authentischer Bericht die Schlussfolgerung erschüttern kann, dass der Vorschlag, der zu Locarno führte, wie durch ein Wunder seine gefährdete Kindheit überlebte.

Von den drei grossen Ereignissen, auf die sich dieser Band erstreckt – die Dawesregelung im Jahre 1924, das Locarnoabkommen im Jahre 1925 und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund im Jahre 1926 – war das grösste Locarno. Dawes legte den Grundstein, Genf krönte das Gebäude, aber die wesentliche Arbeit wurde im September 1925 in dem jetzt historischen Städtchen an den italienischen Seen geleistet. Locarno rührte an die Einbildungskraft der Menschen – Locarno ist daher das Hauptthema des vorliegenden Bandes.

## BILDNISSE DER ZEITGENOSSEN

### STRESEMANN

Es ist für mich schwer, eine abgewogene, kritische Schilderung Stresemanns zu geben. Ich stand dem Mann zu nahe, kannte ihn zu gut, hing zu sehr an ihm. Sechs Jahre lang kamen wir fast täglich in Berührung, entweder durch persönliche Unterredungen oder durch Mittelspersonen, und ich glaube, dass es noch nie zwei Menschen in ähnlichen Stellungen gegeben hat, die offener zueinander waren und sich so wenig Zwang im Austausch von Anregungen oder kritischen Einwänden auferlegten.

Der erste Eindruck, den man von Stresemann bekam, war der, dass er der Bruder von Winston Churchill sein könnte. Dieselbe Gestalt – Haar, Haut und Augen fast von derselben Farbe und im Temperament und geistigen Habitus von einer verblüffenden Ähnlichkeit.

Beide geistreich, kühn, verantwortungsfreudig, beide bereit, sich über vieles hinwegzusetzen – bei beiden eine betonte Vorliebe für alles, was nicht in den Rahmen herkömmlicher beruflicher Auffassung fällt. Man braucht nur Stresemanns Meinung über das Beamtentum mit der Meinung Winstons über höhere Offiziere und Generäle zu vergleichen – die einen würden dabei nicht besser wegkommen als die anderen. Es waren selbstverständlich auch kleinere Unterschiede zwischen den beiden vorhanden. Winstons Stimme ist weich, lispelnd, durch einen leisen Sprachfehler behindert, während Stresemanns Organ klar und metallisch war und manchmal als hart und rauh bezeichnet wurde. Sein Geist war nicht weniger klar und metallisch als seine Stimme – keine Halbtöne, keine verschwommenen Umrisse.

Der Unterschied zwischen der englischen und der deutschen Art des Sprechens in öffentlichen Versammlungen ist so gross, dass ein Vergleich zwischen der oratorischen Leistung eines Deutschen und eines Engländers sehr schwierig wird. Die allgemein übliche deutsche Methode hat die Förmlichkeit einer Kundgebung, die englische die Unbeswertheit einer Aussprache. Aber Stresemanns – wie auch Winstons – eigentliche Stärke war weniger die Darlegung als die Erwiderung – und in der Widerlegung war er geistreich, geschickt und meisterte vollkommen die Waffe der Ironie.

Vom rein Oratorischen abgesehen besass Stresemann wesentliche Eigenschaften, die noch schwerer ins Gewicht fielen. Selbst der erbittertste Gegner konnte nicht seine Konsequenz und seinen Mut leugnen. Wie man auch zu seiner Politik stehen mag, man muss ihm zubilligen, dass er sie seit 1923 bis zu seinem Tode im Oktober 1929 unentwegt verfolgte, ohne sich auch nur im Geringsten von seinem Weg abbringen zu lassen.

Bei der Schilderung der Stresemannschen Wesensart zwingt sich mir unwillkürlich, so paradox es auch klingen mag, die Ähnlichkeit mit einem gewissen Typus der griechischen Welt auf, die mich schon immer verblüffte. Er war in einer auffallenden Weise frei von jedem Aberglauben und besass eine sehr betonte Unmittelbarkeit, die einer vollkomme-

nen Unfähigkeit der Selbsttäuschung entsprang. Ausserdem lag eine gewisse humanistische Einstellung in allem, was er unternahm. Er fasste das Leben auf, wie es wirklich war und nicht, als was es gelten konnte. Er liebte es um seines wahren Wertes willen; er liebte auch den Erfolg, weil er ihm die Macht gab und die Anerkennung seiner Zeitgenossen. Sein Hang zum Idealisieren richtete sich auf die Alltagsdinge. Falls es zutrifft, dass die Griechen eine ausserordentlich wache Freude am Lebensgenuss, am Essen und Trinken besaßen, so hatte Stresemann das griechische Temperament. In der Fähigkeit des Genusses einfacher Lebensfreuden kam ihm keiner gleich. Er hätte sicherlich Gefallen an jener Gestalt des Aristophanes gefunden, dem Mann, der sich rühmt, dass er aus dem Krüge trank, wenn der Sklave den Becher zerbrach.

Aber nicht nur in dem Genuss der kleinen Dinge des Lebens kam Stresemann dem griechischen Typus nahe, sondern auch in der Klarheit seiner Erkenntnis – ich hätte fast gesagt in seiner Unduldsamkeit gegenüber aller Heuchelei oder allem, was nach Humbug aussah. Falsche Vorstellungen haben nie sein Lebensbild getrübt.

Meine eigentliche Freundschaft mit Stresemann begann im Jahre 1921. Ich hatte ihn schon vorher getroffen, aber wir tauschten damals nur die üblichen Höflichkeitsphrasen aus. Während einer der zahlreichen Krisen, die sich zwischen Berlin und den westlichen Hauptstädten in den auf Versailles folgenden Jahren abspielten, kam Stresemann in die britische Botschaft – als Vertreter einer wichtigen parlamentarischen Fraktion – mit vier Fragen, deren Beantwortung er verlangte. Diese Fragen waren so scharf und präzise gestellt, dass ich vollkommen unfähig war, sie selbst zu beantworten. Als ich ihm versprach, nach London zu telegraphieren, um Klarheit über die Ansichten der britischen Regierung zu bekommen, erwartete ich eigentlich von den offiziellen Stellen eine ausweichende Antwort oder eine zurückweisende Bemerkung, dass es sich mit dem diplomatischen Brauch kaum verträge, so tief schürfende Fragen zu stellen. Ein glücklicher Zufall wollte es je-

doch, dass Curzon, der damals das Foreign Office leitete, das geschriebene und das gesprochene Wort ebensogut meisterte wie Stresemann und ebensowenig wie er die Neigung besass, sich hinter Schweigen oder Ausflüchten zu verschanzen. Und so geschah es, dass wir eine bestimmte Antwort auf die vier Fragen bekamen, und dass jener Vorfall der Ausgangspunkt meiner Freundschaft mit Stresemann wurde. Sobald er die Überzeugung gewann, dass wir in unserer Politik uns vom guten Glauben leiten liessen, sobald er erkannte, dass wir nicht versuchten, Deutschland in seiner unterdrückten Lage zu halten, sondern uns um die Sicherstellung des europäischen Friedens auf einer dauerhaften Basis mühten, wurde seine ganze Haltung von dem Wunsche nach freundschaftlicher Zusammenarbeit bestimmt. Es gehörte zu seiner offenen, jedem Zwang feindlichen Art, dass er die Situation unumwunden darlegte, seine eigenen Schwierigkeiten auseinandersetzte und rückhaltlos über den Ursprung seiner Zweifel oder seines Zögerns sprach, sooft in ihm Zweifel auftauchten – obwohl er eigentlich sehr selten zögerte oder sich über etwas im Unklaren war.

Die schwerste Entscheidung, die Stresemann wohl je zu fällen hatte, fiel in den Herbst des Jahres 1923, als er den passiven Widerstand abbrechen musste, mit dem Deutschland auf die französische Ruhrbesetzung geantwortet hatte. Die Notwendigkeit des Verzichts stand ausser Frage; der passive Widerstand musste abgebrochen werden; nicht, weil der Wille zur Abwehr sich als unzureichend erwiesen hatte, sondern weil einfach die Mittel ausgegangen waren. Das Papiergeld, mit dem die deutsche Regierung die Bergarbeiter vom 11. Januar 1923 bis zum September des gleichen Jahres unterstützt hatte, war derart im Kurs gefallen, dass es seinen Zweck nicht mehr erfüllen konnte. Deutschland war gezwungen, sich zu ergeben. Es fragte sich nur, ob es durch seine Unterwerfung eine Erleichterung der unhaltbaren Wirtschaftslage herbeiführen würde, die das gesamte industrielle Leben des Landes bedrohte. Stresemann, der damals Reichskanzler war, sah sich vor die Ent-

scheidung gestellt – er fasste den Entschluss schweren Herzens, aber doch mit einer gewissen Hoffnung, dass sich alles zum Besten wenden werde. Er fand sich jedoch in seinen Erwartungen getäuscht. Poincaré blieb unerbittlich, Frankreich behielt nach wie vor die volle Herrschaft über die Ruhrindustrie. Die Enttäuschung in Deutschland war so gross, dass sie den Sturz des Stresemann-Kabinetts herbeiführte. Trotz des Fehlschlags seiner Politik behielt Stresemann das Aussenministerium bei und blieb noch immer das einflussreichste Mitglied der Regierung.

Obwohl es ihm nicht gelungen war, Poincaré zu Zugeständnissen zu bewegen, trat Stresemann auch jetzt noch für eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich unter erfüllbaren Bedingungen ein; er wollte jedoch nicht mit Frankreich allein verhandeln, England sollte an allen Besprechungen teilnehmen; er wollte es um jeden Preis vermeiden, die Verbindung mit England durch ein Sichhinwegsetzen über englische Interessen zu gefährden.

Im Hinblick auf das Rheinland und die Pfalz erklärte Stresemann immer wieder, Deutschland sei bereit, auf jede Nutzbarmachung dieser Gebiete für militärische Zwecke im Krieg oder Frieden zu verzichten – falls Frankreich eine entsprechende Verpflichtung eingehen würde.

Ich entsinne mich einer Unterredung mit Stresemann im März 1924, in der eine merkwürdige Seite seines Charakters zutage trat. Er stellte mir plötzlich die Frage: «Tragen sich denn die Engländer mit dem Gedanken an einen neuen Krieg?» Als ich verneinend antwortete, sagte er: «Ich will Ihnen etwas Seltsames erzählen. X. von der Deutschen Bank – ein durchaus ernsthafter Geschäftsmann – sagte mir neulich, er komme gerade von zwei befreundeten Offizieren, die eine Wahrsagerin aufgesucht hatten. Als sie sie fragten, was die Zukunft ihnen vorbehalte, antwortete sie: ‚1927 treten Sie wieder ins Heer ein, um einen neuen Feldzug mitzumachen/ Auf den Einwand: ‚Mit dem einen Krieg, den wir erlebten, haben wir für unser ganzes Leben genügt, gab die Wahrsa-

gerin zurück: ‚Dass wieder Krieg kommt und Sie ihn mitmachen werden, ist ebenso gewiss wie dass Ihr Kind in diesem Augenblick tot ist/ Die Offiziere kehrten in ihr Hotel zurück, und dort fand einer von ihnen ein Telegramm aus München vor mit der Nachricht, dass sein Kind von einem Auto überfahren und getötet worden sei.›

In den ersten Monaten des Jahres 1925, als die Verhandlungen über den Friedensvertrag zum erstenmal praktisch in Angriff genommen wurden, fürchtete Stresemann, es würde schwieriger sein, mit dem damaligen französischen Ministerpräsidenten Herriot ein Abkommen zu schliessen als mit Briand oder Loucheur, weil Herriot als Linksradikaler auf grösseren Widerstand von rechts stossen würde. Er sagte mir: «In Deutschland liegt der Fall ganz ähnlich. Ich kann mit den deutschnationalen Ministern, die ich endlich zum Eintritt in die Regierung bewogen habe, viel leichter ein annehmbares Abkommen mit den alliierten Mächten schliessen, als es den Sozialisten gelingen würde. Niemand wollte mir glauben, dass ich nur aus Gründen der Verständigung die Mitwirkung der Deutschnationalen suchte; jetzt erst erkennt man, dass ich aufrichtig war, denn die Ereignisse haben mir recht gegeben. Ich konnte auf diese Weise viel mehr für die Sache der Verständigung tun als die Sozialisten, mit denen die Franzosen ständig weiter gegen mich intrigieren.»

Stresemann zweifelte nie daran, dass Deutschland mit allen seinen Kräften versuchen werde, den Dawesplan durchzuführen. Er mass eine grosse Bedeutung der amerikanischen Finanzhilfe zu und berücksichtigte besonders die Ratschläge amerikanischer Finanzleute. Man kann sagen, dass er in seiner Politik entschieden westlich und nicht östlich orientiert war. Er glaubte jedoch, dass es töricht für Deutschland wäre, die Verbindung mit Moskau fallen zu lassen, falls es dafür nicht wirklich einen greifbaren und dauernden Gewinn im Westen davontragen sollte. Aber wenn die Weisen einst aus dem Morgenlande kamen, müssen die Reichen, die Geld zu vergeben haben, jetzt im Abendland gesucht werden.

Im Hinblick auf Polen ist es fraglich, ob Stresemann so recht an die Möglichkeit einer Verständigung glaubte. Frankreichs Politik ging immer dahin, dem polnischen Bündnis zu vertrauen. Jedoch Polen zu unterstützen, bedeutete, sich Russland unbedingt zu verfeinden, und Russland würde bestimmt früher oder später einmal wieder als ein Faktor auf der europäischen Bühne auftauchen. In dieser Parteinahme für Polen sah er die wahre Ursache der Niederlage Napoleons, denn dessen Unterstützung der polnischen Befreiungsversuche trug ihm die Feindschaft der Mächte ein, die seinen Sturz herbeiführten. Ähnliche Argumente könnten auch heute geltend gemacht werden. Weder Russland unter den heutigen Umständen noch Polen (zu irgendeiner Zeit) konnten ernsthaft als Bundesgenossen Deutschlands in Betracht kommen.

In diesen Gedankengängen bewegte sich die Politik Stresemanns in den Jahren 1925/26. Ob er den hier entwickelten Ideen bis zu seinem Ende treu blieb, ob er ihnen auf die Dauer treu geblieben wäre, lässt sich nicht sagen. Sein rastlos bewegter Geist war dauernd in Entwicklung begriffen. Er hatte keine Spur von stahlharter Unwandelbarkeit. Seine grosse Anpassungsfähigkeit war allen Forderungen der Stunde gewachsen.

Ich möchte hier ein auffallendes Beispiel seiner leichten Auffassungsgabe anführen. In den Monaten, die Locarno vorangingen, wollte es der Zufall, dass Augustus John, der Skizzen einiger prominenter Persönlichkeiten in Deutschland malen wollte, nach Berlin kam, und in der britischen Botschaft wohnte. Es lag ihm ganz besonders daran, ein Bildnis Stresemanns zu malen, da er einen sehr starken Eindruck von der Lebhaftigkeit seines Ausdrucks und der Energie, die aus allen seinen Bewegungen sprach und sich seiner ganzen Art des Sprechens aufprägte, bekam. Stresemann erklärte sich gern dazu bereit und versprach mir, Augustus John einige Sitzungen zu gewähren. Nachdem Augustus John das Porträt begonnen hatte, kam ich auf den Gedanken, dass diese Sitzungen eine günstige Gelegenheit bieten könnten, um mit Stresemann die in den deutschen Noten vom 20. Januar und 10. Februar ent-

haltenen Möglichkeiten ausführlich zu besprechen.

Augustus John verstand kein Wort Deutsch, so dass die Unterredungen zwischen mir und Stresemann geführt werden konnten, als ob wir unter vier Augen wären. Der Vorteil, den mir diese Gelegenheit im Vergleich zu den gewöhnlichen Unterredungen mit Stresemann bot, lag in der Tatsache, dass er als Modell zum Stillsitzen gezwungen war, während es mir bei unseren anderen Unterredungen immer schwer fiel, meine Gedanken entsprechend darzulegen, denn seine lebhaftere Intelligenz und seine gewaltige dialektische Sicherheit führten fast immer dazu, dass der Monolog Oberhand über das Zwiegespräch gewann. Bei den Sitzungen zu seinem Porträt musste er sich trotz seiner ganzen Lebhaftigkeit eine gewisse Zurückhaltung auferlegen, denn die Rücksichtnahme auf den Künstler zwang ihn zum Schweigen und zur Unbeweglichkeit, und vielleicht auch zu einer grösseren Aufmerksamkeit.

Die Dinge nahmen ihren geplanten Verlauf. Nach den ersten Sätzen, in denen ich das Thema der internationalen Verständigung berührte, wollte Stresemann sofort seine eigenen Einwände geltend machen, die weder sehr zustimmend noch sehr knapp gefasst gewesen wären, wenn er sie ohne jede Zurückhaltung vorgebracht hätte. Aber hier griff Augustus John ein und machte seine künstlerische Autorität geltend. Auf diese Weise gelang es mir, mit der mühsamen Darlegung meiner eigenen Gedankengänge fortzufahren, ohne eine Unterbrechung befürchten zu müssen.

Da ich von Natur aus die Gabe der Darstellung nur in einem geringen Masse besitze und ausserdem bloss über einen beschränkten Wortschatz deutscher technischer Ausdrücke verfüge, war für mich die Knebelung durch den Künstler von grösstem Wert. Ohne den mit seiner Palette und seinen Pinseln bewaffneten Augustus John wären die Möglichkeiten eines fruchtbaren Gedankenaustausches viel geringer gewesen. Zu dem ihm ungewohnten Schweigen auf die oben geschilderte Weise verur-



teilt, arbeitete Stresemanns Auffassungsgabe so schnell, dass er alle wesentlichen Punkte im Fluge aufgriff und mit einer ebensolchen Schnelligkeit zu Ende dachte.

Unter den Eigenschaften, die er in den nun folgenden Verhandlungen entwickelte, war wohl am bemerkenswertesten sein persönlicher Mut. Im Laufe des ganzen Jahres 1925 lief er dauernd Gefahr, einer Mörderkugel zum Opfer zu fallen, und es hätte sich damals wohl kaum eine Versicherungsgesellschaft gefunden, die das Risiko einer Lebenspolice für ihn übernommen hätte.

Bei dem Rückblick auf die Jahre 1920 bis 1926, das heisst die Jahre, die von der Hassstimmung der Nachkriegszeit zu dem friedlichen Hafen von Locarno führten, drängt sich einem unwillkürlich die Frage auf, welchem der Staatsmänner Europas das grösste Verdienst an dem geleisteten Werke zukommt. Wie die Leser meines Tagebuches wissen, habe ich die grösste Meinung von Briand und seinen Leistungen für die Sache des Friedens. Aber wenn man den Wert eines Verdienstes an den Schwierigkeiten misst, die entstanden wären, wenn der Betreffende sich nicht für die Sache eingesetzt hätte, so hat Stresemann vielleicht Anspruch auf eine noch höhere Einschätzung. Er lief eine grössere Gefahr bei der Durchführung seiner Politik und war weit mehr dazu geeignet, die öffentliche Meinung in seinem eigenen Lande zu beeinflussen als Briand in Frankreich oder Chamberlain in England. Seine Wirkungsmöglichkeit geht auf einen ganz einfachen Grund zurück. Er gehörte seinem Temperament, seiner bisherigen Entwicklung und Haltung nach in das andere Lager. Wenn er für den Frieden eintrat, dann mussten ganz besondere Gründe ins Gewicht fallen.

Stresemann begann seine Laufbahn als ein Student vom vollblütigen Typus des Mitglieds schlagender Verbindungen, als ein militanter und aggressiver Nationalist. Während des Krieges war er Befürworter der stärksten, kriegerischsten Massnahmen – Gegner jeder Verpflichtung zur Wiedergabe Belgiens, Verfechter des Unterseebootkrieges und er-

bitterter Kritiker aller Verhandlungen, die zu einem seiner Ansicht nach verfrühten Frieden führen könnten. Diese Vergangenheit sicherte ihm eine ganz besondere Stellung bei den Deutschnationalen (der Partei, von der am meisten die Opposition gegen die Friedenspolitik zu fürchten war). Die von ihm vorgeschlagenen Massnahmen mochten ihnen verhasst sein. Seine Konzessionen konnten sie als gefährlich und entwürdigend bezeichnen, aber sie konnten ihn nicht mit der gleichen Heftigkeit angreifen, mit der sie dieselbe Politik bekämpft hätten, wenn ein sozialistischer oder katholischer Minister für sie verantwortlich gewesen wäre. Seine allgemeine Orientierung glich zu sehr der ihrigen. Er war dem Prinzip nicht untreu geworden. Es müssen zwingende Gründe sein, die einen solchen Mann auf den Weg der Verständigung geführt haben.

Die Beziehungen Stresemanns zu seinen früheren Freunden auf der Rechten und dem rechten Flügel des Zentrums waren sehr eigenartig und dauernd im Schwanken begriffen. Eine Zeitlang arbeitete er mit ihnen zusammen, und dann wurden sie wieder eine Zeitlang zu seinen heftigsten Gegnern. Obwohl er ihnen gefühlsmässig in seiner Parteinahme für die Hohenzollern nahestand, wich er von ihnen ab in seiner Bereitschaft, Richtlinien zu verfolgen, die er als politisch notwendig betrachtete. Stresemann war bereit, mit jeder Partei zusammenzuarbeiten, die die Durchführung seiner Politik sicherte, mit den Deutschnationalen auf der einen oder den Sozialisten auf der anderen Seite. Er konnte weder bei den einen noch bei den anderen auf eine dauernde Unterstützung rechnen. Er fand sie nicht einmal bei den eigenen Leuten der Volkspartei, die in verschiedene Abteilungen und Unterabteilungen zerfiel. Um daher die erforderliche Mehrheit zur Durchführung der ihm notwendig scheinenden Massnahmen zu bekommen, musste er bei jeder Gelegenheit eine fast vom Zufall abhängige Mehrheit zusammenbringen, wie er sie gerade fand.

Was war das wesentliche Ziel seiner Politik? Die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich auf eine Basis zu stellen, die die Be-

friedung Europas ermöglichen würde. Solange die Furcht vor einem deutschen Angriff in Frankreich vorhanden war, solange Deutschland die Gefahr einer bewaffneten Invasion Frankreichs lief, solange es durch eine Wiederholung des Ruhreinmarsches bedroht sein konnte, war jede grosszügige Politik europäischer Befriedung unmöglich. Wenn die öffentliche Meinung in Deutschland und Frankreich nicht mehr durch die Gefahren beunruhigt wäre, die jedem Lande von der anderen Seite des Rheins her drohen konnten, würde alles leichter werden. Das war das Ziel, das Stresemann am deutlichsten vorschwebte. Den ersten Schritt sah er klar vor sich. Sobald er einmal getan war, würde die internationale Politik ins Gleichgewicht kommen und manches andere noch in das Bereich des Möglichen rücken.

Es wurde als der Triumph der Stresemannschen Laufbahn bezeichnet, dass er nach dem Erfolg von Locarno die Revision des Dawesplanes im Haag durchsetzte. Ich habe immer Locarno für das weit bedeutendere der beiden Ergebnisse gehalten. Ich zweifelte sogar, ob es klug war, die Revision des Dawesplanes zu einem so frühen Zeitpunkt herbeizuführen, und meine Zweifel fanden sich durch die Tatsache bestärkt, dass die Verhandlungen über den Youngplan fraglos den Tod Stresemanns beschleunigt haben. Welche finanziellen Vorteile können den Verlust ausgleichen, den der Tod eines solchen Mannes für Deutschland und Europa bedeutet? Der Wert von Locarno dagegen erscheint mir unbestritten. Im Jahre 1925 änderte sich im Laufe von wenigen Wochen das europäische Barometer von Sturm auf schön Wetter, und während es seither von Zeit zu Zeit schwankte, ist es nie wieder auf das bedrohliche Niveau gesunken, auf dem es sich in den Jahren vor 1925 dauernd hielt.

Die letzten Lebensjahre Stresemanns waren durch Krankheit beschattet, die hauptsächlich der Überarbeitung im Interesse seines Landes und im Interesse des Friedens entsprang. Ein anderer wäre bei einem so zerrütteten Gesundheitszustand viele Monate vor der endgültigen Katastrophe zusammengebrochen, aber ihn hielten der unerschütterliche Wille und die starke Vitali-

tät aufrecht. Er war ausserdem in seinem Familienleben besonders vom Glück begünstigt. Zwei Söhne, Anfang zwanzig, beide gut aussehend, intelligent und künstlerisch begabt – einer von ihnen sogar eine Art musikalischen Genies –, eine Frau, jung wirkend wie ihre eigenen Söhne und eine der bezauberndsten Erscheinungen der Berliner Gesellschaft, brachten in das Familienleben eine Atmosphäre der Freude hinein, die das Heim zu einer Anregung und zu einem Ruhehafen zugleich machte. Wenn Stresemann auch älter aussah als die drei anderen Familienmitglieder, genoss er doch das Leben mit einer so ungebrochenen Freude wie das jüngste von ihnen. Er kostete seine eigene Begabung aus, seine starke Resonanzfähigkeit, seine einzigartige Eigenschaft klaren Durchdenkens und klarer Gedankenformung. Er war stolz auf sein Deutschtum, noch stolzer darauf, ein Landsmann Goethes zu sein. Wunderbar bewandert in der deutschen Literatur, konnte er wortwörtlich lange Absätze sowohl aus Gedichten wie aus Prosaschriften zitieren. Er ging sogar über die Grenze seiner eigenen Sprache hinaus, denn er zitierte auch Shakespeare sowohl auf Deutsch wie auf Englisch. Zu der Liebe für die Literatur kam die Freude an allen guten Dingen des Lebens hinzu; guter Wein, gute Musik wurden von ihm bis zum letzten ausgekostet. Seine Genussfähigkeit war von keinerlei Zweifel beschattet, ob der Weg, den er verfolgte, der richtige war. Er war immer richtig und immer unvermeidlich. Er sagte einmal, er habe keine einzige Tat seines Lebens bedauert – sein einziges Bedauern gelte den Glücksmöglichkeiten, die er versäumte oder unterliess. In erster Linie genoss er den Erfolg seiner eigenen Politik und war berechtigterweise stolz auf die Dienste, die er seinem Land geleistet hatte, und die grosse politische Stellung, die er sich errang.

Obwohl Stresemanns Leistungen letzten Endes die allgemeine Anerkennung fanden, dauerte es sehr lange, bevor er das öffentliche Vertrauen gewann. Er war eigentlich einer derjenigen, die eher Bewunderung als Vertrauen erwecken. Seine Fähigkeit, sich Feinde zu machen, war ganz ausserordentlich. Warum, lässt sich schwer sagen. Vielleicht

war sein Geist zu beweglich, um den Eindruck der Zuverlässigkeit zu vermitteln. Vielleicht waren seine Ausdrucksmöglichkeiten zu gut und zu klingend, seine Äusserungen zu geistreich, um massvoll und überlegt zu wirken.

Von Stresemann kann man nicht sagen, dass er die Vorteile seiner Mängel besass, sondern dass es gerade seine guten Eigenschaften waren, geistige Beweglichkeit, Klarheit und Entschlossenheit, die ihm den unverdienten Ruf von Charakterfehlern einbrachten, von denen er vollkommen frei war – Voreiligkeit und Mangel an Überzeugung. Gerade der Mangel an Überzeugungskraft kann ihm am wenigsten zur Last gelegt werden, denn er hielt zäh an einem einmal errungenen Glauben fest, selbst wenn er nicht nur unbequem, sondern auch höchst gefährlich für ihn selbst war.

Wenn man Stresemann mit den anderen deutschen Staatsmännern der letzten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts vergleicht, darf man nicht vergessen, dass Bismarck und Bülow militärische Kraft und militärisches Prestige zur Verfügung standen. Stresemann fehlte diese Stütze vollkommen, ebenso wie die hohe Stellung und die soziale Geltung. Wenn man seine Leistung wertet, muss man sich der grundlegenden Unterschiede des Ausgangspunktes selbst bewusst sein. Stresemann kann es für sich in Anspruch nehmen, dass er Deutschland aus der Lage eines besiegten und entwaffneten Feindes in die eines diplomatisch ebenbürtigen Volkes hob, ihm alle Rücksichten, die einer Grossmacht zukommen, sicherte und eine internationale Garantie zum Schutz seiner Grenzen verschaffte. Dies in wenigen Jahren, in denen er im Amt war, vollbracht zu haben, ohne Unterstützung einer Waffennacht, ist eine Leistung, würdig der besten Namen, die in dem grossen Buch des Ruhmes verzeichnet sind. Stresemann liess Deutschland unendlich viel stärker und Europa unverhältnismässig viel Friedlichem zurück, als es im Jahre 1923 war, zu der Zeit, als er das Steuer in seine Hände nahm. Dieses Endergebnis ist umso bemerkenswerter, als Stresemann seinem Wesen nach kein Pazifist war, – man kann sogar sagen,

dass noch nie eine so grosszügige Friedensarbeit von einem so kriegsgerischn gesinnten Leiter der Staatsgeschicke geleistet worden ist.

Als einer, der ihn in den schwierigsten Zeiten seines Lebens kannte, der seinen Triumph über die grossen Widerstände im Inlande und Auslande miterlebte, kann ich mit vollem Recht behaupten, dass Deutschland nie einen klügeren und mutigeren Ratgeber besessen hat.

### AUSTEN CHAMBERLAIN

Die Basis der Politik Austen Chamberlains während der ersten Monate seiner Amtstätigkeit im Foreign Office war die engste Allianz mit Frankreich. Seine Bewunderung für Frankreich brachte er in jeder seiner Reden zum Ausdruck; keine andere Grossmacht – ja selbst kein Dominion – hat er je mit einer ähnlichen Wärme erwähnt. Man nahm daher im Allgemeinen an, dass der Plan eines militärischen Paktes zwischen Frankreich und England in ihm einen warmen Befürworter finden würde. Es schien sicher und unvermeidlich, dass England sich in ein Bündnis hineintreiben lassen würde, das einer antideutschen Verteidigungsliga gleichkam.

Der Gedanke eines solchen Bündnisses war in England keineswegs populär. Es wurde in Frankreich immer von Neuem gefordert, seitdem Amerika sich im Jahre 1919 geweigert hatte, den anglo-amerikanischen Sicherheitsvertrag zu unterzeichnen. Briand bemühte sich, es mit Geschick und Beharrlichkeit durchzusetzen. Poincaré forderte es als ein Recht Frankreichs und versuchte, es in Boulogne im Jahre 1922 Lloyd George in einer Weise aufzudrängen, die einem unerträglichen Zwang gleichkam. Die Aufnahme, die der Gedanke in England fand, war nie enthusiastisch gewesen. Allmählich verschloss sich die englische öffentliche Meinung immer mehr dieser Idee. Lloyd George hatte sich zwar mit ihr einverstanden erklärt, aber er tat es mit offensichtlichem Widerstreben und versuchte bei mancher Gelegenheit, die Spannweite

unserer Verpflichtungen zu begrenzen und den casus belli einzuschränken. Eine bestimmte französische Forderung hatte er endgültig zurückgewiesen, und zwar dass die militärische Unterstützung, die England im Notfalle zur Verfügung stellen würde, im Voraus in ihrem ganzen Umfang festgesetzt werden sollte.

Es ist für die Einstellung der öffentlichen Meinung in England vor der Ruhrbesetzung charakteristisch, dass, obwohl Lloyd George sich weigerte, bestimmte, allzu belastende Verpflichtungen zu übernehmen, er gegen das Prinzip selbst eines militärischen Bündnisses mit Frankreich, ohne eine reziproke Klausel zum Schutz der deutschen Grenze, keinen Einwand erhob. Deutschland wurde noch immer als der einzige mögliche Angreifer betrachtet, der einzige Staat, der in militärischem Sinne mächtig genug war, um das Risiko eines neuen Krieges zu übernehmen.

Bis zum Ende des Jahres 1922 hat sich die öffentliche Meinung in England, obwohl sie dem Gedanken der Übernahme bindender Verpflichtungen abgeneigt war, unwillig in die allgemeine Politik gefügt, weil sie keine andere Alternative vor sich sah. Aber wenn die öffentliche Meinung auf eine politische Linie hingetrieben wird, weil es im Augenblick keine andere Alternative zu geben scheint, wird sie bei der ersten günstigen Gelegenheit zurückweichen. Und diese Gelegenheit bot sich ihr im Jahre 1923. Die Ruhrbesetzung hat in England das tiefste Misstrauen erweckt. Sie hat die Tatsache offenbart, dass der Frieden in Westeuropa nicht nur durch Deutschland, sondern auch durch Frankreich gestört werden kann. Frankreich und Belgien haben durch die militärische Beschlagnahme der reichsdeutschen Provinzen gezeigt, dass die militärische Vorherrschaft auf ihrer Seite sei, und dass sie bei günstiger Gelegenheit bereit wären, ihre Vorteile daraus zu ziehen. Unter diesen Umständen liessen weder politische Klugheit noch gesunder Menschenverstand zu, uns zum Schutze derjenigen zu verbünden, die, wenigstens in diesem Augenblick, keinen Schutz brauchten, wenn wir dadurch Europa

in zwei gegnerische Lager spalten und die Kriegsfeindseligkeit bis in alle Ewigkeit fortsetzen sollten. Die Möglichkeit der Grenzverletzung, die Frankreich offenstand – wie es sich gerade erwiesen hatte – musste ein für allemal ausgeschaltet werden. Das Hauptziel unserer Politik war Befriedung, und eine einseitige Verpflichtung war nicht der dafür geeignete Weg.

Überlegungen dieser Art beherrschten so stark die öffentliche Meinung, dass die massgebenden Minister davon beeinflusst wurden. Ob sie ursprünglich die Absicht hatten, einen einseitigen antideutschen Pakt mit Frankreich zu unterzeichnen, steht nicht fest. Sicher ist nur, dass der Gedanke, auch wenn er ursprünglich vorhanden gewesen sein mag, letzten Endes aufgegeben wurde.

Die Gegenseitigkeit – eine reziproke Garantie der Grenze zwischen Frankreich und Deutschland – wurde zur einzigen Basis, die für England annehmbar schien, falls es sich bereit erklären sollte, die französischen Grenzen vor einem Angriff zu schützen.

In den Verhandlungen auf dieser Basis hat Chamberlain Europa einen ausschlaggebenden Dienst geleistet.

Er war in einer besonders glücklichen Lage, um einen entscheidenden Einfluss ausüben zu können. Es wurde manchmal gesagt, dass seine Ehrlichkeit und seine Unparteilichkeit den Sieg davongetragen haben. Es wäre richtiger, den Erfolg seiner Ehrlichkeit und seiner Parteilichkeit zuzuschreiben, denn er fuhr fort, seine starke Bindung an Frankreich zu zeigen und sogar zu unterstreichen. Als er daher den französischen Vertretern sagte, dass keine andere Lösung als die Unterzeichnung eines bilateralen Vertrages möglich war, glaubten sie ihm, was sie einem weniger franzosenfreundlichen Staatsmann nicht ohne Weiteres geglaubt hätten. Frankreich vertraute Austen, wie eine Frau ihrem bewährten Liebhaber vertraut. Selbst das Quai d'Orsay, das selten von den Gefühlen des schönen Geschlechts beseelt ist, sah ein, weil Chamberlain es



ihm klargemacht hatte, dass der einseitige Vertrag sich in der praktischen Politik nicht durchführen liess. Falls Frankreich die englische Unterstützung und eine wirkliche Sicherheit seiner Grenzen gewinnen wollte, hatte es nur eine Möglichkeit vor sich, und zwar die Annahme der gegenseitigen, bilateralen Basis.

Auf Deutschland hat Chamberlains Parteinahme für Frankreich keinen hemmenden Einfluss ausgeübt. Die Beurteilung der Militärlage durch die deutsche Öffentlichkeit unterschied sich grundsätzlich von der in Paris vertretenen Meinung. Dort war der deutsche Angriff ein dauerndes Schreckgespenst. In Berlin hielten selbst die kriegslustigsten Teutonen den Gedanken eines erfolgreichen militärischen Angriffes auf die französische Grenze für unmöglich. Ihr technisches militärisches Verständnis hat ihnen die Unmöglichkeit der Führung eines modernen Krieges ohne Material, in erster Linie ohne Flugzeuge und schwere Artillerie, klar gemacht. Die anderen Länder, die noch immer den deutschen Angriff fürchteten, besaßen eine übertriebene Vorstellung von der augenblicklichen Militärmacht Deutschlands. Diese falsche Schätzung des Auslandes kam Deutschland zugute, da sie die Verhandlungen erleichterte. Wenn die militärischen Berater des Auslandes dachten, dass der Unbewaffnete den von Waffen Strotzenden angreifen könnte und bereit waren, dem Unbewaffneten als Entgelt für den Angriff Konzessionen zu machen, dann umso besser. Deutschland selbst hatte keinerlei Illusionen. Es wollte Frieden und Sicherheit für sein eigenes Gebiet. Es war daher bereit, auf der Basis der Gleichstellung und gegenseitigen Sicherheit zu verhandeln. Die deutsche Regierung war sogar bereit, alle Streitfragen mit Frankreich einem Schiedsverfahren zu unterbreiten und auf alle Ansprüche auf Elsass-Lothringen zu verzichten. Der schwierigste Punkt war seine Ostgrenze. Aber auch hier waren deutsche Minister geneigt, sich feierlich zu verpflichten, von einer gewalttätigen Berichtigung der Grenze, wie sie im Vertrag von Versailles festgesetzt wurde, abzusehen.

Chamberlain hat die Möglichkeiten der Verhandlung auf dieser Basis begriffen. Eine Umstellung seiner früheren Ansichten konnte ihn in

Einklang mit der englischen öffentlichen Meinung bringen, die entschieden einen einseitigen, gegen Deutschland gerichteten Pakt ablehnte. Seine ausserordentliche Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit schützten ihn davor, durch die Suche nach Umwegen Zeit zu vergeuden. Es bot sich ihm eine einzigartige Gelegenheit. Er hatte den Mut, alle Vorteile aus ihr zu ziehen. Ohne Zögern setzte er sich für das Zustandekommen des bilateralen Vertrages mit derselben Kraft und Überzeugung ein, mit der er den entgegengesetzten Gedanken, den einseitigen Pakt, noch vor einigen Wochen vertreten hatte. Seine Wandlung war von einem apostolischen Eifer, der an die Bekehrung des heiligen Paulus erinnert.

Die englische Diplomatie hat nie einen grösseren Erfolg erzielt als den Vertrag von Locarno. Dieses Abkommen, das zuerst von den Bevollmächtigten Frankreichs, Englands, Deutschlands und Italiens angenommen wurde, war auf eine so vollkommene und weitgehende Basis der Versöhnung und Verständigung gestellt, dass es noch ein Jahr vorher in den Hauptstädten der Länder, die es unterzeichnet haben, als Utopie verhöhnt worden wäre. Noch kurz vor Locarno hat die grosse Mehrzahl der führenden Diplomaten Europas die ganze Verhandlung als sentimental-idealistisch und dem Misserfolg geweiht betrachtet.

Mut und Glauben brauchte Chamberlain, um den kühnen Schritt zu wagen. Geschick und Autorität waren notwendig, um die Locarno-Verhandlungen zu führen, und in erster Linie mussten die Aussenminister Frankreichs und Deutschlands volles Vertrauen zu der vollkommenen Unantastbarkeit des britischen Vertreters empfinden. Es war seine Gabe, Vertrauen zu gewinnen, die den Sieg davontrug und die Atmosphäre der Verständigung schuf. Vertrauen hat mehr zur Befriedung beigetragen als die gezuckertsten Worte, viel mehr als fein gesponnene Intrigen, die den Beigeschmack der alten Diplomatie getragen hätten. In der Atmosphäre von Locarno war Beredsamkeit nicht am Platze und geschicktes Manövrieren nicht mehr die Vorbedingung des diplomatischen Erfolges.

Nachdem Chamberlain den Vertrag von Locarno und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund auf sein Verdienstkonto gebucht hatte, ging er an einfachere Aufgaben heran. Seine allgemeine Haltung gegenüber Europa blieb die einer dauernden Verbundenheit mit Frankreich, und er musste manche Kritik über sich ergehen lassen, da es seinem ganzen Einflusse in Frankreich, dem zuliebe er so viel geopfert hatte, nicht gelang, die Räumung des Rheinlandes durch französische und alliierte Truppen durchzusetzen. Diese Räumung wurde als eine natürliche, berechnete Folge von Locarno angesehen, und durch ihre Verzögerung konnte das Werk der Befriedung nicht vollendet werden.

Es gab ausserdem noch die Frage der Beziehungen zwischen England und Amerika. Die öffentliche Meinung fühlte, dass Chamberlain einem englisch-amerikanischen Pakt weniger geneigt war als einem Abkommen zwischen England und Frankreich. Die Dinge wurden auf die Spitze getrieben, als Gerüchte über ein Flottenabkommen durchsickerten, das zwischen England und Frankreich geschlossen werden sollte und als gegen Amerika gerichtet betrachtet wurde.

Bei den Wahlen vom Jahre 1929 hat die Ankündigung, dass Chamberlain im Falle eines konservativen Erfolges im Foreign Office verbleiben würde, die Wahlaussichten seiner Partei beträchtlich geschwächt. Obwohl man sich darüber klar war, dass er zweifellos im Foreign Office viel erreicht hatte, glaubte man, dass die eventuellen Vorteile, die durch seine Methoden und seine deutliche – vielleicht zu überbetonte – Haltung erlangt werden konnten, bereits erschöpft waren. Die Verbindung mit Frankreich hat zweifellos Europa über Jahre beträchtlicher Schwierigkeiten hinweggetragen; aber nun war die Zeit einer neuen Orientierung gekommen, die zugleich sicherer und angenehmer sein würde. Die englisch-amerikanische Freundschaft wurde zum Hauptziel der englischen Politik. Chamberlain war nicht der Mann, der von seinem einmal eingenommenen Standpunkt oder von seinen tief eingewurzelten Über-

zeugungen abweichen würde. Er verliess das Foreign Office als der Mann, der seinem Programm des Festhaltens an der Verbindung mit Frankreich unwandelbar treu geblieben war.

### CARL VON SCHUBERT

Es ist so durchaus ungewöhnlich, eine ausserordentliche Klugheit oder philosophische Tiefe mit dem wuchtigen Äusseren eines Kavallerieoffiziers in Verbindung zu bringen, dass es verblüffend wirkt, wenn man beides nebeneinander findet. Und doch ist diese Unterschätzung der Fähigkeiten eines besonderen Typus vierschrötiger Männer kaum durch die Geschichte begründet. Bismarck war seinem Äusseren nach ein Kürassier. Tiberius und Vespasian scheinen nach den zeitgenössischen Porträts dem Typus der schweren Dragoner zu entsprechen. Ob Carl von Schubert von der Geschichte in dieselbe Ruhmesreihe gestellt sein wird, ist noch ungewiss. Er ist jedenfalls von demselben physischen Typus, mit vierschrötigen Schultern und dem schweren Kürassiergang, und er hat auch die politische Weisheit eines alten Römers.

Seine geistige Bedeutung fällt nicht auf den ersten Blick in die Augen. Steife Manieren, keine besonders glücklichen Ausdrucksmöglichkeiten – mehr schlau als schnell auffassend; eine Bedächtigkeit, die den Eindruck macht, als ob sein Geist sich nur langsam neuen Gedanken erschliessen würde. In Wirklichkeit jedoch versteht er die Dinge durchaus nicht langsamer als die anderen, sondern gibt sich die Mühe, sie besser und richtiger zu verstehen. Das ist sein wesentliches Kennzeichen: der Wunsch nach einem gründlichen Verstehen, nach einer Erfassung aller Seiten des Problems – er will alle Einzelheiten der Frage beherrschen, bevor er sich mit einer Antwort festlegt. Er ist darin wesentlich deutsch – aber deutsch im besten Sinne des Wortes. Schubert treibt die Vorsicht so weit, dass er sich weigert, einem eine mündliche Antwort zu geben und gewöhnlich hinzuzufügen pflegt: «Wenn Sie mir ge-

statten, will ich Ihnen morgen ein kurzes Memorandum mit meiner provisorischen Antwort zuschicken.»

Und am nächsten Tag trifft immer das Memorandum ein. Es ist nie kurz – es ist im Allgemeinen eingehend und erschöpfend, mit klaren entschiedenen Richtlinien. Es ist auch nicht provisorisch, denn an der einmal gegebenen Antwort wird sowohl der Staatssekretär wie die deutsche Regierung festhalten.

Eine solche Haltung würde selbstverständlich in einem Pariser Salon nicht besonders geschätzt werden. Sie ist auch nicht dazu geeignet, dem oberflächlichen, leichtfertigen Beobachter Bewunderung abzugewinnen. Aber auf ernste Staatsfragen angewandt, fördert sie in höchstem Masse die Verhandlungen und die Herstellung eines Vertrauensverhältnisses zwischen den Völkern.

Es gibt eine weitverbreitete, falsche Vorstellung – die auf die Zeit der Kriegspropaganda zurückgeht –, dass die Deutschen im Allgemeinen, und die deutsche Regierung insbesondere, ausserordentlich unzuverlässig sind, dass sie mehr als die anderen neigen, ihr gegebenes Wort zu brechen. Es mag sein, dass seit dem Weltkriege der hohe ethische Massstab in diesen Dingen etwas gesunken ist. Wir schrauben unsere Erwartungen herab, nachdem die Sowjets einen neuen Zeitvertreib erfunden haben, der darin besteht, übernommene Verpflichtungen aus lauter Schadenfreude zu brechen. Vielleicht hat sich auch die deutsche Moral gebessert. Jedenfalls steht Deutschland heute auf der Leiter der Zuverlässigkeit auf den höchsten Stufen.

Mit den deutschen Unterhändlern liess sich früher und lässt sich auch heute vielleicht noch nicht leicht verhandeln. Sie lassen sich schwer überzeugen, versteifen sich auf Einzelheiten, diskutieren eifrig über Haarspaltereien, legen eine grosse Vorsicht an den Tag, machen eine endlose Fülle von Vorbehalten, umschreiben eine Reihe genauer Vorbedingungen und sichern sich für den Fall von Eventualitäten, die, aller menschlichen Voraussicht nach, sich nie ergeben werden. Aber sobald

sie ein Abkommen unterzeichnet haben, kann man sich auf ihre Unterschrift verlassen, ebenso wie auf ein mündliches Versprechen. Diese Erfahrung habe ich bei den Verhandlungen mit allen Staatsmännern und Beamten gemacht, mit denen ich zu tun hatte, und es ist mir eine Freude, für ihre Zuverlässigkeit zu zeugen.

Aber nun kehren wir zu Schubert zurück. Es ist bei ständigen Beamten schwer auseinanderzuhalten, was auf ihre Initiative zurückzuführen ist und was von ihnen durchgeführt wurde und auf die Initiative anderer zurückgeht. Aber in Berlin sind die massgebenden Kreise, die es am besten beurteilen können, der Ansicht, dass, wenn die europäische Befriedung so beträchtliche Fortschritte gemacht hat, es in grossem Masse der Weisheit und Mässigung des deutschen Staatssekretärs zu verdanken ist.

### **RAMSAY MACDONALD**

Die Ironie, die das Walten der Vorsehung so häufig begleitet, kam wohl nie stärker zum Ausdruck als in dem Augenblick, da sie Ramsay Macdonald für die Rolle des ersten Aussenministers der Labour Party ausersah.

Man erwartete allgemein, dass der erste Aussenminister der Arbeiterpartei wenig vertraut mit kontinentalen Sprachen und Gewohnheiten sein und ausserdem eine Unkenntnis oder Verachtung der gesellschaftlichen Gebräuche besitzen werde. Es ist leicht, sich die Gefühle von Canning und Castlereagh, Palmerstone oder Granville in den elyseischen Gefilden vorzustellen, als das Zepter der Downingstreet ihrem Labour Nachfolger zufiel, und sich auszumalen, wie sie umständlich zu beweisen versuchten, dass die traditionelle Würde ihres grossen Amtes über dieses temporäre Missgeschick erhaben sei.

Nun geschah es – oder, besser gesagt, wurde von der Vorsehung in ihrem Hang zur Ironie bestimmt –, dass keine gütige Nachsicht nötig war. Der erste Aussenminister der Arbeiterpartei wirkte dem Aussehen

nach vornehmer als die meisten seiner Amtsvorgänger. Als Intelligenz und Persönlichkeit hatte er keine der von ihm erwarteten Unzulänglichkeiten. Ein langer, schmaler, fein modellierter Kopf, tiefliegende Augen, gutgeschnittene Züge, ein müder, versonnener Ausdruck, der erschöpftem blauen Blut eigen ist, nichts Aggressives, nichts Grelles, nur leise Enttäuschtheit, Ruhe und Resignation.

Im Gespräch eine auffallende Gewandtheit mit einem Unterton von Schläue. Eine tiefe Kenntnis der Kunst der Auseinandersetzung. Eine Abneigung und eine seltene Sorge um die weitgreifenderen Wirkungen seiner Handlungen oder der von ihm unternommenen Schritte – ein Geist, der mehr Gewicht auf die ferneren als auf die unmittelbaren Konsequenzen legt.

Im Ganzen irgendwie nicht einfach und nicht unmittelbar – immer verschiedene Schachzüge im Voraus berechnend –, wodurch er gelegentlich der Gefahr einer überraschenden Niederlage entrinnt, aber sich der Möglichkeit entäussert, den Gegner gegebenenfalls schachmatt zu setzen.

Nach einer so langen Erfahrung in den gewerkschaftlichen Konferenzen im Ausland war er mit Ausländern und mit ausländischen Methoden vertrauter als die meisten englischen Minister. In den Sprachkenntnissen – ob sie bei einem Aussenminister notwendig sind oder nicht, ist noch ein strittiger Punkt – gab er ihnen sicher nichts nach. Das Französische im Munde der verschiedenen Aussenminister der Downingstreet könnte zum Thema eines interessanten historischen Studiums werden – und würde vielleicht auch zu unerwarteten Schlussfolgerungen führen.

Ramsay Macdonalds Verhandlungsgeschicklichkeit entsprang zum grossen Teil seiner Fähigkeit, die inneren Schwierigkeiten des Gegners genau abzuschätzen. Nachdem er sein Leben lang gewohnt war, von Kollegen und Kameraden unterstützt zu werden, die nicht abgeneigt waren, an seine Stelle zu treten und die ihren Anspruch mindestens so hoch einschätzten wie den seinigen, begriff er auch bei den Vertretern der gegnerischen Seite die Notwendigkeit der äussersten Vorsicht und der

Rücksichtnahme auf die Nachfolgerschaft. Er verlangte daher nichts Unmögliches und kleidete seine Forderungen in eine Form, die geeignet war, die Schwierigkeiten im Lager des Gegners nach Möglichkeit zu vermindern.

Auch auf einem anderen Gebiete hat Ramsay Macdonald die Erwartungen übertroffen. Sein ästhetisches Interesse, seine Kunstkenntnisse, seine Fähigkeit, eingehend und klug über Meisterwerke der Vergangenheit und moderne Strömungen zu sprechen, übertraf das Niveau des durchschnittlichen Staatsmannes. Die englischen Staatsgalerien haben nie einen besseren Freund, nie einen klügeren Förderer besessen.

Die künstlerische und kulturelle Note, die Ramsay Macdonald gern unterstrich, enttäuschte endgültig diejenigen, die von der Labour Party Minister mit rauhen, schwieligen Händen erwarteten. Der erste Premierminister der Arbeiterpartei besass ein grösseres Fingerspitzengefühl als die meisten seiner Whig- und Tory-Vorgänger. Auch in der Verwaltung blieben die erwarteten Taktfehler und das Dreinhauen der ungelenkten Kraft aus. Als Nachfolger Curzons gewann er eine Popularität sowohl bei dem Personal des Foreign Office wie bei den Vertretern des diplomatischen Korps. Es kam zu keinem greifbaren oder offensichtlichen Bruch mit der Tradition. Ein Aussenminister hatte einfach einen anderen ersetzt. In vielen Verwaltungszweigen setzte Ramsay Macdonald sehr bestimmte Ansichten durch. Es hiess, dass er die Absicht hatte, die Bedingungen der Auswahl und Ausbildung für den diplomatischen Dienst einer gründlichen Revision zu unterziehen, da er der Meinung war, dass die gegenwärtige Methode Männer von einem übertriebenen Oxfordtypus erzeuge, mit einer ungenügenden Kenntnis der rauheren Aussenwelt. Einer seiner Gedanken war die Schaffung eines diplomatischen Sandhurst, das die Kandidaten für die Diplomatie zu einem früheren Zeitpunkt spezialisieren würde, als es jetzt der Fall ist. Ob dieser Plan sich je verwirklichen wird, und falls er sich verwirklicht, ob er imstande sein wird, den Adepten die nötige Vertrautheit mit der Aussen-



welt beizubringen, ist zweifelhaft. Ein anderes System müsste allem Anschein nach angewandt werden, wahrscheinlich die deutsche Methode der Verschmelzung des diplomatischen und des Konsulardienstes, oder, falls eine Verschmelzung unerwünscht wäre, ein viel häufigerer gegenseitiger Austausch. Der offensichtliche Mangel des heutigen diplomatischen Dienstes ist die ungenügende Kenntnis der geschäftlichen und politischen Welt. Die Erfahrung ist zu begrenzt, der Kontakt mit dem Geschäftsleben zu selten. Die Konsulararbeit und eine frühe Lehrzeit unter der Leitung von Handelsattachés und Handelssekretären würde sicherlich das beiderseitige Feld der Erfahrung erweitern.

Man sagte Ramsay Macdonald noch andere umstürzlerische Pläne nach, die auf eine Abschaffung oder weitgehende Einschränkung der Tätigkeit des Secret Service hienzielten. Seine Erfahrung auf diesem Gebiete stimmte mit den Ansichten vieler überein, die von dem Geheimdienst Gebrauch machten, und zwar, dass seine Berichte in den meisten Fällen keinen politischen Wert haben, sich zum grossen Teil auf kleinliche Tratschgeschichten stützen und allem Anschein nach ohne jedes Verständnis für das wirkliche Bedeutende ausgearbeitet werden.

Die grosse Leistung der ersten Regierungszeit Ramsay Macdonalds war die Londoner Konferenz vom August 1924, die den Dawesbericht annahm und das Problem der Reparationen – vorübergehend – regelte.

Obwohl sie ein Jahr später von dem noch viel bedeutenderen Locarnoabkommen in den Schatten gestellt wurde, hat die Londoner Konferenz, deren Vorsitz Ramsay Macdonald mit grossem Takt und starker Autorität führte, ein endgültiges Ergebnis gehabt: sie hat die Frage der deutschen Reparationszahlungen für eine Zeit lang aus dem Wege der internationalen Missverständnisse geräumt. Zwölf internationale Konferenzen haben die Lösung dieses Problems vergeblich in Angriff genommen, das für den Sturz von nicht weniger als neununddreissig Kabinetten in den west- und mitteleuropäischen Staaten verantwortlich war.

Zu dieser Leistung kommt noch der grosse Dienst hinzu, den Ramsay Macdonald dem Britischen Reiche während seiner zweiten Regierungsperiode durch seinen Besuch in den Vereinigten Staaten und Kanada erwies. Er hatte schon früher den Gedanken von Vorträgen in den Vereinigten Staaten in Betracht gezogen, weil er glaubte, dass eine solche Vortragsreise zur Festigung der Freundschaft zwischen Grossbritannien und Amerika beitragen könnte. Zu jener Zeit konnte jedoch niemand eine so günstige Gelegenheit voraussehen, wie sie sich im Jahre 1929 bot. Als erster britischer Premierminister, der die Vereinigten Staaten in offizieller Eigenschaft besuchte, hat sich Ramsay Macdonald dieser Pflicht seines hohen Amtes nicht nur mit viel Würde und besonderem Geschick entledigt, sondern er hat auch die Herren drüben durch den grossen Zauber seiner Persönlichkeit gewonnen. Welche Dienste er noch seinem Lande leisten mag – die Mission, die er 1929 auf der andern Seite des Atlantischen Ozeans erfüllte, wird immer als ein bedeutender Beitrag zum Weltfrieden gewertet werden, der in so hohem Masse von der Erhaltung einer engen Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Grossbritannien abhängt.

## KAPITEL I

### JANUAR – FEBRUAR 1924

5. Januar 1924.

Berlin.

Ein dreitägiger Besuch in Fürstenstein, dem herrlichen Schloss in Schlesien, Besitz des Fürsten Pless, das durchaus seinen Ruf, ein Wunder an Geräumigkeit und Luxus zu sein, verdient. Es hat ungefähr dieselben Ausmasse wie Welbeck und Chatsworth; vielleicht ist es sogar noch grösser als beide. Wunderbar auf einem isolierten Hügel gelegen, der die Ebene beherrscht und im Mittelalter den Schlüssel zu der Grenze zwischen Böhmen und Schlesien bildete. Der gegenwärtige Fürst hat das Haus durch grosse Anbauten erweitert und viele Veränderungen vorgenommen: unter anderem verlegte er die Küchen in das oberste Stockwerk. Der Stil im grossen Ganzen der eines im Anfang des achtzehnten Jahrhunderts umgebauten und modernisierten Schlosses. Die vorherrschende Note der Zimmereinrichtung Rokoko und das deutsche Louis XV mit viel englischem Komfort dabei, den seine erste Frau, die Tochter der Mrs. Cornwallis West, einführte. Die Angestellten und die gesamte Dienerschaft des Schlosses beläuft sich auf ungefähr dreihundert Köpfe. Dazu kommt noch fast dieselbe Zahl von Arbeitskräften in Ställen und Gärten. Die Gesamtführung des Haushalts bis in alle Einzelheiten wunderbar organisiert – herrliche Livreen, ein englischer Kammerdiener, unzählige Lakaien mit gepuderten Perücken, ein Leibjäger in hohen Stiefeln und Uniform, der hinter dem Stuhl des Fürsten steht, und ein als bissig verrufener Polizeihund, der ihn auf Schritt und Tritt begleitet.

Ich persönlich hasse eine solche Aufmachung und finde es schrecklich, wenn immer zwei Diener an meiner Tür herumlungern. Der Aufwand sollte seltenen, aber auch sehr seltenen Gelegenheiten vorbehalten werden.

Der allgemeine Eindruck von Fürstenstein ist ein Zurückversetztsein in eine alte Ordnung – eine Ordnung, die allem Wandel trotzt –, die aber in einer nicht allzu fernen Zeit von der neuen Flut hinweggespült sein wird. Die heutige Welt kann ein vererbtes Vermögen von einem solchen Ausmass, das so ostentativ zur Schau getragen wird, nicht dulden. Das Malerische und Eindrucksvolle des grossen Prunkes wird verschwinden, aber die Summe des Glückes in diesem irdischen Jammertal wird dadurch kaum geringer werden.

Anfang Dezember 1923 kam der tschechoslowakische Aussenminister Dr. Benesch nach London, wo er bis zum 13. Januar blieb. Er hatte eine Unterredung mit Lord Curzon, der gerade im Begriff war, aus dem Foreign Office auszuschcheiden, um durch Ramsay Macdonald ersetzt zu werden, den Benesch ebenfalls besuchte. Er sah auch andere führende Mitglieder der Labour-Partei und Journalisten jeder politischen Färbung.

Dr. Benesch bemühte sich, den ungünstigen Eindruck, den der vor Kurzem zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei geschlossene Pakt gemacht hat, abzuschwächen oder zu zerstreuen. Der grösste Teil der öffentlichen Meinung in England war von dem ausgesprochen militärischen Charakter dieses Vertrages unangenehm berührt, weil er ihr eine vollkommene Unterwerfung der Tschechoslowakei unter Frankreich zu bedeuten schien. Dr. Benesch beteuerte, dass, abgesehen von dem Wortlaut des Paktes, wie er dem Völkerbund unterbreitet und von ihm veröffentlicht worden ist, keine militärischen Geheimklauseln vorhanden seien, trotzdem die französische Regierung und der französische Generalstab auf den Abschluss eines Militärabkommens gedrängt hätten. Dr. Benesch fügte hinzu, es sei seine Absicht, die bereits zusammengeschrumpfte französische Militärmission, die mit der Organisation des neuen tschechischen Heeres betraut war, abzubauen und in der aller nächsten Zeit den Leiter dieser Mission, der vom Chef des tschechoslowakischen Generalstabes ernannt worden ist, durch einen tschechischen General zu ersetzen.

Die Einwürfe der schärfsten Kritiker des französisch-tschechischen Paktes versuchte Dr. Benesch durch die Behauptung zu widerlegen, dass sein Land, von so vielen ehemaligen Feinden umgeben, seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau nicht unbehindert fortsetzen könne, solange es von Sorgen um seine äussere Sicherheit belastet sei. Er hielt es daher für seine erste Pflicht, dieses Gefühl der Unsicherheit zu beheben und glaubte, dass ihm dies nur durch eine militärische Garantie einer oder mehrerer Grossmächte gelingen könnte. Nachdem Frankreich als einzige Grossmacht bereit war, ihm diese Sicherheit zu geben, blieb ihm keine andere Alternative übrig. Er musste sie dankbar entgegennehmen, obwohl er, wie er behauptete, eine englisch-französische Garantie bei Weitem vorgezogen hätte.

*14. Januar 1924.*

Berlin.

Der tschechoslowakische Gesandte ist nach einer Abwesenheit von zwei Monaten eben zurückgekehrt. Er schien mir über den neuen Pakt zwischen Paris und Prag nicht sehr glücklich zu sein. Als ich ihn fragte, welche Absichten Benesch damit verfolge, erwiderte er: «Die Frage müsste viel eher lauten, warum er den Vertrag gerade in dem gegenwärtigen Augenblick unterzeichnet hat. In Wirklichkeit verändert er die Sachlage kaum und legt uns keine andere Bindung auf als die, die bereits vorhanden war. Die Franzosen haben einen ungeheuren Druck auf uns ausgeübt, damit wir diesen Vertrag unterzeichnen, weil sie Polen für einen schwachen und unzuverlässigen Verbündeten halten. Wir waren zur Unterzeichnung durch unsere Zahlungsverpflichtung an die Reparationskommission gezwungen. Neben der öffentlichen Schuld, die auf uns lastet, haben wir durch den Vertrag so schwere Verpflichtungen übernommen, dass wir ihnen nicht gerecht werden können. Die Franzosen haben uns versprochen, uns in unserer finanziellen Notlage zu helfen, und irgendeine Vereinbarung in Bezug auf die C-Bonds zu treffen, um unsere Schwierigkeiten zu erleichtern. Deshalb haben wir unterzeichnet. Aber es gelang uns, einer militärischen Konvention zu entgehen. Wir haben uns bereits im Sommer geweigert, sie zu unterzeichnen, und Foch,

der uns damals sehr dazu gedrängt hat, gibt jetzt zu, dass wir recht hatten. Er sieht ein, dass eine militärische Konvention unvermeidlich eine Gegenkonvention hervorruft, und er ist ausserdem mit dem Ergebnis der militärischen Vereinbarungen mit Polen nicht sehr zufrieden.

Was unsere angebliche Vermittlerrolle zwischen Frankreich und Russland betrifft, so ist dies nur soweit richtig, als wir beschlossen haben, dem Beispiel Englands zu folgen, sobald es die Sowjetregierung anerkennen wird. Die Franzosen können es sich auch nicht leisten, als die Letzten nachzuhinken, und sobald England ein Abkommen getroffen hat, und die Tschechoslowakei seinem Beispiele folgen wird, muss sich Frankreich beeilen, zu einer Vereinbarung zu gelangen.

Die Russen werden jedes Versprechen geben, das in Bezug auf die Anerkennung der Vorkriegsschulden verlangt wird. Es ist damit nicht gesagt, dass diese Anerkennung irgendeine praktische Bedeutung haben wird, aber Russland braucht Geld. Das Messer sitzt den Russen schon an der Gurgel, und sie können keine Mittel vom Ausland bekommen. Sie werden alles versprechen und alles unterzeichnen, um sich nur Geld herbeizuschaffen.

In Wirklichkeit jedoch würde wohl die Sowjetregierung alles unterzeichnen, was man verlangt – selbst wenn sie kein Geld dafür bekommen sollte –, aber aus folgenden Gründen: erstens denkt sie nicht daran, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, und zweitens macht es ihr eine gewisse sadistische Freude, mit bürgerlichen Regierungen Verträge zu schliessen, deren baldigen Bruch sie von vornherein beabsichtigt.

*15. Januar 1924.*

Berlin.

Am Sonnabend fand bei uns ein grosser Empfang für den Reichspräsidenten und Frau Ebert statt.

Wenn man sich überlegt, dass er ein Sattlermeister war und dass sie aus ganz kleinen Verhältnissen stammt, setzt einen die Würde und Zurückhaltung ihres Benehmens in Erstaunen.

Niemand würde wagen, sich irgendwelche Freiheiten gegen Ebert herauszunehmen. Selbst vor dem blaublütigsten der abgedankten Monarchen oder Duodezfürsten würde er seine Haltung bewahren. Man kann nicht sagen, dass er sehr angenehm im Umgang ist, aber man kann sich sehr gut mit ihm unterhalten und wird dabei von der Fülle seines gesunden Menschenverstandes betroffen. Er hat nichts Auffallendes oder Eigenartiges an sich, aber auch keine einzige falsche Note.

Wir hatten ziemlich viel Leute eingeladen, und nach dem Essen wurde Musik gemacht. Der Abend war sehr gelungen, obwohl die Gesellschaft aus den heterogensten Elementen bestand – Mitglieder der ehemaligen Hofgesellschaft, einige deutsche Politiker, zwei oder drei jüdische Journalisten und eine Schar von Diplomaten. Die Grenzen zwischen den verschiedenen Gesellschaftsschichten sind hier so scharf gezogen, dass es für die meisten Berliner etwas ganz Ungewohntes ist, Menschen aus einem anderen Kreise zu treffen. Man hatte am Sonnabend bei uns das Gefühl, dass jede dieser so verschlossenen Gruppen nicht nur keine Abneigung gegen die neuen Gesichter zeigte, sondern offensichtlich froh war, aus den eingefahrenen Geleisen herauszukommen und einen Einblick in eine andere Welt zu gewinnen.

Das britische Botschaftsgebäude bietet den besten Rahmen für gesellschaftliche Empfänge, der mir je vorgekommen ist. Es ist ungefähr um das Jahr 1865 von einem berühmten Mann der Gründerjahre, Strousberg, erbaut worden. Es hat keinen besonderen Stil mit Ausnahme einer griechischen, giebelgekrönten Fassade. Die Innenräume sind alles andere als griechisch, aber die Flucht der fünf Salons, die am Ende der Perspektive in einen hohen, geräumigen Ballsaal auslaufen, macht den Eindruck von Grösse und Würde. Wenn ich einige meiner Bilder und Kunstgegenstände hergebracht hätte, würden die Empfangsräume wirklich schön sein, aber wie alle offiziellen Wohnungen leidet auch diese im Vergleich zu Privateinrichtungen an dem Mangel an wirklich künst-

lerischen Werken. Ich bin oft im Begriff gewesen, meine Bilder kommen zu lassen, und habe es immer wieder aufgegeben, weil mir der Transport nicht sicher genug erschien, und so sind jetzt in der Botschaft nur Bilder und Stoffe, die ich gelegentlich in Berlin gekauft habe, manche davon sehr dekorativ, aber von keinem besonderen Wert.

Stresemann kam nach dem Essen und war offensichtlich sehr guter Laune. Ich habe ihn nicht lange sprechen können, aber ich erfuhr, dass er aus London ein sehr freundliches Telegramm bekommen hatte, in dem ihm mitgeteilt wurde, dass die Bank von England sich zu der baldigen Gründung einer Goldnotenbank bereiterklärt. Es besteht die Absicht, auch die Staatsbanken von England, Holland und Schweden heranzuziehen.

*31. Januar 1924.*

Berlin,

Bei einem Frühstück mit Kühlmann sprachen wir über die Ereignisse im Juli 1914. Er war damals Botschaftsrat in London und ist gerade am Sonntag vor der Kriegserklärung aus seinem Urlaub zurückgekehrt.

Lichnowsky schickte ihn sofort zum Foreign Office, aber es gelang ihm nicht, an Grey heranzukommen, der fast die ganze Zeit in Kabinettsitzungen verbrachte. Am Nachmittag ging er zu Lord Haldane, bei dem Grey wohnte, um dessen Rückkehr abzuwarten. Er traf zufällig Haldane auf der Strasse, und sie gingen eine Zeitlang vor dem Hause auf und ab. Haldane schien den Eintritt Englands in den Krieg keineswegs als beschlossen anzusehen. Jedenfalls bekam Kühlmann diesen Eindruck. Grey kam später hinzu und war ganz entgegengesetzter Meinung. Obwohl er sich geduldig Kühlmanns Argumente anhörte, glaubte er offensichtlich, dass die Würfel bereits gefallen waren und dass England um seiner Ehre willen gezwungen sei, sich am Kriege zu beteiligen. Ich fragte Kühlmann: «Meinte Grey, dass England es als seine Ehrenpflicht ansehe, Belgien zu verteidigen oder mit Frankreich zusammenzuarbeiten?» Er erwiderte: «Er meinte wohl eher die Zusammenarbeit mit Frankreich.»



Diese Ansicht jedoch deckt sich nicht mit meinen Erinnerungen an die Ereignisse jener Zeit. Ich bin sicher, dass ohne den Einmarsch in Belgien England im ersten Stadium neutral geblieben wäre oder – zumindest – hätte neutral bleiben können. Am Tage vor der Kriegserklärung sass ich bei einem Frühstück neben Asquith, als das Telegramm des Königs von Belgien ankam.

Asquith reichte es mir herüber und sagte: «Das wird unser Verhalten entscheiden.» Ich hatte den bestimmten Eindruck, dass er bis zur Ankunft dieses Telegramms noch immer entweder auf die Beilegung des Konfliktes hoffte oder wenigstens auf die Möglichkeit einer Nichtbeteiligung Englands am Krieg.

Im Laufe meines Gesprächs mit Kühlmann stellte ich ihm die Frage: «Wusste denn das deutsche Auswärtige Amt nicht, dass der vom Generalstab entworfene Feldzugsplan eine Invasion Belgiens voraussetzte und war es sich nicht darüber klar, dass dies eine Beteiligung Englands bedeute?» Kühlmann erwiderte: «Nein. Die beiden Stellen haben sich nie gegenseitig in ihre Absichten eingeweiht. Die Militärkreise waren voller Misstrauen gegen das verhasste Auswärtige Amt. Der Plan, auf den sie sich letzten Endes einigten, nämlich der Durchmarsch durch Belgien, ist vor fünfzehn Jahren von Schlieffen entworfen worden und war wahrscheinlich der einzige, der genügend ausgearbeitet war, um praktische Bedeutung zu haben.

Einige Jahre vor dem Kriegsausbruch war ich Geschäftsträger im Haag und hatte einmal bei der Führung von Verhandlungen Gelegenheit, mich zu vergewissern, ob die belgische Neutralität im Falle eines Krieges verletzt werden würde.

Nur mit grösster Mühe gelang es mir, dem deutschen Militärrattaché im Haag eine Erklärung zu entreissen. ‚Ich bin beauftragt, Ihnen mitzuteilen, dass die Massnahme, die Sie in Ihrer Anfrage erwähnten, das heisst die Verletzung der belgischen Neutralität, sich unter gewissen Umständen als notwendig erweisen könnte.‘

Kühlmann fuhr fort:

«Soweit ich weiss, hat das Auswärtige Amt nie versucht, sich zu ver-

gewissern, wie Belgien sich im Falle einer Verletzung seiner Neutralität verhalten würde. Es wäre sehr gefährlich gewesen, solche Fühler auszustrecken, und ich glaube nicht, dass man daran auch nur gedacht hat. Ich zweifle auch, ob der Reichskanzler genaue Informationen über die militärischen Pläne besass. Auch das Auswärtige Amt hatte keine ausreichenden Unterlagen, um sich eine klare Meinung über den Widerstand Belgiens bilden zu können.

Der Mann, der in Wirklichkeit den Krieg herbeigeführt hat und der bewusst die Konsequenzen eines grossen europäischen Konfliktes ins Auge fasste, war Conrad von Hötzendorf, der österreichische Generalstabschef. Aus Gründen, die er in seinem Buch auseinandersetzt, hielt er die Wiederherstellung der österreichischen Autorität auf dem Balkan für unbedingt notwendig und schreckte vor den Folgen nicht zurück. Der deutsche Kaiser wollte zweifellos den Krieg vermeiden. Dies ergibt sich klar aus seinem Verhalten, nachdem er die Nachricht von dem österreichischen Ultimatum bekam. Er befand sich gerade auf seiner Nordlandreise, und sobald er das Telegramm bekam, rief er seine Vertrauten in seine Kapitänskajüte zusammen (wie er es immer bei wichtigen Gelegenheiten tat), las dort die Nachricht vor und teilte ihnen mit, dass er beschlossen habe, sofort nach Berlin zurückzukehren. Er erzählte dann die Geschichte, wie sein Grossvater, Kaiser Wilhelm I., im Jahre 1877 oder 1878 den Zaren gefragt habe, ob es zu einem Krieg zwischen Russland und der Türkei kommen würde. Der Zar liess ihm durch einen deutschen Offizier, der beim russischen Hofe attachiert war, vertraulich mitteilen, dass eine Kriegsgefahr nicht vorhanden sei. Diese Zusicherung wurde bald durch die Ereignisse widerlegt. Als derselbe deutsche Offizier das nächste Mal den Zaren sah, waren die russischen Truppen bereits auf dem Wege zur Front begriffen. Der Zar sprach ihn an: ‚Wissen Sie noch, was ich Ihnen das letzte Mal gesagt habe? Sehen Sie sich nun an, was sich inzwischen ereignet hat. Dieser Krieg ist gegen meinen Willen und trotz aller meiner Bemühungen ent-

standen'. Kaiser Wilhelm zitierte diese Geschichte als einen Beweis der Notwendigkeit seiner Rückkehr nach Berlin, um zu verhindern, dass gegen seinen Willen und trotz seiner Bemühungen ein Krieg ausbreche.\*

Ich setzte dann Kühlmann auseinander, dass die Entwicklung der deutschen Flotte meiner Ansicht nach die letzte Ursache war, die einen Krieg mit England möglich oder sogar unvermeidlich gemacht habe. Kühlmann erwiderte mir daraufhin, dass er immer gegen die gefährliche Ausdehnung des Flottenprogramms aufgetreten sei und deshalb von den Rechtskreisen so gehasst wurde.

Er erzählte mir auch, dass er in nahen, sogar freundschaftlichen Beziehungen zu Grey stand, den er sehr hoch einschätzte. Trotzdem glaubte er, dass Grey die Verpflichtungen Englands gegenüber Frankreich viel zu ernst nahm. Wenn Haldane damals Aussenminister gewesen wäre, würde vielleicht der Eintritt Englands in den Krieg vermieden worden sein. Die Politik, die Kühlmann in jener Krisenzeit, die zum Ausbruch des Krieges führte, als die richtigste für England<sup>1)</sup> befürwor-

\*) In Verbindung damit ist es interessant, Kühlmanns Stellungnahme mit den Ratschlägen zu vergleichen, die Roberts, Haig und Kitchener gegeben wurden, wie es Liddell Hart in seinem Buche: «Die entscheidenden Kriege der Geschichte» schildert.

<sup>1)</sup> «Grossbritanniens Anteil am französischen Plan war weniger durch strategische Berechnung bestimmt als durch die Europäisierung seiner militärischen Organisation und seiner ganzen Mentalität in dem vorangegangenen Jahrzehnt. Dieser kontinentale Einfluss zog England allmählich in eine stillschweigende Billigung seiner Rolle als eines Anhängsels des linken französischen Flügels hinein und brachte es von seiner historischen Ausbeutung der ihm durch die Seemacht gegebenen Beweglichkeit ab. Bei dem Kriegsrat vor dem Ausbruch des Weltkrieges hat Lord Roberts, den man aus der Stille des Privatlebens für diese entscheidende Sitzung heranzog, die Absendung einer britischen Expedition an die belgische Küste befürwortet – wo sie den belgischen Widerstand gestärkt und dank der geographischen Lage die Möglichkeit gehabt hätte, den vorgeschobenen Flügel des deutschen Heeres auf seinem Einmarsch durch Belgien nach Frankreich zu bedrohen. Aber General Henry Wilson hatte als Leiter der militärischen Operationen den Generalstab zu einer direkten Zusammenarbeit mit Frankreich verpflichtet. Die inoffiziellen militärischen Verhandlungen zwischen 1905 und 1914 haben den Weg für einen Umsturz der jahrhundertealten englischen Kriegspolitik gebahnt.

tete – und heute noch ist er derselben Meinung –, war, dass England von einer Beteiligung am Kriege absehen und sich damit begnügen sollte, zu mobilisieren und abzuwarten. Schon nach den ersten Schlachten wäre es auf diese Weise in der Lage gewesen, den Kriegführenden seine Bedingungen zu diktieren und den Frieden zu erzwingen.

Ich hielt nicht mit meiner Ansicht zurück, dass eine solche Politik nicht in Frage kam. Sie wäre nur günstig oder überhaupt durchführbar gewesen, in dem unwahrscheinlichen Fall eines unentschiedenen Ausganges der ersten Schlachten. Wenn einer der Kriegführenden sich einen beträchtlichen Erfolg gesichert hätte, würde er sich nicht mehr um die Intervention Englands gekümmert haben. Je mehr man den von Kühlmann befürworteten Plan beleuchtet, desto undurchführbarer scheint er zu sein.

Ich habe andererseits aus den Äusserungen Kühlmanns entnommen, dass die Möglichkeiten eines europäischen Krieges und der Haltung Englands im Kriegsfall, in den ersten Monaten des Jahres 1914 überhaupt nicht erörtert wurden. Eine allmähliche Besserung der englisch-deutschen Beziehungen im Laufe der vorangehenden zwei Jahre liess Kühlmann glauben, dass eine friedliche Lösung mit denselben Methoden erzielt werden könnte, wie sie sich bei der Beilegung der Balkankriege bewährten. Als er Anfang Juni London für einen kurzen Urlaub verliess, waren alle deutsch-englischen Abkommen entworfen, und kein Zeichen liess auf einen kommenden Krieg schliessen. Da er müde und überarbeitet war, ging er direkt von London auf seinen bayrischen Landsitz und blieb dort, bis ihn im Juli ein Telegramm vom Fürsten Lichnowsky nach London zurückrief. Kühlmann behauptet entschieden, dass seiner Erinnerung nach kein Gedankenaustausch, weder ein

Dieses *fait accompli* hat nicht nur den strategischen Plan Roberts' vereitelt, sondern auch Haigs Wunsch, eine Landung bis zur Klärung der Lage zu verschieben. Sogar Kitcheners begrenzte Einwände gegen die Ansammlung der englischen Truppenkräfte so dicht neben den französischen und so nahe an der Grenze konnten sich angesichts dieser Tatsachen nicht durchsetzen.

geschriebener noch ein mündlicher, über Englands eventuelle Haltung im Weltkrieg in dem Briefwechsel zwischen der Wilhelmstrasse und der Deutschen Botschaft in London stattgefunden hat. Ich nehme an, dass der freien Erörterung dieser Frage zwei Hindernisse im Wege standen: das Misstrauen zwischen dem Kriegsministerium und dem Auswärtigen Amt, möglicherweise auch der in der Wilhelmstrasse herrschende Verdacht, dass die Deutsche Botschaft in London zu proenglisch sei, und dass es daher besser wäre, sie nicht so genau auf dem Laufenden zu halten.

Als wir dann über die Ähnlichkeit der Russen und der Deutschen sprachen, meinte Kühlmann, dass die Russen alle Fehler der Deutschen in starker Übertreibung besitzen. Ich persönlich halte die Ähnlichkeit zwischen den beiden Völkern für sehr gering. Die Deutschen sind ordnungsliebend, methodisch, gründlich und bis zu einem gewissen Grade Menschen, die ihr gegebenes Wort halten. Die Russen sind das genaue Gegenteil: geschickt, bezaubernd, schlau, unzuverlässig, ohne eine Spur von Organisationsfähigkeit, unpünktlich und verworren, ungenau, mit sehr wenig Achtung vor dem gegebenen Versprechen. Ohne die deutsche Hilfe, die dem ganzen Gefüge das feste Rückgrat gab, ist es überhaupt zweifelhaft, ob das russische Reich je entsprechend verwaltet worden wäre. Ich zweifle auch, ob es weiterhin ohne deutsche Hilfe reorganisiert werden kann. Die Juden, die heute die Macht in Händen haben, sind ein nur ungenügender Ersatz. Sie ergänzen nicht die wesentlichen russischen Mängel, haben manche, obwohl nicht alle slawischen Wesenszüge, und trotz einiger bemerkenswerter Eigenschaften sind sie weder Slawen noch Deutsche.

Über die Arbeiten der beiden Ausschüsse der Reparationskommission sagte Kühlmann, er hoffe, sie würden mit der Gewährung einer Anleihe an Deutschland enden, aus der es die französischen Ansprüche befriedigen könnte. Ich erwiderte ihm, ich halte es nicht für wahrscheinlich, dass England und Amerika Deutschland Geld leihen werden, damit es Frankreich und Belgien bezahle. Es müsse erst bewiesen werden,

dass auf diese Weise ein grosser Fortschritt auf dem Wege der politischen Stabilität und des europäischen Friedens erzielt werden kann. Dieser Beweis muss im gegenwärtigen Augenblick erst erbracht werden.

Kühlmann, der grosse Industrieinteressen im Rheinland und im Saargebiet aus der Erbschaft seiner ersten Frau (einer geborenen Stumm) besitzt, erzählte mir, er habe oft über die Reparationsfrage mit einem der führenden Leute des Comité des Forges gesprochen. Der Betreffende sagte ihm, er stünde im scharfen Gegensatz zu der Politik Poincarés und halte für die beste Lösung die Schaffung eines deutsch-französischen Kohlen- und Eisenkonzerns, der eine Maximalförderung sichern würde. Er glaubte ebenfalls, dass die Ansprüche Frankreichs durch eine Anleihe befriedigt werden könnten. Aber so leicht sich über eine solche Lösung sprechen lässt, so schwer ist sie zu verwirklichen.

*31. Januar 1924.*

Berlin.

Der Fortschritt der Währungsreform war überraschend schnell. Die letzte Januarwoche brachte ein bemerkenswertes Ergebnis, und zwar den Voranschlag des Haushaltes auf Goldbasis. Wer hätte vor zwei Jahren so etwas für möglich gehalten? Während der vorangegangenen drei Jahre hat die Sintflut der Papiergeldemission jede Schätzung der Staatsausgaben und -einnahmen unmöglich gemacht. Jetzt wird das Finanzgebaren des Reiches wie durch ein Wunder durch einen Finanzminister geregelt, der wenig von einer Fee an sich hat, aber die unbedingt notwendige Fähigkeit besitzt, «Nein» sagen zu können.

Es ist noch zu früh, um mit Sicherheit voraussagen zu können, ob diese neue Ordnung auf die Dauer aufrechterhalten werden kann.

*31. Januar 1924.*

Berlin.

Wir haben nicht nur einen Haushalt auf Goldbasis zu verzeichnen, sondern auch die Ankunft der Ausschüsse der Reparationskommissio-

nen. Ich hoffe, dass sie bei ihrer Arbeit drei Regeln aus der Veterinärpraxis beherzigen werden, und zwar:

1. dass es nicht möglich ist, die Kuh zu melken, bevor sie auf ihren Beinen steht;

2. dass es nicht ratsam ist, eine Amputation an der Kuh vorzunehmen, um sie auf die Füße zu stellen;

3. dass es sich nicht empfiehlt, an der Kuh einen Aderlass an zehn oder zwölf verschiedenen Punkten vorzunehmen. Ein zeitlich begrenztes Moratorium ist unbedingt notwendig, und wenn die Zahlungen wieder aufgenommen werden sollten, müssen sie von einer Stelle fliessen.

Bis heute ist ein grosser Teil der von Deutschland gezahlten Reparationen auf die Kosten der Besatzungsheere verschwendet worden, die sich auf ungefähr 85 Prozent der gesamten Summe belaufen müssen.

6. Februar 1924.

Berlin.

Die Anerkennung der Sowjetregierung durch England freut am meisten den Staatssekretär von Maltzan. Er bleibt seinem Glauben oder Aberglauben treu, dass die Sowjets keinerlei Unheil anstiften können und dass der einzige Weg der Rettung sowohl für Deutschland wie für England in einem engen Bündnis mit Moskau liege.

Er hat sich in die Vorstellung verbohrte, dass der deutsche Botschafter in Moskau, Brockdorff-Rantzau, zum Teil durch seine diplomatische Geschicklichkeit (die zweifellos gross ist), zum Teil durch sein aristokratisches Prestige, für das die Sowjets nicht unempfindlich sind, die russische Politik vollkommen zu meistern vermag.

Ich habe Brockdorff-Rantzau, den Mann, in den Maltzan ein solches Vertrauen setzt, gestern Abend zum erstenmal getroffen. Ganz der Bühnentypus eines etwas degenerierten, diabolischen Diplomaten der alten Schule. Korrekte, bedächtige Manieren und eine äussere Erscheinung, aus der man schliesst, was auch in Wirklichkeit der Fall ist, dass er nie

vor vier Uhr schlafen geht, erst um die Mittagsstunde aufsteht und in der Zwischenzeit den ungenügenden, in ungewohnte Stunden verlegten Schlaf durch parfümierte Zigaretten und zahllose Narkotika zu ersetzen sucht. Maltzan behauptet jedoch steif und fest, dass seine vornehmen Manieren und seine aristokratische Herkunft, die mit einer scharfen Zunge gepaart sind, ihm eine ungeheure Machtstellung bei den Moskauer Diktatoren gesichert haben.

Maltzan, der im Allgemeinen keine sehr hohe Meinung von der diplomatischen Stellung Englands hat, erklärt, dass sich in den letzten drei Monaten alles zu unseren Gunsten gewendet hat.

Die Krone hat, seiner Ansicht nach, dem selbstverständlich die Anerkennung der Sowjets aufgesetzt. Aber es gab noch eine Reihe anderer günstiger Umstände:

der italienisch-jugoslawische Vertrag,  
die Freundschaft zwischen Italien und Spanien,  
die Zurückweisung der französischen Anleihe durch Rumänien,  
der Sturz des Franken,  
die herzlichen Beziehungen zwischen England und Amerika, die Einberufung der beiden Ausschüsse der Reparationskommission.

Alle diese Ereignisse können nicht verfehlen, Frankreich zu der Erkenntnis zu bringen, dass es durch Poincaré in eine völlige Vereinsamung geriet, die nur durch die – noch immer nicht sehr gewichtige – Stimme von Benesch gemildert wird.

Brockdorff-Rantzau erzählte Maltzan, Tschitscherin hätte ihm bei seiner letzten Unterredung offen gesagt, dass, nachdem er nun die Anerkennung Englands habe, er sich weniger entgegenkommend gegenüber Italien zeigen werde. Er hatte die Absicht, Italien grosse Vorteile in der Ukraine und in der Frage des Schiffsverkehrs im Schwarzen Meer einzuräumen, aber nun sei er ein wenig davon abgekommen. In Bezug auf Frankreich glaubt er, sich jetzt leisten zu können, noch ein wenig zu warten.



Tschitscherin erklärte ihm auch, dass seine Politik in Mittelasien jetzt viel weniger antibritisch sein würde.

Das einzige Land, das sich heute wirklich in Verlegenheit befindet, ist Polen.

Es ist ihm klar, dass die Polen nur so lange auf die französische Unterstützung rechnen können, als es zu keiner Verständigung zwischen Frankreich und Russland kommt. Da kein Land zu gleicher Zeit in freundschaftlichen Beziehungen mit Russland und Polen stehen kann, wird Frankreich eines Tages zwischen der Lockung der russischen Armee und dem Zauber der polnischen Sirene zu wählen haben. Die Schwierigkeit für Polen liegt darin, dass es wirklich keine andere Alternative kennt. Die Tschechoslowaken hassen die Polen, und die Deutschen verachten sie. England ist zu weit entfernt, und es kann ebenso wenig wie Frankreich die Handelsinteressen in Russland dem Warschauer Lächeln zuliebe opfern. Auf diese Weise hat Polen letzten Endes niemanden, auf den es rechnen kann, mit Ausnahme vielleicht der Türken; eine Tatsache, die einen auf den Gedanken bringt, dass Klugheit, Geschicklichkeit und Begabung nicht immer die erwünschtesten Eigenschaften für ein Volk sind.

Aber seit 1920 – trotzdem ich in Berlin wohne, wo sogar der Wind, der dort weht, antipolnisch ist – glaube ich, dass Polen einmal die Welt in Verwunderung setzen wird, sobald eine wirklich ernste Krisis kommt. Die Polen haben Europa bei mehr als einer Gelegenheit vor Asien gerettet.

7. Februar 1924.

Berlin.

Die beiden Ausschüsse der Reparationskommission werden in dieser Woche Berlin verlassen. Die Mitglieder des zweiten Ausschusses unter dem Vorsitz von McKenna scheinen sich ziemlich einig darüber zu sein, dass das im Ausland befindliche deutsche Geld sich auf 150 bis 200 Millionen Pfund Sterling beläuft, dass es aber keine Möglichkeit gibt, es durch Gewalt oder Drohung zurückzubringen. Soweit daher eine

zwangsmässige Erfassung für Reparationszahlungen in Frage kommt, spielt es kaum eine Rolle, ob es 200 oder 2'000 Pfund Sterling sind.

McKenna ist so klug und lebhaft, wie immer. Er machte einen ausgezeichneten Eindruck auf jeden, der mit ihm zusammenkam. Beim Frühstück vor einigen Tagen freundete er sich so mit Stresemann an, dass ich glaubte, sie würden sich beim Abschied in die Arme fallen.

Der andere Ausschuss flösst mir einige Bedenken ein. Kindersley, der sich früher so ausgezeichnet bewährt hat, ist auf seine Unabhängigkeit stolz und hält sich von Bradbury und den anderen fern, die alle Fallgruben kennen, und so wird er wahrscheinlich in die eine oder andere hineinstolpern<sup>1)</sup>. Ich habe das Gefühl, dass er mit phantastischen Hoffnungen und Wünschen nach Berlin kam. Heute hat er etwas Wasser in seinen Wein gegossen. Aber ich nehme an, dass der Nachgeschmack der alten falschen Vorstellung noch immer dem Glase anhaftet. Stamp scheint ausgezeichnete Arbeit geleistet zu haben. Er erregte allgemeine Bewunderung durch seine vollkommene Beherrschung der Steuer- und Verwaltungsfragen und ist durch seine technischen Kenntnisse die Seele des ganzen Ausschusses geworden.

Der amerikanische Präsident Dawes hat keine Ahnung von den Einzelheiten und interessiert sich auch nicht für sie, aber er besitzt eine geheimnisvolle Macht über die schwankende amerikanische öffentliche Meinung. Wie bei Baldwin wird auch bei ihm die Autorität und Volkstümlichkeit zum Teil auf seine Vorliebe für die Pfeife zurückgeführt. Warum hat man eigentlich ein solches Vertrauen zu einem leidenschaftlichen Pfeifenraucher? Warum scheint ein Zigarettenraucher ein Mann von einem leichteren Kaliber zu sein? Warum ist ein Zigarrenraucher ein Prahler, ein Lüstling und wahrscheinlich ein Kriegsgewinnler?

Young, der zweite Delegierte, ein junger Mann von vierzig Jahren, steht bereits an der Spitze der General Electric Company und soll geistig

<sup>1)</sup> Diese Befürchtung hat sich jedoch nicht verwirklicht.

der bei Weitem Überlegene sein. Im Gespräch ist er besonnen und zurückhaltend. Die Amerikaner mit ihrer Manie für Superlative sprechen von seinem Geist als von dem vollendetsten aller Instrumente. Einige seiner Kollegen halten dies für Unsinn, aber er hat Geld und Prestige hinter sich, wie auch den Ruf eines bewährten Weitblicks in Geschäftsfragen.

Franqui ist eine starke Persönlichkeit vom Typus der Bankiers, die in direkter Linie von den Kondottiere abstammen.

Den meisten Professoren, die als Sachverständige berufen wurden, fehlt die Persönlichkeit oder der notwendige Widerhall, aber die Amerikaner, insbesondere Kemmerer, sind in ihrer ruhigen Weise erstklassige Leute. Ob Owen Young die politische Lage ganz erfasst hat, bezweifle ich, und doch wäre es von grösster Bedeutung. Er scheint allzusehr zur Zahlung grosser Summen an Frankreich und Belgien zu neigen, um sie nur aus der Ruhr herauszubekommen.

Es heisst, dass die Kommission mit Einschluss der Belgier – man sagt sogar, dass die Belgier am meisten davon durchdrungen sind – von der Notwendigkeit der Räumung des Ruhrgebiets überzeugt ist, jedenfalls soweit es die Befreiung der Industrie von allen Fesseln betrifft. Sollte sie zu diesem Ergebnis gelangen, wird es sehr erfreulich sein; aber dass die französischen Delegierten unter eine solche Resolution ihre Unterschrift setzen werden, glaube ich erst, wenn ich sie schwarz auf weiss vor mir sehe.

In den folgenden Aufzeichnungen, die ich mir für meine Unterredung mit Kindersley gemacht habe, habe ich alle Punkte festgehalten, die mir von wesentlicher Bedeutung erscheinen:

1. a) Die Erhaltung der Währungsstabilität um jeden Preis.  
b) Ruhr. Die unbedingte Notwendigkeit der Räumung.  
Die Kommission sollte das Ruhrgebiet bereisen.
2. Wie wird der deutsche Haushalt aussehen, sowohl mit wie ohne das Ruhrgebiet?
3. Die Festsetzung einer Endsumme, so erwünscht sie auch wäre, lässt sich augenblicklich schwer bewerkstelligen.

4. Eine Gleitskala der Reparationszahlungen müsste der Erhöhung gewisser Einnahmen angepasst werden.
5. Die sechsunddreissig Rubriken der Reparationszahlungen, die früher geleistet wurden, müssen in eine zusammengefasst werden. Klarheit und Vereinfachung sind notwendig.
6. Die Kosten der Besatzungsheere müssten vermindert werden, damit sie nicht siebenzig oder achtzig Prozent der gesamten Reparationszahlungen verschlingen, wie es bis Dezember 1922 der Fall war. Im Jahre 1923 war der Prozentsatz noch höher, da das Ruhrgebiet hinzukam.

7. *Februar 1924.*

Berlin.

Stresemann, der gestern hier mit McKenna und Sir Josiah Stamp frühstückte, beklagte sich, dass seine ganze Zeit von unwichtigen Fragen und kleinlichen Sorgen in Anspruch genommen werde. Er könne sich nicht davor retten. Heute wurde wieder viel Aufhebens davon gemacht, dass Deutschland es an Taktgefühl fehlen liess, als es in seiner Botschaft in Washington versäumte, zum Zeichen der Trauer um den ehemaligen Präsidenten Wilson die Flagge auf Halbmast zu setzen.

Trotz dieser Sorgen scheint Stresemann seine frühere Stellung als Rettungsanker der Regierung zu behalten. Die gegenwärtige Zusammensetzung des Kabinetts ist nicht schlecht. Ein versöhnlicher, tiefreligiöser Reichskanzler mit den besten Absichten der Welt, dabei frei vom Nachteil der glänzenden Gaben, die nur die Feindschaft herausfordern, und ein ihm der Form, nicht dem Wesen nach untergeordneter Aussenminister, der kühn und beredsam ist, wahrscheinlich viel weniger strenggläubig wie er, aber mit klaren Ansichten und ausgesprochener Entschlusskraft.

Seitdem Stresemann in der Regierung ist, scheint er mir mit seinem Amt zu wachsen. Jedenfalls ist seine Autorität heute viel grösser. Er war nie ein Gegner der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, vorausgesetzt, dass sie unter vernünftigen Bedingungen erzielt

werden könne. Aber er würde ihr nicht die Verbindung mit England opfern oder die englischen Interessen verletzen. Seine Zuverlässigkeit in dieser Hinsicht ist jedoch nie auf eine ernsthafte Probe gestellt worden, weil Poincaré immer engstirnig, abweisend und negativ blieb.

Ich persönlich halte Stresemann für geradlinig und zuverlässig. Das Herausschmettern seiner Ansichten in einem hohen, metallischen Stakato erfüllt ihn mit einem so körperlichen Wohlbehagen, dass er weder hinterlistig noch heimtückisch sein kann. Es hat wohl kaum einen gegeben, dem die eigene dialektische Meisterschaft einen grösseren Genuss bereitet hat.

Wie ich höre, soll Stresemann die Ansicht vertreten, es würde nicht schwierig sein, das Rheinland und die Pfalz für demobilisiert im weiteren Sinne des Wortes zu erklären, und zwar auf die Weise, dass Deutschland sich verpflichten würde, auf die Verwendung dieser Gebiete für militärische Zwecke sowohl im Frieden wie im Kriege zu verzichten.

Die Voraussetzung eines solchen Abkommens wäre jedoch die Übernahme einer ähnlichen Verpflichtung durch Frankreich. Auch die Unantastbarkeit der deutschen finanziellen und administrativen Rechte müsste vollkommen gewährleistet werden. Statt also einen neuen Pufferstaat zu schaffen, würde man nur Deutschland und Frankreich das Verfügungsrecht über einen bestimmten Teil des Gebietes zum Zwecke militärischer Vorbereitungen und Kriegsoperationen nehmen.

*10. Februar 1924.*

Berlin.

Ich traf heute Abend zufällig die amerikanischen Sachverständigen in der amerikanischen Botschaft.

Mein erster Eindruck von Dawes ist entschieden besser als der, den ich mir nach Gesprächen mit seinen Kommissionskollegen gebildet habe. Sehr klug, merkwürdig schnell auffassend. Young wirkte dagegen auf mich etwas zu feierlich. Er soll der Fähigere von beiden sein, aber ich hätte viel lieber mit Dawes zu tun, vielleicht weil Dawes sich leichter beeinflussen lässt.

An diesem Abend hatte er sich gerade für einen neuen Gedanken, und zwar für die Abgabe eines bestimmten Prozentsatzes – 15, 20, oder 25 Prozent der deutschen Gesamteinnahmen – begeistert. Dieser Plan hat den Vorzug des Neuartigen und steht im Einklang mit meiner Ansicht, dass man irgendeine Gleitskala einfügen müsste. Eine endgültige Festsetzung ist nicht nur schwierig, sondern würde sicher auch verfehlt sein. Young kam später hinzu und schien von dem Gedanken weniger begeistert als Dawes. Sein Grundsatz lautet: die Reparationsleistungen Deutschlands sollen im Verhältnis der Schuldenlast der Gläubigerländer stehen.

Auf den ersten Blick scheint dieser Satz durchaus vernünftig, aber er hält kaum einer näheren Prüfung stand. Young versucht eine Gleichung aus zwei Grössen aufzustellen, die sich untereinander nicht vergleichen lassen. In England, Frankreich und Amerika besteht die Schuldenverpflichtung zum mindesten zu 90 Prozent gegenüber Inlandsgläubigern. In Deutschland würde die Zahlung zu 99 Prozent nach dem Ausland gehen. Nach welchem Massstab soll der Vergleich durchgeführt werden?

Young erwiderte darauf, dass man die deutschen Reparationsleistungen den Inlandszahlungen angleichen müsste, indem man die Beträge in Berlin ansammelt und sie nur dann transferiert, wenn der Kurs es erlaubt, das heisst wahrscheinlich, wenn ein Überschuss der Ausfuhr vorhanden ist. Falls die Gesamtsumme nicht transferierbar wäre, müsste der angesammelte Betrag zur Nutzbarmachung in Deutschland verbleiben, um die Banken, die Industrie und den Handel zu beleihen. Die Einwände gegen diesen Plan liegen auf der Hand, und ich kann mir nicht vorstellen, dass die Gläubiger, hauptsächlich die Franzosen, eine beträchtliche Geldsumme, die ihnen zum Teil gehört, zur Nutzbarmachung in Berlin belassen würden, mit der Aussicht, über sie einmal, in einer fernen Zukunft, verfügen zu können. Young äusserte sich auch nicht darüber, was geschehen würde, wenn dieser Betrag sich dauernd erhöhen sollte, ohne transferiert werden zu können, aber er räumte ein, dass man, statt die Bank frei über den Restbetrag schalten zu lassen, ei-

nen bestimmten Kurs festsetzen könnte, unter dem kein Transfer stattfinden sollte.

General Dawes kam dann auf die Frage der Pfänder zurück und behauptete, man müsse den Franzosen die «gages productives» geben, um sie aus dem Ruhrgebiet herauszubekommen. Ich widersprach ihm, denn eine Kontrolle oder Einsichtnahme in die Reichsfinanzen ebenso wie die Beaufsichtigung besonderer Einnahmequellen ist meiner Ansicht nach allen peripherischen Pfändern vorzuziehen – alle territorialen Massnahmen oder auf eine Abtrennung des deutschen Gebietes zielenden Pläne müssen entschieden abgelehnt werden.

12. Februar 1924.

Berlin.

Ich traf heute beim Frühstück General Hoffmann.

Er verbrachte den grössten Teil des Winters in München und kam sehr enttäuscht über das sinnlose Verhalten seiner nationalistischen Freunde zurück. Aus seiner Erzählung ergibt sich, dass, hätte er eine Woche früher in München eintreffen können, der Putsch nicht ausgebrochen wäre. Er gab mir die folgende Erklärung der Ereignisse:

Kahr stand in Verbindung mit Ludendorff, Hitler und den anderen, aber er hatte viel eher die Absicht, einen Druck auf Berlin auszuüben, als einen Gewaltstreich zu unternehmen. Er wollte Berlin zwingen, die Sozialisten abzuschütteln und strenge Massnahmen gegen Sachsen und Thüringen zu ergreifen. Aber Hitler in seiner wilden Begeisterung liess sich nicht im Zaum halten. Als Kahr bei der Versammlung in der Brauerei eine Pistole vor die Brust gesetzt bekam, um zur Mitarbeit gezwungen zu werden, wusste er bereits, dass seine Untergebenen die notwendigen Massnahmen ergreifen würden, um den Putsch durch die Reichswehr zu unterdrücken. Kahr sucht sein Verhalten folgendermassen zu rechtfertigen: «Was hätte ich damit erreicht, wenn ich nein gesagt hätte?

Ich wäre nur erschossen worden. Wenn ich ja sagte, war ich sicher, dass die Ordnung in einigen Stunden wieder hergestellt werden würde.»

Hoffmann meinte, dass Ludendorff jeden Sinn für die Wirklichkeit verloren hat. Der Erfolg im Kriege ist ihm zu Kopf gestiegen. Er war zweifellos ein fabelhafter Organisator und ein erstklassiger Heerführer. Zwei Jahre und acht Monate lang hat Hoffmann als Generalstabsoffizier unter Ludendorff gearbeitet. Im persönlichen Verkehr war Ludendorff nicht besonders angenehm. Aber das spielte keine Rolle in Anbetracht seiner hervorragenden militärischen und organisatorischen Fähigkeiten. Heute hat sich die Freundschaft zwischen Hoffmann und Ludendorff in eine bittere Gegnerschaft gewandelt. Vor einem Jahr ist es fast zu einem Duell zwischen den beiden gekommen.

Nach Hoffmanns Meinung war das grösste militärische Genie des Krieges der Österreicher Conrad von Hötzendorf. Er hatte den strategischen Plan des Einbruchs in Russland entworfen, dessen Fehlschlag er später darauf zurückführte, dass Deutschland Österreich im Stich liess.

Der Militärplan, den er vor dem Kriege mit Moltke vereinbart hatte, ging von der Voraussetzung aus, dass die Österreicher ihre Ostfront dreissig Tage lang gegen Russland halten könnten und dass in dieser Zeit die Deutschen die Franzosen schlagen würden, um dann den Österreichern Verstärkungen zu schicken. Aber die Marneschlacht kam dazwischen und die Oberste Heeresleitung konnte ihre Truppen nicht entbehren. Nach dem deutschen Operationsplan sollte die Ostfront im Anfang des Feldzuges vernachlässigt und alle Kräfte auf einen niederschmetternden Schlag gegen Paris konzentriert werden. Den Sieg von Tannenberg erklärt Hoffmann durch das Fehlen der Offiziere bei den russischen Truppen und die höchst mangelhafte Heeresleitung. Die Divisionskommandeure waren unter jeder Kritik. Hoffmann zitierte ein Wort von Gallifet: «Geben Sie mir den russischen Soldaten, den preussischen Leutnant und die französische Militärmusik, und ich werde die



Welt erobern.» Ludendorff wurde im August 1916 von der Ostfront an die Westfront geschickt. Drei Monate später schickte ihm Hoffmann, der als Chef des Stabes im Osten verblieb, 1'200'000 Soldaten und behielt nur 800'000 im Osten. Es sei ihm vollkommen unverständlich, dass Deutschland nicht in der Lage war, einen entscheidenden Sieg zu erringen. Ludendorff selbst könne man wohl nicht die Schuld geben, denn in den zwei Jahren und acht Monaten, in denen sie zusammen arbeiteten, hatten sie nie eine Meinungsverschiedenheit in militärischen Fragen und es sei nicht anzunehmen, dass Ludendorff die strategische Begabung, die er im Osten besass, im Westen verloren haben sollte.

Wir sprachen dann über die Beziehungen zu Frankreich, und Hoffmann erzählte mir, er habe Rechberg gesehen, der vor Kurzem eine dreistündige Unterredung mit Foch hatte, zu dem er von Poincaré geschickt worden sei. Rechberg meint, Fochs ganze Politik drehe sich nur um den einen Gedanken, sein Heer von 700'000 Soldaten unverseht zu erhalten.

Hoffmann hält die Möglichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich für ausgeschlossen. «Deutschland kann an einen Krieg nicht denken. Wir haben keinen anderen Weg vor uns als die Verständigung mit Frankreich. Wenn es uns nicht gelingt, Beziehungen zu Frankreich anzubahnen, werden wir unsere Industriegebiete und unsere industrielle Freiheit verlieren. Später mag sich vielleicht die diplomatische Lage verändern. Frankreich könnte eines Tages die Oberhand über die belgische Küste bekommen, um den Koks der Ruhr, den Stahl Lothringens und alle Bergwerke und Fabriken in Frankreich und Westdeutschland zu einer gewaltigen Einheit zusammenzufassen. England würde sich dann vor einen Zusammenschluss gestellt sehen, wie es ihn in den Zeiten Napoleons bekämpft hatte und könnte die Hilfe Deutschlands brauchen. Aber heute sind wir noch weit davon entfernt. Jeder Konflikt würde nur auf dem Rücken Deutschlands ausgetragen werden und es wird sich niemand finden um uns zu Hilfe zu eilen.»

13. *Februar 1924.*

Berlin.

### **Aphorismen über die Reparationsfrage.**

1. Eine Regelung der Reparationen ist ohne Lösung der Sicherheitsfrage nicht möglich.
2. Eine Regelung der Reparationen kann ohne Währungsstabilität und Budgetausgleich nicht von Dauer sein.
3. Eine Verständigung im Hinblick auf eine bestimmte Gesamtsumme ist heute kaum zu erzielen.
4. Eine Gleitskala oder irgendeine unbestimmte Formel ist daher unbedingt notwendig.
5. Die finanzielle Stabilität in Deutschland ist durch folgende Voraussetzungen bedingt:
  - a) Die Rückgabe der Ruhr als eines integralen Teiles des deutschen Reiches.
  - b) Ein vollkommen wasserdichtes Moratorium.
  - c) Die Sicherstellung des Primats der Währungsstabilität.
  - d) Die Vereinfachung und Vereinheitlichung der Reparationszahlungen.
  - e) Die Erkenntnis, dass Sachlieferungen gleich Bargeldzahlungen sind.
6. Nachdem «le mieux l'ennemi du bien» ist, muss jeder Versuch der Festsetzung einer Gesamtsumme als Hindernis für eine provisorische Regelung betrachtet werden.
7. «La recherche d'une solution définitive est interdite.»

## KAPITEL II

### FEBRUAR – JUNI 1924

20. Februar 1924.

London.

Ich bin seit Mittwoch, den 13. Februar, in London und habe seitdem viele Menschen gesehen, sowohl die früheren wie die neuen Minister. Den Eindruck, den man von dem neuen Premierminister Ramsay Macdonald bekommt, wirft alle Vorstellungen von einem proletarischen Herrscher über den Haufen. Er hat viel eher etwas von einem müden Aristokraten an sich. Keine Spur der Wucht und Energie eines Mannes aus dem Volke. Keine Spur von Muskelkraft. Nur eine gewisse Müdigkeit, die auf Überarbeitung zurückgeht. Man erzählt mir, dass auch seine Politik, seitdem er ins Amt kam, nichts von Kraftmeiertum an sich hatte – eine betonte Höflichkeit gegenüber Poincaré, langatmige Entschuldigungen für die Indiskretionen Lloyd Georges, und ein weitgehendes Bestreben, die Entwicklung der Ereignisse durch verfrühtes Handeln nicht zu stören. Sein Motto, das ihm Vorsicht, Geschicklichkeit oder Müdigkeit diktieren, ist: *Wait and see*.

Die ehemaligen Minister haben sich in ihr Schicksal ergeben. Sie tragen ihren Sturz als Philosophen und Engländer. Einer von ihnen, Curzon, sagte zu mir: «Der Umschwung ist von einer furchtbaren Gründlichkeit. Vor einigen Wochen war ich der Mittelpunkt der Geschehnisse und wusste alles. Heute, als ehemaliger Minister, weiss ich nichts. Ich bekomme keinerlei Nachrichten aus dem Foreign Office und stelle mir nur einige Brocken von Informationen aus der Presse zusammen. Vor einigen Wochen glaubte ich, Schicksal zu spielen – heute stehe ich voll-

kommen abseits. Aber solche plötzlichen Veränderungen gehören nun einmal zum öffentlichen Leben in England und man muss sie zu ertragen wissen.»

Die Leute im Foreign Office scheinen von ihrem neuen Chef begeistert. Er hetzt sie nicht annähernd so rücksichtslos wie der Marquis. Er behandelt sie mit grösster Höflichkeit und versucht, sich ihre Meinungen zu eigen zu machen. Dieser Eindruck mag sich vielleicht eines Tages ändern, aber im Augenblick sind sie sehr zufrieden.

Nach allem, was man hört, hatte Curzon einen verzweifelten Kampf zu kämpfen, nicht nur mit Poincaré, sondern auch mit vielen seiner Kollegen, die ihm in den Rücken fielen. Es spannen sich unzählige Intrigen zwischen Paris und dem französischen Botschafter, gewissen Journalisten und gewissen Politikern, um Curzon los zu werden, oder, falls dies misslingen sollte, ohne Curzons Hilfe oder hinter seinem Rücken zu irgendeiner Vereinbarung mit Baldwin zu kommen.

Die letzte diplomatische Aktion Curzons, bevor er das Amt verliess, – seine energische Haltung in der Frage der Pfalz- und Rheinlandbahnen –, war von einem grossen Erfolg begleitet, der jedoch kaum auf sein Konto gebucht werden wird. Man wird viel eher sagen, dass dieses Ergebnis mehr dem Girren Ramsays als der ciceronischen Strenge seines Vorgängers zu verdanken sei. Aber man wird ihm nicht gerecht werden. Das Verdienst fällt Curzon zu, und den letzten Erfolg entschied weniger die Höflichkeit Ramsays als die Unhöflichkeit des Franken, der sich erdreistete, von 90 auf 105 zu fallen. Das Barometer des Erfolges oder Misserfolges der Poincaré-Politik ist der Frankenkurs. Sobald er stürzt, wird Poincaré zugänglich. Wenn er steigt, wird Poincaré sich selbst wieder treu.

Mit anderen Worten, er offenbart seine wahre Natur, sooft er es nur wagen kann, und seine Natur neigt weder zum Nachgeben noch zu Kompromissen. Da ausserdem seine Haltung durch eine ehrliche Überzeugung diktiert und durch einen gewaltigen Fleiss, eine verblüffende

Arbeitsfähigkeit und eine vollkommene Meisterung juristischer Argumente unterstützt wird, ist sie unheilbar und wird ihm wahrscheinlich die Bewunderung der Nachwelt einbringen.

4. März 1924.

Berlin.

Ich hatte heute ein längeres Gespräch mit Stresemann. Er stand noch ganz unter dem Eindruck der Enthüllungen im Hitler-Ludendorff-Prozess in München. Bei den Verhandlungen trat es klar zutage, dass die Gefahr im November vorigen Jahres unendlich viel grösser war, als es der breiten Öffentlichkeit bewusst geworden ist. Er selbst wusste schon immer, dass Deutschland einem ernsthaften und erfolgreichen Putsch der Rechten um Haaresbreite entgangen ist. Aber die offiziellen Kreise in Berlin hatten bisher die Gefahr, vor der das Land stand, unterschätzt. Es ergab sich jetzt ziemlich unzweideutig, dass von Kahr selbst Massnahmen gegen die Republik in Betracht zog, die nicht weniger umstürzlerisch waren als die Pläne von Hitler und Ludendorff. Es war ebenso klar, dass v. Kahr aus Norddeutschland weitgehende Zusicherungen einer Unterstützung bekommen hatte. Die Gefahr war umso grösser, als die Berliner Regierung nur über höchst zweifelhafte Möglichkeiten der Unterdrückung verfügte. Die Reichswehrsoldaten waren zum grossen Teil Anhänger der Rechten. Die Offiziere hält er vom Standpunkt der Verfassungstreue aus für zuverlässiger als die Soldaten und glaubt, vollkommen auf Seeckt rechnen zu können. Aber die Offiziere hätten nicht viel ausgerichtet, wenn sie auf eine geschlossene Opposition der Soldaten gestossen wären.

Stresemann vertrat schon immer die Ansicht, dass die im Versailler Vertrag aufgezwungene Anwerbung der Rekruten für zwölf Jahre ein verhängnisvoller Irrtum sei. Auf diese Weise wird das Heer zu einer Kaste gemacht, zu einer Art prätorianischer Garde, von den breiten Massen geschieden und in einen Gegensatz zu den tiefen Strömungen im Volke gestellt. Es wäre viel besser gewesen, wenn man die alte Basis der kurzfristigen Dienstpflicht beibehalten hätte.

Stresemann sprach dann über die unmittelbare politische Zukunft. Allen Anzeichen nach scheine sich ein Umschwung nach der Rechten vorzubereiten. Die nächsten Wahlen würden einen grossen Sieg der Rechten bringen.

Die Sozialdemokraten haben viel an Boden verloren, und seiner eigenen Partei ging es auch nicht besser.

Ich fragte den Minister, auf welche Ursachen sich dieser Umschwung zurückführen lässt. Meiner Ansicht nach hat die jetzige Regierung beträchtliche Erfolge zu buchen – sie hat eine auffallende Besserung der Währungssituation herbeigeführt – sie hat sehr günstige Bedingungen in Bezug auf die 26prozentige Abgabe erzielt – sie hat im Rheinland die separatistische Bewegung unterdrückt und in der Pfalz den verzweifelten Versuch einer Spaltung vereitelt. Wie ist es zu erklären, dass die öffentliche Meinung diese Leistungen nicht anerkennt und sie nicht durch ein wachsendes Vertrauen in die Regierung belohnt? Der Minister erwiderte: «Es sind zwei Gründe dafür vorhanden: Der erste ist der Hass gegen die Juden. Die breiten Massen sind unzufrieden, weil sie ihre eigene Armut dem Reichtum der Juden gegenüberstellen und sich fragen, warum die Regierung dies dulde. Der zweite Grund für die Unpopularität der Regierung ist der Hass gegen die Franzosen. Der Mann von der Strasse fragt sich, warum die Regierung den Franzosen erlaubt, auf eine so brutale Weise mit Deutschland umzuspringen, ohne sich dagegen zu wehren. Jeder denkende Mensch weiss zwar genau, dass dem Aussenminister keine anderen Massnahmen zur Verfügung standen als die, die er ergriff, und dass er sich der Aggressivität der Franzosen gegenüber nicht anders verhalten konnte, als er es tat; aber diejenigen, die sich nicht die Mühe geben, die Lage durchzudenken, stellen sich vor, dass die Regierung zu schwach und zu verständigungswillig war.»

Als wir über die Frage der Militärkontrolle sprachen, sagte Stresemann, dass, falls die in der Presse auftauchenden Gerüchte über die neuen Vorschläge der englischen Regierung zutreffend sein sollten, neue Schwierigkeiten entstehen würden. Die deutsche öffentliche Meinung

wird sich nie mit einem Übergangsstadium von der Kontrollkommission zu dem Artikel 213 des Versailler Vertrages einverstanden erklären. Die Juristen finden in dem Vertrage keinerlei Erwähnung des vorgeschlagenen Garantiekomitees.

Ich machte den Minister darauf aufmerksam, dass dieses Komitee bei mancher Gelegenheit vor zwei Jahren diskutiert wurde und damals allgemein anerkannt worden ist, dass ein Übergangsstadium als Spielraum zur Liquidierung der Kontrollkommission für Deutschland vorteilhaft sei und einen vernünftigen Kompromiss zwischen den auseinanderstrebenden Meinungen bilde.

Wenn die deutsche Regierung eine Beendigung der Kontrollkommission wünsche, müsse sie irgendeine praktische Lösung finden und sich nicht hinter juristische Auseinandersetzungen verschanzen.

Wenn die Verhandlungen vor zwei Jahren zum Abschluss geführt hätten, wäre eine ganz andere Wendung – zum Guten oder Bösen – eingetreten, und die Kontrollkommission würde schon seit langem verschwunden sein.

4. März 1924.

Berlin.

Am Schluss unseres heutigen Gespräches fragte mich Stresemann: «Tragen sich die Menschen in London mit dem Gedanken an einen neuen Krieg?» Ich erwiderte: «Nein, die öffentliche Meinung ist eher optimistisch. Man glaubt, dass die beiden Ausschüsse der Reparationskommission irgendeinen annehmbaren Plan vorschlagen werden, und dass man in kurzer Zeit einen Fortschritt auf dem Wege einer allgemeinen Regelung erzielen werde. Kein Mensch denkt auch nur an die Möglichkeit eines Krieges in absehbarer Zeit.»

5. März 1924.

Berlin.

Der Haupteindruck, der sich mir bei meinem Besuch in London aufdrängte, war, dass die Leute dort die einschneidende Veränderung in der

diplomatischen und politischen Lage, die sich seit 1914 vollzogen hat, noch nicht vollkommen begriffen haben. Obwohl sie sich über die Machtstellung der französischen Luftflotte und die französische Militärhegemonie im Allgemeinen zu beunruhigen beginnen, halten sie noch an ihrer alten Angst vor der deutschen militärischen Vorherrschaft fest. Sie errichten den Überbau einer neuen Angst auf der alten Basis, ohne sich dessen bewusst zu werden, dass die beiden unvereinbar sind und gleichzeitig nicht zutreffen können.

Der Premierminister bedauert offensichtlich, dass es keinen freieren Gedankenaustausch zwischen der Regierung in Berlin und London gibt. Er beklagte sich darüber, dass Sthamer ihm nur immer als Beamter antwortet und eine freie Aussprache von Mensch zu Mensch vermeidet. Ich erwiderte ihm, dass man in Berlin durchaus keine Bedenken habe, die Lage mit mir vollkommen offen zu besprechen, dass jedoch bis jetzt die deutschen Annäherungsversuche in London eine dauernde Abweisung erfuhren.

In der Frage der Reparationen wie in der Gesamteinstellung gegenüber Deutschland neigt Ramsay Macdonald dazu, nichts zu unternehmen, bevor die Sachverständigen ihren Bericht erstattet haben. Er vermeidet mit grösster Sorgfalt, die Popularität Poincares durch direkte Angriffe zu stärken.

Welchen Weg Ramsay Macdonald auch einschlagen mag, seine Politik wird im Wesentlichen schottisch bleiben – es ist also keine Gefahr vorhanden, dass sie einfach oder unmittelbar werden wird. Der Premierminister hat die seltene Eigenschaft, dass er auch die Nebenwirkungen jedes seiner Schritte berücksichtigt. Die meisten Menschen versäumen es häufig – die Deutschen immer.

Der ursprüngliche Eindruck, den der Premierminister auf das Foreign Office machte, der grosse Jubel, mit dem man ihn dort empfing, weicht allmählich einer gewissen Bangigkeit. Man ist im Foreign Office über seine Beurteilung Lenins beunruhigt, am meisten über die Behauptung,



dass Lenins Tod ein grosser Verlust für die Welt sei. Ausserdem findet man, dass der neue Chef in seinen Unterredungen mit Poincaré und dem französischen Botschafter mit allzu grosser Beharrlichkeit auf die wesentlichen Fragen zurückkommt. Er nahm eine besonders entschlossene Haltung in der Pfalzfrage ein, verlangte Taten, nicht Worte – ganz im Gegensatz zu allen diplomatischen Traditionen.

Auch in der Frage des Flottenstützpunktes von Singapore gerät er in Konflikt mit den vorgefassten Meinungen des Foreign Office, das sich für die Errichtung einer Flottenbasis einsetzt. Ramsay Macdonald als der unverbesserliche Idealist zieht es dagegen vor, sich auf die Wirkung der öffentlichen Meinung zu verlassen, weil er den blossen numerischen Kraftaufwand für überholt hält.

Die offiziellen Flitterwochen sind schon beinahe abgeklungen.

Trotzdem ist die unauslöschliche Abneigung des Foreign Office gegen den hochmütigen und rücksichtslosen Curzon so gross, dass der Teufel selbst als Ersatz willkommen wäre. Curzons Unglück ist, dass er die Herrschsucht eines kleinen Königs besitzt, ohne die Unfähigkeit, die sich im Allgemeinen mit ihr paart. Jede Anmassung wird bitter empfunden, wenn sie sich auf wirkliche Fähigkeiten stützt. Die Berechtigung eines Anspruches ist es, die sein Betonen so unerträglich macht.

20. März 1924.

Berlin.

Der amerikanische Botschafter kam gestern Abend zu mir, um mit mir die Lage zu besprechen. Seit dem Besuch der Ausschüsse der Reparationskommission hat er seine Haltung geändert. Er war früher ein Gegner jeder übermässigen Forderung, die an Deutschland gestellt wurde, und kritisierte scharf das französische Vorgehen. Jetzt stellt er sich auf den Standpunkt, dass Deutschland die Richtlinien der Ausschüsse bedingungslos annehmen müsse, da die einzige Alternative der vollkommene Verfall des Reiches und die dauernde Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich wäre. Er macht sich die Vorschläge des

Ausschusses in Bausch und Bogen zu eigen, weil er sie als von Young inspiriert betrachtet, von dem er glaubt, dass er seinerseits von der Vorsehung in vertraulicher Zwiesprache inspiriert wird. Er behauptet, dass die Deutschnationalen, so stark sie sich auch nach aussen gegen die Annahme der weitgehenden Forderungen wehren, im Grunde ihres Herzens bereit sind, auf alles einzugehen.

Das idealistische Amerika entpuppt sich immer mehr als ein besonders hartherziger Gläubiger. Vielleicht ist es die Schuld Baldwins. Amerika stellt sich auf den folgenden Standpunkt: Wenn Deutschland Frankreich nicht bezahlt, kann Frankreich seine Schulden an Amerika nicht bezahlen. Wenn die Heiligkeit der finanziellen Verpflichtungen verletzt wird, werden auch die Ansprüche Amerikas nicht beachtet werden. Dies ist gut und richtig. Aber andererseits wird niemand etwas bezahlen, solange nicht eine allgemeine Befriedung durchgeführt ist. Amerika wird seine Schulden nicht eintreiben und auch keinen Nutzen aus dem Aufleben des Handels ziehen können, das eine Rückkehr zu friedlichen Zuständen bringen würde.

Ich selbst trete entschieden dafür ein, dass man sich die amerikanischen Auffassungen zu eigen mache, vorausgesetzt, dass sie überhaupt durchführbar sind. Die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit Amerika ist der entscheidende Faktor der Lage. Abgesehen vom politischen Standpunkt sind die Vorteile einer Zusammenarbeit an dem Umfang der finanziellen Unterstützung abzumessen, mit der Amerika dem europäischen Geschäftsleben unter die Arme greifen kann. Sollte diese Unterstützung reichlich ausfallen, kann Europa sogar manche falsche Auffassungen mit in Kauf nehmen. Die Frage ist nur, ob die Hilfe gross genug sein wird.

Die Zeiten haben sich beträchtlich geändert. Früher hiess es, dass jede Meinung, die sich ein amerikanischer Sachverständiger über ein beliebiges Problem in Europa bildet, a priori falsch ist. Die Verhältnisse waren damals grundverschieden. Amerika war ein reiches Land mit einer ver-

hältnismässig dünnen Bevölkerung und einem grossen Bodenertrag, der die Kapitalanlage lohnte. In Europa war ein Überschuss der Bevölkerung vorhanden. Die Probleme waren verhältnismässig viel komplizierter als in Amerika, die nationalen Gegensätze sehr heftig. Der Finanzgewaltige, der in Amerika gewöhnt war, die grössten Geschäfte zu «schmeissen», musste in Europa oft Schiffbruch erleiden. Dasselbe gilt für die koloniale Mentalität. Man braucht nur an Hughes in Versailles zu denken. Rhodes war ein anderes auffallendes Beispiel. Wenn er über die europäischen Probleme oder gar die des Nahen Ostens sprach, glaubte man, ein Kind vor sich zu haben. Andererseits begingen die europäischen Sachverständigen dieselben Irrtümer, wenn sie die amerikanischen oder kanadischen Fragen erörterten. Heute ist Europa so amerikanisiert, dass die alten Unterschiede allmählich verschwinden und die amerikanische Meinung sich viel häufiger als die richtige erweist. Die meisten der grossen Erfolge sind von Männern mit amerikanischen Ideen und amerikanischen Methoden erzielt worden.

8. April 1924.

Berlin.

Kühlmann frühstückte heute hier und erzählte ausserordentlich interessante Einzelheiten aus der Kriegszeit.

Er sagte, dass er von dem Augenblick an, in dem er England im Jahre 1914 verliess, überzeugt war, Deutschland hätte kaum Aussichten auf Erfolg. Es waren zu viele Gegenkräfte im Spiel. Es war unmöglich, gegen eine solche See- und Landmacht wie England, die noch von zwei grossen Kontinentalmächten unterstützt wurde, zu kämpfen.

Wenn Russland vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg vollkommen besiegt und ausgeschaltet worden wäre, hätte man noch Hoffnungen, wenn nicht auf Sieg, so doch wenigstens auf Verhandlungen über einen erträglichen Frieden haben können. Kühlmann war immer ein Gegner des unbeschränkten Unterseebootkrieges, weil er genau wusste, dass damit Amerika hineingezogen werden würde. Er hat sein Möglichstes ge-

tan, um ihn zu verhindern, aber mit Tirpitz war nicht zu reden. Sobald man seine Argumente widerlegt hatte und glaubte, ihn überzeugt zu haben, tischte er am nächsten Tage wieder seine alten Meinungen auf und sagte dem Kaiser und den anderen Mitgliedern der Regierung: «Alles, was uns dieser Narr Kühlmann erzählt, ist reiner Unsinn.»

Kühlmann bestätigte mir, dass dem deutsch-türkischen Zusammenschluss eine grosse Gefahr drohte, als die Dardanellen angegriffen wurden. Er hatte damals fast die Stellung eines Geschäftsträgers, da von Wangenheim dauernd kränkelte. Am Tage der Bombardierung der Dardanellen durch die britische Flotte bekam die deutsche Botschaft in Konstantinopel am frühen Morgen ein Telegramm aus den Dardanellen, in dem es hiess: «Die britische Flotte ist in Sicht und wird einen Durchbruch versuchen.»

Wangenheim wollte in der Botschaft bleiben und die Nachrichten abwarten. Kühlmann sagte zu ihm: «Das hat keinen Sinn. Wir wollen uns lieber ein gutes Frühstück gönnen, dann reiten wir eine Stunde und kommen erst gegen halb vier zurück, wenn das Ergebnis bereits vorliegen wird. Da unser Gepäck und unsere Zelte schon drüben auf der asiatischen Seite sind, werden wir selbst leicht herüberkommen können, falls der Durchbruch gelingen sollte.»

Sie liessen sich auch in der Tat ein gutes Frühstück vorsetzen und ritten nachher aus. Als sie um halb vier zurückkamen, sahen sie, wie der Militärattaché auf dem Dach der Botschaft die Signale entgegennahm und die weisse Fahne schwenkte. Er rief ihnen sofort zu, der Durchbruch sei misslungen. Der Transport der Zelte auf die asiatische Seite war also überflüssig gewesen. Kühlmann bestätigte mir, dass die Türken ihre Munition vollkommen erschöpft hatten, als die Flotte den Rückzug antrat. Sie hatten nicht mehr als dreizehn Schüsse in jeder Kanone. Der strategische Plan eines Angriffes auf die Dardanellen war also durchaus richtig, aber er hätte mit grösserer Energie fortgesetzt werden sollen.

Vielleicht wäre ein Angriff auf Saloniki noch angebrachter gewesen. Die deutsche Front zog sich von Mesopotamien bis zum Ärmelkanal hin. Die Alliierten hätten sie an irgendeiner beliebigen Stelle durchbrechen sollen. Wie und wann der Durchbruch auch erfolgt wäre, hätte er den ganzen strategischen Aufbau erschüttert. Der Zusammenbruch von 1918 hat es bewiesen. Mit dem Abbröckeln der bulgarischen Front war das Schicksal der Verbündeten besiegelt. Kühlmann ist offensichtlich der Meinung, dass dies sich schon zu einem früheren Zeitpunkt hätte ereignen können, wenn der Durchbruch entweder bei Saloniki oder in den Dardanellen gelungen wäre.

Als wir über die Gründe des deutschen Rückzuges im Herbst des Jahres 1918 sprachen, sagte er: «Es war ein psychologischer Zusammenbruch, wir sind an der Hoffnungslosigkeit unserer Lage, am Fehlen jedes Lichtschimmers am Horizont zerschellt. Wir konnten unsere Leute durch keine Aussicht auf Unterstützung oder eine günstige Wendung aufrichten. Als die englische Front im März 1918 durchbrochen wurde, hatten die Engländer die Möglichkeit, die letzten Reserven in die Front zu werfen, weil die Amerikaner hinter ihnen standen und tagtäglich neue Truppen in wachsender Zahl nach Europa hereinströmten. Uns blieb gegen Ende des Krieges keine Hoffnung mehr. Ausserdem war unsere Bevölkerung sehr schlecht ernährt, und dies trug nicht zur Stärkung der Truppenmoral bei. Die Pferde hatten nicht genügend Futter und konnten nicht in Galopp gebracht werden. Unsere Artillerie war daher nicht in der Lage, uns zu folgen und einen siegreichen Vormarsch zu unterstützen.»

Kühlmann macht die Nichtverlängerung der Micum-Verträge viel Sorgen. Er meint, dass 1'000'000 Pfund Sterling irgendwie aufgebracht werden müssten, entweder durch die deutsche Regierung oder durch die englischen Banken, um die Micumlieferungen einen Monat lang fortsetzen zu können, während der Sachverständigenbericht geprüft wird. Er ist überzeugt, dass Poincaré den Bericht abzulehnen beabsichtigt und

versuchen wird, die Lage zu verwirren, um sich von der Durchführung des Planes zu drücken.

Ich fragte Kühlmann, wie es kommt, dass bei so niedrigen Löhnen in Deutschland und so hohen Verkaufspreisen der Fertigwaren die deutschen Industriellen keine gewaltigen Gewinne einheimen. Er konnte mir keine sehr klare Antwort geben und begnügte sich mit der Feststellung, dass in der Stahlindustrie, die er am besten kenne, die Gewinne sehr gering seien. Er kam immer wieder auf die Geldknappheit in Deutschland zurück und behauptete, die Inflationszeit habe alle Kapitalanlagen fast vollkommen vernichtet.

Er selbst besass früher ein Einkommen aus investiertem Kapital in der Höhe von 4'500 Pfund jährlich, das restlos verschwunden ist. Ihm persönlich standen noch andere Mittel zur Verfügung, aber die anderen besaßen nichts weiter als ihr angelegtes Kapital. Es ist nur ein Wunder, dass sie ihr Leben noch fristen können.

9. April 1924.

Berlin.

Ich bekomme folgende Nachrichten aus Doorn:

Der Kaiser soll seit seiner Heirat viel glücklicher sein. Die neue «Kaiserin» ist mehr eine Privatsekretärin oder Stenotypistin als eine Kaiserin. Aber sie ist eine tüchtige und belesene Frau, die den ganzen Haushalt ausgezeichnet führt und dem Kaiser die Korrespondenz zum grossen Teil abnimmt. Sie wird von der kaiserlichen Familie als ein Eindringling betrachtet, aber sie findet sich äusserst taktvoll mit dieser schlechten Behandlung ab.

Der Kaiser steht auf dem folgenden Standpunkt: Wie können die Deutschen von den Engländern erwarten, dass sie sie gut behandeln, wenn sie sich selbst gegenüber dem Enkel der Königin Viktoria so schlecht benehmen. Er stellt sich vor, dass, falls er wieder an der Macht wäre, die Engländer ihre Haltung gegenüber Deutschland verändern würden.

Der Kaiser hat noch die dynastische Geschichtsauffassung, die alle

politischen Schritte auf die persönlichen Beziehungen zwischen den Potentaten zurückführt. Bei dieser Generation der deutschen Fürsten wird diese Ansicht nur mit ihrem letzten Atemzuge schwinden. Selbst ausserhalb der Hofkreise ist die kontinentale und insbesondere die deutsche Auffassung der Politik unendlich viel dynastischer, als wir es in England gewohnt sind. Man schreibt dem König Eduard einen beherrschenden Einfluss auf die Politik zu, über den die Premierminister seiner Regierungszeit höchst erstaunt wären.

10. April 1924.

Berlin.

Der Tod Tuszars, des tschechoslowakischen Gesandten in Berlin, hat das diplomatische Korps um einen Diplomaten ärmer gemacht, der über die engsten Beziehungen zu den deutschen offiziellen Kreisen verfügte. Tuszar stand besonders den Sozialdemokraten, sowohl den Mehrheitssozialisten wie den Unabhängigen, nahe und war ein persönlicher Freund der Vorwärtsredakteure.

Ich suchte ihn und seine Frau einen Tag vor seinem Tode auf. Als ich hinkam, sagte sie mir: «Vlastimil telephonierte gerade mit Benesch, er wird im Augenblick hier sein. In den letzten drei Tagen (seitdem das Tageblatt das angebliche Militärbündnis zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich veröffentlicht hat) verbringt er jede Nacht in Telefongesprächen mit Prag. Ich gebe mir alle Mühe, ihn zu beruhigen, aber ich kann nichts ausrichten. Benesch und er hängen die ganze Zeit am Telephon.» Nachdem wir ungefähr zehn Minuten gesprochen hatten, stand sie auf und sagte im Scherz: «Ich will mal nachsehen, ob Vlastimil noch am Leben ist. Ich höre nichts mehr, und ich weiss nicht, was er dort tut.» Sie ging ins Nebenzimmer und kam mit den Worten zurück: «Er sieht so blass und krank aus, dass ich ganz erschrocken bin. Aber er lässt Ihnen sagen, dass er in zwei Minuten hier sein wird.» Kaum vierundzwanzig Stunden später war er tot.

Für mich persönlich wird es ein schwerer Verlust sein, da er derjeni-

ge unter allen mitteleuropäischen Kollegen war, mit dem ich am offensten alle Fragen erörtern konnte.

16. Mai 1924.

London.

Das Foreign Office vertritt ganz entschieden die Meinung, dass Deutschland den Sachverständigenbericht ohne jede Änderung annehmen müsste. Eine Ablehnung wäre ein für Deutschland verhängnisvoller Irrtum.

Der Premierminister ist der Ansicht, dass jedes Zögern der deutschen Regierung für sie selbst nachteilig wäre und die öffentliche Meinung zu Ungunsten Deutschlands beeinflussen würde.

25. Mai 1924.

Berlin.

Ich fand heute Stresemann sehr niedergeschlagen. Er ist verstimmt durch die politische Lage und den Undank verschiedener politischer Parteien. Es unterliegt keinem Zweifel, dass er seinem Lande grosse Dienste geleistet hat und dass ihm die Besserung der Stellung Deutschlands zu verdanken ist. Im Laufe von sechs Monaten wurde die Währung stabilisiert; die Sachverständigen haben einen durchführbaren Reparationsplan entworfen, Poincaré wurde gestürzt, und das Ruhrgebiet ist Deutschland wirtschaftlich wiedergegeben worden. Trotzdem bleibt Stresemann selbst, dem zum grossen Teil diese Ergebnisse zu verdanken sind, unpopulär. Er wird als ein unsicherer Kantonist betrachtet, und die meisten politischen Führer würden ihn gern aus dem Sattel heben. Es ist noch fraglich, ob seine erstaunliche dialektische Sicherheit, in der ihm kein anderer im Reichstag gleichkommt, es ihm ermöglichen wird, sich in seiner Stellung zu halten.

Ich persönlich habe getunden, dass es sich mit Stresemann ausgezeichnet arbeiten lässt. Ich kann mir keinen Besseren an seiner Stelle denken.

Die Idee, Tirpitz an die Spitze der deutschen Regierung zu stellen, konnte nur in einem deutschnationalen Hirn entstehen.



Tirpitz hat sowohl in der Vorkriegszeit als auch während des Krieges die schwersten Fehler begangen. Er war der Hauptbefürworter der deutschen Flottenpolitik, die einen Konflikt mit England unvermeidlich machte. Während des Krieges setzte er sich für den rücksichtslosen U-Bootkrieg ein, obwohl er vor dem Kriege unter den letzten war, die die Vorteile einer Unterseebootflotte erfassen.

Wenn die Deutschen eine geschlossene feindliche Front vorfinden wollen, können sie nichts Besseres tun, als Tirpitz mit dem Reichskanzleramt zu betrauen.

Je mehr ich an die unmittelbar bevorstehenden Verhandlungen denke, desto klarer sehe ich den Weg vor mir. Es wäre meiner Überzeugung nach das Beste, eine bedingungslose Unterschrift von den Alliierten und Deutschland zu verlangen – das heisst von allen Beteiligten, die sich auf den Boden des Sachverständigenberichtes stellen und ihn uneingeschränkt und schnell durchführen wollen. Eine solche Unterzeichnung würde meiner Ansicht nach eine neue Epoche eröffnen. Solange sie nicht gesichert ist, wird die Gefahr eines Rückfalls auf die alte Basis bestehen bleiben.

Die Deutschen weisen dauernd darauf hin, dass die französische Regierung den Sachverständigenbericht noch nicht offiziell angenommen hat. Dies ist die eine Gefahr. Die andere ist, dass die Deutschen sich selbst noch nicht zur restlosen Erfüllung verpflichtet haben.

Der Sachverständigenbericht hat viele gute Seiten, unter anderen, dass er von den Amerikanern als ihr geistiges Kind angesehen wird; jede Kritik an dem Bericht, jede zögernde Zustimmung wird von ihnen fast als eine Beleidigung des Sternenbanners empfunden.

Der hiesige amerikanische Botschafter, der in enger Verbindung mit den deutschen Finanzkreisen steht, ist sehr optimistisch und meint, dass sich alles schon einrenken wird. Er führt das Zögern der Deutschnationalen, in die Regierung einzutreten, weniger auf ihren Widerstand ge-

gen den Sachverständigenbericht zurück, als auf den Wunsch, sich möglichst viele Ministerposten im neuen Kabinett zu sichern. Stresemann ist entgegengesetzter Ansicht und glaubt, dass die Deutschnationalen zwar die Annahme des Sachverständigenberichts wünschen, sich jedoch vor der Verantwortung für seine Unterzeichnung drücken möchten.

27. Mai 1924.

Berlin.

Maltzan sagte mir heute Morgen, es unterliege keinem Zweifel, dass Stresemann in jeder Koalition der Mittelparteien das Aussenministerium beibehalten würde, ebenso wie er selbst den Staatssekretärposten. Maltzan ist überzeugt, dass man den Gedanken der Betrauung von Tirpitz aufgeben wird. Er wunderte sich übrigens, dass die englische Presse diesen Vorschlag nicht schärfer bekämpfte. Er misst eine grosse Bedeutung dem Memorandum zu, in dem die Mittelparteien ihre Einstellung zum Sachverständigenbericht zum Ausdruck gebracht haben, und meint, Ebert sei entschlossen, Hergt oder Tirpitz die Bildung der Regierung nur anzuvertrauen, wenn sie sich mit den dort dargelegten Bedingungen einverstanden erklären sollten.

Ich fand Maltzan seinen russischen Verbündeten gegenüber kühler, als es früher der Fall war. Er hat anscheinend die Verhandlungen mit den Russen bei dem letzten Zwischenfall nicht sehr erfreulich gefunden.

27. Mai 1924.

Berlin.

Ich höre aus einer vertraulichen Quelle, dass der Kronprinz, der jetzt in Potsdam lebt, es abgelehnt hat, an der Enthüllung des Garde du Corps-Denkmals, die am Sonnabend in Potsdam stattgefunden hat, teilzunehmen. Er erklärte sich dagegen bereit, zum Essen zu erscheinen, das für den Abend angesetzt war. Es heisst jedoch, dass seine ehemaligen Kameraden sich durch seine Haltung beleidigt fühlten und ihm sa-

gen liessen, dass, wenn er nicht an der Enthüllung teilnehme, es auch keinen Sinn habe, dass er zum Essen erscheine.

Im grossen Ganzen hat das Auftreten des Kronprinzen nichts von der herkömmlichen Art der Kronprätendenten. Er war bei zwei oder drei kleinen Dinern in diplomatischen Kreisen in Berlin anwesend, hat jedoch an keiner der grossen Feiern teilgenommen. Es heisst, dass er den Rat befolgt, den man ihm in der Wilhelmstrasse gab, und sich Zurückhaltung und Mässigung auferlegt.

*30. Mai 1924.*

Berlin.

Ein verzweifelter Kampf um das Aussenministerium ist im Gange. Marx und Ebert bleiben Stresemann treu und weisen darauf hin, dass, falls die auswärtige Politik der alten Regierung keine Änderung erfahren soll, es sinnlos wäre, den Minister zu wechseln. Die Deutschnationalen wenden dagegen ein, dass sie zwar diese Politik bis zu einem gewissen Grade billigen, sich jedoch lächerlich machen würden, wenn sie sich an einer Regierung beteiligten, der Stresemann angehört, da ihre ganze bisherige Kampagne darauf aufgebaut war, ihn unmöglich zu machen.

Ich traf Stresemann gestern Abend beim Essen und fand ihn ausserordentlich verbittert; er ist viel weniger von seiner früheren Zuversicht auf einen glücklichen Ausgang erfüllt. Er meinte, die Unwissenheit der Deutschnationalen, besonders des Landbundes, in allen Fragen der Aussenpolitik sei kaum glaubhaft. Man kann überhaupt nicht über Aussenpolitik mit ihnen reden, weil ihnen die Meinung des Auslandes völlig gleichgültig ist.

Stresemann fügte noch hinzu: «In andern Ländern bringt eine erfolgreiche Führung der Aussenpolitik dem betreffenden Minister volles Vertrauen ein. Bei uns jedoch erntet man nichts als Neid. Gerade die belanglosesten Mitglieder der alten Regierung sind die einzigen, mit denen sich die Deutschnationalen einverstanden erklären wollen. Einer meiner Kollegen, der nie begriff, was eigentlich im Kabinett oder in seinem eigenen Ministerium vor sich ging, ist derjenige, der ihre volle Zu-

stimmung findet. Angesichts von Vorgängen, wie sie sich gegenwärtig abspielen, versteht man nur zu gut, was Bismarck meinte, wenn er sagte: ‚Ich habe die ganze Nacht gehasst’.»

Ich erfuhr ferner, dass Stresemanns Vertrauensmann in Paris, ein Grossindustrieller, ihn ziemlich genau über die Ansichten der neuen Regierung auf dem Laufenden hält. Gestern telephonierte er Stresemann, die Ernennung von Tirpitz oder der Eintritt eines exponierten Führers der Deutschnationalen in das Kabinett würde es Herriot nicht nur unmöglich machen, die von ihm gewünschte Versöhnungspolitik durchzuführen, sondern überdies die Existenz der französischen Regierung schwer gefährden und möglicherweise zur Rückkehr Poincarés führen. Stresemann antwortete ihm: «Es hat keinen Zweck, dass Sie mir das sagen, telephonieren Sie es lieber Ebert und Marx.»

Stresemanns Ansicht nach stehen zwei Umstände einer vernünftigen deutschen Politik im Wege. Erstens die Tatsache, dass die Berliner Presse kein vernünftiges christliches Blatt besitzt. Sie ist in zwei Lager gespalten – die nationalistische, die zwar christlich ist, aber nicht das mindeste von Aussenpolitik versteht, und die demokratische Presse, d.h. das «Tageblatt», die «Vossische» und das «Achtuhrblatt», die intelligent ist, aber kein Vertrauen findet, weil man ihr vorwirft, dass sie unter semitischem Einfluss steht.

Gemässigte christliche Anschauungen kommen in den Berliner Blättern nicht zum Ausdruck. In der Provinz steht es etwas besser in dieser Hinsicht. Die zweite Gefahr ist das Frauenstimmrecht. Die Frauen der Volkspartei sind alle monarchistisch gesinnt – im ganzen Lande sind sie zwei Strömungen verfallen – sie sind entweder monarchistisch oder kommunistisch, schwören auf das eine oder das andere Ideal. Frauen haben keinen Sinn für Realpolitik.

Als das Gespräch sich um die Charaktermerkmale des deutschen Volkes zu drehen begann, sagte Stresemann, alle führenden deutschen Staatsmänner seien auf grösseren Widerstand und Neid gestossen, als dies in irgendeinem andern Lande möglich gewesen wäre. Nach dem Krieg von 1870, in dem Bismarck dem Vaterland unschätzbare Dienste

geleistet hatte, begann eine Tageszeitung eine Kampagne gegen ihn wegen seiner engen Beziehungen zu Bleichröder. Er wurde beschuldigt, sich durch Bleichrödersche Spekulationen bereichert zu haben. Als Bismarck diese Angriffe las, meinte er, kein anständiger Mensch würde ein Blatt halten, das sich durch so verleumderische Artikel selbst erniedrige, worauf Kaiserin Augusta sofort auf fünfzig Exemplare abonnierte. Bismarck hatte immer Schwierigkeiten mit den Hofkreisen, und zwar mit der Kaiserin Augusta noch mehr als mit Kaiserin Friedrich. Eines Tages unterliess einer der Kammerherren, ihn zu grüssen, als er zu einer Audienz zum Kaiser ging, worauf er laut sagte: «Es ist kein Vergnügen, in einem Hause zu verkehren, wo die Dienstboten so unverschämt sind.» Nach diesem Vorfall wurde er höflicher behandelt.

Über Bismarcks Rücktritt erzählte mir Stresemann, dass, als es Bismarck klar wurde, der Kaiser wünsche sich seiner zu entledigen, er für die Veröffentlichung von zwei Artikeln sorgte, und zwar im Pester Lloyd und in den Hamburger Nachrichten, in denen er darauf hinwies, dass der Kanzler werde abdanken müssen, falls er keinen stärkeren Rückhalt am Thron finde. Bismarck erwartete einen entrüsteten Ausbruch der öffentlichen Meinung, es geschah aber nichts dergleichen. Die Leute fanden vielmehr, es sei nunmehr an der Zeit, dass der Alte sich ins Privatleben zurückziehe. Bismarck hat sich vollkommen verrechnet, als er auf die Dankbarkeit des deutschen Volkes zählte.

Erst einige Zeit nach dem Rücktritt des Kanzlers kehrte die Woge seiner Volkstümlichkeit zurück. Die letzten Jahre seines Lebens, als die Öffentlichkeit begriff, wie sehr er an der Spitze des Staates fehlte, waren vermutlich die glücklichsten seiner ganzen politischen Laufbahn. Solange er im Amt war, hatte er nichts als Ärger und Kampf gegen Widerstände.

Als Herriot am 15. Juni 1924 die Regierung übernahm, waren die Hauptpunkte seiner Aussenpolitik die schnelle Durchführung des Da-

wesberichtes und die Beibehaltung der Ruhrpfänder bis zur Auswirkung der im Dawesplan vorgesehenen Garantien.

Herriot fuhr am 2. Juni 1924 nach England und verbrachte das Weekend in Chequers bei Ramsay Macdonald. Das Ergebnis seines Besuches war ein «moralischer Pakt» der Zusammenarbeit, den Herriot vorschlug, und mit dem sich Macdonald einverstanden erklärte. Die Grundzüge dieses allgemeinen Abkommens waren wie folgt:

1. Der Dawesplan soll sofort in Kraft treten, sobald die Reparationskommission den Bericht über die Ratifizierung der erforderlichen Gesetze usw. erstattet haben wird.

2. In dem Augenblick, in dem die im Plan vorgesehenen Organe ihre Arbeit aufnehmen werden, soll die Wirtschaftseinheit des Reichs wiederhergestellt und die produktiven Pfänder zurückerstattet werden.

3. Eine Konferenz, die sich ausschliesslich mit der Durchführung des Dawesplanes zu beschäftigen haben wird, soll auf den 16. Juni nach London einberufen werden.

Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus England fuhr Herriot nach Brüssel, wo er mit Theunis die zur Durchführung des Plans notwendigen Massnahmen besprach, wie auch die Umbildung der Pfänderpolitik in die im Dawesplan vorgesehenen Garantien, und die Erneuerung der Micum-Verträge während des Übergangsstadiums bis zur endgültigen Regelung des Reparationsproblems. Die Belgier schienen von dem Gedanken der Aufgabe der militärischen Besetzung vor dem wirklichen Inkrafttreten der Dawesgarantien nicht besonders begeistert zu sein. Die französische öffentliche Meinung war über das Ergebnis von Herriots englischem Besuch äusserst beunruhigt, weil sie glaubte, dass er dem britischen Standpunkt zu weit entgegengekommen sei. Der französische Senat nahm eine so drohende Haltung ein, dass Ramsay Macdonald am 8. Juli auf einen kurzen Besuch nach Paris eilte, um mit dem französischen Ministerpräsidenten die Lage zu besprechen.

Die Ereignisse, die zu diesem «Zwischenfall» führten, sind ausführlich in dem Weissbuch geschildert, das am 8. Juli veröffentlicht wurde und die folgenden Punkte behandelt:

- a) Die Einschränkung der «Tagesordnung».

In einem Telegramm vom 23. Juni an den britischen Botschafter in Rom wurde darauf hingewiesen, dass die kommende Konferenz sich auf eine Besprechung des Dawesberichtes beschränken sollte, und dass die Frage der Sicherheit und der interalliierten Schulden nicht aufgeworfen

werden würde. Die Hauptaufgabe der Konferenz würde darin bestehen, eine Art der Bindung zu finden, die sowohl die Alliierten wie Deutschland verpflichten würde. Um jedoch den Anschein zu vermeiden, als sollte der Versailler Vertrag eine Änderung erfahren, beschloss man, diese Bindung in die Form eines Protokolls zu kleiden. Ausserdem vertrat die Regierung Sr. Majestät die Meinung, dass irgendein Zeitpunkt festgesetzt werden sollte, bis zu dem Deutschland die notwendigen Massnahmen durchführen müsste, und dass ein späteres Datum (vielleicht zwei Wochen danach) zu bestimmen wäre, an dem alle wirtschaftlichen und fiskalischen Sanktionen aufgehoben werden würden. In Bezug auf die Sanktionen vertrat die Regierung Sr. Majestät den Standpunkt, dass im Falle einer deutschen Verletzung es nicht der Reparationskommission überlassen werden sollte, eine solche Verletzung festzustellen, sondern viel eher einem unabhängigen Organ wie z.B. dem Finanzausschuss des Völkerbundes.

b) Grossbritanniens fünf Punkte.

Nach der Ansicht der Regierung Sr. Majestät sollte das Protokoll sich auf folgende Punkte erstrecken:

1. Annahme des Dawesberichtes durch die alliierten Regierungen.
2. Die Durchführung aller erforderlichen Massnahmen seitens Deutschlands bis zu einem bestimmten Zeitpunkt.
3. Die Aufhebung aller wirtschaftlichen und fiskalischen Sanktionen zwei Wochen später.
4. Die alliierten Regierungen verpflichten sich, keine Sanktionen anzuwenden, mit Ausnahme von Fällen besonders krasser Verfehlungen. Diese Fälle jedoch sollen nicht von der Reparationskommission, sondern von irgendeinem unabhängigen Organ geprüft werden, in Anbetracht der Tatsache, dass die von Deutschland unter dem neuen Plan übernommenen Verpflichtungen über die im Versailler Vertrag festgesetzten Bestimmungen hinausgehen.
5. Alle Schwierigkeiten der Interpretierung sollen auf dem Wege des Schiedsverfahrens geregelt werden.

c) Einladung an Deutschland – die geänderte Tagesordnung.

Nach erfolgtem Beschluss der Einberufung der alliierten Konferenz soll Deutschland zur Teilnahme an ihr aufgefordert werden.

Am 8. und 9. Juli 1924 wurden in Paris Beschlüsse gefasst, in denen das Programm der am 16. Juli nach London einzuberufenden Konferenz festgesetzt wurde.

6. Juni 1924.

Berlin.

Die Lage hier sieht wie folgt aus:

Der Reichstag hat sich bis zum 24. Juni vertagt, so dass während der nächsten drei Wochen das Feld für Verhandlungen frei ist.

Wenn in Frankreich das Kabinett Herriot zur Macht gelangt, wird Ramsay Macdonald eine prachtvolle Gelegenheit haben, die Reparationsfrage zu klären und zugleich viele andere Fragen, die der Befriedung Europas bis jetzt im Wege gestanden haben. Die deutsche Regierung für ihr Teil ist bereit, nicht nur über Reparationen zu verhandeln, sondern auch über Sicherheiten, Micum-Verträge und Militärkontrolle. Man kann der Meinung sein, dass es klüger wäre, die Diskussionen ausschliesslich auf den einen Punkt, d.h. die Ausführung des Dawesplanes, zu beschränken; dagegen lässt sich jedoch allerhand einwenden. Ich selbst bin immer der Ansicht gewesen, der Schlüssel zu einer allgemeinen Lösung sei ein Übereinkommen über die Sicherheitsfrage. Sobald dieses Problem gelöst ist, ergibt sich alles andere von selbst. Eine Grenzlinie, von einer unter dem Völkerbund stehenden internationalen Gendarmerie bewacht, wäre eine Lösung, die hier grossen Anklang fände. Die Ruhrbesetzung hat das eine Gute gehabt, dass sie die Deutschen zu der Überzeugung brachte, sie hätten unter den gegenwärtigen Militärverhältnissen den internationalen Schutz nötiger als Frankreich.

Ich bin davon durchdrungen, dass es notwendig ist, die Verhandlungen mit grösster Eile zu führen. Das augenblickliche deutsche Kabinett ist sicherlich viel eher dazu bereit, ein vernünftiges Abkommen zu treffen, als es von irgendeinem seiner etwaigen Nachfolger zu erwarten wäre. Seine Autorität wird jedoch bald erschüttert sein, wenn es nicht irgendein endgültiges Resultat auf dem Wege der Befriedung erzielt.



Darum hat auch die Regierung allen Anlass, rasch zu handeln. Stresemann ist unbedingt der mutigste Unterhändler, der in Deutschland zu finden wäre; kein anderer dürfte sich so bereitwillig Gefahren aussetzen, um zu einer allgemeinen Verständigung zu gelangen.

Die alliierten Mächte haben daher allen Grund, die gegenwärtige Gelegenheit auszunützen, um auf eine allgemeine Regelung der Lage hinarbeiten. Wie ich bereits sagte, mag es vielleicht klüger sein, sich dabei auf die Reparationsfrage zu beschränken, ich persönlich aber würde für das kühnere Vorgehen eintreten und versuchen, alle wichtigen Fragen zum Austrag zu bringen. Die ganze Aufgabe mag zwar gewaltiger, aber kaum schwieriger sein als ein Bruchteil.

8. Juni 1924.

Berlin.

Am Tage nach dem Regierungssieg im Reichstag telephonierte ich Stresemann an und bat ihn um eine Unterredung, da es mir besonders daran lag, die Möglichkeit rascher Unterhandlungen mit ihm zu besprechen, und zwar nicht nur im Hinblick auf die Annahme und Ausführung des Sachverständigenberichtes, sondern auch in Bezug auf andere Angelegenheiten, insbesondere die Sicherheitsfrage. Ich hörte jedoch, dass Stresemann nach dem Harz abgereist sei, um sich nach dem aufreibenden Kampf der letzten drei Wochen eine dreitägige Ruhepause zu gönnen.

Ich suchte daher Maltzan auf, um ihm den Vorteil klarzumachen, der sich aus einer schnellen Lösung sowohl der Sicherheitsfrage wie des Reparationsproblems ergeben würde. Ich betonte, dies sei bloss meine persönliche Meinung – die ich lediglich als Anregung vorbringen wolle und nicht als Vorschlag für eine bestimmte politische Haltung. Wir besprachen dann die Angelegenheit eine ganze Weile lang, da Maltzan zu der Auffassung neigte, jede Regelung der Sicherheitsfrage würde der Opposition eine zu gute Zielscheibe für Angriffe gegen das Ministerium bieten. Ich jedoch war der Meinung, dass eine befriedigende Gewähr-

leistung der deutschen Sicherheit, die eine rasche Räumung des jetzt von den alliierten Truppen besetzten Gebietes zur Folge hätte, ein Trumpf in den Händen jeder Regierung wäre, der die Verwirklichung gelingen würde.

Zum Schluss hatte ich Maltzan so weit überzeugt, dass er sich bereit erklärte, die Sache mit Schubert und Stresemann zu besprechen.

*8. Juni 1924.*

Berlin.

Ich erfahre aus Paris, dass Painlevé den Plan befürwortet, Frankreichs Sicherheit durch die Aufstellung eines internationalen Gendarmeriekordons an der deutsch-französischen Grenze zu gewährleisten. Falls das Gerücht zutreffend ist, besteht meiner Meinung nach einige Aussicht, die deutsche Regierung zu der Annahme dieses Vorschlags zu bringen. Sobald auf beiderseitiger Grundlage für Sicherheit gesorgt ist, lösen sich minder wichtige Fragen wie die Militärkontrolle, der Status des Rheinlandes und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund ganz von selbst.

*16. Juni 1924.*

Berlin.

Ich habe die Sicherheitsfrage ins Rollen gebracht. Ich schrieb nach London, dass es keineswegs unmöglich wäre, für Frankreich eine wirkliche Sicherheit zu erlangen, die noch über die im Versailler Vertrag gewährleistete hinausgehen würde. Meiner Überzeugung nach ist Deutschland bereit, ernste Garantien zu geben, vorausgesetzt, dass die Souveränität des Reichs im Rheinland unangetastet bleibt und dass sie in der Form ausgetauscht würden, die zwischen unabhängigen souveränen Staaten üblich ist. Selbstverständlich würde hier kein Abkommen in Betracht gezogen werden, das die Ausdehnung der für die Rheinlandbesetzung festgelegten Fristen mit sich brächte. Das wirksamste Argument, um die öffentliche Meinung in Deutschland für ein wasserdichtes Sicherheitsabkommen zu gewinnen, würde die Verkürzung der Dauer der Rheinlandbesetzung sein.

### KAPITEL III

#### JUNI – SEPTEMBER 1924

20. Juni 1924.

Berlin.

Graf Harry Kessler kam gestern zu uns zum Frühstück.

Er ist gerade von einer halbjährigen Vortragsreise durch die Vereinigten Staaten zurückgekommen. Seine «Vorträge», wie er sie nannte, waren im Grunde genommen nichts mehr oder weniger als ein Propagandafeldzug. Er scheint das ganze Land bereist zu haben. Aus den Erzählungen von Bekannten habe ich entnommen, dass seine Reise kein vollkommener Erfolg war; Cuno und Hermes waren überzeugendere Befürworter der deutschen Interessen jenseits des Ozeans.

Der teilweise Misserfolg seiner Propagandatätigkeit beeinträchtigt jedoch nicht im Geringsten die Richtigkeit seiner Beobachtungen.

Er rühmte die Gastfreundschaft der Amerikaner und ihr eifriges Bestreben, Einblick in die Vorgänge zu gewinnen, er fügte jedoch hinzu, dass sie bereits nach vierundzwanzig Stunden wieder alles vergessen, was man ihnen mitteilt.

Einem Propagandaredner, der sich am Tage nach seiner Ankunft in Newyork oder einen Tag, nachdem er eine Rede gehalten hat, aus Zeitungsnachrichten ein Bild seiner Wirkung macht, muss man es durchaus verzeihen, wenn er sich einbildet, die öffentliche Meinung des Landes stark beeinflusst zu haben. Drei Tage später wird er freilich feststellen können, dass man seinen Namen vollkommen vergessen hat und kein Mensch mehr weiss, wofür er eigentlich eingetreten ist.

Der Idealismus der Amerikaner ist durchaus echt, aber er setzt erst nach den Geschäftsstunden ein. Zwischen neun und fünf Uhr existiert nichts als klingende Münze.

Das einzige Thema, das man in Amerika vermeiden muss, ist der Völkerbund. Sobald man es berührt, erheben sich laute Proteste.

Graf Kessler sagte, unter Politikern und denkenden Menschen herrsche eine grosse Sympathie für England, die niedrigere Volksschicht jedoch sei noch grundsätzlich, wenn nicht gar heftig, antibritisch gesinnt. Andererseits besteht noch immer die sentimentale Vorliebe für Frankreich fort, mit dem Vorbehalt, dass die Poincarésche Ruhrpolitik nicht gebilligt wird.

Kessler glaubt, in Amerika stünden grosse Summen Geldes für Investitionen in Europa zur Verfügung, wenn die politischen Befürchtungen sich beschwichtigen liessen.

Er vermittelte mir ein ganz neues Bild der Bankverhältnisse im mittleren Westen, als er mir erzählte, wie gewaltig die Anzahl der Zusammenbrüche dieser Banken sei, die Bodenkredite gewährt haben. Er betonte auch die grosse Interessendivergenz zwischen den verschiedenen Teilen des nordamerikanischen Gebietes und deutete an, dass eine fiskalische Trennung mehr als wahrscheinlich sei, die politische Einheit der Vereinigten Staaten jedoch vollkommen beibehalten werden würde. Der Farmer verlangt den Freihandel zum Ankauf billigen Arbeitsmaterials und freie Absatzgebiete für seine Erzeugnisse. Die Landwirte hätten heute das Gefühl, von den Fabrikanten des Ostens ausgebeutet zu werden. Es wäre seiner Ansicht nach durchaus denkbar, dass der mittlere Westen eine Freihandelszone würde, während der Osten und die Küste fortfahren würden, sich an die Schutzpolitik zu klammern.

30. Juni 1924.

Berlin.

Die Deutschen klagen viel über den Micum-Vertrag. Die deutsche Regierung indessen ist noch viel mehr durch die Frage beunruhigt, wel-

che Stellung man Deutschland auf der Londoner Konferenz einräumen wird.

Die Art, wie man die Formfragen in London lösen wird, wird einen grossen Einfluss auf die Haltung der deutschen Delegierten ausüben.

30. Juni 1924.

Berlin.

Wir haben eine sehr schwere und aufregende Woche der Arbeit an den verschiedenen Entwürfen der deutschen Antwort in der Frage der Militärkontrolle hinter uns. Ich sagte der Regierung, der Ton ihrer Antwort sei von grundlegender Bedeutung: es biete sich ihr hier eine Gelegenheit, einen Wandel der ganzen Atmosphäre ihrer auswärtigen Beziehungen herbeizuführen, wenn sie sich die staatsmännische Gehaltenheit der Kollektivnote zu eigen machen würde<sup>1</sup>).

Nach unzähligen Entwürfen (ich glaube, es waren ihrer nicht weniger als 51) nahm Stresemann sich der Sache selber an und setzte einen Text auf, der schliesslich von der Regierung angenommen wurde. Ich habe ihn nicht gesehen, hörte jedoch von Stresemann, dass er vollauf allen gestellten Bedingungen entspricht; auch andere weniger befangene Kritiker als der Autor selbst sind mit dem Wortlaut zufrieden. Es besteht jedoch bei den Deutschen eine so starke Neigung, jedes Dokument mit einer Reihe von Bedingungen und Vorbehalten einzuleiten, dass ich

<sup>1</sup>) Unter der Kollektivnote ist das gemeinsame Memorandum der alliierten Regierungen gemeint, das am 28. Mai 1924 der deutschen Regierung übermittelt wurde. Die alliierten Regierungen lehnten darin ab, in dem gegenwärtigen Stadium auf die deutsche Anregung einzugehen, dass die Kontrolle für die Ausführung der noch nicht erfüllten Abrüstungsklauseln des Versailler Vertrages durch Deutschland dem Völkerbund anvertraut werden solle, und schlugen folgendes Kompromiss vor:

Eine Generalinspektion sollte innerhalb von 3 oder 4 Monaten durch die interalliierte Kontrollkommission durchgeführt werden, und vorausgesetzt, dass sich keine ernsthaften Widerstände ergeben würden und keine wesentliche Nichterfüllung des Vertrages festgestellt werden sollte, würde die Militärkommission allmählich und beträchtlich reduziert werden, bis der Völkerbund die Kontrolle übernimmt.

zweifle, ob je ein Dokument der Wilhelmstrasse ganz frei davon sein wird.

Die allgemeine Atmosphäre ist günstig. Die alliierte Note hat einen ausserordentlich vorteilhaften Einfluss ausgeübt. Selbst die Deutschnationalen beurteilen sie milde und ihre Zeitungen benehmen sich verhältnismässig vernünftig.

Im Laufe des letzten Monats wurde ein beträchtlicher Fortschritt erzielt. Es steht alles so günstig, dass man Angst bekommt, es könnte plötzlich irgendein Zwischenfall oder eine Katastrophe eintreten.

Die Deutschen selbst würden allerdings die Lage nicht als so günstig schildern, wie ich es tue. Sie stehen unter dem Schatten ihrer ernststen finanziellen Schwierigkeiten – es herrscht eine ungeheure Geldknappheit. Sie beklagen sich auch sehr über die Micum-Verträge, doch habe ich immer gefunden, dass sie diese Schattenseiten des Bildes etwas übertreiben. Immerhin liegt auf der Hand, dass keine Zeit verloren werden darf, um sich der Micum zu entledigen und den Dawesplan in Kraft treten zu lassen.

Man ist hier ausserdem in grosser Sorge, weil Deutschlands Stellung auf der Londoner Konferenz noch nicht genau definiert ist. Man fürchtet, dass es sehr schlecht auf die öffentliche Meinung wirken würde, wenn zuerst eine Sonderkonferenz der alliierten Mächte stattfinden und Deutschland erst zu einem spätern Zeitpunkt herangezogen werden sollte. Ich erklärte zwar den Deutschen, man habe ausdrücklich betont, es bestünde nicht die mindeste Absicht, Deutschland vor bestimmte, unabänderliche Beschlüsse zu stellen, aber es hat sie nicht wesentlich beruhigt. Wenn das Programm der Konferenz festgesetzt wird, dürfte es daher geraten sein, auf die deutsche Empfindlichkeit in der Weise Rücksicht zu nehmen, dass man die deutsche Delegation bittet, am gleichen Tag wie die Alliierten in London einzutreffen, wenn auch die Deutschen den Eröffnungssitzungen nicht beiwohnen sollten. Selbst wenn sie erst zum Nachtsch herunterkommen dürfen, müssen sie auf alle Fälle zum Essen eingeladen werden.

Die Regierung Marx-Stresemann ist so eifrig bemüht, zu einer Verständigung zu gelangen, wie es nur eine Regierung sein kann, und verdient jede Unterstützung. Sie hat jedoch mit ernststen parlamentarischen Schwierigkeiten zu kämpfen.

*11. Juli 1924.*

Berlin.

Das Ergebnis des Besuches von Ramsay Macdonald in Paris ist in den vernünftigeren Regierungskreisen im grossen Ganzen gut aufgenommen worden. Wenn irgendeine Besserung in den Beziehungen zwischen Paris und London erzielt wird, gibt es gewöhnlich gewisse Elemente hier, die behaupten, dass der Frieden auf Kosten Deutschlands wiederhergestellt worden ist. Aber kein vernünftiger Mensch kann in den Pariser Ergebnissen etwas anderes als eine günstige Wendung sehen. Es war wesentlich, Herriot und die Konferenz zu retten.

Folgende Punkte des Pariser Abkommens haben hier die öffentliche Meinung am meisten beunruhigt:

1. Es wird gesagt, dass der bilaterale Charakter des Abkommens nicht klar genug zum Ausdruck kommt, das heisst die Tatsache, dass Deutschland die Verpflichtungen des Dawesplans nur unter der Bedingung übernommen hat, dass die alliierten Mächte zu einem festgesetzten Zeitpunkt Deutschland gewisse Erleichterungen gewähren werden.

2. Es fällt unangenehm auf, dass die Räumung nicht erwähnt wird. Stresemann erklärt, und, wie ich glaube, aus ehrlichster Überzeugung, dass er nicht vor den Reichstag ohne eine bestimmte Räumungsfrist treten kann. Er muss eine Zusage haben, dass die Räumung innerhalb bestimmter, nicht allzuweit auseinanderliegender Fristen vorgenommen wird.

Er hat in letzter Zeit den Standpunkt aufgegeben, dass er auf eine Verbindung der Räumung mit der Unterbringung eines Teils der Anleihe nicht eingehen könne.

3. Die Einladung zur Konferenz wird hier mit Ungeduld erwartet. Die Deutschen wiederholen unermüdlich, dass jede Art von Diktat die Möglichkeiten eines Abkommens vereiteln würde. Sie verlangen eine

offene Diskussion, Teilnahme an den Verhandlungen und freiwillige Zustimmung zu den Beschlüssen.

Ich persönlich neige fast zu der Ansicht, dass es für die Deutschen vielleicht besser wäre, wenn sie nicht nach London gingen. In Spa, in Genua und in London hat ihre Anwesenheit ihrer Sache weder geholfen noch die Verhandlungen gefördert, aber die Frage ist jetzt von der breiten Öffentlichkeit so aufgebauscht worden, dass eine Einladung sich nicht mehr umgehen lässt und die Nichtzuziehung der Deutschen als ein Affront betrachtet werden würde.

Man glaubt hier, dass die Ratifizierung nicht viel Zeit erfordern wird, vorausgesetzt, dass sich alles in London glatt abwickelt und das allgemeine Abkommen ohne grosse Schwierigkeiten zum Abschluss kommt. Die Kenner des Reichstagsmechanismus nehmen an, dass vor Mitte August alles geregelt werden könnte.

2. August 1924.

Berlin.

Ich hatte heute ein langes Gespräch mit einem der besten Kenner der politischen Lage in Berlin. Er sagte mir, dass die Wiederherstellung der Monarchie nicht in Frage käme.

Der Kaiser hat nicht nur im Kriege tief enttäuscht, er benahm sich auch später durchaus unwürdig, als er wie ein Feigling nach Holland flüchtete; er zeigte sich auch allzu sehr um die Rettung seines eigenen Vermögens besorgt.

Während des Krieges war es vollkommen unmöglich, dem Kaiser irgendwelche Informationen zukommen zu lassen. Die Kaiserin hat eine verhängnisvolle Rolle gespielt, sie hielt alle schlechten Nachrichten von ihm fern und vereitelte die Möglichkeiten der Friedensverhandlungen. Ausserdem war der Kaiser sehr schwer zu behandeln und nicht angenehm im Umgang. Als einmal der Haushofmeister nach langem Zögern den Mut fasste, ihm zu sagen, die neue elektrische Anlage im weissen Ballsaal hätte viel Geld gekostet, erwiderte der Kaiser: «Sie hat



so viel gekostet, dass ich jetzt mit einem Haushofmeister weniger auskommen werde.»

Der Kronprinz ist jetzt fast ebenso unpopulär geworden. Mein Bekannter war während des Krieges in der Kronprinzenarmee und meinte, dass das Benehmen Sr. Kaiserlichen Hoheit keineswegs musterhaft war. Er wusste nicht, ob die Geschichten über Frauen im Hauptquartier, die man sich allgemein erzählte, der Wahrheit entsprechen, aber als das Heer im Argonnen-Wald schwere Verluste erlitt, kurz vor einem Angriff, in dem zweitausend Soldaten verwundet oder getötet wurden, sah der Kronprinz dem Abmarsch der Truppen im weissen Tennisanzug zu und winkte den Soldaten mit dem Tennisracket nach. Er erzählte mir noch, dass, als die Ambulanzen Tag und Nacht arbeiteten, um die Verwundeten in die Feldspitäler zu bringen, der Kronprinz den ausdrücklichen Befehl gab, eine oder zwei Ambulanzen zurückzuhalten, für den Fall, dass es bei seinem Ponyrennen Unfälle geben sollte.

Nach der Meinung meines Bekannten ist an eine Rückkehr zum monarchistischen System nicht zu denken, jedenfalls nicht für eine geraume Weile, weil die erwachsenen Mitglieder des Hohenzollernhauses vollkommen unzulänglich sind und die Kinder des Kronprinzen noch jung und ganz unbekannt. Auch die Wittelsbacher Familie käme nicht in Frage, da ein katholischer König in Berlin sowie in Nord- und Ostpreussen vollkommen unmöglich wäre.

Er erzählte mir auch, es herrsche heute eine haarsträubende Korruption unter den deutschen Beamten, man könne mit Schmiergeldern alles durchsetzen. Vor dem Kriege hätte niemand gewagt, einen Bestechungsversuch zu machen, auf die gewissenhafte Ehrlichkeit der Beamten konnte man sich vollkommen verlassen.

Ich fragte ihn, ob es stimmt, dass auch unter Frauen eine immer grössere Unmoral um sich greife. Er erwiderte mir: «Nein. Die Zustände haben sich in dieser Hinsicht nicht viel geändert.»

Er war nicht in der Lage, mir den auffallenden Kontrast zwischen der Armut breiter Schichten, die seiner Kenntnis nach wirklich vorhanden war, und dem in die Augen springenden Luxus gewisser Kreise in Berlin zu erklären. Er sagte mir: «Sie sollten einmal nach zehn Uhr abends in den Lunapark gehen. Alle Leute trinken dort Sekt zu dreissig Mark die Flasche – überall sieht man nur sinnlose Verschwendung.»

Wir sprachen dann über die Stellung der Ärzte in Berlin. Er stimmte mit mir überein, dass die Zahl der Ärzte zu gross sei. Er erklärte es durch die Tatsache, dass viele Studenten, hauptsächlich Juden, sobald sie nach Berlin kommen, nicht mehr in die Provinzstadt zurückkehren wollen und daher nach einer reichen Frau Ausschau halten. Die meisten jüdischen Familien haben gern einen Arzt in der Familie, weil dann das ärztliche Honorar nicht in fremde Hände geht, und so geben sie gern Jessica und ihre Dukaten dem jungen Doktor zur Zufriedenheit beider Teile. Nachdem heute die Mitgift der reichen Töchter sich durch die Inflation verflüchtigt hat, muss der Doktor arbeiten, und es fällt ihm sehr schwer, eine grössere Klientel zu finden. Ich erzählte ihm, dass in Australien die führenden Chirurgen die Erfahrung gemacht haben, dass die Zahl ihrer Operationen im genauen Verhältnis zu den Wetterverhältnissen steht. Sooft eine reiche Regenzeit kommt, stellen die Farmer fest, dass sie sich eine Operation leisten können, und fahren nach Sidney und Melbourne, um sich ihr dort zu unterziehen. In Zeiten der Dürre schleppen sie sich eben, so gut es geht, mit ihrer Krankheit herum. Mein Bekannter meinte, dass es sich in Berlin etwas anders verhält – man lässt sich operieren, sobald es nötig wird, aber man zahlt für die Operation nur nach einer guten Ernte. Es sei vollkommen nutzlos, einem Landwirt eine Rechnung zu schicken, wenn die Ernte schlecht ausgefallen ist. Er sagte mir, er habe von einem führenden Gynäkologen gehört, dass er 5-600 Fälle künstlicher Aborte im Jahre behandle, und es sei schon hoch gegriffen, wenn man davon fünf Prozent als natürlich bezeichnet; mindestens fünf-

undneunzig Prozent werden künstlich herbeigeführt. Es sei durchaus falsch, anzunehmen, dass ein natürlicher Abort häufig vorkomme. Dort, wo dies der Fall ist, lässt er sich im Allgemeinen auf die syphilitische Verseuchung des Mannes zurückführen.

Wir erörterten dann ein Körpermerkmal, das mich von jeher interessiert hat, nämlich die Speckfalte oder den Stiernacken der deutschen Männer. Mein Freund war sich dessen nicht bewusst, dass dies unzweifelhaft eine rein deutsche Eigentümlichkeit sei, nach meinem Dafürhalten eine Eigentümlichkeit bestimmter deutscher Rassen. Ich glaube nicht, dass reinrassige Juden sie aufweisen. Er versprach mir, nach einer Erklärung zu suchen. Es war ihm ebensowenig aufgefallen, dass der Durchschnittsdeutsche einen aussergewöhnlich kleinen Schädel hat, viel kleiner als z.B. der Engländer, und auch viel runder. Es ist ganz erstaunlich, welche Fülle erworbener Kenntnisse sie in einen so beschränkten Raum hineinpfuschen.

Im Laufe unserer langen Unterredung kam er auch auf das alte Thema zu sprechen, dass die wahre Kriegsgefahr der Zukunft der bei dem deutschen Volke vorherrschenden Empfindung entspringt, es sei nach dem Waffenstillstand ungerecht behandelt worden, und die Alliierten, insbesondere Frankreich, seien entschlossen gewesen, Deutschlands Aufkommen zu verhindern. Dies führte viele Schichten in Deutschland zu der Auffassung, es gebe keinen anderen Ausweg als einen neuen Krieg. Wenn sie vom Krieg sprechen, haben sie freilich keine Ahnung, auf welche Weise er bei der gegenwärtigen Ungleichheit der Rüstungen geführt werden könnte, sie überlassen sich nur ihrem Gefühl, dass die augenblickliche Lage hoffnungslos sei und dass irgendetwas geschehen müsse, um ihr ein Ende zu machen.

8. August 1924.

Berlin.

Die deutschen Delegierten sind schliesslich nach London abgereist. Es unterliegt keinem Zweifel, dass sie ehrlich bestrebt sind, zu einem Abkommen zu gelangen. In erster Linie ist die Finanzlage hier so unerquicklich, dass sie dringend eine Regelung erfordert. Die öffentliche

Meinung unterstützt die Regierung in ihrer Verständigungspolitik, fordert jedoch als Vorbedingung die Festsetzung einer Frist für die Räumung des Ruhrgebiets. Falls dies nicht erzielt werden sollte, ist es zweifelhaft, ob der Reichstag seine Zustimmung geben wird.

Die Deutschen werden die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Ruhrgebiet zur gleichen Zeit mit der Räumung der Kölner Zone durch die britischen Truppen fordern. Aber wenn man sich bloss verpflichtet, die Räumung einige Monate später durchzuführen, glaube ich, dass sie darauf eingehen würden. Es werden noch andere Punkte von geringerer Bedeutung zur Erörterung gelangen, aber es sind keine ernsthaften Auseinandersetzungen zu befürchten, vorausgesetzt, dass die Delegation rücksichtsvoll und höflich behandelt werden wird. Die Bedeutung dieses letzten Punktes wird dauernd unterschätzt. Die Tatsache, dass man für die deutsche Delegation Zimmer im Ritzhotel reserviert hat, verfehlte nicht ihre Wirkung auf die öffentliche Meinung. Man darf eines nicht vergessen: wir müssen nicht nur die deutsche Delegation überzeugen, sondern ihr auch die Möglichkeit geben, die öffentliche Meinung hier zu überzeugen. Je besser sie behandelt wird, desto grössere Autorität wird sie im Lande haben.

8. August 1924.

Berlin.

Hughes kam hier vorige Woche an<sup>1)</sup> und blieb einige Tage, die ihm Gelegenheit zu langen Gesprächen mit Marx, Stresemann und Ebert ga-

<sup>x)</sup> Am Vorabend der Londoner Konferenz im Juli/August 1924, die dem Dawesplan die gesetzliche Weihe geben sollte, um ihn in Kraft treten zu lassen, hat der amerikanische Staatssekretär Hughes eine scheinbar vollkommen inoffizielle Reise in die westlichen Hauptstädte Europas, London, Paris, Brüssel und Berlin unternommen. Er hatte dabei Unterredungen mit den führenden Staatsmännern und Finanzleuten aller betreffenden Länder, wie auch mit den bei den verschiedenen Regierungen akkreditierten Botschaftern der Vereinigten Staaten. Diese Besprechungen wurden als Streng vertraulich behandelt, und es gelang auch wirklich, ihren Inhalt vollkommen geheim zu halten. Aber trotzdem sickerte es durch, dass der amerikanische Staatssekretär, dessen Ansichten insbesondere über das Reparationsproblem sich sehr eng denen der britischen Re-

ben. Er wurde zum Frühstück in der amerikanischen Botschaft empfangen, auf das ein Tee bei Frau Stresemann in dem Garten der Villa des Aussenministers folgte. Hughes machte auf mich den Eindruck eines Mannes, dessen hervorragendste Eigenschaft Vernunft und Besonnenheit ist. Er doziert vielleicht zu viel, sicherlich jedoch weniger als andere Amerikaner in ähnlicher Stellung. Die Amerikaner sind gewöhnlich, mit der einen rühmlichen Ausnahme von Mellon, ihrer Natur und ihrem Instinkt nach von einer Ausdrucksfreudigkeit, die im genauen Verhältnis zu ihrem Vermögen und ihrer Stellung steht. Die Stellung von Hughes in den Augen der amerikanischen Öffentlichkeit und der Welt kommt fast der von Rockefeller gleich, aber seine Monologe überschreiten nicht die Grenze, die schon durch ein Vermögen von einer Million Dollar gerechtfertigt wäre. Frau Hughes, die dem guten, neu-englischen Typus angehört, hat nichts von dieser wortreichen Selbstsicherheit.

Ich vermied es, vielleicht aus einem übertriebenen Taktgefühl heraus, über die Fragen deutscher oder französischer Politik mit Hughes zu sprechen. Aber wir unterhielten uns lange über die Prohibition in Amerika und ähnliche Verbote in anderen Ländern. Er schien über die Prohibition nicht sehr begeistert zu sein, sagte jedoch, dass Amerika sie sich nun einmal auf den Hals geladen habe und sie infolge der merkwürdigen gesetzlichen Bestimmungen in Bezug auf den Verfassungszusatz nicht

gierung nähern, einen sehr starken Druck auf die französische Linksregierung ausgeübt hat, um sie zu einer grosszügigeren Auffassung des Reparationsproblems zu bewegen, als sie Poincaré besass.

Die Argumente Hughes' fielen bei Herriot und den französischen Radikalsozialisten, in deren Händen die Regierung liegt, auf fruchtbaren Boden. Auch in Berlin machte Hughes seinen grossen Einfluss geltend, um Verständigungswillen, Einsicht und Kompromissbereitschaft zu fördern.

Im Laufe einer Unterredung mit Poincaré nahm Hughes kein Blatt vor den Mund, als er über den Ruhreinmarsch und seine Folgen, wie die englisch-französische Spannung, sprach, und er machte es Poincaré klar, dass die britische Sicherheit den Vereinigten Staaten nicht gleichgültig sein könne, da Grossbritannien Amerikas bester und zuverlässigster Schuldner sei.

wieder loswerden könne. Der Kongress würde den Alkoholverbrauch nie gestatten, er könnte jedoch den Begriff des Alkohols genau umschreiben und einen ziemlich weiten Spielraum für Getränke lassen, die nicht als alkoholisch gelten sollen. Als wir über den Einfluss der Prohibition auf den Arbeitsertrag der Industrie sprachen, berief sich Hughes auf den Richter Gary und andere Industriemagnaten, die eine beträchtliche Besserung feststellen konnten, aber er sprach weder aus eigener Erfahrung noch aus voller Überzeugungskraft.

Hughes hielt den erfolgreichen Ausgang der Londoner Konferenz für gesichert, und es schien ihm Freude zu machen, wenn man an seine Rede in Newhaven erinnerte und auf die Ähnlichkeit zwischen den von ihm dort angeregten unabhängigen Ausschüssen mit der Daweskommission hin wies.

Obwohl er nichts Positives gesagt hat, bekam ich den Eindruck, dass er in Paris ziemlich unumwunden mit Poincaré gesprochen hatte und ihm keinen Zweifel darüber liess, dass Frankreich auf der Basis der Poincaréschen Politik keine Hilfe von Amerika zu erwarten habe.

Hughes wird von den Vertretern der amerikanischen Diplomatie zweifellos sehr geschätzt oder vielleicht gefürchtet. Den anwesenden Sekretären und Konsuln schien in seiner Gegenwart die Angst dauernd in den Knochen zu sitzen. Er hat den Ruf eines unermüdlichen Arbeiters und eines anspruchsvollen und gerechten Chefs. Der amerikanische Botschafter Houghton hat seit dem Besuch der Daweskommission hier eine grosse Aktivität entfaltet und zweifellos in beträchtlichem Masse zum befriedigenden Verlauf der Ereignisse beigetragen. Es heisst, dass er als der nächste Gouverneur von Newyork in Betracht gezogen wird.

Ich stehe zu ihm in nahen und wirklich freundschaftlichen Beziehungen.

*11. August 1924.*

Berlin.

Es hat sich ein seltsamer Widerspruch zwischen der offiziellen Meinung des Auswärtigen Amtes, die ausgesprochen pessimistisch ist, und

der der breiten Öffentlichkeit herausgebildet. In der Öffentlichkeit glaubt man, dass Herriot sich in Paris durchzusetzen vermochte und sich nach der Rückkehr nach London mit einer schnellen Räumung des Ruhrgebietes einverstanden erklären wird. Das Auswärtige Amt meint jedoch, dass es nach den bisherigen Besprechungen in London durchaus nicht den Anschein hat, als ob Herriot eine vollkommene Räumung des Ruhrgebietes und der Rheinhäfen vor Ablauf von zwei Jahren vorschlagen oder sich mit ihr einverstanden erklären würde. Ein Kompromiss, das auf einen sofortigen Beginn der Räumung und eine vollkommene Evakuierung in einem Jahre hinauslaufen würde, könnte, glaube ich, hier angenommen werden, und ich hoffe, dass man auch letzten Endes zu diesem Ergebnis kommen wird, jedoch nicht ohne ein Hin- und Hermanövrieren auf beiden Seiten, das eine geraume Weile in Anspruch nehmen wird.

Die Frage der Kriegsschuld wird hier eifrig erörtert und die deutsche Presse beschäftigt sich ausführlich mit den jüngst veröffentlichten Dokumenten, die sich auf die Schuld am Kriege beziehen. Aus den Aktenveröffentlichungen in Deutschland und Österreich ergibt sich:

Erstens, dass ein gewaltiger Teil der Schuld den österreichischen Generalstab und insbesondere Conrad von Hötzendorf trifft, und zweitens, dass der Grössenwahn des Kaisers, seine feindselige Einstellung gegen England, die ursprünglich auf den Hass gegen den König Eduard zurückging (Zedlitz berichtet, dass er ihn nur immer «der Satan» nannte), sein eigensinniges Festhalten an der deutschen Flottenpolitik, seine Abhängigkeit von dem technisch sehr tüchtigen, aber politisch vollkommen blinden Tirpitz so belastende Momente waren, dass sie eine vollkommene Freisprechung Deutschlands von jeder Kriegsschuld verhindern.

Das wirkliche Problem lautet jedoch ganz anders. Es handelt sich weniger darum, wer für den Krieg verantwortlich war, als wer für ihn nicht verantwortlich war. Die Blindheit, Rücksichtslosigkeit, Anmassung und

vielleicht auch die Glaubensseligkeit einiger Kriegsteilnehmer können als Nebenumstände, wenn nicht als Hauptursachen bezeichnet werden.

Auf englischer Seite war zweifellos guter Glaube und ein ehrlicher Wunsch, den Krieg zu vermeiden, vorhanden, aber Grey stand wahrscheinlich allzu sehr unter russischem Einfluss und war vom Glanz der scheinbaren Macht Russlands geblendet. Er wurde im Foreign Office von Leuten unterstützt, die fraglos der russischen Freundschaft eine übertriebene Bedeutung beimessen.

Das im Juni 1914 zwischen England, Russland und Frankreich geschlossene Abkommen einer Zusammenarbeit zur See wurde bis jetzt nicht als eine der Ursachen angeführt, die Deutschland in den Krieg trieben. Es kann auch nicht als solche von Deutschland angeführt werden, denn dies liesse sich schlecht mit der Leugnung jeder deutschen Schuld am Kriege in Einklang bringen, aber wenn man die letzten verborgenen Falten der Seelen absuchen wollte, würde man meiner Ansicht nach finden, dass die Besorgnis über dieses Abkommen eine der Ursachen war, die die Rechtspartei in Deutschland stärkte und die Friedensfreunde und Befürworter des Abwartens schwächte. Das Abkommen hätte abschreckend wirken können, in Wirklichkeit hat es die Ergebnisse beschleunigt.

Grey wird hier aus einem Grunde angegriffen, der seinem Charakter alle Ehre macht, denn es heisst, er sei ein so entschiedener Befürworter des Friedens gewesen, dass die deutschen herrschenden Kreise nicht glauben konnten, England würde sich unter seiner Regierung am Kriege beteiligen. Er war in der Tat ein so überzeugter Anhänger des Friedens und klammerte sich so an die Hoffnung seiner Erhaltung, dass er so lange mit der Erklärung, England würde sich am Kriege beteiligen, zögerte, bis es für Deutschland zu spät war, den Rückzug anzutreten. Hätte er zu einem früheren Zeitpunkt erklärt, dass England im Notfalle gezwungen sein würde, sich auf die Seite Russlands und Frankreichs zu stellen, so hätte Deutschland, wie hier behauptet wird, seine Politik geändert.



Dieser Vorwurf ist nicht gerecht, denn Grey konnte nicht vor Sonnabend, dem 1. August, eine Erklärung über Englands Beteiligung am Kriege abgeben. Erst der Einmarsch der Deutschen in Belgien hat die Entscheidung über Englands Beteiligung am Kriege gebracht.

Es lassen sich endlose Überlegungen anstellen, was geschehen wäre, wenn Deutschland den Feldzug nicht mit dem Einmarsch in Belgien begonnen hätte. Ich persönlich bin der Ansicht, dass einige Geschicklichkeit seitens der deutschen Diplomatie genügt hätte, um Englands Eintritt in den Krieg zu verhindern oder wenigstens zu verzögern.

*12. August 1924.*

Berlin.

Ich hatte heute Nachmittag ein langes Gespräch mit dem französischen Botschafter über die Frage der Sicherheit. Er hob, wie er es immer tut, hervor, dass die öffentliche Meinung in Frankreich sich mit einem Sicherheitspakt nicht einverstanden erklären würde, der nur die französische Grenze schützen sollte und nicht auch Polen vor deutschem Angriff sicherstellen würde. Obwohl er wieder von diesem Punkt ausging, hatte ich das Gefühl, dass er ihn weniger entschieden vertrat als in früheren Gesprächen und durchaus anerkannte, welch ein ungeheurer Gewinn es für Europa wäre, wenn die Gefahr eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland ausgeschaltet werden könnte.

Er erzählte mir, dass man ihm in deutschen offiziellen Kreisen bei verschiedenen Gelegenheiten offen erklärt hätte: «Wir sind bereit, Frankreich vollkommene Sicherheit gegen militärischen Angriff zu geben und sind ebenfalls bereit, uns zu verpflichten, von jedem militärischen Angriff auf Polen abzusehen. Aber keine deutsche Regierung wird je ein Dokument unterzeichnen, das den polnischen Korridor als eine bleibende Lösung anerkennt.»

Maltzan erklärte dem Botschafter: «Warum wollen Sie sich nicht mit einem Garantiepakt für die französische Grenze begnügen? Die polni-

sche Frage ist in Wirklichkeit ein Teil der russischen Frage. England und Italien haben bereits ein Abkommen mit Russland unterzeichnet, und Frankreich wird es wohl bald auch tun. Beim Anlass eines Vertrages kann Frankreich Vorkehrungen gegen einen Angriff auf Polen treffen. Es ist viel eher eine russische als eine deutsche Angelegenheit.»

*14. August 1924.*

Berlin.

Soweit man die Lage beurteilen kann, wird die öffentliche Meinung die Beschlüsse der deutschen Delegation in London unterstützen. Der Hauptpunkt, der das grösste Interesse erweckt, ist das Datum der Ruhräumung. Ich glaube, dass die breite Öffentlichkeit sich mit April einverstanden erklären würde, vorausgesetzt, dass keine einseitigen Konzessionen über die künftigen Handelsbeziehungen verlangt werden. Wenn man, statt die militärische Kontrolle fortzusetzen, Bestimmungen treffen würde, um die gegenseitige Sicherheit zu gewährleisten, wird die Öffentlichkeit hier sich selbst drückenden Bestimmungen fügen.

Die Londoner Konferenz 16. Juli bis 30. August 1924.

Die alliierten Delegierten traten am 19. Juli 1924 in London zusammen. Grossbritannien war durch Macdonald und Thomas vertreten, Frankreich durch Herriot, Clémentel und General Nollet, Belgien durch Theunis und Hymans, Italien durch Scialoja und Grandi, Japan durch seinen Londoner Botschafter Baron Hajashi. Fast drei Wochen lang wurden die Deutschen nicht hinzugezogen, da die Alliierten versuchten, zuerst zu einer Verständigung untereinander zu gelangen. Die Hauptschwierigkeit bildete die französische Forderung nach Sanktionen für den Fall, dass Deutschland den vorgeschlagenen Dawesplan verletzen sollte. Nachdem die Verhandlungen eine Weile hin- und hergingen, wurde ein interalliiertes Protokoll vereinbart, das die Sanktionen in einem solchen Fall von einer vorangehenden Prüfung eines unparteiischen Schiedsgerichtes abhängig machte. Die Sanktionen sollten nur dann verhängt werden, wenn das vorgeschlagene Schiedsgericht eine wissentliche Verletzung seitens Deutschlands festgestellt hatte.

Ausserdem sollte das Interesse der Zeichner der geplanten deutschen Anleihe vor der Anwendung der Sanktionen in Betracht gezogen werden.

Sobald ein prinzipielles Übereinkommen unter den Alliierten über diese und andere umstrittene Fragen erreicht worden war, beschloss man, die deutschen Vertreter zur Teilnahme an der Konferenz aufzufordern. Am 6. August kam die deutsche Delegation in London an, die aus dem Reichskanzler Dr. Marx, Dr. Stresemann und dem Finanzminister Dr. Luther bestand. Fast vierzehn Tage lang verstrichen in Diskussionen zwischen den Vertretern der alliierten Mächte und den deutschen Delegierten, bei denen die Anwesenheit und die Intervention der sogenannten amerikanischen Beobachter – des Botschafters der Vereinigten Staaten Kellogg, des Obersten Logan, des amerikanischen Vertreters bei der Reparationskommission und des Dr. Owen Young, der neben Sir Josuah Stamp die Hauptverantwortung für die Fassung des Dawesberichtes trägt – sich als eine grosse Hilfe erwies. Nach langen offiziellen und inoffiziellen Verhandlungen kam es am 30. August 1924 zu einer endgültigen Vereinbarung mit den Deutschen. Das an diesem Tage unterzeichnete Abkommen mit seinen verschiedenen Anhängen und Protokollen setzte nicht nur eine neue Skala der deutschen Reparationsannuitäten voraus, die durch verschiedene Einnahmequellen gesichert wurden, sondern auch die Emission einer Anleihe von vierzig Millionen Pfund Sterling auf dem internationalen Geldmarkt. Auch entsprechende Bestimmungen über ein Schiedsverfahren im Falle von Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und den Gläubigermächten wurden in das Abkommen aufgenommen. Der Hauptvertrag war von einer Vereinbarung zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien begleitet, die die fortschreitende wirtschaftliche und militärische Räumung des Ruhrgebiets durch Frankreich und Belgien innerhalb eines Zeitraums von ungefähr 12 Monaten festsetzte. Dem Vorsitzenden der Konferenz, Ramsay Macdonald, war es in der Hauptsache zu verdanken, dass diese französisch-belgisch-deutschen Verhandlungen ausserhalb der eigentlichen Konferenz zustande kamen.

17. August 1924.

Berlin.

Ich höre aus London, dass die Konferenz in der alten Weise eingesetzt hat. Am ersten Tage ein Sichherumstreiten der Alliierten, darauf ein

Streit mit den Deutschen, der sich ebenfalls um ganz nebensächliche Punkte drehte. In der Zwischenzeit hat das Sachverständigenkomitee jede Nacht bis drei Uhr früh gearbeitet mit Hilfe zahlreicher Whiskys und Sodas, belegter Brötchen und Zigarren, und dann statteten die Sachverständigen den Delegierten ihren Bericht ab. Das ganze Gerede und der ganze Arbeitsaufwand wurde auf Punkte verschwendet, von denen jeder wusste, dass sie in Wirklichkeit keine Bedeutung haben. Denn das einzige, was wirklich eine Rolle spielte und spielt, ist das Ruhrgebiet.

Herriots Stimmungen wechselten sehr schnell. Er war zeitweise sehr niedergeschlagen, dann wieder in ausgezeichneter Laune; er wehrte sich geschickt gegen jeden Druck. Und er leistete einen noch energischeren Widerstand gegen jeden Versuch, ihn zu neuen Konzessionen zu verführen. Trotzdem machte er allgemein den Eindruck, dass er wirklich von gutem Willen beseelt war und den Wunsch hatte, zu einer durchführbaren Lösung zu kommen.

Die Deutschen sind mit grosser Höflichkeit empfangen worden. Diese entgegenkommende Behandlung kann nur gute Früchte tragen.

Übrigens kam es genauso, wie ich es erwartet hatte: Marx ist viel volkstümlicher als Stresemann, der auf diejenigen, die ihn nicht genau kennen, einen vollkommen falschen Eindruck der Unzuverlässigkeit macht.

Ramsay Macdonald hat sich als taktvoll und geschickt erwiesen und sein Möglichstes getan, um die Verzögerung der Ruhrräumung abzukürzen. Dies ist in der Tat die einzige Möglichkeit, die Deutschen zur Unterzeichnung zu bewegen. Immer wieder höre ich, dass es Ramsay Macdonald gelungen ist, ein Gefahrenmoment nach dem anderen zu überwinden. Seine Arbeitskraft erregt allgemein Staunen, er nimmt vom Morgen bis zum späten Abend an den schwierigen Beratungen der Konferenz teil.

Schubert hat sich durch seinen gesunden Menschenverstand und seinen angespannten Arbeitswillen ausgezeichnet.

18. August 1924.

Berlin.

Ich habe an den Premierminister geschrieben, dass jetzt vielleicht für mich die Zeit gekommen ist, um meinen Berliner Posten aufzugeben. Ich war hier mehr als vier Jahre lang und habe eine anstrengende Zeit hinter mir.

Der Londoner Pakt oder – wie er gewöhnlich genannt wird – der Dawesplan ist allgemein angenommen worden, und auf diese Weise hat die finanzielle Basis der Befriedung eine wesentliche Stärkung erfahren. Ich sage nicht der endgültigen Befriedung, denn ich gebe dem Dawesplan nicht mehr als drei bis vier Jahre Lebensdauer; dann wird er abgeändert werden müssen. Aber die finanzielle Grundlage für ein besseres diplomatisches Verhältnis ist vorhanden.

22. August 1924.

Berlin.

Konferenzen der Sachverständigen erinnern mich immer an folgenden chinesischen Spruch: «Was man weiss: zu wissen, dass man es weiss. Was man nicht weiss: zu wissen, dass man es nicht weiss.» Das ist die wahre Weisheit.

Es ist die Weisheit, die den meisten Konferenzen fehlt.

1. September 1924.

Berlin.

Die Reparationskommission hat heute angekündigt, dass der Dawesplan offiziell in Kraft getreten ist.

3. September 1924.

Berlin.

Ich habe bereits die Verhandlungen in London geschildert, die zum Dawesplan führten. Es mag aber auch von Interesse sein, die auf- und absteigende Wellenlinie der Verhandlungen zwischen der Regierung und den Parteiführern im Reichstag festzuhalten. Am vorigen Freitag suchten die Führer der deutschnationalen Partei um acht Uhr morgens den Reichskanzler auf und teilten ihm mit, dass sie gegen den Dawesplan stimmen würden, falls der Reichskanzler nicht binnen vierzehn Tagen seine Demission einreichen sollte. Sie verlangten von ihm auch,

dass er sich verpflichte, den Deutschnationalen den Kanzlerposten und ausserdem noch drei Portefeuilles anzubieten. Marx, der Sinn für Humor besitzt, erwiderte ihnen, dass, obwohl er persönlich entzückt wäre, einem so massgebenden Nachfolger, wie ihn die Deutschnationalen wählen würden, sein Amt abzutreten, seine Entscheidung nicht massgebend sei, denn sie könne nur von den Koalitionsparteien getroffen werden. Er selbst könne sich nur verpflichten, eine Erklärung in der Frage der deutschen Kriegsschuld abzugeben, die auch kurz darauf veröffentlicht wurde.

Diese Antwort versetzte die Deutschnationalen in helle Wut, und sie beschlossen, gegen den Dawesplan zu stimmen. Als der Zeitpunkt der Abstimmung jedoch heranrückte, änderten sie ihren Beschluss, denn sie wurden sich bewusst, dass eine Ablehnung der Ratifizierung Neuwahlen bedeutete, und dass Neuwahlen zu einem Sieg der Sozialisten und zu grossen Verlusten der Deutschnationalen führen würden. Als es zur Abstimmung kam, ging ein Versteckspiel los. Die Deutschnationalen behaupteten, sie würden mit Nein stimmen, während sie in Wirklichkeit entschlossen waren, dem Plan die erforderliche Mehrheit zu sichern. Dieses Manöver wurde durch die Tatsache erklärt, dass, wenn die Sozialisten mit Sicherheit auf die Annahme des Dawesplanes gerechnet hätten, sie versucht haben würden, das Abstimmungsergebnis zu vereiteln. Soweit ich erfahren habe, sind keine bestimmten Verpflichtungen in Bezug auf die Aufnahme der Deutschnationalen in die Regierung übernommen worden.

## KAPITEL IV

### SEPTEMBER – NOVEMBER 1924

8. September 1924.

Berlin.

Seitdem das Abkommen in London unterzeichnet wurde, hat die finanzielle Spannung hier beträchtlich nachgelassen – eigentlich nicht nur die finanzielle, sondern auch die politische. Bisher haben sowohl die Deutschen wie die Franzosen die in London übernommenen Verpflichtungen nicht nur treu, sondern auch mit erstaunlicher Schnelligkeit erfüllt. Alle amerikanischen und englischen Vertreter in den neugebildeten Ausschüssen, die die Durchführung des Dawesplanes sichern sollen, erklären, dass sie in den amtlichen deutschen Kreisen das grösste Entgegenkommen gefunden haben. Die Finanzbehörden im besetzten Gebiet scheinen sich sehr vernünftig zu benehmen und haben keinen Widerstand bei der «vertragsmässigen» Übergabe verschiedener öffentlicher Ämter an die Deutschen geleistet.

Der einzige Misston in der allgemeinen Harmonie ist die Frage der Kriegsschuld. Marx und Stresemann konnten sich die Zustimmung der Deutschnationalen zu dem Londoner Abkommen nur sichern, indem sie sich verpflichteten, einen offiziellen Protest gegen die Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands einzulegen. Man drang in sie, diese Erklärung schon während der Londoner Konferenz abzugeben, aber sie waren klug genug zu begreifen, dass ein solcher Schritt die Konferenz gefährdet oder sogar gesprengt hätte. Als sie nach Berlin zurückkehrten,

hofften sie, ohne bestimmte Verpflichtungen durchzukommen, aber sie mussten schliesslich nachgeben. Dieser Vorfall liegt jetzt zehn Tage zurück, aber die Note ist noch nicht abgesandt worden. Das Auswärtige Amt war klug genug, hier seine dilatorische Methode anzuwenden.

Maltzan, der augenblicklich das Auswärtige Amt allein leitet, begriff, wie sinnlos oder zum mindesten wie wenig angebracht ein solcher Schritt wäre. Er hat auf eigene Verantwortung die Absendung der Note unterlassen, aber ich habe das Gefühl, dass er es jetzt mit der Angst bekommen hat, ob er nicht allzu weit gegangen sei und mehr getan habe, als Stresemann lieb ist. Er suchte mich heute Morgen auf und bat mich, Stresemann bei seiner Rückkehr klarzumachen, dass die Verzögerung nicht nur gerechtfertigt, sondern auch notwendig war. Er hätte mich nicht darum gebeten, wenn er nicht besorgt gewesen wäre.

Stresemann selbst war immer ein Verfechter der Kriegsschuldflüge. Abgesehen von seiner persönlichen Einstellung sind in letzter Zeit seine Meinungsverschiedenheiten mit der deutschnationalen Partei beigelegt worden, und er möchte nicht die neugeborene Freundschaft gleich im Anfang umbringen. Er wird sich daher nicht gern zu etwas hergeben, was wie ein Bruch eines Versprechens gegenüber den neugewonnenen Alliierten aussieht.

Stresemann und Maltzan manövrieren beide zwischen den verschiedenen politischen Parteien mit einigem Geschick und häufigem Frontwechsel. Vor einigen Monaten war Stresemann gegen die Deutschnationalen und für die Linke. Jetzt ist es umgekehrt. Maltzan hat den genau entgegengesetzten Kurs eingeschlagen.

Stresemanns wirkliche Unterstützung im Aussenministerium ist Carl von Schubert, von dem er glaubt, dass er ausgeglichener ist als Maltzan, sich weniger leicht von der Begeisterung davontragen lässt, wie z.B. die Liebe für die Sowjets und durch persönliche Beziehungen zu politischen Parteien weniger beeinflussbar ist.



11. September 1924.

Berlin.

Seit dem Londoner Pakt greift die Friedensstimmung immer schneller um sich. Bei den französischen Behörden im Ruhrgebiet scheint sich ein Wandel vollzogen zu haben; sie arbeiten jetzt mit lobenswerter Schnelligkeit an der Freilassung der Gefangenen, am Rückzug der Truppen aus weitverstreuten Ortschaften, am Abbau der Zollabgaben und der Rückberufung der Micumbeamten. Die dortigen Vertreter Frankreichs scheinen sich endlich entschlossen zu haben, den Pariser Befehlen zu gehorchen.

Auch die deutschen Beamten in Berlin, hauptsächlich diejenigen, die mit den neuen Kontrollausschüssen zu arbeiten haben, benehmen sich sehr vernünftig. Sowohl Owen Young wie McFadyean sind des Lobes voll über das Entgegenkommen der Deutschen. Owen Young erzählte mir vor einigen Tagen, dass, wenn irgendeine Schwierigkeit entsteht, die Deutschen, mit denen er zu tun hat, über die vertragsmässig festgelegten Verpflichtungen hinausgehen, um sie aus der Welt zu schaffen.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass auch ausserhalb der offiziellen Kreise der Druck, der auf der Handels- und Finanzwelt lastete, beträchtlich nachgelassen hat. Die Leipziger Messe, die in der vorigen Woche stattfand, kam zu früh, um von dieser Besserung günstig beeinflusst zu werden. Zu jenem Zeitpunkt musste sie zu einem Fehlschlag werden, aber ich bin überzeugt, dass, wenn man sie vierzehn Tage später angesetzt hätte, sich ein ganz anderes Bild ergeben haben würde. Es herrscht nicht mehr eine so grauenhafte Geldknappheit wie früher. Die Geschäftsleute brauchen nicht mehr 50-60 Prozent jährlich für kurzfristige Kredite zu zahlen; die Zinssätze sind noch immer sehr hoch, aber trotzdem um 10-12 Prozent niedriger als früher.

Ein Ergebnis dieser gebesserten Atmosphäre ist die Tatsache, dass der Versuch der Deutschnationalen, die Regierung zu einer offiziellen Ablehnung der deutschen Kriegsschuld zu zwingen, von der öffentlichen Meinung nicht besonders warm unterstützt wurde. Es hat den An-

schein, als ob es der breiten Öffentlichkeit lieber wäre, wenn die Regierung ihre den Deutschnationalen gegebene Zusage nicht erfüllen würde – man hält es für besser, ein innerpolitisches Versprechen zu brechen, als eine aussenpolitische Krisis hervorzurufen und die glatte Durchführung des Londoner Paktes zu gefährden.

Die interalliierte Kontrollkommission hat am Montag ihre Arbeit aufgenommen, und in diesen vier Tagen hat sich noch kein einziger unangenehmer Zwischenfall ereignet. Kein Mensch weiss, was der nächste Tag bringen mag, aber ich höre, dass die Mahnung zur Ruhe, die die deutsche Regierung an die Bevölkerung ergehen liess, ihre Wirkung nicht verfehlt hat.

Die Handelsverhandlungen zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Belgien andererseits sollen in allernächster Zeit aufgenommen werden. Frankreich und Belgien werden ihre Unterhändler mit einem Heer von Sachverständigen umgeben, aber noch mächtiger als die Unterhändler wird die Versuchung für Deutschland sein, selbst ungünstige Handelsbedingungen anzunehmen, um eine Räumung der Ruhr vor dem August 1925 zu erlangen.

Es wird sich noch herausstellen, ob dieser Köder die deutsche Regierung zu locken vermag; bisher behauptet sie, dass die beiden Fragen in keinerlei Verbindung miteinander stehen, und dass sie sich auf keinen Kuhhandel einlassen will, den sie sowohl als unvorteilhaft wie als unmoralisch betrachtet.

*11. September 1924.*

Berlin.

Ein führender Journalist hat hier gestern mit dem Vertreter des Federal Reserve Board, Jay, dem Idealtypus des amerikanischen Bankiers, der noch nicht mächtig genug ist, um laut aufzutrupfen, gefrühstückt. Wir sprachen viel über den ehemaligen Kaiser. Er war im Wesentlichen ein Schauspieler, der der breiten Öffentlichkeit dauernd irgendeine Rolle vormimte. Hinter dieser schreierischen Aufmachung verbarg sich ein scheuer, zweifellos friedlich gesinnter Mensch – eigentlich ein ar-

mes, schwaches Geschöpf. Hinter der stolzen kühnen Maske war keine wirkliche Kühnheit vorhanden. Es sei daher falsch, den Krieg auf die bewussten Absichten des Kaisers zurückzuführen. Er mag vielleicht durch Schwäche oder durch eine tief eingewurzelte Gewohnheit des Bluffens gesündigt haben, aber er verfolgte sicherlich keine machiavelistischen oder bismarckischen Pläne.

Bei der Unterredung zwischen dem Kaiser und dem Zaren in Björkö gelang es dem Kaiser, eine persönliche Zustimmung des Zaren zur Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland zu erlangen, die noch durch ein eventuelles Bündnis mit Frankreich ergänzt werden sollte. Das war zu jener Zeit Kaiser Wilhelms Steckenpferd. Bülow war sich dessen bewusst, dass eine solche Politik undurchführbar sei, da Frankreich und Deutschland sich über Tanger herumstritten und die gegenseitigen Antipathien sich nicht überbrücken liessen. Er reichte daher seine Demission ein. Der Kaiser schrieb ihm einen flehentlichen Brief, in dem er ihn bat, die Demission zurückzunehmen. Seine Bitte hatte etwas direkt Klägliches, denn er ging so weit, dass er schrieb, wenn Bülow, sein bester Freund, ihn im Stich liesse, würde er Selbstmord begehen. Er flehte Bülow an, Rücksicht auf die arme Kaiserin und seine Kinder zu nehmen.

Dies war eines der Beispiele seiner Schwäche und seines Mangels an Würde in Zeiten der Entscheidung.

Ein anderes Beispiel war sein Besuch in Tanger. Es wurde vereinbart, dass die dortigen offiziellen Vertreter ihm entgegenkommen sollten, und dass ihm ein Pferd zur Verfügung gestellt werden möge, damit er im Triumph in die Stadt einziehen könne. Aber der Kaiser war durch den Gedanken, auf einem ihm unbekanntem feurigen Araberhengst zu reiten, zu Tode erschrocken. Er telephonierte einige Male an Bülow, um sich zu vergewissern, dass Vorkehrungen getroffen würden, um ihm ein möglichst frommes und leicht zu lenkendes Pferd zur Verfügung zu stellen.

Trotz all dieser Schwächen beweisen die Randbemerkungen des Kaisers zu den Akten, dass er häufig eine bessere politische Einsicht zeigte

als die meisten seiner Botschafter und Gesandten. Diese Randglossen enthalten viel Unsinn und Übertreibungen, wimmeln von sinnlosen Beschimpfungen, aber zeugen trotzdem von einem grossen politischen Instinkt.

Marx und Stresemann haben sich durch das Aufrollen der Kriegsschuldfrage in eine schlimme Zwickmühle gebracht – sie hätten den Deutschnationalen nicht das Versprechen geben dürfen, den alliierten Mächten eine offizielle Note zu unterbreiten. Jetzt bleibt ihnen nur ein Ausweg: die Absendung der Note zu unterlassen.

*13. September 1924.*

Berlin.

Ich sprach heute Morgen Dr. Dillon, der mir ausführlich die Ereignisse schilderte, die der Kriegserklärung vorangingen. Er hielt sich damals in Wien auf und war sehr befreundet mit dem österreichischen Aussenminister Berchtold. Am Donnerstag vor der Kriegserklärung sagte ihm Berchtold, der Krieg wäre unvermeidlich, und riet ihm, so schnell wie möglich das Land zu verlassen. Der letzte internationale Zug würde am nächsten Tage abfahren. Als er das Aussenministerium verliess, traf er den bestinformierten Botschafter Wiens, der ihm sagte: «Sie werden die grösste Dummheit Ihres Lebens begehen, wenn Sie jetzt abreisen. Die Verhandlungen werden sich volle drei Wochen hinziehen, und es ist jede Aussicht vorhanden, dass sie zum Erfolg führen. Ich habe diese Information heute Morgen am Ballplatz bekommen.» (Es scheint, dass er mit einem der untergeordneten Beamten im Aussenministerium und nicht mit dem Minister selbst gesprochen hat.) Dillon suchte dann einen anderen Botschafter auf, der nicht weniger optimistisch war als sein Kollege. Er wies ihn seinerseits an den russischen Botschafter. Aber Dillon erwiderte ihm: «Was hat es für einen Sinn, wenn ich den Mann frage, der das österreichische Ultimatum an Serbien las und den Ernst der Lage so sehr verkannte, dass er keinen Grund sah, von seinem Urlaub zurückzukehren? Von einem solchen Narren habe ich nichts zu erwarten.»

Dillon fuhr dann nach England und wurde vom österreichischen Außenminister gebeten, mit Asquith und vielleicht auch mit dem König zu sprechen, um nach Möglichkeit Englands Eintritt in den Krieg zu verhindern. Alle österreichischen Botschaften, Gesandtschaften, Konsulate wurden angewiesen, Dillons chiffrierte Briefe sofort weiterzuleiten. Er kam jedoch zu spät in England an, um noch irgendetwas ausrichten zu können.

Er ist der Ansicht, dass ein grosser Teil der Schuld am Kriege auf den russischen Generalstab fällt, nicht auf den Zaren selbst und auch nicht auf Sasonow. Er hat eine sehr geringe Meinung von Sasonow und eine nicht viel bessere von Iswolski, dessen Vorgänger und späteren Botschafter in Paris.

Ich fragte Dillon, wie er die Verantwortung Iswolskis für den Krieg beurteile. Dillon erwiderte mir, dass Iswolski in einem Gespräch mit ihm die ganze Schuld auf Deutschland schob. Als ich ihn fragte, ob es stimmt, dass Iswolski immer «mein Krieg» sagte, wenn er über den Krieg sprach, meinte Dillon, er hätte diese Geschichte auch gehört, ihr jedoch wenig Glauben geschenkt, da sie ihm in krassem Widerspruch zu allem, was ihm Iswolski je gesagt hatte, zu stehen scheine.

*14. September 1924.*

Berlin.

Ramsay Macdonald hat einen grossen Eindruck auf Stresemann gemacht, hauptsächlich durch sein Schweigen und die vollkommen formlose Art, mit der er die Konferenz leitete. Stresemann hatte erwartet, dass die Redner auf der Konferenz ebenso wie im Reichstage den Präsidenten zu verständigen haben, dass sie eine Rede halten wollen, und dass dieser sie dann der Reihe nach zu Worte kommen lässt. Er fand jedoch bald, dass jeder sprach, wenn er etwas zu sagen hatte, ohne sich vorher zum Wort zu melden.

Er erzählte mir Folgendes als Beweis für die Schweigsamkeit Macdonalds: Am Mittwoch, als die Konferenz ihr Krisenstadium erreichte und der Abbruch unvermeidlich schien, ging Stresemann zu Macdonald und

erzählte ihm, wie kritisch sich die Verhandlungen über die Räumung der Ruhr zwischen den deutschen und französischen Delegierten gestaltet hatten. Als Stresemann ihm die Schwierigkeiten dargelegt hatte, schwieg Macdonald etwa fünf Minuten lang. Dann warf er bloss ein: «Seit Montag muss sich etwas ereignet haben.»

Die grosse Schwierigkeit der Konferenz war die Frage der Ruhrräumung. Bei der Junizusammenkunft in Chequers war eine Vereinbarung zwischen Macdonald und Herriot zustandegekommen, dass die Frage der Räumung bei der Londoner Konferenz nicht angeschnitten werden sollte. Macdonald hat jedoch in Wirklichkeit gemeint, sie würde in den offiziellen Verhandlungen auf der Konferenz nicht berührt werden, nicht, dass sie überhaupt in London nicht erörtert werden sollte. Gegen Ende des ersten Stadiums der Konferenz im Juli kam er in seiner lebenswürdigen Weise auf Herriot zu, schlug ihm jovial auf die Schulter und sagte in seiner warmen, freundschaftlichen Art: «Die Deutschen können keine Lösung annehmen, ohne vorher die Frage der Ruhrräumung erörtert zu haben. Wir können uns natürlich an der Diskussion nicht beteiligen, aber Sie müssen schon die Sache mit den Deutschen in Ordnung bringen.» Herriot protestierte heftig gegen diese Zumutung, sagte, er sei getäuscht und habe bereits auf Grund des Chequersgesprächs in der Kammer erklärt, die Ruhrräumung würde in London nicht erwähnt werden. Er liess sich jedoch allmählich beschwichtigen und begann mit den Deutschen darüber zu verhandeln.

Stresemann hat auch einen grossen Eindruck von Hankeys unerschütterlicher Ruhe bekommen. An jenem Krisenmittwoch, als der Horizont dunkel verhängt schien, sagte ihm Hankey: «Alle Konferenzen, die ich sah – und ich habe viele erlebt –, gingen durch eine kritische Periode durch; die gegenwärtige Krise ist noch verhältnismässig mild. Ich finde, dass die Sache sehr gut steht. Die Schwierigkeiten, die seit der Ankunft der deutschen Delegierten entstanden sind, lassen sich nicht mit den heftigen Auseinandersetzungen vergleichen, die zwischen

den Alliierten vor Eurer Ankunft entbrannt waren, und die zweimal täglich eine Krise herbeiführten.» Die seltsamste, unverständlichste Gestalt der Konferenz war Snowden. Stresemann konnte sich kein Bild von seinem Verhältnis zu Macdonald machen. Er war deutscher als die Deutschen. Als einmal Snowden das Wort ergreifen wollte und der Vorsitzende seine Geste übersah, beugte sich Theunis zu Macdonald und sagte: «Der Vertreter Deutschlands meldet sich zum Wort.»

Grosse Schwierigkeiten entstanden auch durch die Übersetzung. An einem der ersten Tage hat Marx in seiner sanften Art eine Bitte vorgebracht, die der deutsche Übersetzer folgendermassen einleitete: «The Chancellor demands that. . .», und es in einem so aggressiven Ton hinausschmetterte, dass es wie ein Ultimatum klang. Jemand hat später gesagt (Stresemann behauptet, er sei es nicht gewesen): «der Übersetzer verwandelt ein Lamm in einen Tiger.»

Bei der Erörterung der Nachkriegsereignisse sagte Stresemann, die Franzosen haben sich seit dem Waffenstillstände in einer ganz wahnsinnigen Weise benommen. Zu jener Zeit war keine wirkliche Franzosenfeindlichkeit in Deutschland vorhanden. Jetzt herrscht ein bitterer Hass. Der Absatz der Vossischen Zeitung, die als pro-französisch verschrien ist, hat stark darunter gelitten. Auch die Frankfurter Zeitung ist stark zurückgegangen, da sie als zu pazifistisch und zu verständigungsbereit gilt. Die deutsche Öffentlichkeit erkennt die Notwendigkeit einer Verständigung mit den Westmächten an, aber sie hat keine innere Vorliebe für allgemeine Verständigung als Weltanschauung.

Er war der Ansicht, dass Deutschland sich alle Mühe geben wird, den Dawesplan ehrlich durchzuführen.

Frankreich begehe seiner Ansicht nach einen grossen Fehler, indem es dem polnischen Bündnis vertraue. Wenn man Polen unterstützt, beschwört man unvermeidlich die Feindseligkeit Russlands herauf, und Russland muss eines Tages, früher oder später, wieder auf der Weltbühne auftauchen. Diese Liebe für Polen war die wirkliche Ursache des

Sturzes Napoleons. Seine Unterstützung der polnischen Ansprüche brachte ihm die Feindschaft des Zaren ein, die ihm zum Verhängnis wurde. Dieselbe Situation könnte sich wiederholen.

Stresemann glaubt, dass die Sowjets jetzt finanziell auf dem letzten Loch pfeifen, aber er fürchtet, dass sie Bessarabien angreifen werden, um die Aufmerksamkeit der russischen Öffentlichkeit von ihrer inneren Politik abzulenken. Auf diese Weise kann ein Krieg ausbrechen, irgendwo im Osten, nicht als direkter Konflikt zwischen Russland und Frankreich.

Er erzählte mir, dass Ungarn, Bulgarien und andere osteuropäische Länder sich fieberhaft bewaffnen, dass Ungarn bereits bis zu den Zähnen gerüstet sei. Die Schweiz, die früher in einer sehr schlechten finanziellen Lage war, erhole sich jetzt rasch durch die Gewinne ihrer Rüstungsindustrie. Ich habe bis jetzt keine Bestätigung dieser Auffassung aus anderer Quelle erhalten. Trotzdem verdient sie nähere Prüfung. Stresemann meinte, es sei wesentlich für das Rheinland, dass es beim Reiche bleibt, wie es auch für Danzig gut wäre, wenn es wieder dem Reiche einverleibt würde, sonst käme man zu keinem dauernden Frieden.

Ich setzte ihm meine Ansicht über einen gegenseitigen eisernen Vorhang oder einen Streifen unverletzbares Gebietes als Grenzschutz auseinander, worauf mir Stresemann erwiderte: «Deutschland wird auf Ihren Plan eingehen, aber ich glaube nicht, dass die Franzosen sich mit ihm einverstanden erklären werden.»

Er scheint keine besondere Feindseligkeit gegenüber den Tschechen zu empfinden und sprach höchst anerkennend von dem verstorbenen tschechoslowakischen Gesandten in Berlin, Tuszar. Aber die ungeschminkte Redeweise Frau Tuszars hat ihn oft schockiert. Gleich im Anfang eines der ersten Gespräche, das er mit ihr führte, stellte sie ihm die Frage: «Ist es wahr, dass alle Ministerpräsidenten impotent sind? Ein Freund von mir, der Ministerpräsident in einem Nachbarlande war, meint, dass es keine Ausnahme von dieser Regel gibt.»



16. September 1924.

Berlin.

Ein köstliches Beispiel des semitischen Genies im Geschäftsleben. In einem sehr exklusiven Ostseebad, in dem Reichtum keine Rolle spielt und eine ausgesprochen antisemitische Tendenz vorherrscht, wurde ein Hoteldirektor gefragt, wie es ihm gelinge, die Gesellschaft so rasserein zu erhalten. Er erwiderte: «Das ist nicht schwer. Sobald wir merken, dass wir es mit Geschäftsleuten zu tun haben, richten wir es so ein, dass das Telephon immer besetzt ist – ein Geschäftsmann kann ohne Telephon nicht leben. Ausserdem sorgen wir dafür, dass die Schuhe der Betroffenen am Morgen nicht aufzufinden sind.»

22. September 1924.

Berlin.

Ich hielt heute eine Ansprache an die Mitglieder der deutschenglischen Delegation, die über den neuen Handelsvertrag zwischen den beiden Ländern verhandelt. Ich bin mehr denn je davon überzeugt, dass, wenn der Freihandel wirklich das Idealsystem ist – und das unterliegt wohl keinem Zweifel –, nur die schlechten Verhandlungsmethoden daran schuld sind, dass die Welt sich zu diesem Ideal noch nicht bekehrt hat. Wir in England scheinen den Hauptpunkt vollkommen vernachlässigt zu haben; und zwar, da wir als die grössten Käufer einen gewaltigen Einfluss in der Welt besitzen, und indem wir es bis jetzt immer unterlassen haben, unsern Einfluss bei den Verhandlungen geltend zu machen, haben wir die dauernde Steigerung der Zollschranken in der ganzen Welt geduldet. Wenn wir nicht alle Gegenmassnahmen oder alle Drohungen von Gegenmassnahmen so ängstlich vermieden hätten, würden die Handelsbeziehungen zwischen den verschiedenen Ländern viel besser sein als sie es heute sind. Weder die glühendsten Verfechter des Freihandels noch die starrsten Anhänger der Schutzzollpolitik sind sich der gewaltigen Möglichkeiten bewusst geworden, die Grossbritannien und dem Britischen Reich eine Forderung nach voller Reziprozität bietet.

7. Oktober 1924.

London.

Ich frühstückte bei Lord und Lady Curzon und traf dort Sir Charles Mendl, den jüngst geadelten Presseattaché der englischen Botschaft in Paris. Er war gerade aus Venedig zurückgekehrt, das, wie er sagte, seit der Abreise von H. seine grösste Attraktion verloren hat. Er selbst ist entschlossen, im nächsten Jahr die Sonne anderswo zu suchen.

Curzon war sehr neugierig auf meine Meinung über Ramsay Macdonald. Es bereitete ihm, glaube ich, eine leise Enttäuschung, als ich ihm sagte, dass Macdonald ausserordentlich intelligent sei, mit einer leisen Beimischung von Schläue und einer auffallend schnellen Auffassung der aussenpolitischen Situation.

Lady Curzon, die sich in letzter Zeit einen Rennstall angelegt hat, interessierte ich sehr für den Verkauf eines Jährlings von mir, Amilcar, für den ich etwa 10'000 Pfund bekam. Londonderry, der bei dem Frühstück anwesend war, meinte, dass diese hohen Preise für das wohlverstandene Interesse des Turfs verhängnisvoll seien. Aber er führte keine Gründe für seine Behauptung an. Er meinte, dass Aga Khan wie der Joker im Kartenspiel sei und jeden aus dem Felde schlage, aber er vergass hinzuzufügen, dass, während der Joker den Gegner schlägt, die von Aga Khan gezahlten Preise den Gestüthaltern und den Züchtern im Allgemeinen zugutekommen.

Sie waren für Aga selbst nicht unvorteilhaft. Ich sah mir vor zwei Tagen das Gestüt von Dawson an und hörte von ihm, dass die Operationen von Aga Khan auf dem Turf das folgende Ergebnis gebracht haben: die Preise, die er gewann, deckten die Kosten für die Erhaltung seines Stalles, so dass er einige der besten Pferde der Welt gratis besitzt und noch einen netten Gewinn in die Tasche steckt. Er schickte gestern fünf Stuten nach England, die zwischen 60- bis 100'000 Pfund wert sind. Wie glänzend seine finanzielle Lage ist, ergibt sich ausserdem aus der Tatsache, dass ihm im letzten Jahr für «Muntaz Mahal» 60'000 Pfund angeboten wurden, und dass «Cos» mindestens 15'000 Pfund

wert ist. Neben diesen Stuten trainiert er eine Reihe von Pferden und besitzt zwei Deckhengste, «Diophon» und «Salmon Trout», von denen jeder 15- bis 20'000 Pfund wert ist, so dass, nachdem die gewonnenen Preise die Ankaufskosten und das Training decken, sein Nettogewinn sich auf mehr als 100'000 Pfund beläuft. Er hat von mir «Cos», «Diophon», «Tiara» und «Nevsky-Prospekt» für weniger als 15'000 Pfund gekauft. Sie haben ungefähr 30'000 Pfund an Preisen gebracht und sind sicherlich weitere 30'000 Pfund wert.

9. Oktober 1924.

London.

Ich blieb gestern den ganzen Nachmittag bis zum Abendessen im Unterhaus und hörte mir alle Redner an, mit Ausnahme von Horne.

Der Generalstaatsanwalt Sir Patrick Hastings machte auf mich den Eindruck einer grossen Ehrlichkeit. Er verteidigte sich auf eine sehr geschickte Weise. Er wirkte durchaus nicht wie ein Vertreter des Old Bailey oder wie ein unerbittlicher Richter, der einen ins Bockshorn jagt. Seine Art hat eher etwas Sanftes und Kluges. Simon gefiel mir diesmal weniger, obwohl die Presse heute seine Rede besonders hervorhebt. Der Premierminister war sehr würdig und eindrucksvoll. Er ist vielleicht etwas zu sehr in sich verliebt und neigt allzu stark zum Selbstbemitleiden, aber seine oratorische Leistung – insbesondere da er unter Zahnschmerzen litt – war höchst bemerkenswert.

Asquiths Rede wurde sehr beifällig aufgenommen, auch von den Labourmitgliedern. Ihr Beifall war so spontan, dass er sich kaum mit der angeblichen Furcht vor ihm vereinbaren lässt. Asquith war sehr witzig, gab sich besonders grosse Mühe, alle Türen und Tore für Kompromissmöglichkeiten offen zu lassen, aber seiner Rede fehlte der tiefere Ernst – sie hatte keine Spur von Überzeugungskraft oder Zielbewusstsein. Trotzdem wurde sie von dem Hause als ein grosser Erfolg aufgefasst.

Ich ass nachher mit Kenworthy und lernte beim Abendessen Drinkwater, den Schauspieler, Dichter und Dramatiker, kennen. Er machte ei-

nen interessanten Eindruck; jedoch mehr den eines Schauspielers als eines Dichters. Er hatte den ganzen Nachmittag vergeblich versucht, sich Eintritt in das Unterhaus zu verschaffen, und war sehr traurig, als er hörte, was er alles versäumt hatte. Es war in Wirklichkeit die beste Debatte, der ich je beigewohnt habe.

Kenworthy macht sich grosse Sorgen über die voraussichtliche Ablehnung des russischen Vertrages; er hält sie für einen Wahnsinnsakt. In Anbetracht der Tatsache, dass Russland eine Bevölkerung von hundertfünfzig Millionen besitzt, die einen jährlichen Zuwachs von zwei Millionen aufweist, kann es seiner Ansicht nach keinen europäischen Frieden geben, bevor man sich mit Russland verständigt hat.

Sowohl Kenworthy wie Sir Godfrey Collins (die zu den bestinformierten Persönlichkeiten des Hauses gehören) dachten um neun Uhr abends, dass eine Neuwahl nicht in Frage käme und dass irgendein Kompromiss zwischen den Parteien gefunden werden würde. Sie meinten, viele konservative Abgeordnete würden nicht gegen die Regierung stimmen, nachdem sie mehr oder minder im Recht sei. Um Mitternacht erwiesen sich diese Voraussagen als vollkommen falsch. Die Regierung lehnte das Angebot von Asquith ab und reichte am nächsten Tage ihre Demission ein.

Es gibt eigentlich keine triftige Ursache für Neuwahlen. Der ganze Angriff hat etwas künstlich Aufgebauschtes. Es ist durchaus natürlich, dass Staatsanwälte Premierminister um Rat fragen, wenn es sich um Prozesse politischer Natur handelt, und ebenso natürlich ist es, wenn Premierminister sich von der Einstellung ihrer Anhänger zu den dabei aufgerollten politischen Problemen beeinflussen lassen. Warum tut man nun so, als ob etwas ganz Unerhörtes geschehen wäre?

Der Kontrast zwischen einer Debatte im Unterhaus und einer Reichstagsitzung springt in die Augen. Die erste hat eher die Form eines Gesprächs, in dem von beiden Seiten Argumente vorgebracht werden und der Sinn für Humor eine grosse Rolle spielt. Die Reichstagsitzung be-

steht aus Volksreden, die hie und da durch Zurufe gestört oder vielmehr erträglich gemacht werden. Die Mitglieder des Unterhauses beklagen sich oft, dass der Saal eigentlich grösser sein müsste, dass jedes Mitglied seinen Sitz haben sollte und, ich nehme an, auch ein besonderes Pult; aber der ganze Geist und das Temperament der Debatten werden im Unterhaus durch den verhältnismässig kleinen Raum erzeugt, durch die Tatsache, dass die Mitglieder dicht nebeneinander sitzen, in bequemer Hörweite, und auch, dass sie zu beiden Seiten einer Kanzel untergebracht sind, statt in einem von einer Tribüne beherrschten Halbrund. Die Engländer suchen nach treffenden, einleuchtenden, dem gesunden Menschenverstand zugänglichen Argumenten, sie versagen sich schönklingende Sätze und rhetorische Getragenheit.

Obwohl gestern Nacht wahrscheinlich alle Parteien eine grosse Dummheit begangen haben, und obwohl die Sache der Opposition sehr aufgebauscht war, klangen die Reden auf beiden Seiten vernünftig und überzeugend, und man könnte sich leicht vorstellen, dass ein unvoreingenommener Zuhörer sich von beiden gleichzeitig bekehren lässt. Im Unterhaus ist es schwer, sich zu entscheiden, gegen wen man stimmen soll. In Deutschland ist es häufig schwer, sich darüber klar zu werden, für wen man stimmen soll.

### **Der Handelsvertrag**

Artikel 264 und 269 des Versailler Vertrages untersagten Deutschland, in einem Zeitraum von fünf Jahren Bestimmungen zu treffen, die sich gegen den Handelsverkehr mit den alliierten Mächten richten könnten. Die betreffenden Klauseln sollten im Januar 1925 ihre Geltung verlieren. Bereits im August 1924, während der Daweskonferenz in London, hat der französische Premierminister Herriot, von seinem Kollegen, dem Handelsminister Clémentel unterstützt, versucht, von der deutschen Delegation besonders günstige Bedingungen für einen französisch-deutschen Handelsvertrag zu bekommen. Zu diesem Zweck wurde die Besetzung und Räumung der Ruhr als ein Handelsobjekt benutzt. Die Verhandlungen kamen jedoch nicht zum Abschluss. Aber sowohl Frankreich

wie Belgien haben daraufhin ihre diplomatische Vertretung in Berlin durch einen Stab von Handelsattachés erweitert.

Lord D'Abernon hat in der Befürchtung, dass Frankreich und Belgien durch Abschluss eines günstigen Handelsvertrages mit Deutschland Grossbritannien vorgeifen würden, die britische Regierung dringend ersucht, einen Schritt in derselben Richtung zu unternehmen. Auf diese Mahnung des Botschafters hin wurde schon Anfang September eine Delegation des Board of Trade an die britische Botschaft in Berlin entsandt, um den Entwurf eines Handelsvertrages mit Deutschland vorzubereiten. Nach einer sorgfältigen Prüfung dieses Entwurfes kam man zu der Schlussfolgerung, dass er einen zu allgemeinen Charakter trage, um den Erfordernissen des britischen Handels mit Deutschland zu genügen. Er beschränkte sich nämlich nur auf die gewöhnliche Meistbegünstigungsklausel. D'Abernon wies jedoch darauf hin, dass eine solche Klausel dem britischen Exporteur nur wenig nützen würde, weil die in letzter Zeit zwischen Deutschland und den andern Ländern geschlossenen Verträge eine hochgradige Spezialisierung im Hinblick auf die Zollabgaben zeigen. Diese in alle Einzelheiten gehenden technischen Klassifizierungen setzten Erleichterungen voraus, die sich nur auf eine eng begrenzte Kategorie der britischen Ausfuhr nach Deutschland anwenden liessen, während der britische Hauptexport nach Deutschland aus Artikeln bestand, die nur Grossbritannien allein lieferte, und die daher in den Verträgen mit andern Ländern nicht erwähnt wurden. Lord D'Abernon hat daher, um eine wirkliche Reziprozität zwischen Grossbritannien und Deutschland zu erlangen, die Notwendigkeit betont, der vorgeschlagenen Meistbegünstigungsklausel eine zugleich weitgehendere wie auch genauere Interpretation zu geben, als es bisher üblich war. Er bestand auf der vollen Anerkennung seitens Deutschlands der Vorteile, die seine Exporteure auf den Freihandelsmärkten in Grossbritannien finden. Sein Rat wurde von Ramsay Macdonald und der Labourregierung geprüft und gebilligt, und man beschloss, den geplanten Handelsvertrag auf zwei wesentlichen Punkten aufzubauen, und zwar auf der Aufhebung der Einfuhrverbote und einer Herabminderung der deutschen Zölle auf britische Einfuhr, um den britischen Waren den Zugang zu den deutschen Märkten zu ermöglichen.

Lord D'Abernon wurde beauftragt, die Verhandlungen mit der deutschen Regierung auf der erwähnten Basis aufzunehmen. Er hielt am 22. September 1924 eine Ansprache an die deutschen und britischen Handelsdelegierten, in der er die oben erwähnten Richtlinien entwickelte.

Nach einer Zwischenspanne von ungefähr einem Monat hat der Botschafter am 28. Oktober eine Note an den deutschen Staatssekretär über den geplanten Handelsvertrag gerichtet. In der Zwischenzeit wurde der Entwurf eines Protokolls vorbereitet, der als Anhang zum Vertrag dienen sollte.

Während des letzten Stadiums der englisch-deutschen Verhandlungen wurde die Labouregierung in England gestürzt und durch die Konservativen ersetzt. Sir Austen Chamberlain wurde zum Aussenminister und Sir Philip Cunliffe-Lister zum Präsidenten des Board of Trade ernannt. Die Fortsetzung der Verhandlungen mit Deutschland über den Handelsvertrag wurde von ihnen sofort gebilligt, trotzdem das Freihandelsprinzip von britischer Seite besonders betont wurde.

Der Handelsvertrag wurde am 22. September 1924 unterzeichnet, und die britische Presse nahm ihn ohne Rücksicht auf ihre Parteifärbung als einen vom britischen Standpunkt aus bemerkenswerten Fortschritt auf.

Der Wortlaut des Vertrages am Schlüsse dieses Bandes ist ein Beweis für den Geist und die Grundsätze, die die Verhandlungen beherrschten.

*21. Oktober 1924.*

London.

Ich hatte einige Unterredungen im Foreign Office über die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen. Ich habe dabei sehr eindringlich betont, dass wir von der deutschen Regierung greifbarere und weitgehendere Konzessionen bekommen müssten als die gewöhnliche Meistbegünstigungsklausel. Wenn wir nur diese Klausel bekämen, würden wir uns einer sehr unangenehmen Behandlung unserer Waren aussetzen infolge der besonderen Klassifizierung, die auf tüchtigere Unterhändler zugeschnitten ist. Ich habe meine Ansicht deutlich auseinandergesetzt, und zwar, dass England, das Deutschland eine grosszügige Behandlung und niedrige Zölle einräumt, nicht nur auf eine Gleichstellung mit Frankreich und Amerika, die hohe Zollschränken besitzen, Anspruch hat, sondern eine viel grössere Rücksichtnahme verdient. Sie könnte uns gewährt werden, ohne dass die Meistbegünstigungsklausel dadurch verletzt wird, und wir sind vollkommen berechtigt, sie zu fordern.

4. November 1924.

Berlin.

Die wesentliche Ursache der wunderbaren Erholung der deutschen Finanzen, die im letzten Jahr vor sich ging, war die Stabilisierung der Mark. Die Geschichte der Stabilisierung, nachdem die Mark auf ein Billionstel ihres Wertes gefallen war, liest sich wie ein Roman.

Schon im Jahre 1921 habe ich ununterbrochen der deutschen Regierung begreiflich zu machen versucht, wie notwendig es wäre, die Notenpresse einzustellen und eine stabile Währung zu schaffen. Die politischen Führer, Wirth, Cuno, Rosenberg und Maltzan, verschanzten sich hinter ihrer völligen Unkenntnis der Fragen und erwiderten mir, dass ihre Finanzberater mit Einschluss aller Bankleute in Berlin – darunter auch Havenstein, der Reichsbankpräsident, Rathenau und Stinnes – einstimmig erklärten, dass ein Stillstand der Notenpresse unmöglich sei. Sie bestritten auch, dass der fortgesetzte schnelle Kurssturz auf die Notenemission zurückgeführt werden könnte. Manche von ihnen, darunter Rathenau, gaben der ungünstigen Handelsbilanz die Schuld. Die einzigen Deutschen, die meinen Mahnungen überhaupt Gehör schenkten, waren Professor Stein von der Vossischen Zeitung und sein Freund Ritscher, einer der Direktoren der Dresdner Bank; auch Georg Bernhard, der Chefredakteur der Vossischen Zeitung, ein massgebender Kenner der Wirtschaft, dem man viel Beachtung schenkte, war (vielleicht mehr durch meine Heftigkeit als durch meine Argumente) beeinflusst und neigte zu der Überzeugung, dass die Währungsreform eine Vorbedingung der finanziellen Gesundheit sei.

Indem ich der Regierung unaufhörlich in den Ohren lag, brachte ich sie dazu, im Oktober 1922 eine Kommission von Währungssachverständigen nach Berlin einzuberufen, die aus Professor Cassel aus Stockholm, Professor Keynes, E.H. Brand, Professor Jenks, Dubois und Vissering bestand. Im Oktober 1922 kamen diese Herren in Berlin an. Unglücklicherweise fiel ihr Besuch mit der Tagung der Reparationskommission



zusammen, zu der sich der Präsident selbst, Barthou, und auch Sir John Bradbury in Berlin einfanden. Die Folge dieses Zusammentreffens war, dass den Währungssachverständigen sehr wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde, weil alle massgebenden Leute in den deutschen Finanzabteilungen damit beschäftigt waren, die Fragen der Reparationskommission zu beantworten. Die Währungssachverständigen wurden so wenig beachtet, dass man nicht einmal einen Empfang für sie veranstaltete, um die Reparationskommission nicht zu verletzen, und als sie ihre Berichte vorlegten, von denen der eine, auf den sich die Mehrzahl der Sachverständigen geeinigt hatte, eine restlose Lösung darstellte und als Grundlage für alle späteren Reformen dienen sollte, schenkte ihnen die deutsche Regierung nicht die geringste Aufmerksamkeit.

Um die Verfassung, in der sich damals Deutschland befand, zu kennzeichnen, genügt es, nur die Tatsache zu erwähnen, dass, als die Währungsberichte der deutschen Regierung vorgelegt wurden, diese sie nicht einmal an die Reparationskommission weiterleitete. Sie war sich so wenig ihrer Bedeutung bewusst, dass sie sie in eine Schublade legte und an die Reparationskommission nur einen ganz nebensächlichen Bericht über eine unbedeutende Frage (irgendeine banktechnische Einzelheit) schickte, der ihr von Dr. Vissering und Dubois zugegangen war. Nur mit grösster Mühe gelang es mir, Wirth dazu zu bringen, einige der wichtigsten Vorschläge von Cassel und Keynes dem Vergessen zu entreissen; sie wurden später nach Paris gesandt, mehr mir zu Gefallen als aus der Erkenntnis ihres Wertes heraus. Sie wurden als eine Art von Postskriptum abgeschickt, dem man kaum Bedeutung zuschrieb und mit dem man sich um keinen Preis identifizieren wollte.

Bis zum Beginn des Jahres 1923 hatte sich die deutsche Regierung noch nicht zur Währungsreform bekehrt. Havenstein war noch am Leben und herrschte unumschränkt über die Reichsbank. Seine Ansichten über die Währung und die Notenemission lassen sich deutlich aus einer

Rede erkennen, die er am 7. August 1923 im Reichsrat hielt und in der er Folgendes ausführte: «Die Reichsbank druckt täglich 20 Billionen neuer Noten. Nächste Woche wird die Bank die Emission auf 46 Billionen täglich erhöhen. Der gesamte Notenumlauf beträgt heute 63 Billionen, in einigen Tagen werden wir daher imstande sein, zwei Drittel des gesamten Umlaufs täglich zu emittieren.»

Ich machte in Privatgesprächen mit führenden Persönlichkeiten immer wieder darauf aufmerksam, dass Havenstein eine öffentliche Gefahr sei, und dass er in jedem Staat, der vernünftige Ansichten über die Währung hätte, dem Henker ausgeliefert werden würde. Aber keiner wollte mir glauben, dass ein Mann von so grossem Ruf, hinter dem die gesamte Bankwelt Berlins stand, sich in einer Frage, für die er besonders massgebend sein müsste, so gründlich irren könnte. Diese Ansicht war so eingewurzelt, dass die Währungsreform ohne die Einmischung der Vorsehung überhaupt nicht zustande gekommen wäre. Die Vorsehung griff allerdings zu einem verzweifelten Mittel. Einige Monate später war Havenstein tot. Auch Stinnes, der überzeugte Anhänger der Havensteinschen Ansichten, starb. Helfferich, der Erzpriester der Inflation, kam bei einem Eisenbahnunglück ums Leben, und Poincaré, dessen Druck auf Deutschland die Zuflucht zur Inflation notwendig gemacht hatte, wurde gestürzt. Poincares schroffe Forderung auf sofortige Zahlungen ohne Rücksicht auf die Wirkung auf die deutsche Währung war vom wirtschaftlichen Standpunkt aus reiner Wahnsinn.

Als der Posten des Reichsbankpräsidenten durch Helfferichs Tod frei wurde, traten die deutschen Bankkreise fast einstimmig zugunsten von Helfferich ein, der die Havensteinsche Politik fortgesetzt und vielleicht sogar verschärft hätte. Auch im Kabinett fand sich eine Mehrheit für Helfferich.

Glücklicherweise war Stresemann zu der richtigen Auffassung bekehrt und setzte sich für sie mit seiner ganzen Energie und seinem grossen Einfluss auf seine Kollegen ein. Er war sich dessen bewusst, dass eine radikale Änderung der Reichsbankpolitik notwendig war, und hatte

schon fünf oder sechs Monate vor Havensteins Tod beschlossen – oder richtiger gesagt: er ist dazu überredet worden –, dessen Demission zu erzwingen, aber er wurde daran durch die Opposition im Kabinett verhindert. Nach dem Tode von Havenstein, als es sich nicht mehr darum handelte, einen älteren Staatsmann zu entlassen, sondern einen Nachfolger für die freigewordene Stelle zu ernennen, setzte er die notwendige Änderung der Finanzpolitik durch. Er lag damals krank im Bett, aber er schrieb einen so heftigen Brief an seine Ministerkollegen, einen Brief gegen Helfferich und zugunsten von Schacht (einem Freund von Stein, Ritscher und Bernhard), dass sie widerwillig und gegen ihre eigene Überzeugung Schacht ernannten.

Die Wahl hat sich wunderbar bewährt. Schacht brachte keine anderen Faktoren mit als Tüchtigkeit und Mut, aber die genügten, um alle notwendigen Massnahmen zur Wiederherstellung der Währungsstabilität durchzuführen. Er setzte sich einer äussersten Unpopularität und heftigen Protesten gegen die Beschränkung der Währungsemission aus, die während der Übergangszeit eine furchtbare Geldknappheit herbeiführte. Er sah jedoch die vorübergehende Geldnot mit Recht als unvermeidlich an. Erst sechs Monate nach seiner Ernennung, als die Öffentlichkeit sich des ungeheuren Vorteils der Stabilität bewusst zu werden begann, legte sich die Opposition gegen seine strenge Verwaltung. Schacht wurde auf eine höchst loyale Weise von Stresemann und dem Finanzminister Luther unterstützt, dessen Vorkehrungen zur Erhöhung der Einnahmen eine wichtige Rolle bei der wirtschaftlichen Gesundung spielten.

*7. November 1924.*

London.

Ich arbeitete heute an dem Entwurf eines Berichts nach London über den vorgeschlagenen Handelsvertrag und das Begleitprotokoll. Ich hob klar und deutlich hervor, dass die britischen Unterhändler die weitge-

hendsten Vorbehalte in Bezug auf die Annahme durch die Regierung Sr. Majestät gemacht haben, und erklärte den Deutschen wiederholt, ich sei keineswegs sicher, wie die vorgeschlagene Basis aufgenommen werden würde. Vom englischen Standpunkt aus sind die Konzessionen, die wir erhalten haben, ausserordentlich wertvoll. Sie eröffnen eine Ära beträchtlicher kommerzieller Entwicklung, nicht nur zwischen England und Deutschland, sondern auch mit den mitteleuropäischen Staaten, denn es unterliegt keinem Zweifel, dass der einmal gegebene Präzedenzfall der Zubilligung eines Anspruchs Englands auf eine besonders günstige Behandlung weitere Folgen haben wird. Ich ging immer von der Voraussetzung aus, dass ein so grosses Einfuhrland wie Grossbritannien, das Freihandelsbedingungen zubilligt, auf eine Bevorzugung vor einem Schutzzollland Anspruch hat. Es wurde uns gewöhnlich die Behauptung entgegengehalten, dass wir, durch unsere Theorien gebunden, keine Gegenmassnahmen ergreifen können und daher schlechter behandelt werden müssen als diejenigen, die Gleiches mit Gleichem vergelten können. Ich persönlich bin der Ansicht, dass der gewaltige Umfang unserer Einfuhr uns ganz ausserordentliche Druckmittel für den Notfall gibt, und dass wir vollkommen berechtigt sind, wenn wir zu Gegenmassnahmen greifen. Wir könnten sie sehr wirksam anwenden, womit wir vielleicht gegen die strenggläubige Freihandelslehre vorstossen, aber dafür praktische Ergebnisse erzielen. Die Verhandlungen über Handelsverträge sind eigentlich noch nie mit genügender Energie geführt worden.

## KAPITEL V

### NOVEMBER 1924 – JANUAR 1925

*19. November 1924.*

Berlin.

Ich freute mich sehr, als ich von Chamberlain hörte, dass die konservative Regierung die Verhandlungen mit Deutschland über einen Handelsvertrag fortzuführen gedenkt. Der Entwurf, den wir vorbereitet haben, ist so mild freihändlerisch und das Freihandelsprinzip eine so gesunde Verhandlungsbasis, dass ich Angst bekam, ob die hinter der Regierung stehenden Protektionisten ihn nicht als eine Ketzerei ansehen würden. Chamberlain selbst hat sich zweifellos sehr grosszügig in dieser Hinsicht gezeigt.

*14. November 1924.*

Berlin.

Die Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit England nehmen eine günstige Wendung. Zuerst wollten die deutschen Sachverständigen nicht anerkennen, dass England eine Reziprozität für seine Behandlung der fremden Einfuhr gewährt werden müsste. Sie lehnten es ab, unsern Waren in Deutschland dieselbe Behandlung einzuräumen wie den deutschen Waren in England. Ihr Hauptargument war, dass, nachdem wir durch unsere theoretische Auffassung nicht in der Lage sind, Gegenmassnahmen zu ergreifen, kluge Unterhändler, die etwas auf sich halten, uns auch keine besondere Rücksichtnahme angedeihen lassen können oder sollen. Glücklicherweise sind die Sachverständigen von den politischen Leitern des Auswärtigen Amtes überstimmt worden.

In dem Protokoll, das den Entwurf des Handelsvertrages begleitet, ist ausdrücklich festgesetzt worden, dass die neuen deutschen Zölle auf der Basis der Reziprozität entworfen werden sollen. Ich glaube, es geschieht zum erstenmal, dass eine solche Erklärung in einen Handelsvertrag aufgenommen wird. Ausländische Unterhändler haben Englands Anspruch auf Gegenkonzessionen für seine Einstellung zum Freihandel, die seinem eigenen Interesse entspringt, geleugnet. Ich persönlich bin der Meinung, dass wir eine bessere Behandlung bekommen könnten, wenn wir energisch darum kämpften. Wir haben triftige Argumente und die Möglichkeit, einen Druck auszuüben. Der gute Wille Englands in Handelsbeziehungen und der Aufnahme der Einfuhr durch den englischen Markt ist von einem solchen Wert für jeden andern Staat, dass man bei geschickten Verhandlungen beträchtliche Konzessionen dafür erzielen kann. Ich habe mich an diese Richtlinien bei den Verhandlungen mit den Deutschen gehalten. Es war für mich nur schwer, ihre Argumente zu widerlegen, dass ein solcher Anspruch noch nie vorher von England geltend gemacht wurde.

Abgesehen von den Handelsverhandlungen ist die Lage im Allgemeinen durchaus günstig. Die Befriedung hat seit der Unterzeichnung des Londoner Abkommens grosse Fortschritte gemacht. Die Gefangenen auf beiden Seiten sind amnestiert und freigelassen worden, der Handelsverkehr kehrt zu seiner normalen Basis zurück, und die Angst vor einer finanziellen Katastrophe wird durch wachsendes Vertrauen zerstreut. Die Rückkehr zu friedlichen Zuständen im Verhältnis zu den Zuständen vor einem Jahre ist in erstaunlichem Masse gefördert worden.

*14. November 1924.*

Berlin.

Ich sah mir vor Kurzem meine Aufzeichnungen über die Währungsstabilisierung in Deutschland durch, und fühle mich verpflichtet, zu meinen Bemerkungen vom 4. November hinzuzufügen, dass viele gute Beurteiler der Lage die ganze, vom Jahre 1920 bis 1923 betriebene In-

flationspolitik als einen Versuch der schlaunen Teutonen, den Reparationszahlungen zu entgehen, betrachteten und sie als den Gipfel des finanziellen Machiavellismus auffassten. Ich erlaube mir, diese Auffassung stark anzuzweifeln. Ich stand von Anfang an auf dem Standpunkt, dass ohne Stabilisierung weder finanzielle Gesundung, noch Regelung der Reparationszahlungen möglich sei.

In der ersten Zeit haben sich nur zwei von den mir bekannten Bankiers in Berlin den neuen Ideen zugänglich erwiesen, und zwar Dr. Ritscher und Dr. Schacht. Ich habe diese Herren häufig bei Professor Stein getroffen und ihnen meine Ansichten auseinandergesetzt. Ich erörterte auch mit dem Chefredakteur der Vossischen Zeitung, Georg Bernhard, die Möglichkeit, wie man die deutsche Regierung zur Stabilisierung der Währung bringen könnte. Wir kamen überein, dass der beste Weg die Zuziehung ausländischer Währungssachverständiger wäre, und in diesem Zusammenhang nannte ich meinen alten Freund Professor Cassel und Professor Keynes, von dessen Fähigkeiten ich die höchste Meinung habe.

Wirth, der damals an der Macht war, liebte den Gedanken nicht besonders, das Ausland in einer innerpolitischen Frage zu Rate zu ziehen. Gegner der Reform sagten ihm, dass Cassel und Keynes reine Theoretiker seien, die eigensinnig an ihrem Standpunkt festhielten und sich um die Ansichten der andern nicht kümmerten. Er verwässerte sie daher, indem er noch Vissering hinzuzog, den er als zahmen Elefanten zu verwenden gedachte, und auch Dubois, einen französischschweizer Bankier von grossem Ruf, einlud. Auch Professor Brandt wurde zugezogen, wie ich glaube, auf die Anregung von Professor Bonn hin; er hat sich als eine sehr wertvolle Ergänzung erwiesen. Der Reparationskommission, mit Ausnahme vielleicht von Bradbury, wollte es durchaus nicht gefallen, dass Deutschland fremde Sachverständige um Rat in Finanzfragen bat. Sie betrachtete es als einen Übergriff auf ihr eigenes Gebiet und sah sehr richtig voraus, dass die Ratschläge der unabhängigen Sachverständigen ganz anders lauten würden als die der Kommissionsmitglieder.

23. November 1924.

London.

Ich hatte am Donnerstag ein langes Gespräch mit Sir Austen Chamberlain, dem neuen Aussenminister.

Ich fand in ihm einen entschiedenen Befürworter des Handelsvertrages mit Deutschland, obwohl von einem kurzfristigeren Menschen mit seiner starken protektionistischen Tradition eine Abneigung gegen die Tendenz des Vertrages zu erwarten gewesen wäre. Er sagte: «Trotzdem ich ein Anhänger der Schutzzölle und Sie ein Befürworter des Freihandels sind, hoffe ich, dass keiner von uns so fanatisch ist, um sich der grossen Vorteile nicht bewusst zu werden, die aus einer klugen Dosierung beider Tendenzen in dem Vertrage erzielt werden können.»

Es ist nicht nur höchst selten, einen Minister zu finden, der die Depeschen mit einer solchen Sorgfalt liest, sondern fast beunruhigend, wenn man feststellt, dass er sich so vieles aufgezeichnet hat und sich an so vieles erinnert.

24. November 1924.

London.

Ich fuhr gestern in die Nähe von Seven Oaks und frühstückte mit dem neuen Schatzkanzler Winston Churchill.

Winston trat entschieden für die Beibehaltung der 26prozentigen Reparationsabgabe ein, denn er sagte, er müsse das Geld haben, sonst könne er nicht fertig werden. Abgesehen davon hat er die grossen Vorteile des vorbereiteten Handelsvertrages mit Deutschland sehr schnell begriffen.

Er fasst die Dinge mit einer jugendlichen Schnelligkeit auf und wittert oratorische Möglichkeiten wie der Terrier die Ratte<sup>1)</sup>.

Churchill paradierte in einem Arbeiteranzug herum, in dem er den ganzen Tag verbringt. Er teilt seine Zeit zwischen Arbeiten in seinem Garten, wo er einen künstlichen See vor dem Hause ausgräbt, und dem Diktieren seiner frühen Lebenserinnerungen.

<sup>1)</sup> Churchill hat später die Situation gerettet, als es sich um die 26prozentige Abgabe handelte, und zwar durch eine Unterredung mit den deutschen Delegierten, in der er seine ganze Beredsamkeit entwickelte. Die Deutschen liessen sich durch diese erstaunliche Mischung von grosszügiger Auffassung und glühender Rhetorik vollkommen überrennen.



Ich sprach mit ihm über die Kontrolle des Alkoholausschanks und die Einnahmen aus der Alkoholsteuer und machte ihn darauf aufmerksam, dass er etwas Grosses vollbringen könnte, wenn er Geld für das schnellere Erlöschen der überhandnehmenden Konzessionen vorstrecken würde. Er könnte einerseits eine grosse soziale Reform durchführen und andererseits den Alkoholeinnahmen die nötige Stabilität geben. Aber auch Winston hat wie alle andern, mit denen ich über diese Frage sprach, kein Interesse dafür aufbringen können. Es scheint nicht möglich, selbst bei den weitsichtigsten Menschen Anklang dafür zu finden, und trotzdem ist es der einzige Fall, den ich kenne, in dem eine grosse soziale Reform nicht nur kostenlos, sondern mit einer Erhöhung der Einnahmen um ungefähr 100 Millionen Pfund jährlich durchgeführt werden könnte. Ausserdem sind die neuen Methoden der Kontrolle der Trunkenheit und der Herabminderung alkoholischer Krankheiten nicht nur in ihrer jetzigen Form wirksam, sondern können im Falle einer grossen Landesnot auf eine fast unabsehbare Weise gestraft werden. Die Tatsache, dass, trotzdem solche erprobten Mittel vorhanden sind, die Vereinigten Staaten in den Fehler der Prohibition verfallen konnten, mit all den unangenehmen Begleiterscheinungen, die durch den illegalen Handel hervorgerufen werden, zeigt, wie wenig die Erfahrung eines Volkes dem andern dienen kann. Es ist schon schwer genug, etwas aus eigener Erfahrung zu lernen. Es zeigt auch, dass wir sehr wenig Sinn für Selbstreklame haben. Es kommt uns kaum zum Bewusstsein, dass wir die Lösung eines fast die ganze Welt berührenden Problems gefunden haben, und wir denken noch weniger daran, sie hinauszuposaunen oder den Anspruch auf den Nobelpreis zu erheben.

2. Dezember 1924.

London.

Der Handelsvertrag ist heute unterzeichnet worden und wird sofort nach der Ratifizierung in Kraft treten. Seine Annahme im Reichstag unterliegt wohl keinem Zweifel.

7. Dezember 1924.

London.

Alle Zeitungen beurteilen den englisch-deutschen Handelsvertrag sehr günstig. Sie fassen ihn sehr richtig als einen Schritt auf dem Wege zur Herstellung normaler Beziehungen in Europa und der Überwindung der Kriegsmentalität auf und begrüßen gleichzeitig die Vorteile, die er dem Handel bietet. Aber fast in allen Kommentaren geht man an dem wesentlichen Punkt vorbei, der das Neuartige des Vertrages bedeutet, und zwar die von den Deutschen übernommene Verpflichtung, durch reziproke Behandlung der englischen Waren in Deutschland den Vorteil auszugleichen, den England durch seine Freihandelspolitik und seine niedrigen Zölle den andern Staaten einräumt. Ob dieses Übersehen des wesentlichsten Punktes auf Blindheit und Nachlässigkeit zurückzuführen ist oder auf das Bestreben, alles zu unterdrücken, was dem Freihandel auf Kosten des Protektionismus schmeicheln würde, vermag ich nicht zu sagen. Über die letzte Schwierigkeit könnte man sich leicht hinwegsetzen, wenn man behaupten würde, dass die so wichtigen Konzessionen, die man von Deutschland erhalten hat, der Tatsache zu verdanken sind, dass eine Freihandelsauffassung durch eine Drohung von Gegenmassnahmen oder sogar von Schutzzöllen verwirklicht wurde, d.h. dass die jetzige Regierung, die offen zum Protektionismus neigt, sagen kann, die Angst vor ihrer entschlossenen Politik der Gegenmassnahmen habe Deutschland dazu bewogen, Reziprozität für den Freihandel zu gewähren – eine Konzession, die man nie einer reinen Freihandelsregierung bewilligt hätte.

Ob dies jedoch das wahre Motiv war, das die Deutschen zu ihrer Haltung bestimmte, ist zweifelhaft. Ich persönlich denke, dass die Angst vor Schutzzöllen in England nur eine geringe Rolle in den Motiven spielte, die die Deutschen zum Abschluss eines Vertrages bewog, und dass es viel eher die Furcht war, man könnte sich die finanzielle Unterstützung Englands verscherzen, wenn der Vertrag nicht dem englischen Handel entgegenkäme. Auch die Angst, dass die freundliche politische

Haltung sich ändern könnte, und der Wunsch, die sich gegen die Deutschen richtenden gesetzlichen Bestimmungen loszuwerden, haben eine entscheidende Rolle gespielt.

Wie auch die deutschen Beweggründe gewesen sein mögen, man kann wohl mit Recht annehmen, dass eine Haltung, die sich in diesem Falle erfolgreich erwies, auch gegenüber andern Ländern angenommen werden könnte. England kann jetzt sagen: «Deutschland hat die Vorteile des englischen Freihandelssystems anerkannt und wird uns die Reziprozität einräumen. Wie könnte sich ein Land – ein alliiertes und nicht ehemals feindliches – uns gegenüber schlechter benehmen als Deutschland? Dort haben wir eine ausserordentlich deutliche und ausgedehnte Meistbegünstigungsklausel bekommen. Man kann uns daher jetzt kaum etwas weniger anbieten.»

Diese Gründe der Gerechtigkeit könnten noch durch die Tatsache – die keine Drohung wäre – unterstützt werden, dass England kaum herzlichere Beziehungen mit einem Land aufrechterhalten oder ihm finanzielle Erleichterungen gewähren kann, das ihm nicht eine anständige Reziprozität für die Vorteile, die das englische System bietet, einräumt.

Wenn man von diesem Standpunkt ausgeht, bin ich überzeugt, dass man in ein bis zwei Jahren eine auffallende Besserung der Bedingungen für den englischen Handel im Ausland erhalten kann.

Selbst bei den schwebenden Verhandlungen in Bezug auf die französische Schuld oder unsere Schuld an Amerika bietet uns der deutsche Vertrag ein ausgezeichnetes Argument, denn wir können sagen, es sei unvorstellbar, dass Frankreich oder Amerika England schlechter behandle, als Deutschland sich bereit erklärt hat.

28. Dezember 1924.

Berlin.

Die innerpolitische Lage bleibt immer noch ungeklärt. Kein Mensch weiss, welches Kabinett im nächsten Monat zustande kommen wird. Es lässt sich keine Koalition ausdenken, die auf

eine feste Mehrheit rechnen könnte. Marx und Stresemann, die zusammen grosse Leistungen vollbracht haben, der eine als Kanzler, der andere als Aussenminister, stehen in weniger guten Beziehungen zueinander als vor drei Monaten. Stresemann ist unerwarteterweise und aus irgendeinem unbekanntem Grunde während der Wahlen nach rechts abgeschwenkt und dringt jetzt auf die Einbeziehung der Rechten in das Kabinett. Marx, der ein sehr ehrlicher Mensch ist, jedoch von Stresemann an Geschicklichkeit und Fähigkeit weit übertroffen wird, will sich nicht zu einer Rechtskoalition hergeben.

Ich hatte gestern Abend ein langes Gespräch mit dem ehemaligen Staatssekretär von Maltzan, der zum Botschafter in Washington ernannt worden ist. Er konnte mir jedoch keine genügende Erklärung für die Stresemannsche Schwenkung nach rechts geben.

Man ist sich im Allgemeinen mehr oder weniger darüber einig, dass Stresemann als Aussenminister bleiben muss – nicht weil man so grosses Vertrauen oder so grosse Liebe zu ihm hat, sondern weil man keinen andern weiss, den man an seine Stelle setzen könnte. Ich persönlich schätze seine Leistungen und sein meisterhaftes politisches Geschick höher ein, als es die breite Öffentlichkeit tut.

Maltzan erzählte mir, er selbst sei von Ebert sondiert worden, ob er nicht Aussenminister werden wolle, aber er habe auf die Anregung nicht reagiert, weil er seiner Arbeit als Staatssekretär müde sei und die verhältnismässige Ruhe eines Auslandspostens für die nächsten zwei bis drei Jahre brauche.

Maltzan sprach mit mir über die Beziehungen Deutschlands zu Russland. Seiner Ansicht nach ist es heute für Deutschland viel weniger notwendig, sich auf Russland zu stützen, als in der Zeit des Rapallovertrages. Kein Land kann in der Vereinsamung bleiben, und zu jener Zeit gab es keinen andern Ausweg als Russland; deshalb wurde der Rapallovertrag unterzeichnet, und hier liegt auch dessen Rechtfertigung. Seiner Ansicht nach hat dieser zum Dawesplan geführt; mir persönlich scheint jedoch diese Vaterschaft höchst zweifelhaft.

Maltzan fügte noch hinzu: «Heute interessiert sich sowohl Amerika wie England für Deutschland. Das materielle Interesse Amerikas wird hier als ein sehr wesentlicher Faktor aufgefasst. Wir fühlen, dass wir nicht mehr so isoliert sind, wie wir es früher waren, deshalb brauchen auch wir die Russen weniger als früher. Wir werden noch immer freundschaftliche Beziehungen zu ihnen aufrechterhalten, aber von jedem vertraulichen Verhältnis absehen. Es kommt noch eines hinzu, und zwar dass das russische Heer sich beträchtlich verschlechtert hat. Ich zweifle sogar, ob es sich in einem Krieg mit Polen bewähren würde, aber es ist stark genug, um das heutige Regime in Moskau aufrechtzuerhalten, dem es noch immer treu ergeben ist. Ich erwarte keine grossen Änderungen in Russland, sondern nur eine allmähliche Evolution. Die heutigen Führer sind fanatische Enthusiasten, alle mehr oder weniger verrückt. Die nächste Generation wird weniger verrückt sein, aber sie wird kommunistisch bleiben.»

Als wir über die französische Furcht vor einem angeblichen militärischen Bündnis zwischen Deutschland und Russland sprachen, meinte Maltzan, man brauche sich keine Sorge zu machen.

Er habe die Angelegenheit ganz ruhig mit dem französischen Botschafter besprochen und ihm gesagt, dass sowohl Frankreich wie Deutschland ruhig Blut bewahren müssten und sich nicht von den Russen aus Angst voreinander in ein Bündnis mit Russland hineintreiben lassen dürften.

(Anmerkung vom November 1925.)

Ich höre aus privater Quelle, dass Maltzan durchaus nicht den Wunsch hatte, nach Washington zu gehen, aber von Stresemann hingeschickt wurde, weil dieser ihn nicht als Staatssekretär behalten wollte. Er hielt ihn für zu russisch eingestellt und fürchtete, dass die Völkerbundspolitik und die Bestrebungen um den Friedenspakt nicht zu verwirklichen gewesen wären, wenn man Maltzan in der verantwortlichen Stellung in der Wilhelmstrasse belassen hätte.

12. Januar 1925.

Berlin.

Die Frage der Entwaffnung wird immer komplizierter. Ich persönlich habe nicht den geringsten Zweifel, dass von den deutschen militärischen Organisationen schon lange keine Gefahr mehr droht. Ich habe darüber immer wieder nach England berichtet und habe es wiederholt in meinem Tagebuche betont. Aber ich höre jetzt, dass der Generalstab in London die Lage sehr ernst auffasst und die Regierung mit den eindringlichsten Warnungen quält. Dies ist ihm soweit gelungen, als die ganze Angelegenheit dem Ausschuss für Verteidigung des britischen Reiches überwiesen wurde. Ich bin überzeugt, dass jeder unparteiische Mensch, der einen Überblick über die Lage besitzt, meine Meinung und nicht die des Generalstabs teilen muss.

14. Januar 1925.

Berlin.

Ich habe heute die Frage der Sicherheit mit Schubert erörtert. Er scheint bereit zu sein, einen Vorschlag zu entwerfen, der sich innerhalb der Cunoschen Richtlinien bewegen würde, jedoch ohne die im Cunoschen Angebot enthaltene Anregung eines Volksreferendums. Er will jenes Angebot ausserdem durch die Verpflichtung erweitern, dass alle Fragen, die von den Signatarmächten des Vertrages nicht auf diplomatischem Wege geregelt werden können, entweder dem Haager Tribunal oder einer andern Instanz zur schiedsgerichtlichen Entscheidung unterbreitet werden sollen.

Schubert ist auch bereit, auf eine Verpflichtung einzugehen, die den territorialen status quo aller am Rhein interessierten Staaten wahren würde. Aber er würde sie keinesfalls auf die polnische Grenze ausdehnen. Ich wies darauf hin, dass man eine sehr unbehagliche Lage schaffen würde, wenn Deutschland die polnische Grenze ausdrücklich von einer Garantie ausschliessen würde.

Die Deutschen stehen auf dem Standpunkt, dass sie bereit sind, sehr weit auf dem Wege des Nichtangriffs- und Friedenspaktes zu gehen,

vorausgesetzt, dass eine solche Verpflichtung vollkommen und ausdrücklich reziprok wäre.

(Anmerkung vom 18. November 1925.)

Das obige Gespräch fand sechs Tage vor der Absendung der Note vom 20. Januar statt, die man in London unterbreitete und die mit dem am 10. Februar an die Pariser Regierung gerichteten Memorandum identisch war. Schubert und ich sprachen häufig vom Sicherheitspakt als dem «Kind», denn wir fassten ihn mehr oder weniger als ein gemeinsames Erzeugnis auf und wachten über seine ersten Schritte mit einer fast väterlichen Sorge.

15. Januar 1925.

Berlin.

Die Auseinandersetzung über die militärische Entwaffnung ist noch immer im Gange: nachdem alle massgebenden Stellen sich darüber einig sind, dass die Entwaffnung bis zu mindestens 95 Prozent bereits durchgeführt ist, sind die Deutschen albern genug, sich über die verbleibenden 5 Prozent herumzustreiten, die keinerlei militärischen Wert haben. Auf einer so geringfügigen Basis kann keine militärische Aktion in Betracht gezogen werden. Warum will man nicht die ganze Politik der Erfüllung vollenden und den Ruhm dafür einstecken? Die massgebenden Leute in der Wilhelmstrasse sind von der Richtigkeit des obigen Standpunktes überzeugt, aber es gelingt ihnen nicht, die Militärkreise dazu zu bringen, dass sie aus dieser Auffassung die entsprechenden Schlussfolgerungen ziehen. Rücksichten auf Würde und militärische Ehre treten hier störend ins Spiel.

In dieser Frage wie in vielen andern macht sich die Notwendigkeit eines quid pro quo bemerkbar. Die Deutschen sind besonders dafür empfindlich, und es ist ihnen noch durchaus nicht klar, ob die Durchführung unangenehmer Verpflichtungen auch das gewünschte Ergebnis bringen wird.

Die Hauptursache der Verstimmung über die ausgebliebene Räumung Kölns war Misstrauen; eine unbegründete Überzeugung, dass dies der Anfang einer Politik der Nichterfüllung seitens der Alliierten sei, die zu einem Aufschub der Räumung des Ruhrgebietes am 15. Au-

gust und der späteren Räumung von Koblenz und der Mainzer Zone führen wird. Die deutschen offiziellen Kreise haben sich gehütet, dies offen auszusprechen, weil sie glauben, dass jeder lautgewordene Zweifel an der Ausführung eines Kontraktes die bindende Kraft eines solchen Vertrages schwäche. Aber dieser Gedanke spukt in ihren Köpfen und noch mehr in der Öffentlichkeit. Wenn man dieses Misstrauen beheben könnte, würden sich die Verhandlungen sehr leicht gestalten.

Kennzeichnend dafür sind folgende Tatsachen: Die Russen machen verzweifelte Versuche, um den Eindruck zu erwecken, dass sie in viel besseren Beziehungen zu der Regierung Sr. Majestät stehen, als dies wirklich der Fall ist.

Die französische Botschaft gibt sich von Neuem alle Mühe, die politische Bitterkeit zu besänftigen.

*17. Januar 1925.*

Berlin.

Während die militärische Entwaffnung in Deutschland fast vollendet ist, macht mir das Problem der Entwicklung der Flugzeuge einige Sorge, denn ich glaube nicht, dass der Versailler Vertrag diese so wichtige Frage richtig behandelt hat. Die Absicht des Vertrages war, den Bau von militärischen Flugzeugen in Deutschland einzuschränken, und zu diesem Zwecke wurden von den Alliierten neun Bestimmungen aufgenommen, die ein Verbot der Militärflugzeuge enthielten, jedoch die Handelsluftfahrt unberührt liessen. Die ewigen Nörgler sind jedoch der Ansicht, dass keine wirkliche Unterscheidung gemacht werden könne, und dass das einzige Ergebnis der Einschränkungen eine intensive Entwicklung der deutschen Industrie im Auslande war. Die Sachverständigen stehen auf dem Standpunkt, dass die Passagierflugzeuge sehr leicht und in kürzester Zeit in militärische umgewandelt werden können, und dass es den von den Beschränkungen betroffenen Mächten möglich ist, im geheimen eine militärische Ausrüstung, wie Bombenbehälter und Maschinengewehrausrüstungen, vorzubereiten, um im gegebenen Augenblick eine solche Umwandlung zu vollziehen.



Ähnlich wie mit der Entwicklung der Flugzeuge steht es mit den Unterseebooten, wenn auch hier die Entwicklung sich auf einer viel geringeren Skala vollzieht. Deutsche Staatsangehörige haben Privatlabore und Fabriken in verschiedenen Ländern eingerichtet, in Spanien, in Schweden, in der Schweiz und in Holland. In Holland werden Periskope hergestellt, in der Schweiz Motore für Unterseeboote, in Schweden Torpedos und in Spanien Schrapnelle.

20. Januar 1925.

Berlin.

In einem Gespräch mit Stresemann und Schubert versprach Stresemann, mir bald eine ausführliche Aufzählung der Subventionen an die deutsche Schifffahrt zu schicken. Ich sagte ihm, dass ich im Hinblick auf die Kontingente mit den sich auf den englischen Handel beziehenden Bestimmungen sehr unzufrieden sei. Es sei nicht ratsam, sagte ich, die Handelskreise in England zu verstimmen, da es die Annahme des Handelsvertrages stören könnte. Stresemann meinte, die Ratifizierung des Handelsvertrages würde keine grossen Schwierigkeiten machen, sobald die Erregung über die Nichträumung der Kölner Zone sich gelegt habe und die 26prozentige Abgabe aus der Welt geschafft sein werde.

Er war mir sehr dankbar, dass ich ihn auf das Reutertelegramm aufmerksam gemacht habe, das die automatische Räumung Kölns nach vollkommen durchgeführter Abrüstung ankündigt. Er sah die ganze Tragweite dieser Erklärung ein. Er fügte hinzu, dass weder er noch irgendeiner seiner Kollegen den genauen Sinn der letzten alliierten Note über die Räumung verstanden habe. Ich erwiderte ihm, dass meiner Ansicht nach der letzte Satz von besonderer Bedeutung sei.

Als wir dann über die polnische Grenze sprachen und die Rolle, die sie allem Erwarten nach bei der Erörterung über den Nichtangriffspakt spielen wird, wies Stresemann darauf hin, dass die Völkerbundssatzungen einen Artikel enthalten (Artikel 19), der eine Modifizierung der un-

anwendbar gewordenen Klauseln des Versailler Vertrages wie auch anderer Verträge voraussetzt. Er glaubte, dass auf Grund dieses Artikels eine Berichtigung der oberschlesischen Entscheidung herbeigeführt werden könnte. Die Zustände in Oberschlesien sind unhaltbar geworden. Deutschland sei jetzt vor die schwere Entscheidung gestellt, ob es die deutschen Konzerne, die jetzt an Polen übergeben worden sind, ihrem Schicksal überlassen soll oder nicht. Sie sind einerseits polnisch und andererseits im Besitz von Deutschen. Sie sind um ihr natürliches Absatzgebiet gekommen und können unmöglich unter den jetzigen Bedingungen reibungslos arbeiten.

Als ich ihm sagte, dass die Beziehungen zwischen Moskau und Paris sich wahrscheinlich bessern werden, und dass als notwendige Konsequenz die Beziehungen zwischen Paris und Warschau an Herzlichkeit einbüßen müssen, und dass daher auch die Spannung zwischen Deutschland und Polen nachlassen werde, hat mir Stresemann weder zugestimmt, noch die Richtigkeit meiner Voraussage geleugnet. Er gab zu, dass Polen und Russland nie in freundschaftlichen Beziehungen miteinander stehen könnten, aber der Gedanke der Annäherung zwischen Deutschland und Polen schien ihm nicht recht einzuleuchten.

21. Januar 1925.

Berlin.

Die neue Regierung war bisher eine Enttäuschung für ihre Freunde und noch mehr eine Enttäuschung für ihre Feinde. Die ersten halten sie für zu zahm, die zweiten finden nichts im Regierungsprogramm, um es erfolgreich anzugreifen. Jedermann – Freund wie Feind – ist erstaunt über den gemäßigten und verheissungsvollen Ton, den Luther und Stresemann angeschlagen haben. Das Erstaunen würde noch grösser sein, wenn die Öffentlichkeit das Memorandum über den Sicherheitspakt kennen würde, das ich gestern Abend nach London gesandt habe.

In seiner Bereitwilligkeit, den alliierten Sicherheitsforderungen entgegenzukommen, und in der allgemeinen Versöhnlichkeit der Sprache

geht dieses Dokument über alles hinaus, was die deutsche Öffentlichkeit erwarten würde. Besonders bemerkenswert ist darin die Tatsache, dass der Gedanke, Amerika als einen Treuhänder hereinzubringen, den ich immer für undurchführbar hielt, nicht als wesentliche Bedingung aufgestellt ist.

Die deutsche Regierung ist bereit, über die Sicherheit auf vernünftiger Basis zu unterhandeln. Ganz abgesehen davon, ob die Vorschläge in ihrem Wortlaut sofort durchführbar sind oder nicht, ist es meiner Ansicht nach sehr wichtig, sie offiziell zur Kenntnis zu nehmen und die Verhandlungen von dieser Basis aus ausgehen zu lassen. Sie bedeuten einen gewaltigen Schritt auf dem Wege des Friedens.

## KAPITEL VI

### JANUAR – FEBRUAR 1925

21. Januar 1925.

Berlin.

Wir scheinen in eine sehr interessante Phase der Verhandlungen einzutreten. Gestern hat mir der Staatssekretär im Namen des Kanzlers und des Aussenministers ein sehr wichtiges Memorandum überreicht. Zum erstenmal wird hier die Frage der gegenseitigen Sicherheit auf eine grosszügige Weise angeschnitten.

Kurz zusammengefasst: Die deutsche Regierung weist darauf hin, dass die Frage der Sicherheit immer eine beträchtliche Rolle in der Einstellung Frankreichs gegenüber Deutschland gespielt hat. Deutschland ist nun bereit, diesem Standpunkt Rechnung zu tragen und ein Abkommen allgemeiner Natur zu schliessen, um den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich sicherzustellen.

Nach dem Hinweis auf den Vorschlag des Dr. Cuno vom Jahre 1922, der von der französischen Regierung abgelehnt wurde, wird in der deutschen Note erklärt, dass ein Sicherheitspakt, wie er nun vorgeschlagen wird, mit einem weitgehenden Schiedsspruch zwischen Deutschland und Frankreich verbunden werden könnte, und dass Deutschland zum Abschluss derartiger Schiedsverträge, die eine friedliche Austragung der rechtlichen und politischen Konflikte voraussehen, gegenüber allen anderen Staaten bereit ist. Ausserdem wäre für Deutschland ein Pakt annehmbar, der ausdrücklich den gegenwärtigen Besitzstand am Rhein und die Erfüllung der in den Artikeln 42 und 43 des' Versailler Ver-

ges übernommenen Verpflichtung der Entmilitarisierung des Rheinlandes garantiert. Die Note schliesst mit dem Satz, dass, falls ein ehrlicher Wunsch nach friedlicher Entwicklung in allen interessierten Staaten vorhanden ist, eine feste Vertragsbasis nicht schwer zu finden sein müsste.

Diese deutsche Initiative ist von grösster Bedeutung. Ich bin schon seit langem der Meinung, dass die Frage der gegenseitigen Sicherheit zwischen Frankreich und Deutschland unendlich viel wichtiger ist als die kleinliche Diskussion, in welche wir verwickelt waren, und auch leichter zu lösen als die nebensächlicheren Probleme.

Es bleibt nun abzuwarten, welchen Empfang man der deutschen Initiative in London und Paris bereiten wird. Zuerst wird das Erstaunen so gross sein, dass keiner die wirkliche Bedeutung der Verhandlung begreifen oder an die bona fides glauben wird. Viele Leute werden darin einen deutschen Kniff vermuten, um Schwierigkeiten zwischen Frankreich und England zu schaffen.

22. Januar 1925.

Berlin.

Dr. Luther, der neue Reichskanzler, ist kein Parteipolitiker. Er tauchte auf der politischen Bühne gegen Ende 1923 als Finanzminister auf und kann zusammen mit Schacht das grosse Verdienst der Wiederherstellung der deutschen Finanzen und der Stabilisierung der Währung für sich in Anspruch nehmen. Obwohl Schacht die führende Rolle in der Frage der Währung spielte, kann man mit Recht sagen, dass Luther durch die Wiederherstellung des Gleichgewichts im deutschen Haushalt es Schacht ermöglicht hat, die übermässige Notenemission zu vermeiden und auf diese Weise eine Stabilität zu schaffen. Keiner hätte das Ziel ohne den andern erreichen können. Unter Lutherscher Verwaltung ist eine erstaunliche Steigerung der Einnahmen gelungen. In einigen Monaten sind die Einnahmen des Staatshaushaltes um mehrere 100 Prozent gestiegen.

Luther hat nichts leicht Einnehmendes oder Gewinnendes an sich, sondern im Gegenteil etwas Hartes und Stämmiges, das an ein Schlepp-

boot der Themse erinnert, und eine Fähigkeit, um nicht zu sagen eine Vorliebe, die Leute mit einem kurzen und bündigen «Nein» abzuspeisen. Als Redner hat er bis jetzt noch keinen grossen Ruf gehabt. Seine gestrige Rede hat daher allgemein durch ihre Energie und Präzision überrascht. Sie bewies auch, dass er sehr schlagfertig ist, und ausserdem – bei der Darlegung seines Standpunktes – die Bonar Lawsche Fähigkeit besitzt, endlose Ziffernreihen ohne Unterlagen fehlerlos herunterzuleiern. Der Reichstag bekam einen tiefen Eindruck von der Stärke seiner Persönlichkeit.

Der politische Drahtzieher im Lutherschen Kabinett soll Stresemann sein, der eine gründliche Kenntnis des Spiels besitzt und dessen Beurteilung politischer Möglichkeiten merkwürdig richtig ist, wie ich bei verschiedenen Gelegenheiten fand.

Aber an Zähigkeit und Entscheidungskraft mag sich Luther als der Überlegenere erweisen. Die Tatsache, dass er Reichskanzler ist, bietet eine Garantie für stabile Währung und Erhaltung eines strengen Finanzgebarens.

23. Januar 1925.

Berlin.

Ich habe mir von Neuem genau das deutsche Memorandum vom 20. Januar durchgelesen und bekam einen noch tieferen Eindruck von seiner gewaltigen Bedeutung. Es ist in seiner jetzigen Form äusserst vertraulich. Abgesehen vom Auswärtigen Amt hat es keiner zu sehen bekommen, mit Ausnahme des Reichskanzlers Dr. Luther. Ich höre, dass es nicht einmal im Kabinett diskutiert wurde. Schubert erzählte mir, dass die deutsche Regierung das Ziel einer dauernden Befriedung verfolgt. Mehrere Alternativen liegen vor, und die Regierung ist bereit, alle Vorschläge zu erörtern, die ein wirkliches Gefühl von Sicherheit und Befriedung schaffen können. Mit diesem Ziel vor Augen hat sie zuerst die britische Regierung um Rat gefragt, weniger um unsere Zustimmung zu erlangen, als um unsern Rat über die Art der Unterbreitung

des Vorschlages einzuholen. Schubert ist sich vollkommen über die grundlegende Bedeutung des deutschen Schrittes klar.

Er machte mir begreiflich, dass dieser Vorschlag nicht mit den kleinteiligen Erörterungen verwechselt werden darf. Der vorgeschlagene Pakt hat ein ganz anderes Format.

24. Januar 1925.

Berlin.

Es ist interessant, den neuen Vorschlag der deutschen Regierung mit dem Nichtangriffspakt zu vergleichen, den Dr. Cuno im Dezember 1922 unterbreitete.

Die Basis des früheren Paktes war eine sowohl von Frankreich wie Deutschland übernommene feierliche Verpflichtung, sich gegenseitig nicht anzugreifen. England, Italien und Belgien kamen erst in zweiter Linie in Betracht. Diese feierliche Verpflichtung sollte einem unbeteiligten Treuhänder gegenüber, den Vereinigten Staaten, übernommen werden.

Dieser Vorschlag hat eine so günstige Aufnahme in Washington gefunden, dass er sofort von dort nach Paris weitergeleitet wurde. Aber die französische Regierung unter Poincaré weigerte sich, ihren Standpunkt aufzugeben und lehnte den Vorschlag so kategorisch ab, dass Hughes den Eindruck bekam, es könne durch weitere Verhandlungen nichts gewonnen werden. Den authentischsten Bericht über die ganze Episode enthält die Rede des Reichskanzlers in Hamburg vom 31. Dezember 1922. Erst eine Stunde vor seiner Rede hatte er von den Vereinigten Staaten die Ermächtigung bekommen, über diese Verhandlungen zu sprechen – mit der Bedingung jedoch, dass Amerika nicht mit Namen genannt werden sollte, sondern als dritte Macht oder Grossmacht bezeichnet werden müsste.

Cuno fügte in seiner Rede hinzu, dass der einzige Gedanke, der die deutsche Regierung bewog, die Herstellung friedlicher Beziehungen war. Sie wollte ausserdem den Beweis erbringen, dass alle Parteien in Deutschland den Gedanken des Revanchekrieges oder der Kriegsoperationen irgendwelcher Art entschieden verwerfen.

Obwohl es keinem Zweifel unterliegen kann, dass er in seiner Rede in Hamburg eine Maximalgarantie des Friedens zu geben beabsichtigte, übten seine Ausführungen die genau entgegengesetzte Wirkung aus, denn sie endeten mit den Worten: «Deutschland einerseits und Frankreich andererseits würden sich feierlich verpflichten, ohne besondere Ermächtigung durch Volksabstimmung gegeneinander keinen Krieg zu führen.» Da kein Volksreferendum je einen Krieg zu verhindern vermochte, hat dieser Satz, wie nicht anders zu erwarten war, Misstrauen und den Verdacht der Unehrllichkeit erregt. Dr. Cuno wurde darauf aufmerksam gemacht, worauf er sofort sagte, dass, falls diese Worte das Sicherheitsgefühl schwächten, sie im Pakt gestrichen werden müssten. Eine dahingehende offizielle Erklärung wurde der britischen Regierung unterbreitet.

In einem späteren Gespräch über den Friedensvorschlag sagte der Reichskanzler, das Wesentliche an der Angelegenheit sei, dass er von einer Regierung gemacht wurde, die von allen Parteien in Deutschland, hauptsächlich von denen der Rechten, unterstützt wäre. Diese Tatsache verlieh dem Angebot eine feste Basis, die es nicht gehabt hätte, wenn es von einer sozialistischen Regierung oder selbst von einer Regierung der Mittelparteien ohne Beteiligung der Rechten gemacht worden wäre. Ausserdem würde ein von ihm vorgeschlagener Nichtangriffspakt sicherlich nicht von der Rechten angegriffen werden, während ein von einer mehr linksstehenden Regierung gemachter Vorschlag eine stärkere Opposition gefunden hätte. Nach der Streichung des Absatzes über die Volksabstimmung sollte der Vorschlag folgendermassen lauten: «England, Frankreich, Italien und Deutschland verpflichten sich feierlich, keinen Krieg zu erklären und keinen Krieg im Laufe der nächsten dreissig Jahre gegeneinander zu führen. Ausserdem verpflichten sie sich gegenüber den Vereinigten Staaten, dieses Abkommen zu achten.» Der Vorschlag in seinem damaligen Wortlaut beschränkte sich nicht auf die



Kriegserklärung, sondern schloss den Eintritt in den Krieg oder die Weiterführung eines solchen ein.

Die Begrenzung dieser Verpflichtung auf dreissig Jahre war als Beweis des guten Willens gedacht und nicht als Festsetzung einer Zeitgrenze – es war kein Maximum, sondern ein Minimum. Die deutsche Regierung behauptete, dass sie sich auch auf fünfzig Jahre oder eine noch längere Geltungsdauer geeinigt hätte.

Vom Standpunkt der europäischen Befriedung war es sicher ein Fehler, diesen Vorschlag kurzerhand abzulehnen. Wenn seine Bedingungen entweder unannehmbar oder in ihrer ursprünglichen Form ungeeignet waren, hätten sie abgeändert werden können, um als Basis für fruchtbare Verhandlungen zu dienen.

Poincaré hat jedoch den ganzen Vorschlag a limine abgelehnt, ihn als heuchlerisch und auf die Beeinflussung der Verhandlungen hinzielend bezeichnet. Die Ruhrräumung stand schon damals in unmittelbarer Sicht.

Es ist zu erwarten, dass diese Haltung, die die französische Regierung vor zwei Jahren einnahm, sich heute nicht mehr wiederholen wird. Die Fassung des gegenwärtigen deutschen Memorandums ist viel grosszügiger und elastischer als die vom Jahre 1922. Es scheint in der Tat, dass nicht eine einzige Möglichkeit praktischer Verwirklichung von vornherein ausgeschaltet worden ist.

25. *Januar 1925.*

Berlin.

Die Tatsache, dass eine solche Initiative wie die Note vom 20. Januar von der neuen deutschen Regierung ergriffen worden ist, muss jeden verblüfft haben, der feststellen konnte, welche Enttäuschung dieses Kabinett sowohl seinen Freunden wie seinen Gegnern bereitet hat.

Die Kreise, die es für zahm hielten, werden sicherlich ihr Urteil revidieren müssen. Sobald die Note zur Veröffentlichung gelangt, wird sie viel Staub aufwirbeln.

26. Januar 1925.

Berlin.

Im Laufe meines letzten Gesprächs mit Professor Cassel, das einige Tage zurückliegt, fand ich, dass er weder von der endgültigen Möglichkeit der Durchführung des Dawesplans noch von der Stabilität der deutschen Währung überzeugt ist. Was den letzten Punkt betrifft, so glaubt er, dass die Reichsbank den Notenumlauf übermässig erhöhen wird, sobald ihre Goldreserve um den Anleihebetrag von 800 Millionen erhöht worden ist.

Professor Cassel bekämpft, wie allgemein bekannt, die Ansicht, dass der Umlauf ungefährdet erhöht werden kann, sobald eine Golddeckung von 30, 40 oder 50 Prozent der gesamten Notenemission vorhanden ist. Er hält die Stabilität des Kurses im Wesentlichen von der Anpassung des Notenumlaufes an die Höhe der wirklichen Bedürfnisse abhängig. Der Wert einer Währung wird ausschliesslich durch Knappheit gewahrt. Die Theorie der Golddeckung hält er für veraltet und lässt sie nur in ihrer Wirkung auf die Schnelligkeit des Umlaufs gelten.

Er ist auch der Meinung, dass im Dawesbericht der Golddeckungstheorie eine zu grosse Rolle eingeräumt wurde.

Das Interessante an diesem Gespräch war, dass Professor Cassel mir seine Ansichten in Gegenwart des Reichskanzlers Luther auseinandersetzte, und dass Luther vollkommen mit ihm übereinstimmte. Luther hatte schon zu einem früheren Zeitpunkt die Absicht, einen Bericht über die Währungsreform in Deutschland zu veröffentlichen, und er wird sie verwirklichen, sobald er die Zeit dazu erübrigen kann. Er will diesen Bericht als eine Art von Epilog zu der Broschüre schreiben, die er vor einiger Zeit unter dem Titel «Feste Mark – solide Wirtschaft» veröffentlichte.

Der Reichskanzler, der einen Teil des Verdienstes an der deutschen Währungsreform für sich in Anspruch nehmen kann, bleibt ein überzeugter Anhänger der Quantitätstheorie, ohne jedoch den Einfluss der Umlaufsschnelligkeit in seiner ganzen Bedeutung zu verkennen.

Cassel sagte mir dann, dass die in Deutschland durchgeführte Währungsreform nicht nur eine grosse Leistung an sich ist, sondern auch ein Beispiel und eine Ermutigung für die andern Völker, denn sie beweist, dass die Währungsstabilität viel eher eine Angelegenheit der Willensstärke ist als irgendetwas anderes. Sie zeigt auch, dass es klüger ist, auf einem Niveau zu stabilisieren, das man im Augenblick erreicht hat, als zu versuchen, einen höheren Kurs zu erzielen. Dies würde wahrscheinlich auch auf Frankreich und Italien zutreffen. Aus besonderen Gründen würde Cassel jedoch die Anwendung dieser allgemeinen Schlussfolgerung auf England nicht befürworten.

In einem späteren Gespräch sagte mir Cassel, dass das ganze Gerede in Deutschland über eine passive und aktive Handelsbilanz zum grossen Teil auf einer Täuschung beruhe. Seiner Ansicht nach muss immer ein Gleichgewicht vorhanden sein, und er legt einen geringen Wert auf den angeblichen Überschuss der Aus- oder Einfuhr, selbst wenn die diesbezüglichen Ziffern viel genauer wären als es jetzt der Fall ist. Die reichsten Länder Europas haben immer die grössten passiven Handelsbilanzen gehabt. Bei den Vereinigten Staaten hat es den Anschein, als ob die sogenannte aktive Handelsbilanz auf lange Sicht unmöglich wäre, wenn nicht die grossen Transfermöglichkeiten des amerikanischen Kapitals nach Europa vorhanden sein würden. Hätte Amerika nicht die Möglichkeit, Geld in Europa unterzubringen, so würde es gezwungen sein, seine Warenkäufe in Europa zu erhöhen.

29. Januar 1925.

Berlin.

Die «Zeit» veröffentlicht heute einen Artikel über die Sicherheitsfrage, in dem sie die Berichte in der Auslandspresse über ein neues deutsches Angebot als unrichtig bezeichnet. Das deutsche Kabinett hat bis jetzt die Frage noch nicht erörtert. Ausserdem sei Deutschland augenblicklich mit der Diskussion über die Entwaffnungsfrage beschäftigt, und schon deshalb wäre es kaum geraten, das Sicherheitsproblem aufzurollen.

Diese Veröffentlichung scheint von der Regierung inspiriert zu sein in der doppelten Absicht: I. die Gegner im Inlande zu beruhigen und 2. der englischen Regierung begreiflich zu machen, dass sie zu lange mit der Antwort auf die deutsche Initiative zögert und dass Deutschland, wenn es nicht in seinem Bestreben, eine Grundlage für den Frieden zu finden, ermutigt wird, seine Bemühungen aufzugeben gedenkt.

Stresemann hat eine unmittelbare und herzliche Antwort auf seinen kühnen Schritt erwartet. Er ist enttäuscht, weil nicht nur die Herzlichkeit, sondern überhaupt jede Antwort ausblieb.

*30. Januar 1925.*

Berlin.

Mein heutiges Gespräch mit Stresemann bestätigt meinen Eindruck über den in der «Zeit» erschienenen Artikel. Es ist klar, dass er über die ausbleibende Antwort auf seine Initiative verstimmt ist. Es war für die Würde Deutschlands wesentlich, dass es die grundlegenden Vorschläge für allgemeine Befriedung nur in einem Augenblick unterbreitete, in dem ein solches Angebot Aussicht auf genügende Beachtung hätte. Da dies jetzt nicht der Fall zu sein scheint, sei er persönlich geneigt, die ganze Frage fallen zu lassen und sein Angebot zurückzuziehen. Er könne es nicht dulden, dass ein Vorschlag von höchster Bedeutung für den Frieden Europas, wie das deutsche Sicherheitsangebot, mit minder wichtigen Fragen, wie die Erörterungen über die Entwaffnung, verquickt werde.

Ich tat mein Bestes, um Stresemanns Empörung zu beschwichtigen. Ich wies darauf hin, dass in so wichtigen Fragen Zeit zur Überlegung notwendig sei. Die Haltung Stresemanns ist in gewissem Grade von der Taktik, vielleicht einer ganz guten Taktik, diktiert. Es wäre vom diplomatischen Standpunkt aus verkehrt, wenn die deutsche Regierung nicht die gewaltige Bedeutung ihrer letzten Initiative betonen würde.

31. Januar 1925.

Berlin.

Luthers gestrige Ansprache an die Presse wird dahin gedeutet, dass alle Forderungen nach militärischer Entwaffnung durchgeführt werden sollen. Der einzige Vorbehalt wird im Hinblick auf die Polizei gemacht.

Die wesentliche Vorbedingung der militärischen Entwaffnung ist noch immer eine unzweideutige Erklärung seitens der Alliierten, dass die Räumung unmittelbar auf die Durchführung der Vertrags Verpflichtungen folgen wird. Der betreffende Satz in der alliierten Note vom 26. Januar ging ungefähr in dieser Richtung, aber er war ein blasser Aufguss des ursprünglichen Entwurfes von Lord Crewe. Es ist vielleicht möglich, seine Worte in irgendein künftiges alliiertes Dokument wieder einzufügen. Wenn dies geschieht, werden die Schwierigkeiten sehr schnell aus dem Wege geräumt sein.

Sobald es den Deutschen klargemacht wird, dass die Räumung automatisch folgt, wird das ungerechte Misstrauen in unsere Haltung verschwinden. Ich lege grössten Wert darauf, dass dies geschieht.

Im Hinblick auf den deutschen Schritt in der Frage des Nichtangriffspaktes scheint es mir unmöglich, das Memorandum vom 20. Januar anders als eine ernsthafte Garantie friedlicher Absichten anzusehen. Mit den früheren Angeboten verglichen, ist der Wortlaut viel präziser, das allgemeine Ziel viel weiter gesteckt. Die Ansicht, dass es eine Falle oder ein Diskussionsmanöver ist, findet nicht nur keine Rechtfertigung durch die Tatsachen, sondern wäre auch aus Opportunitätsgründen zu verwerfen, selbst wenn sie begründet sein sollte.

Im Augenblick ist Stresemann über die lauwarne Aufnahme der deutschen Initiative enttäuscht und geneigt, sich von seinem ursprünglichen Vorschlag loszusagen. Es ist zum Teil Taktik, zum Teil darauf zurückzuführen, dass manche Mitglieder seines Kabinetts die Ansicht vertreten, das Memorandum vom 20. Januar sei zu weitgehend und zu bestimmt gewesen. Ich zweifle jedoch nicht daran, dass er bei geschick-

ter Behandlung zu seinem früheren Selbst zurückkehren und seine Kollegen mitreissen wird.

Ich höre aus vertraulicher Quelle, dass Stresemann seinen Freunden Folgendes sagte: «Es wäre für Deutschland leichter, eine Vereinbarung mit Briand oder Loucheur zu treffen als mit Herriot, weil keiner von beiden auf die heftige Opposition der Rechten stossen würde, der Herriot ausgesetzt ist. Es steht ähnlich um Deutschland, wo ich mit den deutschnationalen Kabinettsmitgliedern, die es mir schliesslich in die Regierung hineinzubekommen gelang, imstande bin, eine viel bessere Vereinbarung mit den Alliierten zu treffen als es den Sozialisten möglich gewesen wäre. Es hat mir kein Mensch geglaubt, dass ich den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung zum Zwecke einer Versöhnungspolitik anstrebte. Jetzt sieht man, dass ich recht hatte und dass ich es mir leisten kann, ein grösseres Entgegenkommen zu zeigen als die Sozialisten, mit denen die Franzosen noch immer gegen mich intrigieren.»

*31. Januar 1925.*

Berlin.

Ich höre aus einer vertraulichen Quelle, dass die Verfassung, in der sich Stresemann heute befindet, und zwar seine Geneigtheit, auf den Sicherheitspakt zu verzichten, nicht bloss durch taktische Gründe diktiert ist, sondern durch den unerwarteten Widerstand hervorgerufen wurde, den sein Vorschlag im Kabinett fand.

*1. Februar 1925.*

Berlin.

Die Ursache des Londoner Schweigens über den deutschen Vorschlag ist jetzt klar geworden. Man stellt sich dort auf den Standpunkt, dass die englische Regierung keine vertraulichen Mitteilungen von der deutschen Regierung entgegennehmen kann, wenn sie nicht die Möglichkeit besitzt, sie mit den französischen Alliierten zu besprechen. Ausserdem behauptet die britische Regierung, dass die Frage der fran-

zösischen Sicherheit zuerst definiert werden muss, bevor irgendeine Erörterung über den deutschen Sicherheitspakt einsetzen kann.

Dies alles ist nicht sehr erfreulich.

2. *Februar 1925.*

Berlin.

Das folgende Gespräch soll vor Kurzem stattgefunden haben:

Der deutsche Botschafter zu Herriot: «Wir verstehen nicht, warum Frankreich soviel Aufhebens von einigen Stücken alten, verrosteten Eisens in Wittenau macht!»

Herriot erwiderte: «Nur vier Nägel waren für die Kreuzigung notwendig.»

3. *Februar 1925.*

Berlin.

Reichspräsident Ebert ass bei uns gestern Abend mit dem neuen Reichskanzler Luther, dem amerikanischen Botschafter und Mrs. Houghton. Das Essen war in der Hauptsache ein Abschiedsdiner für Houghton.

Ich sprach mit Luther eine Weile nach dem Essen und fand ihn erregt und verstimmt über die Chamberlainsche Kritik seiner Rede vom letzten Freitag.

Er meinte, sein Ton sei äusserst versöhnlich gewesen und wäre als solcher sowohl in Frankreich wie in Deutschland aufgefasst worden. Er könne nicht verstehen, wie Chamberlain zu einem so falschen Eindruck kommen konnte, da er mit besonderem Nachdruck hervorgehoben habe, Deutschland würde die letzten Forderungen in Bezug auf die militärische Entwaffnung durchführen und sei ausserdem bereit, mit Frankreich über einen gegenseitigen Sicherheitspakt zu unterhandeln.

Die Haltung Chamberlains hat die Aufgabe des neuen Kabinetts zweifellos bedeutend erschwert. Luther selbst wusste nicht, wie er sich nun zu verhalten habe.

Ich gab ihm den Rat abzuwarten, bis er den vollen Text der Chamberlainschen Rede in der Hand hätte – die telegraphischen Berichte seien äusserst irreführend, und ich wäre erstaunt, wenn der genaue Wortlaut seinen Eindruck nicht ändern würde.

Es war besonders bemerkenswert, dass Chamberlain die Bereitschaft Luthers, die Entwaffnung bis zu Ende durchzuführen, erwähnt hat, und dass er dann die Erklärung wiederholte, dass die Alliierten ihrerseits die Vertrags Verpflichtungen rückhaltlos erfüllen werden – eine Erklärung, die meiner Meinung nach in Zusammenhang mit dem Reutertelegramm gebracht werden muss, das die automatische Räumung der Kölner Zone ankündigte, sobald den Vertragsbedingungen restlos entsprochen worden ist.

Aus dem Gespräch mit Luther bekam ich den Eindruck, er halte Chamberlain für so voreingenommen gegen Deutschland, dass es unmöglich sei, irgendwelche politischen Richtlinien auf der Zusammenarbeit mit London aufzubauen.

Die deutsche Regierung ist zweifellos enttäuscht, dass ihre Initiative vom 20. Januar nicht wärmer aufgenommen wurde. Meiner Ansicht nach hat man auch einen ernsten Fehler begangen, als man auf dieses Angebot nicht sofort ermutigend geantwortet hat.

Ich habe keine direkten Informationen aus London über die Stellungnahme der britischen Regierung zu dieser Frage. Aber Schubert erzählte mir von einem Gespräch zwischen Chamberlain und Sthamer, in dem betont wurde, England könne unmöglich etwas in dieser Hinsicht tun, ohne Frankreich davon in Kenntnis zu setzen. Chamberlain war anscheinend von einer grossen Angst erfüllt, die Besprechungen zwischen Berlin und London könnten als eine Treulosigkeit gegenüber Paris angesehen werden.

Er sprach sich anerkennend über den deutschen Vorschlag aus, fügte jedoch hinzu, dass er im gegenwärtigen Moment, in dem das Protokoll noch immer erörtert werde, nicht opportun scheine. Sollte das Protokoll einmal endgültig erledigt sein, würde man die Diskussion über den deutschen Vorschlag aufnehmen.

Soweit die deutschen Mitteilungen über das Gespräch mit Chamberlain. Es mag sein, dass sich aus dem englischen Bericht ein etwas ande-



rer Eindruck ergeben wird. Aber, wie auch der genaue Wortlaut gewesen sein mag und welche Absicht damit verfolgt wurde, das Gespräch hatte das eine verhängnisvolle Ergebnis, dass im Augenblick das Angebot in den Hintergrund zurückgedrängt wurde.

Ich glaube jedoch nicht, dass der Schritt an sich vollkommen nutzlos war. Aber ich wiederhole, was ich bereits in einem offiziellen Telegramm gesagt habe: ich bedauere es unendlich, dass man nichts getan hat, um den Fortgang einer Diskussion auf einer so hoffnungsvollen Basis zu erleichtern.

3. Februar 1925.

Berlin.

Nach allem, was ich aus London höre, hat der deutsche Vorschlag bloss eine Wirkung erzielt: er hat in offiziellen Kreisen nur Misstrauen hervorgerufen. Man stellt sich dort auf den Standpunkt, dass eine Diskussion über den Sicherheitspakt nicht einsetzen kann, bevor die Stellung Grossbritanniens zur Frage der französischen Sicherheit endgültig geregelt ist. Ich hoffe, man will damit nicht sagen, dass der bilaterale Pakt, der sowohl die Sicherheit Frankreichs wie Deutschlands gewährleisten soll, zugunsten eines englisch-französischen antideutschen Abkommens zurückgestellt werden wird. Es wäre ein bedauernswertes Ergebnis.

Ich versuche weiterhin London zu überzeugen, dass man unmöglich das deutsche Memorandum vom 20. Januar anders als eine ernsthafte Garantie friedlicher Absichten ansehen kann. Mit dem Angebot von Cuno verglichen, ist dieser Vorschlag genauer und weitgehender. Die Tatsache, dass ein solches Angebot gemacht wurde, muss jedes künftige deutsche Kabinett beeinflussen, wenn nicht binden. Je mehr Bedeutung wir dem Angebot zumessen, desto grösser wird sein Einfluss auf die Zukunft sein.

Ich glaube noch immer, dass Stresemanns Verstimmung halb Taktik und halb wirkliche Empörung ist. Als ich ihm versicherte, dass sich noch alles zum Guten wenden muss und dass man schliesslich Verständnis

für die deutsche Haltung aufbringen wird, fand ich bei ihm nur ein schwaches Echo.

5. *Februar 1925.*

Berlin.

Ich bin sehr enttäuscht über die Mitteilung aus London, dass der deutsche Schritt vom 20. Januar als verfrüht angesehen wird und dass der Augenblick für eine erfolgreiche Verhandlung auf einer so grossen Basis als nicht opportun gilt. Ich bin vollkommen entgegengesetzter Meinung, aber ich weiss nicht, wie ich die Leute in London dazu bekehren soll.

Der deutsche Botschafter in London berichtet, dass der hauptsächliche, wenn nicht einzige Rat, den man ihm im Foreign Office gab, ungefähr dahin ging, der wirksamste Schritt für Deutschland würde der Eintritt in den Völkerbund sein, und Chamberlain könne nicht verstehen, warum Deutschland sich weigere, einen Schritt zu tun, der so offensichtlich in seinem eigenen Interesse zu liegen scheint. Im Hinblick auf die Note vom 20. Januar lehnte Chamberlain ab, sich zu irgendeiner Geheimhaltung der deutschen Initiative gegenüber seinen Alliierten zu verpflichten. Obwohl er den gegenwärtigen Schritt für verfrüht hält, glaubt er, Frankreich würde zu einem späteren Zeitpunkt bereit sein, einen solchen Vorschlag in Betracht zu ziehen, aber erst müsse die Stellung Grossbritanniens zur französischen Sicherheit geregelt sein.

Er fügte noch einen weiteren Vorbehalt hinzu, und zwar, dass jede Verhandlung unmöglich wäre, wenn das vorgeschlagene Abkommen von der Räumung des gesamten besetzten Gebietes abhängig gemacht würde.

Es ist möglich, dass Sthamer die Äusserungen Chamberlains nur unvollkommen wiedergegeben hat, und dass er bei der Unterredung nicht den wichtigsten Punkt unterstrichen hat, nämlich, dass die deutsche Regierung durch ihren Vorschlag vom 20. Januar sich bereit erklärte, ein bindendes Abkommen zur Gewährleistung der französischen Sicherheit zu unterzeichnen, vorausgesetzt, dass ihre eigene Sicherheit in demsel-

ben Vertrag garantiert wird. Dies ist ein Ausgangspunkt von so grosser Bedeutung, dass dadurch alle nebensächlichen Äusserungen, alle kleinteiligen Manöver und diplomatischen Rücksichten über den Haufen geworfen werden.

7. Februar 1925.

Berlin.

Ich habe mir nun darüber Sicherheit verschafft, dass der deutsche Vorschlag eines gegenseitigen Sicherheitspaktes in keiner Weise von der Räumung des gesamten besetzten Gebietes abhängig ist. Damit wird eine der Schwierigkeiten in London aus dem Wege geräumt.

Die Frage der Militärkontrolle hat in der letzten Woche eine sehr günstige Wendung genommen. Churchills Auftreten in Paris hat eine fast magische Wirkung ausgeübt, denn wie General Wauchope mir erzählt, hat sich die Haltung seiner Kollegen in der Entwaffnungskommission plötzlich verändert, und sie scheinen nur den einen Wunsch zu haben, sobald wie möglich eine Lösung herbeizuführen.

Ich höre auch zu meiner grossen Freude aus London, dass der Plan einer Konferenz an Stelle eines Notenwechsels als ein Mittel zur Klärung der noch schwebenden Fragen befürwortet wird. Je schneller eine solche Konferenz stattfindet, desto besser.

Der gegenwärtige Augenblick ist besonders günstig, da die Konstellation Luther-Stresemann, von zahmen oder halbzahmen Deutschnationalen unterstützt, für eine Versöhnungspolitik am besten geeignet ist. Abgesehen von der allgemeinen Wandelbarkeit alles Irdischen, ist die Dauer dieser Kombination durch die heute vorherrschende Atmosphäre der Finanzskandale bedroht. Kompromittierende Enthüllungen folgen einander auf den Fersen, und jeder in der Öffentlichkeit stehende Politiker ist einem Angriff ausgesetzt. Die Sozialisten sind durch Bauer stark diskreditiert.

9. Februar 1925,

Berlin.

Der neue Reichskanzler Luther hat eine befriedigende Erklärung über die deutsche Aussenpolitik abgegeben. Er hat in erster Linie be-

tont, er sei entschlossen, den Dawesplan rückhaltlos zu erfüllen. Er fügte dann hinzu, die Reichsregierung sei bereit, Verhandlungen über einen gegenseitigen Garantiepakt aufzunehmen und an der Herstellung einer Gewähr für die Sicherheit und Freiheit der Völker mitzuwirken.

Das Wichtige an dieser Haltung ist, dass sie von einem Kabinett eingenommen wird, in dem der ganze Reichstag vertreten ist. Hätte eine Regierung, in der nicht Mitglieder der Rechtsparteien vertreten wären, eine solche Erklärung abgegeben, so würde sie auf eine heftige Opposition gestossen sein. Stresemann hat sich immer auf diesen Standpunkt gestellt und betont, die Rechte sei viel gefährlicher in der Opposition als in der Regierung. Die Ereignisse haben ihm recht gegeben.

Vom Standpunkt der Alliierten aus ist es nun wesentlich, sehr schnell zu verhandeln. Wenn ich verhandeln sage, so meine ich mündliche Verhandlungen, nicht bloss einen Notenaustausch. Es gibt noch eine andere Vorbedingung des Erfolges, und zwar, sich von der Auffassung zu trennen, dass die Deutschen so innerlich verlogen sind, dass es keinen praktischen Wert hat, sie durch eine Verpflichtung oder Erklärung zu binden. Wenn man von dieser Voraussetzung ausgeht, ist jeder Fortschritt unmöglich. Ich persönlich glaube, dass die Deutschen sich durch eine schriftliche Verpflichtung viel mehr gebunden fühlen und viel zuverlässiger sind als manch ein anderes Volk.

## KAPITEL VII

### FEBRUAR – MÄRZ 1925

*12. Februar 1925,*

Berlin.

Die Ereignisse überstürzen sich, die Handlung ballt sich zusammen! Vor zwei Tagen hat der Sekretär der Deutschen Botschaft in Paris Herriot ein Memorandum übergeben, das im Wesentlichen mit dem übereinstimmt, das mir am 20. Januar übermittelt wurde. Der deutsche Botschafter selbst war krank, hielt es jedoch für richtig, die Übermittlung der Note nicht bis zu seiner Gesundung zu verzögern. Herriot kannte selbstverständlich in grossen Umrissen den Inhalt der Note, da man sie ihm aus London mitgeteilt hat. Er scheint das Memorandum günstig aufgenommen zu haben und versprach, es vollkommen geheimzuhalten. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Tatsache zu früh bekanntwerden würde. Die Parteien der äussersten Rechten, sowohl in Frankreich wie in Deutschland, würden die ganze Verhandlung in zwei Tagen umbringen und die Unterhändler vielleicht noch obendrein.

*14. Februar 1925.*

Berlin.

Ich bin noch immer optimistisch. Gewaltige Möglichkeiten liegen vor uns. Grosse Schwierigkeiten werden selbstverständlich zu überwinden sein, auch ernste Gefahren, aber es hat sich noch nie vorher die Gelegenheit geboten, um einen so grossen Einsatz zu spielen: den Frieden in Westeuropa zu sichern.

14. Februar 1925.

Berlin.

Herriot scheint sein Versprechen vollster Verschwiegenheit wirklich gehalten zu haben. Ich habe keinerlei Erwähnung des Angebotes in der Presse gefunden.

18. Februar 1925.

Berlin.

Chamberlain hat den ausgezeichneten Gedanken gehabt, alle Mitteilungen von Crewe – auch die vertraulichen und privaten – an mich zu senden und meine Berichte an Crewe weiterzuleiten. Diese Arbeitsmethode erleichtert zweifellos die Entwirrung des arg verwickelten Knäuels, an dem wir arbeiten müssen. London beklagt sich über die angebliche Hinterhältigkeit der Deutschen, weil sie in ihrer Note vom 20. Januar erst um volle Geheimhaltung ersuchten und dann an ihre ähnlich lautende ausführlichere Mitteilung an Paris vom 10. Februar dieselbe Bedingung knüpften. Dies ist ein vollkommenes Verkennen der Lage. Wenn die Londoner Note oder das nach Paris gerichtete Memorandum zur Kenntnis einer andern Macht als der beiden Empfänger gelangt wäre, wäre der Plan in der Öffentlichkeit erörtert und damit die ganze Arbeit vereitelt worden. Ich bin verblüfft, dass eine solche Geheimhaltung gelungen ist! Jeder eventuelle Erfolg wird zum grossen Teil auf die Tatsache zurückzuführen sein, dass völliges Stillschweigen gewahrt wurde.

Man beginnt glücklicherweise in London die Bedeutung des deutschen Vorschlags zu erkennen. Man hat sich dort zu der richtigen Einsicht bekehrt, dass nicht in der Unterzeichnung des allgemeinen Genfer Protokolls, sondern in dem allmählichen Übergehen vom Einzelnen zum Allgemeinen der wahre Weg zum Fortschritt liegt.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass, wenn auch England eine gewisse Garantie in Bezug auf die deutsch-französische Grenze übernehmen kann, eine ähnliche Verpflichtung zum Schutze des polnischen Korridors nicht in Frage kommt.

18. Februar 1925.

Berlin.

Ich bekomme aus London die erfreuliche Mitteilung, dass sich die Ansichten dort im letzten Monat wesentlich geändert haben. Die deutsche Initiative eines Sicherheitsangebotes wird nicht länger als inopportun betrachtet, sondern als ein Ereignis von ausschlaggebender Bedeutung. Das ist ein zweifelloser Fortschritt.

21. Februar 1925.

Berlin.

Es ist sehr schwer, mit den Dreiecksverhandlungen, die zwischen Berlin, Paris und London geführt werden, Schritt zu halten. Man ist nie ganz sicher, ob das, was man von *A* über die Besprechungen zwischen *B* und *C* erfährt, auch die ganze Wahrheit ist. Selbst wenn man nicht die Absicht hat, einen hinters Licht zu führen, versucht man – in Berlin nicht weniger als anderswo – das Gesagte im günstigen Sinne zu interpretieren und das, was einem nicht gefiel, zu vergessen oder als belanglos hinzustellen.

In gewissen Kreisen wird der deutsche Schritt mit grossem Misstrauen betrachtet, das jedoch meiner tiefsten Überzeugung nach vollkommen unbegründet ist. Die Deutschen haben ein durchaus ehrliches Spiel gespielt. Sie haben uns über ihre Absichten informiert, bevor sie sich an Frankreich wandten, erstens, um unseren Rat einzuholen, zweitens, um keinen Verdacht zu erwecken, dass sie hinter unserem Rücken verhandeln.

Frankreich wird als der erste Kontrahent angesehen, mit dem man zu einem Übereinkommen gelangen muss. England gilt als ein mässiger Einfluss auf Frankreich. Man vertraut auf seinen Sinn für Gerechtigkeit, seine Vernunft und seine, wenn auch bedingte Einsicht. Man schenkt hier jedem Rat, den wir geben, grosse Beachtung, und man richtet sich auch gelegentlich danach.

Für den Augenblick hat die deutsche Regierung nicht die Absicht, einen weiteren Schritt zu unternehmen. Man wartet auf eine Äusserung Herriots.

Nach den Informationen, die aus Paris kommen, hat man hier den Eindruck, dass Herriot seine ablehnende Haltung gegenüber der Luther-Regierung geändert hat. Es hat jetzt ein vertraulicher Gedankenaustausch zwischen ihm und den deutschen Vertretern eingesetzt, und Herriot hat sich wiederholt geäußert, er habe kein Recht, sich in die deutsche Innenpolitik einzumischen, und übrigens sei die Politik Luthers viel besser gewesen als er es von ihm erwartet hätte. Er spricht auch über seine eigene Stellung mit einer vertrauenerweckenden Offenheit.

Herriot hat anscheinend der deutschen Regierung nicht mitgeteilt, dass er uns über das Memorandum vom 9. Februar auf dem Laufenden gehalten hat. Es ist ganz gut so. Man nimmt hier an, dass er erst bei seinen Ministerkollegen den Boden vorbereitet, damit sie, sobald das Memorandum zu ihrer Kenntnis gelangt, es günstig aufnehmen. In Wirklichkeit scheint in den drei Ländern die Situation ziemlich ähnlich zu sein. Die drei Aussenminister könnten zu einer Verständigung gelangen, die eine wirkliche Friedensgarantie wäre, aber sie wissen nicht, wie weit die öffentliche Meinung mit ihnen gehen würde.

22. Februar 1925.

Berlin.

Ich hatte heute ein interessantes Gespräch mit einem hohen Beamten, der nicht nur die hier vorherrschenden Strömungen der öffentlichen Meinung ausgezeichnet kennt, sondern auch besser als viele andere in der Lage war, einen Einblick in das alte Regime zu gewinnen.

Er führt die Fehler, die der Kaiser 1914 beging, auf Familienumstände und Familienzwistigkeiten zurück. Der Kaiser stellte sich auf einen überlegenen moralischen Standpunkt, der ihn nicht nur mit dem König Eduard in Konflikt brachte, sondern auch mit vielen Mitgliedern seiner eigenen Familie – dem Prinzen Heinrich, der Prinzessin Charlotte usw. – Sooft einer der weniger puritanischen Mitglieder der Hohenzollernfamilie nach Berlin kam, wurde er wegen seines unmoralischen



Benehmens abgekanzelt. Die Familienzärtlichkeit wurde selbstverständlich dadurch nicht gefördert.

Der Kaiser war nicht nur bei seiner eigenen Familie unbeliebt, sondern auch in den aristokratischen Kreisen Deutschlands, die sich über seine tolerante Haltung gegenüber den Juden empörten und ihm seine Parvenumarien vorwarfen.

Die Gefühlseinstellung des Kaisers zu England entsprang zum Teil dem alten Bismarckschen Hasse gegen die Kaiserin Friedrich. Selbst nach dem Sturze Bismarcks war der Kaiser über die Haltung der Freunde der Kaiserin Friedrich verstimmt. Er fühlte sich verletzt durch die Betonung der Überlegenheit der englischen Gedankenwelt und Kultur, die man ihm in jenem Kreise immer wieder in taktloser Weise vor Augen führte.

Es wäre trotzdem möglich gewesen, zu einem Abkommen mit England zu gelangen, wenn der Kaiser sich nicht dagegen gewehrt hätte, dass Deutschland von England als der jüngere Partner behandelt wurde.

Nach der Ansicht meines Bekannten war der Einfluss von Tirpitz ein minder wichtiger Faktor in der allgemeinen Politik als die eben geschilderten Familiengründe. Es ist schwer zu sagen, ob die Auffassung meines Bekannten richtig ist, aber es unterliegt keinem Zweifel, dass Kaiser Wilhelm sehr neidisch auf seinen Onkel Eduard war, seine Autorität und seine Popularität auf dem Kontinent mit Eifersucht verfolgte, seine ganze Lebenshaltung kritisierte und sich selbst sogar von der Vorsehung als dazu auserlesen glaubte, die Moral des englischen Hofes zu heben und England den richtigen Respekt vor Deutschland beizubringen.

3. März 1925.

Berlin.

Die folgende Geschichte ist sehr charakteristisch für Bismarck.

Einige Tage nach dem Tode seiner Frau suchte ihn ein Freund auf seinem Landsitz auf und glaubte ihn sehr niedergeschlagen und verzweifelt

zu finden, denn seine Ehe war sehr glücklich gewesen. Stattdessen fand er Bismarck in heller Wut über die Rechnungen, die ihm seit dem Tode seiner Frau ins Haus geschickt wurden und die alle, bis auf kleinere Beträge, auf Neuanschaffungen für das Haus lauteten. Mit jeder Post kam eine neue Rechnung. Es handelte sich weder um grosse Summen noch um Luxusgegenstände für den persönlichen Gebrauch der Fürstin, sondern um Artikel des täglichen Gebrauches, aber das genügte, um den Gleichmut des Eisernen Kanzlers zu erschüttern.

Bismarck war ein schlechter Landwirt und hat sein Land auf eine Weise bestellt, die bei Staatsmännern und denjenigen, die sich nur mit halber Aufmerksamkeit ihren eigenen Angelegenheiten widmen können, üblich ist. Bei dem ausserordentlichen Erfolg seiner Politik und seiner gewaltigen Stellung in der Welt soll er, wie er gesagt hat, nur zwei glückliche Tage im Leben gehabt haben. Sonst sind ihm immer Sorgen und Ärger auf den Fersen gewesen.

Die Einzelheiten, die man in Berlin über seine Beziehungen zu den verschiedenen politischen Parteien in Deutschland, zum Hofe und noch mehr zu den Damen des Hofes hört, beweisen, dass er nie ein leichtes und bequemes Leben hatte. Es wurde dauernd gegen ihn gearbeitet und intrigiert.

Selbst in Militärkreisen konnte er sich nicht leicht durchsetzen. Im Kriege von 1870 musste er sich die Kenntnis der militärischen Pläne beinahe durchs Schlüsselloch und durch Hintertüren verschaffen, hauptsächlich durch seine persönlichen Beziehungen zu den Prinzen, die dem Generalstab attachiert waren. Er erfuhr auch viel durch Zeitungskorrespondenten. Er legte auf gute Beziehungen zu ihnen den grössten Wert.

*5. März 1925.*

Berlin.

Stresemann ist in letzter Zeit viel unzugänglicher geworden; er ist zweifellos weniger geneigt, dem englischen Rat zu folgen, als er es früher war.

Dies lässt sich hauptsächlich auf Folgendes zurückführen: 1. unsere kühle Aufnahme des Sicherheitspaktes; 2. unsere Haltung in der Frage der Räumung Kölns; 3. Berichte über Gespräche in London, in denen man sich sehr unfreundlich über Deutschland äusserte. Das Leitmotiv dieser Gespräche soll Folgendes gewesen sein: «Wie ungeschickt sind doch die Deutschen! Es gelingt ihnen immer wieder, alles zu verderben!»

Um der Gerechtigkeit willen muss ich feststellen, dass meiner Ansicht nach die Deutschen in letzter Zeit sich besonders klug benommen haben und viel mehr zur Entwicklung der Dinge beitragen als alle anderen zusammen.

Das einzige, was man gegen die Giftmischerei solcher Berichte tun kann, ist, dass man die Dienste betont, die England Deutschland geleistet hat – die Weitsichtigkeit und Grosszügigkeit unserer Politik. Ich sprach über dieses Thema mit Stresemann und seiner Frau bei einem Empfang in der afghanischen Gesandtschaft. Ich wies in liebenswürdiger Form darauf hin, wie undankbar sich Deutschland für die Unterstützung Englands bei den verschiedenen Fragen in den letzten vier Jahren gezeigt habe.

Stresemann unterbrach mich mit dem Einwand, er erkenne vollkommen an, dass Deutschland ohne die Unterstützung Englands das Rheinland verloren hätte. Er fügte jedoch hinzu, dass, wenn Poincaré seine Politik durchgeführt haben würde, Deutschland eine Koalition mit Russland gebildet hätte, um sich dann mit den Russen zusammen als eine grosse Flutwelle über Europa zu ergiessen. Ich erwiderte Stresemann sofort, dass eine solche Ehe mir ein Ding der Unmöglichkeit zu sein scheine. Die deutsche Armee könnte nur mit den Russen Zusammenarbeiten, wenn sie sich zu bolschewistischen Ideen bekehren würde. Würden sich die deutschen Generäle zu einer solchen Bekehrung hergegeben haben? Wie hätten die industriellen, kommerziellen und bürgerlichen Kreise in Deutschland reagiert, wenn irgendein Ministerium sich zu einer solchen Politik entschlossen hätte?

Ich weiss nicht, wieweit es Stresemann mit seiner nachträglichen Drohung ernst war; aber ich bin ziemlich sicher, dass keine deutsche Regierung einen solchen Plan hätte durchführen können, wie gross auch die Verlockung gewesen sein mag.

Als wir wieder das Thema der Beziehungen Englands zu Deutschland berührten und die guten und schlechten Dienste erwähnten, die es ihm geleistet hat, meinte Stresemann, er könne nicht die Versprechungen vergessen, die Lloyd George im Hinblick auf Oberschlesien zur Zeit der Besetzung von Duisburg gemacht hat – und wie wenig seien diese Versprechungen gehalten worden. Er hat bis jetzt noch nicht die Bitterkeit dieser Enttäuschung überwunden.

Wie stand es in Wirklichkeit um die von ihm erwähnte Angelegenheit? Ich erinnere mich nicht, dass Lloyd George je irgendeine bestimmte Verpflichtung in Bezug auf Oberschlesien übernommen hat, die von England nicht gehalten worden ist. Wir haben uns zweifellos in Genf als schwach und nachgiebig erwiesen, und die Entscheidung fiel zweifellos ungünstig für Deutschland aus, aber es war trotzdem kein absichtlicher Frontwechsel in der Politik.

7. März 1925.

Berlin.

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, hielt sich hier am Montag auf. Er war bei Schubert zum Frühstück und statete Stresemann am Nachmittag einen offiziellen Besuch ab.

Er hatte aus den zwei Besprechungen zwei durchaus verschiedene Eindrücke bekommen. Er fand den Standpunkt Schuberts soweit zufriedenstellend, da dieser ein Abkommen über den Artikel 16 auf der Basis einer Anerkennung des folgenden Grundsatzes durch den Völkerbund: «Ultra posse nemo obligator» als annehmbar betrachtet.

Stresemann dagegen lehnte sehr scharf die Möglichkeit ab, dass Deutschland auch nur einen Handelsboykott durchführen würde.

Deutschland könnte dadurch leicht in einen Krieg verwickelt werden – und wie sollte es sich dann verteidigen?

Drummond versuchte ihm klarzumachen, dass es dem Völkerbund nicht möglich sei, Deutschland eine privilegierte Stellung einzuräumen, ohne zwei Kategorien von Mitgliedern zu schaffen. Er meinte jedoch, dass der Völkerbund selbstverständlich von einem Staat nichts Unmögliches verlangen kann, und ich nehme an, dass Selbstmord jenseits der Grenzen des Möglichen liegt.

Ich bin noch immer der Meinung, dass der wahre Grund des deutschen Zögerns, in den Völkerbund einzutreten, die Angst ist, sich mit Russland zu verfeinden. Man wird sich nur dann der Gefahr aussetzen, sich die russische Unterstützung zu verschmerzen, wenn man sicher ist, dass man ein wirkliches Äquivalent auf der westlichen Grenze bekommt. Es ist sinnlos, von den Deutschen zu verlangen, dass sie sich auf einen Handel einlassen, dessen Gefahren und Nachteile greifbar sind, während die positiven Gewinne in nebelhafter Ferne liegen. Sobald man die Vorteile in greifbare Nähe rückt, wird sich die Karawane in Bewegung setzen.

*10. März 1925.*

Berlin.

Der Reichskanzler war heute sehr erstaunt, als ich ihm sagte, dass in Genf und den westlichen Hauptstädten die Ansicht vorherrsche, Deutschland, das im letzten Jahre nur eine Gleichberechtigung verlangte, fordere heute eine privilegierte Stellung – so etwas wie eine besondere Ermässigung des Beitrags für den Eintritt in einen Klub.

Er erwiderte mir: «Mit den Einwänden gegen Artikel 16 verlangt Deutschland durchaus keine besondere Behandlung – was wir wollen, ergibt sich nur als eine notwendige Folge der Umstände», worauf ich ihm die Antwort gab: «In diesem Falle müsste ihnen das ‚ultra posse‘ genügen.»

Im Hinblick auf Polen fügte er hinzu: «Polen gewinnt mehr als irgendein anderer Staat durch die Stärkung der europäischen Sicherheit.

Polen ist der Gefahrenpunkt Europas. Der Krieg wird dort ausbrechen, wenn es überhaupt zum Kriege kommt. Deshalb hat Polen auch das grösste Interesse an der Beilegung dieser Gefahr.»

Ich stellte ihm noch die Frage nach dem Ausgang der Präsidentenwahl, aber er meinte, niemand könnte irgendetwas voraussagen.

*10. März 1925.*

Berlin.

Ein Telegramm aus London kündigt mir den plötzlichen Tod von George Curzon an. Eine Stunde, nachdem ich das Telegramm bekam, wurde mir der folgende Brief hereingebracht: «Mein lieber Edgar, ich muss mich morgen einer Operation unterziehen, da ich plötzlich vor zwei Tagen Blasenbluten bekam. Man will den Krankheitsherd untersuchen und, wie ich hoffe, das Übel beheben. Ich habe nicht die geringste Angst. Ihr treuer Curzon.»

Für die englische Staatskunst ist es ein schwerer Verlust, für mich ein tiefer Schmerz. Wir waren im Jahre 1874 in Eton zusammen. Fünfzig Jahre lang waren wir befreundet. Nun ist er tot.

George war herrschsüchtig bis zu seinem Ende. Er bestand darauf, dass man seine Anordnungen über Verband und Behandlung durchführte; die Chirurgen waren vollkommen machtlos. Sein Eigensinn hat die Katastrophe beschleunigt, wenn nicht überhaupt hervorgerufen.

*15. März 1925.*

Berlin.

Nach einigen Wochen des Zögerns, das hauptsächlich auf die kühle Aufnahme, die das Paktangebot fand, zurückzuführen ist, gibt sich die deutsche Regierung wieder alle Mühe, das Instrument vorzubereiten, das ihr die Sicherheit gewährleisten soll. Sie hat die Absicht, bestimmte Verpflichtungen in Bezug auf die westlichen, jedoch nicht auf die östlichen Grenzen, zu übernehmen. Sie würde auf die Anwendung von

Kriegsmitteln als einer Methode zur Änderung der vorhandenen Umstände verzichten, aber sie würde sich nicht mit diesen Zuständen einverstanden erklären. Ich glaube nicht, dass das Kabinett darüber hinausgehen kann. Ich glaube auch nicht, dass es, falls es darüber hinausgehen sollte, die Zustimmung des Reichstages fände. Ich habe mich mit Freude daran erinnert, dass auch der Vertrag von 1839, der die Neutralität Belgiens sicherte, ganz einfach im Wortlaut war. Wenn wir uns heute – ohne komplizierte Klauseln und ohne alle möglichen, aber unwahrscheinlichen Eventualitäten in Betracht zu ziehen – mit einem Wortlaut einverstanden erklärten, der sich vor 90 Jahren als ausreichend erwies, würde der Entwurf eines Sicherheitspaktes auf Gegenseitigkeit keine allzu schwierige Angelegenheit sein.

15. März 1925.

Berlin.

In den letzten zwei Wochen ist ein beträchtlicher Fortschritt erzielt worden. Ein Punkt, der heute noch nebensächlich ist, jedoch später von Bedeutung sein wird, ist bereits entschieden. Die deutsche Regierung hat sich endlich entschlossen, in den Völkerbund einzutreten. Die Vorbehalte, die sie gemacht hat und die ich in meinem Telegramm nach Genf mitteilte, scheinen in der Antwort des Völkerbundes, die heute Morgen in den deutschen Zeitungen veröffentlicht wird, entsprechend berücksichtigt worden zu sein. Falls Luther den ehrlichen Wunsch hat, in den Völkerbund einzutreten, kann er den formulierten Bedingungen zustimmen.

Ich sehe die Frage als fast erledigt an.

Die dauernden Reibungen zwischen Deutschland und Polen in Bezug auf die heiss umstrittene deutsch-polnische Grenze, zu denen noch die Angst hinzukam, dass Deutschland gezwungen sein werde, um die territoriale Vereinigung des westlichen Ostpreussens zu kämpfen, hat in britischen und anderen diplomatischen Kreisen dazu geführt, dass man nach einer anderen Lösung des polnischen Korridors und der Freistadt Danzig zu suchen begann. Die einzige Lösung, die einigermaßen befriedigte,

aber vom britischen Foreign Office als verfrüht abgelehnt wurde, war die sogenannte Memellösung. Sie kam auf den Verzicht seitens Polens auf einen Zugang zum Meere durch den Korridor und die Rückgabe Danzigs an das Reich heraus. Im Austausch gegen diese polnischen Konzessionen sollte Polen wirtschaftliche Vorteile auf den Eisenbahnen, die von Polen nach Danzig führen, bekommen und vielleicht auch eine freie Zone im Danziger Hafen. Ausserdem war Polen ein eigener Zugang zum Meer im Memelhafen zgedacht. Dieser Hafen, der nach der Memeler Konvention unter die Souveränität Litauens fällt, sollte mit Polen durch einen engen Gebietsstreifen – einen anderen Korridor – verbunden werden. Da jedoch dieser Gebietsstreifen von Litauen weggenommen werden musste, das auf diese Weise des einzig brauchbaren Zugangs zum Meere beraubt sein würde, sollte Polen seinerseits gewisse Konzessionen an Litauen machen, vielleicht in der Form der völligen oder teilweisen Rückgabe des Wilnaer Gebietes an Litauen. Dieses polnisch-litauische Abkommen würde in Anbetracht der besonders starken Spannung zwischen Warschau und Kowno den am schwersten zu verwirklichenden Punkt des Abkommens gebildet haben.

Im Zusammenhang damit ist es von Interesse, die wenig bekannte Tatsache in Erinnerung zu rufen, dass während der Versailler Konferenz von 1919 der italienische Diplomat de Martino, der ein scharfer Gegner des Gedankens des Danziger Korridors war, weil er damit rechnete, dass dies früher oder später zu einem deutschpolnischen Konflikt führen müsste, die Zuteilung Memels an Polen befürwortete, um ihm einen direkten Zugang zur Ostsee zu verschaffen.

*18. März 1925.*

Berlin.

Philip Kerr, der hier zu Besuch weilt und in die Kulissen der Versailler Konferenz mehr Einblick bekam als irgendein anderer, erzählte mir, dass der jetzt so scharf umstrittene Danziger Korridor von Clemenceau und Wilson gegen den Willen Lloyd Georges durchgesetzt wurde. Sowohl Clemenceau wie Wilson hatten eine romantische Vorliebe für Polen. Clemenceau dachte, dass mit jedem Untertan, den Polen gewann, man sich eines Deutschen und daher eines Feindes Frankreichs entledigte.



Wilson war durch das Denkmal von Kosciuszko beeinflusst, das vor dem Weissen Hause in Washington steht. Das Denkmal trägt die folgende Inschrift: «Die Freiheit schrie, als Kosciuszko fiel.» Nun ist es Kosciuszko, der zum Schreien neigt, ohne Rücksicht auf den Fall oder Aufstieg der Freiheit.

Ich fragte Kerr, welche Alternative es für das gegenwärtige Abkommen gibt. Er meinte: «Der einzige Plan würde eine Volksabstimmung in dem nördlichen Teil des Korridors sein, d.h. in dem Lande zwischen Bromberg und dem Meere, dem Streifen des westpreussischen Gebietes, das westlich von Danzig liegt und von einer Bevölkerung bewohnt wird, die weder sehr deutsch, noch sehr polnisch ist.» Er glaubte nicht, dass es nun möglich wäre, Polen einen Zugang zur See bei Memel zu geben, da das litauische Nationalgefühl bereits zu stark entwickelt sei.

Er meinte, dass, falls es sich bloss um Gerechtigkeit handele, Polen nicht mehr Anspruch auf einen Hafen hätte als die Tschechoslowakei. Es hätte sich mit Freihafenerleichterungen begnügen sollen, ähnlich wie sie der Tschechoslowakei in Hamburg und Stettin zugebilligt wurden.

Kerr stimmt mit mir überein, dass es für Deutschland möglich wäre, Polen ein genügend reizvolles Angebot zu machen, um es zu einer Berichtigung seiner Grenzen zu bringen. Nationale Vorurteile können hier jedoch störend eingreifen, und die Gefühle der Deutschen den Polen gegenüber entsprechen ungefähr denen der Nordiren gegenüber den Südiren. Die Deutschen hassen die Polen. Sie sehen ihre Mängel und verkennen ihre zweifellos guten Seiten wie auch ihre unbestreitbaren Leistungen. Es ist die Verachtung des Baritons für den Tenor – ebenso unbegründet wie unheilbar.

29. März 1925.

Berlin.

Nun sind zwei Monate vergangen, seitdem das deutsche Angebot in London unterbreitet wurde. Die französische Presse nennt es noch immer das Stresemann – d'Abernon-Memorandum. Ich habe das Gefühl,

dass der klügste Berater der Wilhelmstrasse Gauss war, der juristische Sachverständige des Auswärtigen Amtes. Ich habe diesen geheimnisvollen Mann nie gesehen, aber er wird immer als ein grosses juristisches Licht bezeichnet, und ich nehme an, dass er nicht nur hervorragende technische Eigenschaften, sondern auch eine grosszügige Auffassung besitzen muss.

Was nun meinen eigenen Anteil an der Genesis des Paktes betrifft, so bin ich für diesen Gedanken im Laufe der letzten drei Jahre ununterbrochen eingetreten. Seit Oktober habe ich diese Frage häufig mit Schubert besprochen, insbesondere nach dem Rückschlag der Verhandlungen über die Räumung Kölns. Diese Gespräche haben wahrscheinlich zu dem deutschen Schritt am 20. Januar geführt; aber was vor diesem Zeitpunkt geschehen ist, war von geringerer Bedeutung im Vergleich zu den Hindernissen, die in den letzten sechs Wochen überwunden oder aus dem Wege geräumt wurden. Wie «das Kind» sich am Leben erhalten konnte, entzieht sich menschlichem Verständnis. Eine kühle, misstrauische Öffentlichkeit – der für den Vater Geltende mehr als halb geneigt die Verpflichtungen der Vaterschaft zu leugnen – nirgends eine wirkliche Unterstützung –, durch all dies musste das Kind in den ersten Wochen seines Lebens durchgebracht werden.

Augustus John wohnt seit zwei Wochen in der Botschaft und hat einige Porträts zu malen begonnen.

Das wichtigste ist das Bild Stresemanns. John malt das Porträt zu seinem eigenen Vergnügen und wird die Leinwand mitnehmen, um die Sammlung der berühmten Männer der Versailler Konferenz zu erweitern, die er vor einigen Jahren gemalt hat. Das Porträt ist eine geschickte Arbeit – nicht im Geringsten geschmeichelt. Stresemann sieht teuflisch schlau und ausserordentlich klug aus. In Wirklichkeit ist das Modell sehr klug, aber nicht schlau.

Augustus John will im Winter hier ausstellen, denn Berlin scheint ihm sehr gut zu gefallen.

Er erzählte mir gestern Abend eine amüsante Geschichte über seinen Streit mit einem seiner Hauptmäzene, einem Amerikaner irischer Herkunft, namens Quinn, der vor dem Kriege viele seiner Bilder zu kaufen pflegte.

Im Anfang des Krieges schrieb ihm John: «Ich habe das Bild eines Soldaten gemalt. Hätten Sie dafür Interesse?» Quinn erwiderte: «Khaki interessiert mich nicht, und ich habe wenig Vorliebe für Engländer!» John schrieb ihm umgehend: «Ich liebe Khaki, und ich liebe Engländer – aber das Bild, das ich erwähnte, stellt zufällig einen dieser verdammten Irländer dar, wie Sie selbst einer sind.» Daraufhin verzankten sich die beiden und söhnten sich erst fünf Jahre später aus.

John hegt eine grosse Bewunderung für Ingres. Als ich ihm sagte, Ingres hätte einen harten Strich, erwiderte er mir: «Ein harter Strich ist in einer Zeichnung unbedingt notwendig, falls man ihn nur erreichen kann, ohne ins Hässliche oder Lächerliche zu verfallen . . . Der harte Strich ist das Ideal, das sich am schwersten verwirklichen lässt.»

Er hat auch eine grosse Bewunderung für die französischen Impressionisten – Degas, Manet, Gauguin. In der englischen Malerei stellt er Gainsborough an die erste Stelle und spricht mit grosser Bewunderung von Beardsley, den er um sein wunderbares Schicksal beneidet, der arme Knabe aus der Volksschule in Brighton, der jetzt zum Gesprächsthema der ganzen Welt geworden ist.

Um auf Stresemann zurückzukommen, so bin ich überzeugt, dass, wenn einmal die Geschichte unserer Zeit geschrieben werden wird, er eine überragende Rolle eingeräumt bekommt. Wie so viele der besten politischen Köpfe Englands – Disraeli, Peel, Gladstone, Balfour, Lloyd George –, hat er in viel stärkerem Masse die Fähigkeit, Misstrauen zu erregen als Bewunderung und Vertrauen zu erwecken. Niemand liebt ihn wirklich; keine Partei hat volles Vertrauen zu ihm, aber er ist durch seine dialektische Überlegenheit, seine klaren, entscheidenden Ansichten und die Richtigkeit seiner Auffassung unentbehrlich geworden.

Die Sitzungen, die er John gewährte, boten mir eine einzigartige Möglichkeit, mit Stresemann den Sicherheitspakt zu besprechen. Als das Porträt begann, stand er unter dem Eindruck der kühlen Aufnahme seines Schrittes, und ich hatte das Gefühl, er würde am liebsten die ganze Angelegenheit fallen lassen. Im Gespräch während der Sitzungen tat ich mein Möglichstes, um ihn auf dem einmal eingeschlagenen Wege beharren zu lassen, und es gelang mir, wie ich glaube, dem «Kinde» neues Leben einzuflößen. Man hätte diese Sitzungen zu einem symbolischen Bild «Die Diplomatie von der Kunst unterstützt» gestalten können.

20. März 1925.

Berlin.

Wenn die deutsche Regierung den Sicherheitspakt durchführen will, muss sie sich zu einer grosszügigeren Auffassung der Verhandlungen aufschwingen. Sie muss sich dessen bewusst werden, wie notwendig es ist, etwas zur Beruhigung Polens zu tun. In diesem Zusammenhange dränge ich die Deutschen dazu, ihren Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit Polen wirklich grosszügige Richtlinien zu geben. Sie müssten es sich überlegen, welche Vorteile sie den Polen anbieten können, um irgendwelche Änderungen im Korridor zu erzielen. Wenn der Korridor wirklich untragbar ist, wie sie behaupten und wie ich selbst glaube, müssten sie den Polen gute Bedingungen einräumen; aber ich bin mir vollkommen darüber klar, wie schwer, ja fast unmöglich es ist, eine Lösung zu finden, die für beide Regierungen und die öffentliche Meinung in beiden Ländern annehmbar wäre.

Die französische Regierung hat sich noch nicht über den Sicherheitspakt geäussert, aber Stresemann hat den Eindruck, dass Herriot persönlich den Gedanken freundlich aufgenommen hat. Er hat die Antwort herausgezögert, um die französische öffentliche Meinung an den Gedanken der Gegenseitigkeit zu gewöhnen. Chamberlain hat sich vor Kurzem auf der Reise aus Genf in Paris aufgehalten und scheint in den Unterredungen dort die Arbeit sehr gefördert zu haben.

23. März 1925.

Berlin.

Die beste Darstellung der Laufbahn Curzons stammt aus der Feder von T.P.O'Connor im «Daily Telegraph». Es ist im grossen Ganzen ein gutes, verständnisvolles Bild; aber bis jetzt hat niemand Curzons wunderbaren Humor, seinen gewaltigen Sinn für Komik und seine intensive Genussfähigkeit richtig geschildert. Man hat auch nicht seine besondere Fähigkeit der Freundschaft genügend hervorgehoben. Ich kenne keinen Mann, der an seinem eigenen Kreis mehr hing als Curzon, oder mehr für die Menschen, die zu diesem Kreis gehörten, zu tun bereit war. Es war vielleicht eher eine Anhänglichkeit an eine bestimmte Gruppe, als Liebe für einen Einzelnen, denn er hatte in Wirklichkeit keinen vertrauten Freund – er teilte sich viel eher den Menschen mit, die ausserhalb seines Kreises standen, als denen, mit denen er ständig in Berührung stand.

Vielleicht war Crewe, der politisch einen entgegengesetzten Standpunkt einnahm, ihm gefühlsmässig der Nächste. Er schätzte Crewes Zurückhaltung und seine Wahrung der Distanz – den vollkommenen Mangel an leichter, farbiger Mitteilungsfähigkeit, an überraschenden Gefühlsäusserungen – alles Eigenschaften, die äusserlich in starkem Kontrast zu seinem eigenen Charakter standen.

## KAPITEL VIII

### MÄRZ – JUNI 1925

Anfang des Jahres 1925 wurden die Sachverständigen der mitteleuropäischen Abteilung des Foreign Office beauftragt, die Frage der französischen Sicherheit eingehend zu untersuchen. Ihre Schlussfolgerungen wurden unter der Leitung Chamberlains in einem Memorandum niedergelegt, das den Kabinettsministern unterbreitet wurde. Dieses Memorandum vom 20. Februar 1925 empfahl den Abschluss eines einseitigen Defensivpaktes zwischen Grossbritannien und Frankreich. Allem Anschein nach hatte der deutsche Vorschlag vom Januar, einen gegenseitigen Sicherheitspakt zwischen Deutschland und den wichtigsten alliierten Mächten zu schliessen, keine Beachtung gefunden. Der Plan des Ausenministers wurde jedoch von einer grossen Zahl seiner Kollegen abgelehnt, zu denen die einflussreichsten Kabinettsminister gehörten.

Was sich damals im Kabinett eigentlich ereignet hat, ist nicht genau bekannt. Aber es hiess zu jener Zeit, dass der Vorschlag eines einseitigen Defensivpaktes auf eine starke Opposition der prominentesten Regierungsmitglieder, mit Einschluss von Balfour, Birkenhead, Curzon und Churchill, stiess. Die oppositionelle Haltung Curzons wirkte überraschend. Der Haupteinwand gegen den Plan war, dass der einseitige Pakt mit Frankreich gegen Deutschland das Deutsche Reich in die Arme Russlands treiben würde. Man gab fernerhin dem Wunsch Ausdruck, mit den Verhandlungen über einen ausgedehnteren gegenseitigen Sicherheitspakt auf der Basis des deutschen Vorschlags vom Januar fortzufahren. Chamberlain musste sich der Mehrheit fügen.

Zwei Tage später, am 6. März, hielt er sich 24 Stunden in Paris auf, bevor er zur Tagung des Völkerbundsrates weiterfuhr. Er teilte Herriot die Entscheidung des britischen Kabinetts mit, das sowohl das Genfer Protokoll wie den Vorschlag eines englischfranzösischen Bündnisses gegen Deutschland abgelehnt hatte.

Am 9. März legte Chamberlain in einer sehr beachtenswerten Rede die Gründe dar, die die britische Regierung zur Ablehnung des Genfer Protokolls bewogen haben.

Aber nachdem die englische Regierung für den Gedanken des Sicherheitspaktes gewonnen war, fand sie bei der deutschen Regierung eine geringe Geneigtheit, ihren sechs Wochen vorher gemachten Vorschlag aufrechtzuerhalten. Die deutsche Regierung hatte sehr wenig Ermutigung im Auslande und gar keine im Inlande gefunden. Die Deutschnationalen lehnten sich energisch gegen die Konzessionen auf, die einen wesentlichen Teil des vorgeschlagenen Planes bildeten, und als Gegengewicht zu ihrer heftigen Opposition stand nur die lauwarmer Unterstützung der Linken. Es sah so aus, als ob der Plan von 1925 das Schicksal des Angebotes von 1923 teilen sollte.

23. März 1923.

Berlin.

Chamberlain hat sich jetzt mit Begeisterung den deutschen Vorschlag zu eigen gemacht, von dem er behauptet, er könne das Morgendämmern einer neuen Ära der europäischen Befriedung bedeuten. Ich bin überzeugt, dass wir diese Politik zum erfolgreichen Abschluss bringen könnten, falls wir auf unserem Standpunkt beharren und bei den andern Mächten keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, dass wir entschlossen sind, an einem gegenseitigen Pakt festzuhalten und uns sowohl dem Protokoll wie einem gegen Deutschland gerichteten Pakt energisch widersetzen werden. Die öffentliche Meinung in Frankreich wird allmählich die Vorteile dieser Politik einsehen, vorausgesetzt, dass wir uns ohne Zögern und ohne Rückfälle dafür einsetzen. Frankreich wäre es zweifellos lieber, wenn es irgendeine antideutsche Form der Sicherheit bekommen könnte, aber sobald es begreift, dass ein solcher Plan keine Aussicht auf Englands Unterstützung hat, wird es zum gegenseitigen Sicherheitspakt bekehrt werden und darin die Garantie für seine Sicherheit finden. Welcher von beiden Plänen der vorteilhaftere ist, braucht nicht näher erörtert zu werden. Der eine kann das Morgendämmern eines neuen Tages bedeuten, der andere die unbedingte Fortdauer der Nacht bitterer Kämpfe.

Stresemann, der zuerst über die kühle Aufnahme seiner Vorschläge, sowohl im Auslande wie im Inlande, entmutigt war, wird angesichts der plötzlich gewonnenen Unterstützung Chamberlains seinen früheren Gleichmut wiedererlangen und die Verhandlungen mit voller Energie betreiben. Es ist nur die Frage, ob ihm die öffentliche Meinung folgen wird.

*26. März 1925.*

Berlin.

Die Diskussionen drehen sich jetzt um die polnische Grenze. Man hat in London den Verdacht, dass die deutschen Vorschläge der Sicherstellung der Westgrenze nur vorgebracht wurden, um die Lage für einen Krieg im Osten günstiger zu gestalten. So unbegründet auch dieser Verdacht ist, scheint es von grösster Bedeutung, dass die deutsche Regierung ihre Beziehungen zu Polen bessert und mit der Sicherstellung der polnischen Grenze weitergeht, als sie es bis jetzt getan hat.

*2. April 1925.*

Berlin.

Die öffentliche Meinung in England wird immer mehr für den Sicherheitspakt gewonnen. Grey hat eine ausgezeichnete Rede bei einer Versammlung der Völkerbundsliga gehalten, in der er die Politik der gegenseitigen Garantie bedingungslos billigte. Auch Ramsay Macdonald hielt eine kluge und viel beachtete Rede.

Die britische Regierung hat sich weder in Paris noch in Genf von ihrem Standpunkt abbringen lassen. Sie betonte mit aller Entschiedenheit, dass das deutsche Angebot ernsthafte Beachtung verdient, und dass England nur auf einer solchen Basis imstande sei, Garantien für die französische Sicherheit zu geben. Die Ausführungen, die Chamberlain über dieses Thema machte, haben selbst bei denjenigen, die ihn nicht mögen, den Eindruck erweckt, dass sie vollkommen ehrlich gemeint sind, und dass sich an ihnen weder rütteln noch deuten lässt.

Um einen Fortschritt auf dem einmal eingeschlagenen Wege zu erzielen, ist es in erster Linie notwendig, dass die französische Regierung



sich bereit erklärt, der deutschen Initiative endlich Beachtung zu schenken. Sie muss klar und deutlich erkennen lassen, dass sie den ehrlichen Wunsch hat, eine Basis für die Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und den Alliierten zu finden. Sobald die öffentliche Meinung Vertrauen zu ihrer Verhandlungsbereitschaft gewinnt, wird sie sofort darauf reagieren. Im Augenblick ist sie noch skeptisch und misstrauisch.

Es gibt noch einen andern Punkt, der heftige Auseinandersetzungen hervorrufen mag. Frankreich und England werden wahrscheinlich darauf bestehen, dass Deutschland in den Völkerbund eintreten muss, bevor es über den Sicherheitspakt zu verhandeln beginnt. Obwohl ich den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund für sehr erwünscht halte, würde ich ihn nicht zu einer Vorbedingung machen. Sobald eine günstige Lösung des Paktes erreicht ist, wird Deutschland von selbst nach Genf gravitieren.

Ich höre von allen Seiten, dass Chamberlain energisch daran arbeitet, sowohl in Paris eine entgegenkommende Antwort auf die deutsche Anregung wie auch eine günstige Aufnahme der französischen Antwort in Berlin zu erzielen. In Paris kann er mehr erreichen als irgendein anderer. In Berlin kann ich ihm behilflich sein.

2. Mai 1925.

Berlin.

Der deutsche Vorschlag vom 20. Januar hat einen unbestrittenen Vorteil. – Er bringt die Dinge zur klaren Entscheidung. Wir müssen zwischen zwei politischen Richtungen wählen: entweder machen wir uns den französischen Gedanken der einseitigen Garantie der französischen Grenze zu eigen und behandeln Deutschland als den ewigen Feind, oder wir stellen uns auf den Boden der entgegengesetzten Politik und garantieren die deutsche Grenze ebenso wie die französische und bringen Deutschland in den westlichen Zusammenschluss hinein.

Ich habe schon seit langem meine Wahl getroffen, und meine Entscheidung findet sich durch die Argumente bestärkt, die in London zugunsten der andern politischen Orientierung vorgebracht werden.

Man hat in London vor Kurzem ein sehr interessantes Dokument veröffentlicht, das die offizielle Auffassung der Lage zu vertreten behauptet. Dieses Dokument ist mit ausserordentlichem literarischen Geschick entworfen und fasst alle Argumente zusammen, die sich zugunsten dieser Politik anführen lassen. So klug und erfinderisch diese Argumente auch sind, so scheinen sie mir gegen den Kurs zu sprechen, für den sie eintreten wollen. Die Befürworter des Westpaktes führen folgende Gründe an:

1. Es ist zweifelhaft, ob Deutschland im Jahre 1914 den Krieg erklärt haben würde, wenn es bestimmt gewusst hätte, dass das britische Reich Frankreich zu Hilfe eilen wird. Wenn es jetzt die Gewissheit haben würde, dass es sich durch einen Einmarsch in Frankreich sofort die Feindschaft Englands zuziehen wird, wird es kaum wagen, einen solchen Versuch zu unternehmen.

2. Frankreich will die Gewissheit haben, dass das britische Reich ein unmittelbares Interesse an seiner Sicherheit nimmt. Die Politik der Herausforderung, die seinen jetzigen Gefühlen der Unsicherheit entspringt, wird dadurch gemildert werden. Frankreich wird mit geringerem Bangen der kommenden Räumung des Rheinlandes entgegensehen, es wird weniger dazu neigen, die kleine Entente als ein Waffenlager im Osten Deutschlands zu betrachten. Es wird sich seiner finanziellen Stabilisierung widmen und mit der Rückzahlung seiner Schulden beginnen können.

3. Die kleineren europäischen Staaten werden die Lehre daraus ziehen, dass sie im Frieden mit ihren Nachbarn leben müssen; und dass es keine gesunde Politik ist, in bangem Warten auf eine zweite europäische Feuersbrunst zu verharren.

4. Es wird ein fester Kern von Sicherheit, Stabilität und Klarheit geschaffen werden. Um einen solchen Kern können sich allmählich immer

weitere Kreise bilden. Einer eventuellen Einbeziehung Deutschlands in den Rahmen der bereits feststehenden Sicherheit wird nichts im Wege stehen.

5. Obwohl es unter den heutigen Umständen in Europa nutzlos wäre, die Revision der Friedensverträge auch nur zu erwähnen, könnte sich eine gesündere Auffassung durchsetzen, sobald das europäische Konzert allmählich wieder hergestellt ist. Es ist durchaus vorstellbar, hauptsächlich wenn Deutschland mit französischer Zustimmung Mitglied des Völkerbunds wird und einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat bekommt, dass es möglich sein wird, durch europäisches Übereinkommen die gefährdenden Zustände, die die schlesische Regelung und der polnische Korridor schufen, zu revidieren.

Der Haupteinwand, den ich gegen die Behauptungen des Memorandums mache, ist, dass eine Befriedung innerhalb solcher Richtlinien nicht möglich ist. Deutschland würde zu einer dauernden feindseligen Stellung gezwungen und gegen seinen Willen zu einer Zusammenarbeit mit Russland getrieben werden.

Nachdem die militärische Macht jetzt ausschliesslich auf der Seite Frankreichs und seiner Alliierten ist, wird die Gefahr einer militärischen Unterdrückung durch den stärkeren Zusammenschluss viel grösser sein als die Gefahr eines Angriffs seitens Deutschlands.

Die Theorie, dass Frankreich, wenn es der englischen Unterstützung sicher sein wird und sein Kraftbewusstsein im Vertrauen auf seine mitteleuropäischen Alliierten wiedergewinnt, sich freundschaftlicher zu England stellen wird, als es heute tut, ist durchaus unrichtig. Das stärkste Argument, das in Frankreich für die Erhaltung eines engen Bündnisses mit England spricht, entspringt seiner Angst vor der Stärke Deutschlands. Sobald diese Angst behoben ist, laufen wir Gefahr, einen Verbündeten zu verlieren.

Der Gedanke, dass eine antideutsche Liga allmählich so erweitert werden könnte, um Deutschland einzubeziehen, ist, offen gesagt, ab-

surd. Noch sinnloser ist es, anzunehmen, dass ein unter der Leitung Frankreichs stehender Zusammenschluss der Mächte, der einer militärischen Vorherrschaft sicher wäre, die Friedensverträge im Geiste der rücksichtsvollen Milde revidieren wird. Dies schlägt jeder vernünftigen Auffassung ins Gesicht.

Die Behauptung, dass, sobald wir uns durch einen einseitigen Pakt gebunden haben, unser Einfluss auf Frankreich stärker sein wird, als es heute der Fall ist, wo wir Herr über unsere eigene Seele sind, ist vollkommen unzutreffend. Sobald wir uns durch eine solche Verpflichtung gebunden haben, werden wir zu Satelliten Frankreichs werden und unseren Einfluss und unsere Unabhängigkeit opfern.

Das Memorandum zieht gerade die wesentlichsten Punkte nicht in Betracht, und zwar 1. die Gewährleistung sowohl der französischen wie der deutschen Sicherheit; 2. notwendige Massnahmen zur Überwindung der Kriegsmentalität und Schaffung einer Friedensatmosphäre.

3. *Mai 1925.*

Berlin.

Ich habe nach meiner Rückkehr hier gefunden, dass die deutsche Regierung noch immer dem Sicherheitspakt treu geblieben ist. Es ist jedoch eine Treue ohne Begeisterung. Es scheint eine Mehrheit zu seinen Gunsten vorhanden zu sein, aber diese Mehrheit verhält sich schweigend, während die Gegner über einen grossen Stimmaufwand verfügen. Stresemann ist die Zielscheibe der heftigsten Schmähungen der Rechtsradikalen, und er geht mit einer gewissen Angst den kommenden Debatten entgegen.

Der Sicherheitspakt ist in der Tat keine kräftige einheimische Pflanze, die rohe Behandlung vertragen wird. Er ist eher eine exotische Blüte von grosser Schönheit und hohem Wert, die zart gepflegt und umsorgt werden muss, da sie keine allzu grosse Widerstandskraft besitzt. Ich machte es der deutschen Regierung begreiflich, dass Deutschlands

Eintritt in den Völkerbund ein sine qua non des Paktes ist. Ich habe es getan, weil ich ausdrückliche Instruktionen hatte. Die Russen machen weiterhin die verzweifeltsten Versuche, um Deutschland an dem Eintritt in den Völkerbund zu hindern.

4. Mai 1925.

Berlin.

Ich hatte heute ein längeres Gespräch mit dem ehemaligen Reichskanzler Wirth. Er war offensichtlich über die Niederlage seines Kollegen Marx bei der Reichspräsidentenwahl bedrückt. Er schien mir auch um die Auswirkungen der Hindenburgwahl auf die Aussenpolitik, aber nur für die nächsten Monate, besorgt. Die erwartete Entwaffnungsnote wird hier wahrscheinlich bald übermittelt werden, und man wird sich zuerst mit diesem Problem auseinanderzusetzen haben. Die drei wichtigen Fragen – die Räumung Kölns, der Eintritt in den Völkerbund und der Sicherheitspakt – werden auf gewaltige Schwierigkeiten stossen, und obwohl er sich dessen bewusst sei, dass eine simultane Regelung dieser drei Fragen die beste Lösung wäre, glaube er, dass diese Aufgabe beinahe die menschlichen Kräfte übersteigt. Wenn England nicht energisch die Führung übernimmt, wird kaum eine Aussicht auf eine verständige Regelung vorhanden sein.

In Bezug auf die Entwaffnungsfrage meinte er, dass sich, sobald die alliierten Forderungen übermittelt werden, Stresemann in einer wenig beneidenswerten Lage befinden wird. Er selbst habe genug Erfahrung mit den Franzosen im Jahre 1923 während seiner zahlreichen Unterredungen mit General Nollet gewonnen, der, wie auch sein Ruf im Auslande sein mag, sich als ein bitterer Gegner bei den Erörterungen der militärischen Fragen in Deutschland erwies.

Das Problem der Sicherheitspolizei schuf die grössten Schwierigkeiten. Im Laufe seiner Unterredungen mit Nollet traf jedes Argument, das für die Unterbringung der Polizei in den Kasernen oder das Vorhandensein organisierter Kräfte, die als Militärtruppen benutzt werden konnten,

angeführt wurde, auf vollkommen taube Ohren. Nollet weigerte sich, die Notwendigkeit der Polizeikräfte zur Unterdrückung des Kommunismus zuzugeben, und meinte, man hätte ja immer die Reichswehr für den Fall kommunistischer Unruhen zur Verfügung. Wirth behauptete mit aller Entschiedenheit, dass seine Erfahrung während der kommunistischen Unruhen im Jahre 1920 ihn überzeugt hätte, die Polizei sei unentbehrlich und die Verwendung von Soldaten zur Unterdrückung bürgerlicher Unruhen käme überhaupt nicht in Frage.

Die Deutschnationalen sollen über die Hindenburgwahl durchaus nicht beglückt sein. Sie sind sich der Schwierigkeiten ihrer Lage, sowohl im Hinblick auf die Entwaffnungsfrage wie auf die Räumung von Köln, bewusst. Andererseits würde es ihnen sehr willkommen sein, wenn die Paktverhandlungen an Erschöpfung dahinsiechen würden. Wirth glaubte nicht, dass Tirpitz in der Lage sein würde, den Reichspräsidenten zu beeinflussen, und meinte, dass überhaupt keiner auf ihn einen Einfluss gewinnen würde, da er den politischen Problemen des Tages zu fern stehe.

Was den Eintritt in den Völkerbund betrifft, so meinte Wirth, er sei gegen den Eintritt, solange nicht eine Anzahl von Fragen, darunter der Sicherheitspakt, in ihrer wahren und ganzen Bedeutung erkannt seien. Die Gründe, die er mir anführte, waren nicht überzeugend, und ich konnte mich nicht des Gedankens erwehren, dass sein letzter Besuch in Russland seine Ansichten zum Teil beeinflusst hat. Er war der Meinung, dass die Lage in Russland sich zu bessern beginne, der Fortschritt jedoch noch infolge des Mangels an ausländischem Kapital sehr langsam sei.

*4. Mai 1925.*

Berlin.

Obwohl die Mehrheit hier den Sicherheitspakt lauwarm unterstützt, leidet er unter der Tatsache, dass seine Anhänger stumm sind. Eine freundliche Haltung der Alliierten ist daher von überragender Bedeutung, nicht nur weil sie dem Pakt zustimmen müssen, sondern weil er in

Deutschland sich nicht am Leben erhalten wird, falls man ihn nicht ermutigt. Ich finde es sehr schwer, Westeuropa zu diesem Gedanken zu bekehren. Man hält dort noch beharrlich an der Ansicht fest, dass der ganze Plan eine geschickte Erfindung irgendeines teutonischen Machiavelli ist.

Die Russen haben in ihren verzweifelten Versuchen, Deutschland von dem Eintritt in den Völkerbund abzubringen, Brockdorff-Rantzau, den deutschen Botschafter in Moskau, überredet, eigens zu diesem Zwecke nach Berlin zu kommen, um hier ihre Ansichten mit Nachdruck zu vertreten.

8. Mai 1925.

Berlin.

Das Buch von Brandenburg über die Geschichte der deutschen Vorkriegsdiplomatie, das unter dem Titel «Von Bismarck zum Weltkriege» veröffentlicht wurde, ist ein Meisterwerk. Als er zuerst die Dokumente zu prüfen begann, neigte er dazu, England als den Bösewicht des Welt-dramas anzusehen, aber eine nähere Untersuchung der Tatsachen brachte ihn zu gänzlich anderen Schlussfolgerungen. Das Buch verdient viel Beachtung.

8. Mai 1925.

Berlin.

Eine Frage drängt sich auf: Welche Wirkung wird die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten auf die auswärtige Politik haben? Wird die Politik der Befriedung, die von der Luther-Stresemann-Regierung betrieben wurde, aufgegeben werden? Die Pessimisten haben es zuerst geglaubt, aber ihre Befürchtungen haben sich bald als unbegründet erwiesen, und die besten Kenner der Lage sind überzeugt, dass das deutsche Sicherheitsangebot, das am 10. Februar Frankreich unterbreitet wurde, aufrechterhalten werden wird. Wenn dies der Fall ist, wird die Tatsache, dass Hindenburg an der Spitze der Regierung steht, den internationalen Verpflichtungen umso mehr Gewicht geben.

Nicht nur die Beamten der Wilhelmstrasse, sondern auch die meisten deutschen Politiker beklagen sich darüber, dass der Schritt vom 10. Feb-

ruar kein entsprechendes Echo in Frankreich gefunden hat. England hat nach einem gewissen Zögern herzlich und entgegenkommend auf die deutsche Initiative reagiert. Die Rede Chamberlains vom 5. März lässt nichts zu wünschen übrig.

Ich persönlich halte die Unentschlossenheit der Franzosen für blosser Parteitaktik, aber eine Verzögerung kann gefährlich werden. Die Haltung der Deutschnationalen gegenüber dem Sicherheitspakt ist im Augenblick günstiger als ihre normale Stellungnahme. Ein Rückschlag des Pendels wird jedoch nicht ausbleiben.

25. Mai 1925.

Berlin.

Briand hat weitere Erklärungen über den Entwurf seiner Antwort abgegeben, die auf mich einen nicht weniger günstigen Eindruck gemacht haben als der ursprüngliche Entwurf.

Ich beginne, hoffnungsvoller in die Zukunft zu sehen. Die Verhandlungen müssten jedoch in den nächsten zwei oder drei Monaten zum Abschluss gebracht werden. Jede Verzögerung kann sich als verhängnisvoll erweisen. Um volle Gültigkeit zu haben, müsste der Pakt von einem Ministerium, in dem die Deutschnationalen vertreten sind, gebilligt und von Hindenburg unterzeichnet werden, dessen Wort für alle Kreise in Deutschland bindend ist. Heute sind alle Voraussetzungen vorhanden, und viele gute Beurteiler der Lage fürchten, dass es sich später ändern könnte. Auf die Vernunft der Deutschnationalen ist nicht immer zu rechnen.

Bei der Sitzung des militärischen Unterausschusses der Konferenz über den Waffenhandel hat der deutsche Delegierte am 26. Mai 1925 in Genf die folgende Erklärung abgegeben:

«Deutschland ist bereit, ohne irgendwelchen Vorbehalt jedes internationale Abkommen zu unterzeichnen, das einen Verzicht auf den Gaskampf bedeutet. Diese Erklärung spricht, glaube ich, deutlich für die Bereitschaft Deutschlands, sich feierlich zum Verzicht auf den chemischen Krieg zu verpflichten.»



Am 27. Mai gab der Reichwehrminister Dr. Gessler folgende Erklärung im Reichstag ab:

«Deutschland hat in Genf den Antrag gestellt, dass der Giftgaskrieg, diese besonders unmenschliche und unritterliche Art des Kampfes, verboten werden solle. Solange die Alliierten den chemischen Krieg nicht abgeschafft haben, muss uns das Recht bleiben, dass wir wenigstens die Abwehrmassnahmen dafür haben.

1. Juni 1925.

Berlin.

Der Reichswehrminister erklärte unlängst, dass Deutschland bereit sei, ohne irgendwelchen Vorbehalt ein internationales Abkommen über das Verbot von chemischen Kriegsmitteln zu unterzeichnen. Ich halte es für sehr wichtig, dass von den Erklärungen, die sowohl der deutsche Delegierte in Genf wie Dr. Gessler vor dem Reichstag abgaben, ein möglichst weitgehender Gebrauch gemacht wird.

Dieses spontane Angebot Deutschlands bietet die Möglichkeit, dieser unmenschlichen Methode der Kriegführung auf alle Zeiten ein Ende zu bereiten, eine Gelegenheit, die man nicht ungenützt vorbeigehen lassen soll. Meiner Ansicht nach ist die deutsche Erklärung nicht genügend ausgewertet worden. Man dürfte eine solche Gelegenheit nicht versäumen.

2. Juni 1925.

Berlin.

Deutschland würde, wie ich glaube, sofort in den Völkerbund eintreten, wenn es nicht Angst vor dem Bruch mit Russland hätte. Brockdorff-Rantzau, der deutsche Botschafter in Moskau, ist für meinen Geschmack zu oft in Berlin und hat zu viel Einfluss.

Der italienische Botschafter Bosdari, der hier einen grossen Einfluss besitzt, beurteilt den Pakt noch immer sehr pessimistisch. Er hält den ganzen Plan für ein allzu idealistisches Gebilde. Seiner Ansicht nach ist der Gedanke selbst eines gegenseitigen Sicherheitspaktes reiner Unsinn.

3. Juni 1925.

Berlin.

Die Entwicklung der Verhandlungen über die Sicherheitsfrage nimmt einen, wenn auch nicht schnellen, so doch im Wesentlichen befriedigen-

den Verlauf. Gegen den Briandschen Entwurf der Antwort auf die deutsche Note vom 9. Februar lässt sich nicht viel einwenden, vielleicht nur, dass er etwas spät kommt und dass er der deutschen Regierung erst nach der Entwaffnungsnote mitgeteilt werden soll. Dies mag die öffentliche Meinung hier verstimmen und die Aussichten auf eine gute Aufnahme des Paktes verschlechtern.

In breiten Kreisen der deutschen Öffentlichkeit ist der Wunsch nach einem Sicherheitspakt nicht stark genug und nicht tief genug verwurzelt, um eine rohe Behandlung zu vertragen. Aus diesem Grunde hätte ich es begrüsst, wenn die Sicherheitsnote entweder zur gleichen Zeit mit der Entwaffnungsnote oder vorher abgesandt worden wäre. Es wäre klüger gewesen, wenn man die bittere Pille der Entwaffnungsforderungen durch eine Dosis gestärkter Sicherheit versüsst hätte.

Obwohl das deutsche Kabinett als Ganzes für den Sicherheitspakt eintritt, steigt im Herzen der deutschnationalen Minister die Angst auf, sich die Gunst ihrer Anhänger zu verscherzen, während die Sozialisten einer Rechtsregierung das Recht absprechen, die Lösung der Sicherheitsfrage, die die Sozialisten immer befürworteten und die die Rechte immer bekämpfte, auf ihr Verdienstkonto zu buchen.

Die von der englischen Regierung gestellte Bedingung, dass unsere Garantie sich nur auf die Westgrenze Deutschlands und nicht auf seine Ostgrenze erstrecken soll, ist zweifellos richtig und klug. Ich frage mich nur, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn man, anstatt diesen Vorbehalt zu formulieren, die Absendung der Briandschen Note abgewartet hätte, um unsere Einwände erst später zum Ausdruck zu bringen. Es war keine Gefahr einer voreiligen Übernahme von Verpflichtungen für uns vorhanden, und es wäre sicherlich vorteilhafter gewesen, wenn die Sicherheitsverhandlungen endlich in vollen Schwung gekommen wären.

Angesichts der Entwicklung des Luftkrieges zweifle ich daran, ob die Vorsichtsmassnahmen der Demilitarisierung viel Wert haben. Ausser-

dem bleibt der wesentliche Punkt, und zwar, wer als Angreifer anzusehen ist, unentschieden. Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, dass es, um wirksam einem Angriff vorzubeugen, notwendig wäre, ein Mittel zu finden, den Angreifer klar und deutlich anzuprangern.

11. Juni 1925.

Berlin.

Ich hatte gestern Abend ein langes vertrauliches Gespräch mit Stresemann. Er ist jetzt über die Frage des Durchmarsches mehr oder weniger befriedigt und hat eingesehen, dass die Havasdepesche die Angelegenheit in einem ganz falschen Lichte schilderte<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Am 8. Juni 1925 hat die Havasagentur eine Depesche aus Genf gebracht, die dem angeblich zwischen Chamberlain und Briand getroffenen Abkommen einen ganz einseitigen Charakter gab. In der Depesche hiess es: «Das nun zwischen den Regierungen Frankreichs, Belgiens und Grossbritanniens getroffene Abkommen bringt die formelle Entschlossenheit Grossbritanniens zum Ausdruck, die Rheingrenze, wie sie im Vertrag von Versailles festgesetzt wurde, zu garantieren. Man kann sagen, dass Grossbritannien die an Deutschland anstossenden Grenzen Frankreichs und Belgiens als seine eigenen betrachte und jede Verletzung seitens Deutschlands der auf die Rheingrenzen bezüglichen territorialen und militärischen Klauseln als einen Casus belli auffassen würde . . . Das französisch-britische Abkommen stellt ausdrücklich fest, dass, falls die östlichen Verbündeten Frankreichs einem offensichtlichen Angriff zum Opfer fallen würden, Frankreich das Recht haben soll, die demilitarisierte Rheinlandzone als strategisches Feld zu benutzen, um seinen angegriffenen Verbündeten zu Hilfe zu eilen.»

Diese Veröffentlichung übte eine beispiellose Wirkung auf Europa aus. In Deutschland schlug die ganze Presse einen gewaltigen Lärm. Das dort erwähnte Recht Frankreichs, das demilitarisierte Rheinland zu überschreiten, um seinen östlichen Verbündeten zu Hilfe zu eilen, wurde als völlig unannehmbar bezeichnet. Dr. Stresemann erkundigte sich sofort bei Lord d'Abernon, ob die Havaserklärung die Ansicht der britischen Regierung darstelle. In Belgien wurde dagegen das Havastelegramm mit einer ungeheuren Begeisterung aufgenommen. Die belgischen Zeitungen bezeichneten es als einen Beweis der Bekehrung Grossbritanniens zu den früher abgelehnten Vorschlägen einseitiger anglo-belgischer und anglo-französischer Defensivabkommen. In Italien rief die Depesche eine grosse Aufregung und Unzufriedenheit hervor, da in dem Telegramm die Teilnahme Italiens überhaupt nicht erwähnt wurde. Mussolini bemerkte, er sei äusserst erstaunt, da der Wortlaut des Abkommens, wie er von der französischen Nachrichtenagentur verbreitet wurde, sich durchaus nicht mit den Ansichten der französischen Regierung in Einklang bringen lasse.

Er hat die Absicht, das deutsche Angebot vom 9. Februar in einigen Tagen zu veröffentlichen. Die öffentliche Meinung ist schon reif dafür. Wenn der deutsche Vorschlag im Februar in Deutschland veröffentlicht worden wäre, hätte er die heftigsten Kämpfe entfesselt. Stresemann ist überzeugt, dass er damals von einem erregten Rechtsradikalen niedergeschossen worden wäre. Jetzt sieht er der Veröffentlichung mit Ruhe entgegen.

Die Tatsache, dass der Wortlaut des Dokumentes zwei Monate lang geheimgehalten werden konnte, spricht für die Möglichkeit der Geheimdiplomatie, und dass Herriot, wie es heisst, die ganze Angelegenheit einige Tage für sich selbst behielt, ohne sie überhaupt zu erwähnen, verdient das Lob einer beispiellosen Diskretion.

Über den voraussichtlichen Gang der Verhandlungen sagte Stresemann: «Meiner Ansicht nach müssen diese Fragen als Ganzes geregelt werden, und dies kann nur auf einer Konferenz geschehen. Deutschland kann nicht in den Völkerbund eintreten, solange Köln nicht geräumt ist. Ich bin mir vollkommen dessen bewusst, dass, solange Deutschland nicht in den Völkerbund eintritt, es keinen Sicherheitspakt geben kann. Andererseits könnte die Durchführung der Entwaffnungsforderungen wesentlich erleichtert werden, wenn die Sicherheitsverhandlungen sich reibungslos abwickeln würden.

Auch in London hat das halboffizielle französische Communiqué eine solche Unruhe ausgelöst, dass am 10. Juli der Premierminister darüber interpelliert wurde. Baldwin erwiderte, dass, soweit es Grossbritannien betrifft, der streng bilaterale Charakter des Abkommens gewahrt werden wird.

In Rom wurde mit aller Deutlichkeit erklärt, dass, wenn das Abkommen die Alliierten wieder einmal in einen direkten Gegensatz zu Deutschland stellen sollte, Italien sich daran nicht beteiligen würde. Nur ein Pakt gegenseitiger Verständigung zwischen Italien und seinen ehemaligen Feinden könne auf die Unterstützung Italiens rechnen.

Die Haltung Mussolinis bei dieser Gelegenheit war umso bemerkenswerter, als der ganze Gedanke des Paktes keinerlei Ermutigung seitens der italienischen Botschaft in Berlin fand. Graf Bosdari äusserte sich immer sehr skeptisch über den ganzen Plan.

Auch die ganze Frage der deutschen internationalen Verbindungen muss geregelt werden. Wir können nicht auf die Verbindung mit Russland verzichten, ohne ein positives Entgelt auf der anderen Seite. Ich habe bereits viel mit der heftigen Opposition der Russen zu tun. Ich weiss eigentlich nicht, was ihnen unangenehm ist, der Sicherheitspakt oder der Eintritt in den Völkerbund. Es steht mir jedenfalls ein heisser Kampf um beide Fragen bevor.»

Stresemann deutete mir an, dass Deutschland daran denke, während der Verhandlungen die Frage einer vorzeitigen Räumung des Rheinlandes wie auch der Gewährung eines Kolonialmandats an Deutschland anzuschneiden. Ich erwiderte ihm sofort, dass es meiner Ansicht nach sehr unklug wäre, eine der beiden Fragen aufzurollen. Ein Erfolg sei vollkommen ausgeschlossen, während der schlechte Eindruck eines solchen Schrittes ausser Zweifel stünde. Es sei offensichtlich, dass das entwaffnete Deutschland durch den Sicherheitspakt mehr gewinnen könne als das militärisch beherrschende Frankreich. Die deutsche öffentliche Meinung müsse sich dessen bewusst werden.

Stresemann erwiderte: «Vielleicht wird sie es auch allmählich tun, aber ich habe noch grosse Schwierigkeiten mit dem Reichspräsidenten in Bezug auf den Eintritt in den Völkerbund. Ich muss ihn von dem positiven Vorteil überzeugen. Hindenburg ist kein Gegner des Völkerbundes, aber, wie die meisten Soldaten, zweifelt er an jedem Ersatz für den Krieg. Ich stosse zwar auf keine deutliche Opposition bei ihm, aber auf eine mangelnde Vertrautheit mit den politischen Fragen.»

Am Schluss des Gespräches fügte Stresemann hinzu: «Ich sah Sie gestern in einem langen Gespräch mit Luther. Was hat er Ihnen denn gesagt?»

Der grosse Minister ist nicht frei von einer eifersüchtigen Empfindlichkeit und hat es nicht gern, wenn man aussenpolitische Fragen mit dem Reichskanzler bespricht. Ich erwiderte ihm: «Ich sagte Luther ungefähr dasselbe, was ich Ihnen sagte. Ich teilte ihm auch meine optimistische Auffassung über den Sicherheitspakt mit. Der Kanzler war weni-

ger von dem Erfolg überzeugt als ich und schien sehr beunruhigt durch das in der Havasdepesche erwähnte Recht eines Durchmarsches durch Deutschland.»

Stresemann sagte mir noch zum Schluss, Benesch sei an ihn mit der Anregung einer Zusammenkunft in irgendeinem Bade oder einem Erholungsort herangetreten. Der tschechoslowakische Gesandte habe ihn bereits zwei- oder dreimal aufgesucht. Er habe ihm bis jetzt keine Antwort gegeben, sei jedoch der Meinung, dass aus einer Besprechung mit einem so klugen und gut informierten Staatsmann wie den tschechoslowakischen Aussenminister sich nur Gutes ergeben könne.

21. Juni 1925.

Berlin.

Die italienische Regierung hält weiter an ihrer günstigen Meinung fest und betrachtet einen Sicherheitspakt der fünf Mächte auf der Basis der Gegenseitigkeit als das sicherste Mittel zur Herbeiführung der allgemeinen Befriedung in Europa. Während die anderen verhandeln und Vorbehalte vorbringen, werden die klaren Ansichten und die deutlich ausgesprochenen Meinungen Mussolinis von entscheidender Bedeutung für die Förderung des Friedens sein.

22. Juni 1925.

Berlin.

Die Vorverhandlungen über den Sicherheitspakt werden in London mit einer wunderbaren Energie betrieben. Chamberlain hat sein Möglichstes getan, um die deutsche Regierung zum Erkennen der günstigen Seite der französischen Antwort zu bringen. Er ersuchte sie, alle kleinteiligen Diskussionen über Einzelfragen zu vermeiden und sich ohne Zögern auf die grossen allgemeinen Grundlagen zu einigen. Es stimmt zwar, dass die ursprüngliche Initiative von den Deutschen ausging. Trotzdem brauchen sie eine Ermutigung, um auf dem einmal eingeschlagenen Wege zu beharren und die Dinge zu einer befriedigenden Lösung zu führen.

22. Juni 1925.

Berlin.

Die grösste Freude bei den ganzen Verhandlungen machte mir die paradoxe Tatsache, dass derjenige, von dem man glaubte, er würde sich nur sehr unwillig zu einem gegenseitigen Pakt bekehren lassen, viel mehr Überzeugungskraft aufbringt und mehr zu leisten vermag als der Enthusiast der ersten Stunde. Man fühlt in Paris, dass, wenn Chamberlain für den Pakt eintritt, kein anderer Weg mehr offensteht. Paris muss sich daher seiner Führung anschliessen.

24. Juni 1925.

Berlin.

Die Hauptschwierigkeit, die sich dem deutschen Schritt in den Weg stellte, entspringt dem gegenseitigen Misstrauen. Als das Angebot in London und Paris unterbreitet wurde, hatte man in beiden Hauptstädten den bestimmten Eindruck, es sei eine von den Deutschen gestellte Falle. Nachdem nun Briand in einer, meiner Ansicht nach, freundlichen Weise geantwortet hat, hat ihn die deutsche Regierung im Verdacht, er wolle den Pakt zum Scheitern bringen, sobald es ihm gelingen sollte, auf die Deutschen das Odium des Fehlschlags zu werfen. Man behauptet hier, dass vertrauliche Informationen diese Ansicht bestätigen.

Ich erwiderte darauf, dass vertrauliche Informationen im Allgemeinen falsch sind, und dass diese vertraulichen Informationen keine Ausnahme von der Regel bilden. Der ehrliche Glaube Briands und seine Bereitschaft, mit den Verhandlungen fortzufahren, lässt sich deutlich aus den Dokumenten herauslesen. Warum wird die Atmosphäre immer wieder mit Misstrauen vergiftet?

## KAPITEL IX

### JUNI – AUGUST 1925

25. Juni 1925.

London.

Ich hatte eine sehr interessante Unterredung mit Chamberlain. Er betonte immer wieder, wie notwendig es sei, dass die deutsche Antwort auf die französische Note vom 15. Juni höflich und entgegenkommend ausfalle<sup>1)</sup>). Man sollte nicht erst die Frage stellen, was gemeint war, sondern am besten mit dem Satz anfangen: «Wir stimmen vollkommen mit der französischen Regierung überein, dass . . .», worauf eine vernünftige Darlegung folgt.

Er sagte auch, dass die deutsche Regierung gut daran täte, zu antworten: «Nachdem wir uns nunmehr auf der von Ihnen vorgeschlagenen Basis geeinigt haben, glauben wir, dass es sich empfehlen würde, möglichst bald bevollmächtigte Unterhändler zu ernennen.»

<sup>1)</sup> Am 15. Januar hat die französische Regierung an die deutsche Regierung ein Memorandum gerichtet, das in vollem Einverständnis mit der britischen Regierung entworfen war. In dieser Note wurde zuerst die deutsche Initiative vom 9. Februar begrüßt, und dann folgten gewisse Grundsätze, die vor dem Beginn der Verhandlungen über das Sicherheitsangebot festgelegt werden sollten. Diese Bedingungen waren: 1. dass Deutschland dem Völkerbund unter den vom Völkerbundsrat in seinem Schreiben vom 13. März 1925 angegebenen Bedingungen beitreten wird; 2. dass der deutsche Sicherheitspakt keine Revision der Friedensverträge oder der sich auf die Besetzung des Rheinlandes beziehenden Bestimmungen enthalten darf; 3. dass die geplanten Schiedsverträge auf alle Konflikte Anwendung finden müssten, und dass den am Rheinlandpakt teilnehmenden Mächten die Möglichkeit eingeräumt wird, ihre gemeinsame und gesonderte Garantie auf die Wahrung der Schiedsverträge zwischen Deutschland und seinen westlichen Nachbarn auszudehnen.



Er steht entschieden auf dem Standpunkt, dass die volle Reziprozität des Paktes gewahrt werden müsse. Er selbst würde als Tagungsort der geplanten Konferenz London vorziehen. Aber er wird sich auch mit Ostende einverstanden erklären. Paris lehnt er vollkommen ab. Aber er war nicht ganz unempfindlich gegenüber der historischen Bedeutung der Tatsache, dem Pakt den Namen «Der Vertrag von London» zu geben, und auch ein gewisser Vaterstolz lag ihm nicht fern. England hat – und es ist zum Teil mein Verdienst – eine führende Rolle in den Verhandlungen übernommen, und es wäre daher nur richtig, wenn die Abschlusskonferenz in London stattfinden würde.

Er will, dass ich sobald wie möglich nach Berlin zurückkehre, da es von grösster Bedeutung sei, dass die deutsche Regierung in der gegenwärtigen Krise keinen Fehler begehe, und Chamberlain schreibt mir einen grossen Einfluss auf sie zu. Ich beschloss daher, Freitag Morgen nach Berlin abzureisen.

28. Juni 1925.

Berlin.

Ein neuer Rückschlag der Verhandlungen, diesmal von den Deutschen verursacht. Die deutsche Regierung ist durch die Opposition der Rechten eingeschüchtert, die die ganze Paktpolitik missbilligt und mit der Zurückziehung ihrer Unterstützung droht, wenn sie nicht ein Entgelt dafür bekommt, d.h. einen hohen Zoll für ihre Agrarprodukte. Zu den obenerwähnten Oppositionselementen kommt noch die Tatsache hinzu, dass die russische Propaganda gegen den Pakt nicht wirkungslos blieb und viele Politiker sich fragen, ob es für Deutschland klug sei, eine Politik zu verfolgen, die derart den russischen Wünschen entgegenläuft.

Stresemann meint, die öffentliche Meinung sei hier in zwei Lager gespalten: das eine glaubt, er habe einen Fehler begangen, als er die Verhandlungen einleitete, während das andere den Schritt zwar gutheisst, aber ihm vorwirft, er habe die Verhandlungen schlecht geführt. Er lässt

sich jedoch weder von dem einen noch von dem anderen beeinflussen und ist entschlossen, den Pakt mit aller Energie weiter zu betreiben.

*30. Juni 1925.*

Berlin.

Ich sprach mit den Beamten in der Wilhelmstrasse über den Wortlaut der französischen Antwort und bin persönlich der Meinung, dass die deutschen Einwände gegen die Note viel mehr juristisch als prinzipiell sind, eher theoretisch als praktisch. Wenn wir nur zum Entwurfstadium gelangen, werden sich kaum ernste Schwierigkeiten ergeben. Die Einwände der Deutschen gegen jeden Text, den man ihnen unterbreitet, sehen gewöhnlich viel schwerwiegender aus, als sie es in Wirklichkeit sind. Sobald man sie nur näher betrachtet, verflüchtigen sie sich.

*30. Juni 1925.*

Berlin.

Briands Antwort hat hier keine sehr günstige Aufnahme gefunden. Das deutsche Urteil ist viel schärfer, als es der Inhalt rechtfertigt. Sie wird die Loreleinote genannt, und es heisst hier: «Ich weiss nicht, was soll es bedeuten, dass ich so skeptisch bin.» Eine solche Kritik wird zum Laster. Es ist fraglich, ob man die deutsche Regierung dazu bekommen wird, eine im Grossen und Ganzen zustimmende Antwort zu geben. Die deutschen Einwände richten sich in erster Linie gegen die Stellung Frankreichs als eines Bürgen des künftigen deutsch-polnischen Schiedsvertrages. Mir scheint es jedoch, dass ein grosser Teil der deutschen Unzufriedenheit mit der Antwort Briands bloss ein Wandschirm ist, um die innerpolitischen Schwierigkeiten der Regierung zu verbergen.

*10. Juli 1925.*

Berlin.

Es mehren sich die Beweise, dass die deutsche Regierung Angst vor der eigenen Courage bekam und nun versucht, das Ziel und die Tragweite ihrer Vorschläge von Januar und Februar einzuschränken. Sie behauptet nun, sie hätte ein kurzes und einfaches Abkommen und nicht

ein kompliziertes juristisches Dokument im Auge gehabt. London steht auf dem Standpunkt, dass die französische Note ein ehrlicher Versuch ist, einen Vorschlag deutschen Ursprungs einen Schritt weiter zu führen – einen Vorschlag, der, wie die Alliierten annehmen, die Erhaltung des Friedens sichern sollte. London hält die französische Antwort für eine grosse Verständigungsgeste und ist überzeugt, dass, wenn die Deutschen jetzt zurückschrecken, die Weltmeinung die selbstverständliche Schlussfolgerung ziehen wird, dass es nicht der Frieden war, den Deutschland mit seiner Initiative anstrebte. Die Politik der Alliierten wird auch dementsprechend geändert werden. Diese Meinung ist in London weitverbreitet. Ich selbst sehe durchaus keine grundlegende Veränderung in der Haltung der deutschen Regierung.

Ich gebe mir immer wieder Mühe, die Haltung Deutschlands zu erklären und seinen ernsthaften guten Willen zu betonen. Paris und London neigen leicht zum Misstrauen und sind zu schnell mit der Kritik bereit. Der Deutsche ist zum Teil ein Produkt der Meinung, die man über ihn besitzt. A. hat eine instinktive Tendenz, sich B. gegenüber so zu benehmen, wie B. es von ihm erwartet.

*11. Juli 1925.*

Berlin.

Es gibt gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen Luther und Stresemann. Luther glaubt, dass die deutsche Antwort auf die französische Note von allen Reichstagsparteien gebilligt werden muss. Stresemann dagegen ist der Ansicht, dass, wenn man alle Parteien befriedigen müsste, die Antwort so verwaschen ausfallen würde, dass sie weder Sinn noch Zweck hätte. Er will ein starkes klares Dokument haben. Er ist ausserdem der Meinung, dass der Erfolg der deutschen Regierung bei einer Debatte über den Pakt weniger von dem genauen Wortlaut der deutschen Antwort abhängt als von einer offenen Erklärung Frankreichs und Belgiens, dass Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort gleichzeitig mit

dem Ruhrgebiet noch vor dem 16. August geräumt werden. Stresemann glaubt, dass, wenn er eine solche Erklärung in der Debatte abgeben könnte, er sich einen grossen Erfolg sichern würde.

Ich teile die Ansicht Stresemanns. Während der ganzen Verhandlungen seit dem Jahre 1920 haben die alliierten Regierungen es nicht genügend berücksichtigt, dass man den deutschen Ministern positive Erfolge geben müsste, um ihre Stellung im Reichstag zu festigen.

*14. Juli 1925.*

Berlin.

Der Kampf zwischen Stresemann und seinen Gegnern verschärft sich von Tag zu Tag. Er wird von Luther unterstützt – manche sagen zwar, nicht aus vollem Herzen, aber ich sehe keinen Grund, weshalb man an Luthers Treue zweifeln sollte. Stresemann findet bei den deutschnationalen Ministern eine etwas laue Unterstützung, aber er wird von dem Rechtsflügel der deutschnationalen Partei heftig bekämpft. In diesem Kampf um den Pakt zwingt einem Stresemanns Mut und Geschick volle Bewunderung ab. Er ist von dem Enderfolge überzeugt und glaubt, dass er auf die volle Unterstützung seiner eigenen Partei rechnen kann. Die beste Karte, die Stresemann in der Hand hat, ist die tatsächliche Räumung des Ruhrgebietes vor dem festgesetzten Zeitpunkt. Wenn noch die drei Städte geräumt werden würden, hätten die Minister die Möglichkeit, diese für Deutschland so bedeutungsvollen Ergebnisse als einen Erfolg ihrer Politik zu bezeichnen.

Wenn das gegenwärtige Kabinett an der Macht bleibt, wird die Politik, die zu dem Sicherheitsangebot führte, energisch weiterverfolgt werden, aber es heisst, dass die Deutschnationalen bereits mit einem neuen Kabinett hinter den Kulissen aufwarten, einem Kabinett mit Gessler als Reichskanzler, Neurath, dem Botschafter in Rom, als Aussenminister und Hassel, dem gegenwärtigen Generalkonsul in Barcelona, als Staatssekretär. Hassel ist der Neffe von Tirpitz, und diese verwandtschaftliche Beziehung kann nicht als der beste Ursprungshafen der Weisheit gelten.

In der Zwischenzeit hat sich die finanzielle Lage kaum gebessert. Die Geldknappheit wird so lange nicht behoben sein, bis der Pakt zum Abschluss gelangt. Der Kapitalmangel in Deutschland ist phänomenal. Selbst die grossen Firmen leiden am Ausfall der Kredite. Die in letzter Zeit veröffentlichten Bilanzen sind sehr enttäuschend.

*16. Juli 1925.*

Berlin.

Norman, der Gouverneur der Bank von England, und Benjamin Strong, der Leiter der American Federal Reserve Bank, kamen nach Berlin, um dem Reichsbankpräsidenten Schacht einen Besuch abzustatten.

Norman erzählt mir, sein Besuch sei zum Teil zur Herstellung einer Basis für künftige Zusammenarbeit gedacht, jedoch in erster Linie von dem Wunsche diktiert worden, Schachts Prestige zu erhöhen und seine Stellung zu stärken, Schacht hat mit grossen Schwierigkeiten seitens seiner Kollegen im Reichsbankdirektorium und der Berliner Privatbankiers zu kämpfen.

Norman prophezeit schwere finanzielle Schwierigkeiten für Deutschland, falls sich die politische Atmosphäre nicht schnell klären sollte. Er meint, es sei keine Zeit zu verlieren – die Krise wird in zwei bis drei Monaten ausbrechen.

Er fügte hinzu, er wisse, wie schwer es sein würde, Chamberlain die finanzielle Gefahr klarzumachen.

Norman selbst sieht wie ein Apostel aus, mit leisen Anklängen an den Typus eines Bohémien. Er hat einen unendlich beweglichen Geist und eine philosophische Weite der Auffassung. Ein grosser Faktor im europäischen Wiederaufbau.

Strong scheint mir seines Namens würdig zu sein, so unbeirrbar wirkt seine Stärke. Sehr selbstsicher, sowohl vom Reichtum wie von der Rechtschaffenheit Amerikas tief durchdrungen, aber im Grunde genommen ein guter Kerl. Er reist in der Begleitung seiner Tochter, Frau Humphries, der zartesten aller Porzellanschäferinnen.

20. Juli 1925.

Berlin.

Es ist bemerkenswert, dass bisher niemand auf den Gedanken gekommen ist, die Unverletzbarkeit des englischen Kanals zu garantieren. In dem vorgeschlagenen Pakt garantiert England die Sicherheit Frankreichs und Deutschlands gegen jeden Angriff, erhält jedoch keine Gewährleistung seiner eigenen Sicherheit.

Wäre es unmöglich, eine Klausel zu entwerfen, die sich in dieser Richtung auswirken würde? Ich bleibe bei meiner Überzeugung, dass der beste Schutz, sowohl für Frankreich wie für Deutschland, der «Eiserne Vorhang» wäre, d.h. der Gedanke einer neutralisierten Zone, die nicht überschritten werden darf. Eine Verletzung der Neutralität würde einen Angriff bedeuten. Könnte nicht der Ärmelkanal zu einem Eisernen Vorhang gemacht werden? Man brauchte nur den folgenden Satz dem vorgeschlagenen Sicherheitspakt beizufügen: «Die obigen Mächte garantieren fernerhin die Unverletzbarkeit des englischen Kanals und der Meere, die England von den Küstenländern trennen.»

Gegen einen solchen Vorschlag wäre selbstverständlich manches einzuwenden; ein erster Einwand wäre psychologischer Natur, und zwar, dass wir den moralischen Vorteil unserer gegenwärtigen Lage als Bürge verlieren und uns auf eine Ebene mit Frankreich, Belgien und Deutschland stellen. So anmassend und arrogant es klingen mag, darf ein solcher Einwand nicht kurzerhand abgelehnt werden. Um das Opfer eines derartigen Vorteils zu rechtfertigen, müssten wir eine materielle Garantie von wirklichem Wert im Austausch dafür bekommen. Es kommt noch eines hinzu, nämlich, dass, wenn wir uns auf dieselbe Ebene mit Frankreich, Deutschland und Belgien stellen, wir ähnliche Verpflichtungen übernehmen müssten und uns dem Zwang der allgemeinen Schiedsverträge mit diesen Ländern zu fügen hätten. So schwierig mir auch eine solche Verhandlung zu sein scheint, glaube ich nicht, dass der Gedanke fallen gelassen werden sollte.

22. Juli 1925.

Berlin.

Bei der Frage, ob man in dem neuen Sicherheitspakt Garantien der Unverletzbarkeit des Ärmelkanals und der darüber liegenden Luftzone einfügen will, muss man die Tatsache berücksichtigen, dass die Beziehungen zwischen England und dem Kontinent im Augenblick günstiger sind als sie es auf die Dauer sein werden. Dank der gemässigten und vernünftigen Haltung Englands gegenüber Deutschland und noch mehr dank der Poincaréschen Hasspolitik gegenüber Deutschland haben wir uns hier eine Stellung geschaffen, wie wir sie in Zukunft kaum wieder besitzen werden.

Bis vor Kurzem brauchte Grossbritannien keine internationale Sicherheitsgarantie, aber die Lage hat sich fraglos durch die Entwicklung der Luftfahrt verändert. Bisher boten seine geographische Lage und seine Flotte eine genügende Sicherheit für Grossbritannien. Jetzt müssen wir uns vor einem Landangriff schützen. Wir haben weitgehend den Vorteil unserer insularen Lage eingebüsst und sind gegen gewaltsame Übergriffe nicht mehr gefeit als jede Binnenmacht. Es würde daher scheinen, dass, wenn der Gedanke des Eisernen Vorhangs, wie er für den Rhein geplant ist, auf den Ärmelkanal ausgedehnt werden könnte, unsere Sicherheit beträchtlich gestärkt werden würde. In den Zusatz zum vorgeschlagenen Sicherheitspakt, wie ich ihn gestern niederschrieb, müsste noch die Erwähnung der Unverletzbarkeit der Luftzone aufgenommen werden.

Obwohl der Vorschlag gewisse Einwände rechtfertigt, verdient er durchaus eine aufmerksame Prüfung massgebender Sachverständiger – falls solche überhaupt gefunden werden können –, die die neuen Tatsachen berücksichtigen und die beunruhigenden Veränderungen in Rechnung stellen müssten, die auf die letzten Erfindungen und Entwicklungen zurückgehen.

24. Juli 1925.

Berlin.

Ich denke sehr viel über die Möglichkeit der Ausdehnung des Sicherheitspaktgedankens auf England nach. Wir müssen den Dingen ins Ge-

sicht schauen und nicht vor einer Auseinandersetzung mit unangenehmen Möglichkeiten zurückschrecken.

Der Gedanke des Kontinentalblocks hat beträchtliche Kräfte hinter sich. Ich habe schon öfters darauf hingewiesen, dass die jüdischen Kreise auf dem Kontinent im Allgemeinen und insbesondere in Deutschland antibritisch eingestellt sind. Die jüdische Presse ist ein gewichtiger Faktor bei der Bildung der öffentlichen Meinung.

Man kann auch sagen, dass im grossen Ganzen die literarischen und wissenschaftlichen Kreise in Deutschland eher anti englisch sind, die künstlerischen Kreise ausgesprochen profranzösisch. Der einzige Teil der öffentlichen Meinung, auf dessen Sympathie wir rechnen können, ist die Sportbrüderschaft, die jedoch weder einen Kontakt mit den Intellektuellen hat noch einen genügenden Einfluss in der Presse besitzt, der einen Kontakt mit den geistigen Kreisen überflüssig machte.

Man dürfte daher die Schaffung einer eventuellen Schranke gegen einen antienglischen Zusammenschluss nicht vernachlässigen. Sie liesse sich sehr gut in die jetzt erörterten Verträge einfügen. Sie mag heute überflüssig, wenn nicht lächerlich erscheinen. In einer künftigen Krise kann sie sich als eine Hilfe in der Not erweisen.

29. Juli 1925.

Berlin.

In den Nachrichten, die ich aus London bekomme, spiegelt sich die Enttäuschung über die deutsche Antwort<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> In dem Memorandum vom 20. Juli, das eine Erwiderung auf die französische Note vom 16. Juni war, hiess es, die deutsche Regierung betrachte es als selbstverständlich, dass durch den vorgeschlagenen Sicherheitspakt nicht etwa für alle Zukunft die Möglichkeit ausgeschlossen werden soll, bestehende Verträge auf dem Wege friedlichen Übereinkommens zu gegebener Zeit veränderten Verhältnissen anzupassen.

Die deutsche Regierung wies auch darauf hin, dass der Pakt nicht ohne Rückwirkung auf die Verhältnisse in den besetzten Gebieten und überhaupt auf die Fragen der Besetzung bleiben dürfe. Sie schlug als System für die Schiedsverträge das Modell der bereits von Deutschland mit gewissen neutralen Mächten geschlossenen Verträge vor. Sie verlangte, dass in keinem Falle Zwangsmassnahmen angewandt werden dürfen, ohne ir-



Chamberlain hoffte, dass der Wortlaut der Note ihm ermöglichen würde, die französische Regierung zu bewegen, sofort in mündliche Verhandlungen einzutreten. Dies ist nun unmöglich geworden. Die deutsche Antwort hat so viel Herausforderndes an sich, dass eine schriftliche Erwiderung notwendig wird. Je schneller wir mit dem Notenwechsel aufhören, um zu mündlichen Verhandlungen überzugehen, umso besser wird es um die Aussichten des Paktes bestellt sein.

Chamberlain hat den Gedanken einer Juristenkonferenz in die Debatte geworfen<sup>1)</sup>). Ich glaube nicht, dass er der deutschen Regierung gefällt, aber sie wird sich schon damit abfinden müssen. Der Zufall will

gesehentlich vorübergehendes objektives Verfahren, sei es ein Schiedsverfahren oder ein anderes Verfahren. Sie erhob auch Bedenken gegen die Konstruktion der Garantie für die abzuschliessenden Schiedsverträge, da es dem freien und einseitigen Ermessen des Garanten überlassen wäre, wer bei dem Konflikt zwischen den Kontrahenten als Angreifer zu gelten hat. Schliesslich stellte die deutsche Regierung fest, dass sie im Prinzip bereit sei, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund zu befürworten, jedoch die alliierten Mächte ersuche, auf die in früheren Mitteilungen bereits formulierten Bedenken gegen Artikel 16 der Völkerbundssatzungen einzugehen.

<sup>1)</sup> Gegen Ende Juli hat die französische Regierung einen neuen Entwurf des vorgeschlagenen Sicherheitspaktes nach London übermittelt, der sich auf den ursprünglich von Sir Cecil Hurst und Fromageot vereinbarten Wortlaut stützte. Die britische Regierung liess daraufhin in Berlin sondieren, ob die deutsche Regierung bereit wäre, den juristischen Berater der Wilhelmstrasse zu einer Sonderkonferenz der Juristen abzuschicken, um den obigen Entwurf mit englischen, französischen und belgischen Juristen zu erörtern.

Als Briand und die anderen alliierten Aussenminister Anfang August auf zwei Tage nach London kamen, um die geplanten Verhandlungen zwischen den Deutschen und den Alliierten zu besprechen, erklärte Briand, er billige durchaus den britischen Gedanken einer Zusammenarbeit des deutschen Juristen mit den alliierten Sachverständigen am Entwurf eines Vertragstextes, der die Basis der Verhandlungen zwischen den Aussenministern bilden würde. Gegen Ende August wurde daher Berlin offiziell von der französischen, britischen und belgischen Regierung aufgefordert, einen juristischen Berater zu ernennen, der mit den alliierten Juristen die technischen und völkerrechtlichen Punkte des Vertrages besprechen sollte. Italien, das bis jetzt zu den Besprechungen dieser Frage nicht zugezogen wurde, intervenierte in diesem Stadium der Verhandlungen und bat, bei der Juristenkonferenz vertreten zu sein. Diesem Ersuchen wurde sofort stattgegeben, und am 1. Dezember kamen Sir Cecil Hurst, Fromageot, Rolland, Pilotti und Dr. Gauss, der deutsche Delegierte, in London zusammen. Die Konferenz verlief trotz

es, dass die Juristen von heute, sowohl in England und Frankreich wie in Deutschland, die Vernunft gepachtet zu haben scheinen.

Meine persönliche Ansicht über die deutsche Antwort ist viel weniger ungünstig als die Auffassung in London. Ich sehe an sich keinen Grund, warum nicht mündliche Verhandlungen sofort eingeleitet werden können. Der einzige Vorwurf, den man den Deutschen machen könnte, ist, dass sie noch immer Einwände gegen ihren Eintritt in den Völkerbund erheben. Chamberlain hat ihn von Anfang an als eine *Conditio sine qua non* hingestellt, und ich habe Instruktionen bekommen, einen ganz kategorischen Standpunkt in dieser Frage einzunehmen. Zu den Erörterungen über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund kommt noch das Problem des besetzten Gebietes hinzu. Man ist in London der Ansicht, dass Stresemann sehr übel beraten war, als er es schon im jetzigen Stadium der Verhandlungen anschnitt.

*30. Juli 1925.*

Berlin.

Die Wilhelmstrasse ist noch immer überzeugt, dass Briand den Pakt abwürgen will – und zwar in einer solchen Weise, dass der Makel der Schuld auf Deutschland fällt. Eine solche Auffassung widerspricht vollkommen den Tatsachen.

Dieser Irrtum kann jedoch nicht viel Unheil anrichten, denn wenn Deutschland annimmt, dass Briand unehrlich ist, bleibt ihm nichts anderes übrig, als seine eigene Ehrlichkeit über alle Zweifel hinaus zu beweisen.

*7. August 1925.*

Berlin.

Die Bedeutung der schwebenden Verhandlungen über den Sicherheitspakt ist so gewaltig, dass alles andere in den Hintergrund zurückgedrängt wird, selbst der Handelsvertrag, mit dem sich jetzt der Reichs-

der Trockenheit des behandelten Themas und der zahlreichen Abänderungsvorschläge, die Dr. Gauss vorbrachte, ungewöhnlich fruchtbar und harmonisch. Dr. Gauss setzte es durch, dass eine ganze Anzahl von Abänderungen zu dem ursprünglichen englisch-französischen Text angenommen wurden.

tagsausschuss beschäftigt. Am Dienstag oder Mittwoch soll er in der Plenarsitzung des Reichstags zur Debatte gelangen.

Die Verhandlungen über den Sicherheitspakt haben eine ausgesprochen günstige Wendung genommen. Die deutschen Zeitungen verbreiten sich nicht über das Versprechen der Räumung des Ruhrgebietes und der drei Ruhrstädte, aber es unterliegt keinem Zweifel, dass die Stellungnahme Herriots zu diesen Fragen die öffentliche Meinung hier gewaltig beeinflusst hat. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass vor sechs Monaten kein Mensch hier an die Möglichkeit der Ruhrräumung im August 1925 glaubte, während noch vor einem Monat die Regierung selbst sehr skeptisch in Bezug auf die Räumung der drei Städte war. Der Glaube an die Möglichkeit der Verständigung hat viel werbende Kraft gewonnen. Die Schar der Bekehrten wächst von Tag zu Tag.

Die Erklärungen, die Briand über den Pakt abgab, sind im Grossen und Ganzen sehr verständig. Mit seinem Vorschlag einer Zusammenkunft in Genf bin ich jedoch weniger einverstanden. Die Genfer Atmosphäre ist zu stark von polnischem und tschechoslowakischem Duft erfüllt. Die Deutschen würden weniger misstrauisch sein, wenn man London wählte. Sollte es nicht London sein, dann würde ich Ostende oder Brüssel vorziehen.

Die Zweifel an der Ehrlichkeit der deutschen Regierung und ihrem Wunsch, die Vertrags Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen, sind vollkommen unberechtigt. Ihr ganzes politisches Prestige hängt von dem Ergebnis ab. Wie sollte sie da Quertreibereien gegen den Pakt machen?

Der Gedanke einer Zusammenkunft der Juristen wird hier noch immer bekämpft, meiner Ansicht nach vollkommen zu Unrecht. Ich habe zwar keine Angst vor einer Zusammenkunft juristischer Sachverständiger, aber ich würde eine Konferenz der Aussenminister vorziehen. In jedem Falle nur keine Noten, alles andere ist mir lieber. Sobald die Deutschen zu schreiben beginnen, verfallen sie in lauter Vorbedingun-

gen, die sich auf das Unwahrscheinlichste beziehen, und je zahlreicher und weitschweifender diese Vorbedingungen sind, desto grösser ist ihr Stolz auf den Entwurf.

*11. August 1925.*

Berlin.

In den letzten zwei Monaten hat sich die Lage hier wesentlich gebessert. Das ist hauptsächlich auf die Räumung des Ruhrgebiets zurückzuführen und die geplante Räumung der drei Sanktionsstädte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort. Es wurden bereits Verordnungen erlassen, aber die vollständige Räumung wird erst gegen Ende des Monats vollzogen sein.

Der Schritt der Franzosen hat hier zweierlei Wirkung gehabt: er hat die Stellung der Luther-Stresemann-Regierung gestärkt und die Zahl der zur Verständigungspolitik Bekehrten gesteigert. Die ganze Basis der Verständigung besteht aus dem Glauben an die Durchführung der Verpflichtungen und an den gegenseitigen Vorteil. Deshalb hat auch die Besetzung des Ruhrgebietes durch Poincaré das Vertrauen erschüttert, während die unter dem ungenügenden Vorwand nicht erfüllter Entwaffnung verzögerte Räumung der Kölner Zone den Glauben an die Durchführung unbequemer Verpflichtungen zerstörte.

Wenn die jetzigen Verhandlungen unter dem guten Eindruck der Ruhräumung schnell durchgeführt werden könnten, mag eine neue Ära des gegenseitigen Vertrauens zwischen Frankreich und Deutschland anbrechen. Ich sage: gegenseitiges Vertrauen und nicht Freundschaft, weil die Kluft zwischen den beiden Völkern heute zu gross ist, als dass man etwas anderes als eine Beilegung des gegenseitigen Misstrauens erhoffen könnte.

Es wird manchmal eingewandt, dass ein Sicherheitspakt nicht notwendig ist, da man dasselbe Ziel, fast ebenso wirksam, durch die Annahme des Protokolls erreichen könnte mit dem Vorteil, dass das Protokoll England eine weniger unmittelbare Verantwortung auferlegt und uns weniger dem Risiko aussetzt, in einen Krieg verwickelt zu werden. Meiner Ansicht nach wird bei einer solchen Argumentierung der wich-

tigste Punkt übersehen, und zwar, dass die Unterzeichnung des Protokolls zu keiner Beschwichtigung der Geister und nur zu einer geringen Stärkung des Vertrauens führen würde, während ein direkter Sicherheitspakt, der Frankreich und Deutschland bindet, keinen Krieg miteinander zu führen, den europäischen Himmel von der drohendsten Wolke reinigen würde. Sobald die Kriegsgefahr zwischen Deutschland und Frankreich ausgeschaltet wird, werden sich die Aussichten auf die Erhaltung des Friedens in Europa um zwei- bis dreihundert Prozent erhöhen. Die ganze diplomatische Atmosphäre wird sich mit einem Schlage verändern.

Kein Land, mit Ausnahme Frankreichs und Deutschlands, gewinnt mehr durch dieses Abkommen als die Tschechoslowakei und Polen, dessen Grenzen noch kaum gefestigt sind und dessen ganzer Bestand durch den Ausbruch eines Waffenkonfliktes gefährdet werden kann.

Die Vorteile des Sicherheitspaktes werden den Hauptvertragspartnern unmittelbar zugutekommen – Deutschland in der allernächsten Zeit, da es entwaffnet ist, Frankreich in fernerer Zukunft, wenn es vielleicht nur vierzig Millionen Einwohner gegenüber einer Bevölkerungszahl von achtzig Millionen in Deutschland besitzen wird. Wenn ich ein Staatsmann eines dieser beiden Länder wäre, würde ich keine Ruhe haben, bis der Pakt unterzeichnet, gesiegelt und ratifiziert ist.

Der unmittelbare Vorteil für England ist weniger ersichtlich, aber der mittelbare Vorteil, zum Schiedsrichter zwischen Frankreich und Deutschland zu werden, gibt uns eine Stellung von gewaltigen Möglichkeiten. Er macht uns zu einem beherrschenden Faktor der europäischen Politik.

Der Vertrag wird noch die Nebenwirkung haben, dass er Deutschland von der Gefahr befreit, in die Arme Russlands getrieben zu werden. Ich habe mich nie zu einer übertrieben ängstlichen Auffassung dieser Frage hinreissen lassen, da ich glaube, dass die Verschiedenheit des politi

schen Temperaments zwischen Deutschland und Russland so gross ist, dass ein enges Bündnis zwischen Sowjet-Russland und dem im Wesentlichen aristokratischen Deutschland kaum vorstellbar ist.

Trotzdem hätten sich die Umstände der Genua-Konferenz wiederholen und einen anderen und schlimmeren Rapallo-Vertrag zur Folge haben können.

Der Pakt zieht Deutschland als einen mit Frankreich und England gleichberechtigten Partner zur Zusammenarbeit an der Erhaltung der westeuropäischen Zustände heran. Auf diese Weise vermindert sich beträchtlich die Gefahr, dass es in den Bannkreis des russischen Kommunismus gerät.

In Deutschland hat sich die seltsame Situation herausgebildet, dass, während die Regierung grösstenteils aus Rechtskreisen stammt, die Hauptunterstützung für den Pakt von links kommt. Die Rechte wird ihn wahrscheinlich dulden und für ihn stimmen, aber ohne Begeisterung. Luther und Stresemann haben sich ihre Stimmen durch die Annahme der neuen Steuern gesichert, die einen Schutz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bedeuten, aber im Grunde ihres Herzens ist die Rechte gegen jeden endgültigen Verzicht auf Elsass-Lothringen – gegen jede Bestätigung des Versailler Vertrages.

Seltsamerweise verhält sich die Rechte weniger ablehnend dem russischen Kommunismus gegenüber als den deutschen Sozialisten. Die Sozialdemokraten konkurrieren mit den Kommunisten auf demselben Markt, aber es ist sicherlich ein Unding, dass sowohl der Handelsvertrag mit England wie der Sicherheitspakt von einer Regierung durchgeführt wird, die nominell eine Rechtsregierung ist, auf der eigentlichen Grundlage einer Unterstützung der Linken.

Der Handelsvertrag zwischen Deutschland und England wird wahrscheinlich morgen ratifiziert werden. Es haben sich manche Einwände erhoben, jedoch nicht technischer Natur. Die Opposition kommt hauptsächlich aus den Kreisen der Kolonialfanatiker, die durch alle Parteien in Deutschland zerstreut sind und viel Einfluss besitzen, auch von den Völkischen, die a priori gegen alles Vernünftige protestieren, und den

Kommunisten, die alles Englische ablehnen. Ich habe mir vor Kurzem wieder das Protokoll durchgelesen, das den Anhang des Vertrages bildet, und es fiel mir wieder die Grosszügigkeit der Basis auf, die ihm zugrunde gelegt wurde. Wenn beide Länder sich auf der Höhe der Auffassung halten, die im Protokoll festgehalten ist, wird eine glückliche Ära für den deutsch-englischen Handel anbrechen. Es ist gleichzeitig ein wunderbares Beispiel für alle Länder, die Handelsverträge schliessen wollen. Der Hauptvorteil des Protokolls ist die Einigung über die folgenden Punkte:

Meistbegünstigungsklausel. Keine Zurücksetzung.

Entgegenkommende Prüfung jeder ungerechtfertigten nachteiligen Behandlung.

Reziprozität.

Volle Berücksichtigung der Vorteile der englischen Handelspolitik, d.h. bestimmte Gegenleistungen für das Freihandelsprinzip (dieser Grundsatz taucht zum ersten Male in einem Handelsvertrage auf).

Die Bereitschaft, in mündliche Verhandlung zur Prüfung der eventuellen Beschwerden einzutreten.

Keine Verbote oder Einschränkungen mit Ausnahme derjenigen, die bereits vor Ratifizierung des Vertrages zur Kenntnis gebracht wurden (eine ganz kleine Liste).

Die Aufhebung der besonderen Gesetze, die für Deutsche in England galten – eines üblen Zurückbleibens der Kriegspychose, das unter den veränderten Umständen keine Rechtfertigung mehr besitzt.

Die Gewährung gleicher Rechte an englische Schiffahrtsgesellschaften, Banken und Versicherungsfirmer, wie sie die deutschen Gesellschaften besitzen.

*11. August 1925.*

Berlin.

Die Antwort auf die deutsche Note wird in London entworfen. Briand nimmt einen vernünftigen und gemässigten Standpunkt ein und ist

sich durchaus dessen bewusst, dass es darauf ankommt, mit den Deutschen in eine wirkliche Verhandlung einzutreten und nicht, ihnen den Vertrag aufzuzwingen.

Chamberlain tritt energisch für den Gedanken einer vorangehenden Besprechung der Juristen ein, die vielleicht wirklich die allerpraktischste Lösung darstellt. Eine solche Konferenz würde jedenfalls das Ergebnis haben, dass die Deutschen die volle Gleichstellung mit den Alliierten erreichen und Stresemann von vornherein den allgemeinen Charakter der Vorschläge kennenlernt, die die Alliierten zu machen gedenken. Er könnte sich dann mit seinen Kollegen in Verbindung setzen, bevor er an der Konferenz teilnimmt.

Bei dem Entwurf des Paktes wird man in London den grössten Wert darauf legen, dass das Schiedsverfahren gewährleistet wird (durch ein Schiedsgericht oder eine Vergleichskommission) und dass die Entscheidung der Schiedsrichter bindende Kraft bekommt. Der einzige Fall, der eine Anwendung von Zwangsmassnahmen rechtfertigen würde, ohne dass vorher alle Schieds- und Vergleichsverfahren erschöpft sind, würde eintreten, wenn einer der Vertragspartner sich eines Vertragsbruches schuldig machen würde, der eine unmittelbare Gefahr für die anderen Kontrahenten darstellt. In einem solchen Falle, aber nur dann, wäre ein sofortiges Eingreifen mit Waffengewalt gerechtfertigt. Eine Bestimmung, die für Deutschland gilt, soll ebenfalls für Frankreich gelten.



## KAPITEL X

### AUGUST – OKTOBER 1925

*15. August 1925.*

Berlin.

Der Handelsvertrag ist vom Reichstag angenommen worden. Bis zum letzten Augenblick waren sich die Minister im Unklaren über die Haltung der Kolonialpartei. Es lag die Gefahr vor, dass die deutsche Regierung sich unter ihrem Druck gezwungen gesehen hätte, ihre Konzessionen zurückzunehmen. Sie ist jedoch ganz festgeblieben und ist nun über alle Massen froh, dass es ihr gelungen ist, einen so wichtigen Vertrag auf ihr Konto zu buchen.

*15. August 1925.*

Berlin.

Die in letzter Zeit veröffentlichten Zusicherungen, dass bei allen künftigen Konferenzen, oder – wie sie technisch genannt werden – Unterredungen über den Sicherheitspakt den deutschen Delegierten volle Gleichstellung mit den alliierten Vertretern gewährt werden soll, haben die Aussichten auf eine Lösung bedeutend gestärkt. Die geplante Zusammenkunft der Sachverständigen ist in den Vorschlag geändert worden, Gauss, den juristischen Sachverständigen des Auswärtigen Amtes, nach London zu schicken, um genaue Informationen über die wirklichen Absichten der Alliierten einzuholen. Dieser Schritt ist vom diplomatischen Standpunkte aus sehr zu begrüßen. Die Deutschen haben immer ersucht, man solle ihnen nicht den Wortlaut des vorgeschlagenen Abkommens in der hergebrachten offiziellen Weise übermitteln. Die Gauss-Mission ermöglicht eine mündliche Übermittlung in offiziöser Weise.

Die deutschen Minister sind sehr übermüdet und brauchen dringend eine Erholung. In den letzten Wochen sah sich Streseman vor eine schwere Aufgabe gestellt, die alle seine Kräfte in Anspruch nahm. Trotzdem suchte ich die deutschen Kabinettsmitglieder davon zu überzeugen, dass, nachdem sich ihnen eine einzigartige Gelegenheit bietet, den Pakt in den Hafen zu steuern, der Gedanke an einen Urlaub zurückgestellt werden müsste. Meine Argumente schienen jedoch auf sie keinen grossen Eindruck zu machen.

Die heutige Lage ist, soweit sie den Pakt betrifft, durchaus hoffnungsvoll. Wenn sie noch einige Wochen unverändert bleibt, wird das Endziel bald erreicht werden.

27. August 1925.

Berlin.

Das Kabinett hat in den letzten zwei Tagen den Entwurf des Sicherheitspaktes erörtert. Die deutschnationalen Minister machten viele Bedenken geltend, aber, soweit ich höre, ist im grossen Ganzen der Entwurf günstig aufgenommen worden.

Es war zuerst geplant, dass bei der Zusammenkunft der alliierten Staatsmänner Deutschland nach dem Präzedenzfalle der Londoner Konferenz durch Streseman und Schubert vertreten werden solle. Man hält es jetzt für erwünscht, die deutsche Delegation um einen der deutschnationalen Minister zu erweitern.

Man ist im Allgemeinen der Auffassung, dass Streseman zu schnell und zu kühn die Entschlüsse fasst und deshalb das Gegengewicht eines anderen Kabinettsmitgliedes braucht. Selbst der Staatssekretär Schubert, der allgemein als ganz «sicher» gilt, wird nicht als eine genügende Bremse für Streseman betrachtet. Schuberts Feinde sagen, sein Sprachschatz sei auf die Worte «es ist schrecklich!» beschränkt, und dies genüge nicht, um Streseman zu dämpfen.

Es heisst, dass bei den Kabinettsitzungen Gessler, der viel Einfluss sowohl auf die Rechte wie auf die Reichswehr besitzt, durch seine verständige Haltung viel zum Ausgleich beitrug.

27. August 1925.

Berlin.

Die Kabinettsbesprechungen über den Sicherheitspakt haben zwei volle Tage gedauert, und Stresemann erzählte mir, dass es ihn viel Mühe gekostet hat, gegen die Opposition anzukämpfen. Die nicht deutschnationalen Minister nahmen im Allgemeinen den Vorschlag sehr günstig auf.

Luther ist ernstlich überarbeitet, seine Ärzte haben ihm eine längere, vollkommene Erholung verordnet. Er soll heute abreisen, um sich einige Wochen lang auf einer Nordseeinsel auszuruhen, und wird erst Ende September nach Berlin zurückkehren, falls nichts Unvorhergesehenes eintritt. Stresemann geht auf eine andere Nordseeinsel in entsprechend sicherer Entfernung. Ich denke jedoch, dass beide vor Mitte nächsten Monats zurückkehren werden, falls die von Gauss gepflogenen Besprechungen so reibungslos und schnell vor sich gehen sollten, wie ich es hoffe.

15. September 1925.

Berlin.

Man hat in London volles Vertrauen zu Briand. Man betont seinen gesunden Menschenverstand, die Geschicklichkeit, die Grosszügigkeit und den Mut, mit denen er die Verhandlungen leitete. Ich wurde gefragt, ob ich ein ähnliches Vertrauen zu den deutschen Unterhändlern habe. Ich bejahte es. Sie werden zweifellos manche unbequemen Punkte aufrollen, aber sie sind entschlossen, zu einer vernünftigen Regelung zu gelangen. Es wäre sehr ungerecht, ihnen Mangel an Mut und gutem Glauben vorzuwerfen. Mitten in den grössten Schwierigkeiten hielt Berlin durchaus beharrlich am Hauptziel fest.

25. September 1925.

Berlin.

Es macht mir viel Mühe, London zum richtigen Verständnis der deutschen Lage zu bringen. Sobald ich zu erklären beginne, dass die deutsche Haltung notwendigerweise durch die Rücksichtnahme auf die Ansichten der Deutschnationalen beeinflusst ist, wird mir gesagt, dass die

guten Absichten Stresemanns dadurch viel an Wert einbüßen und dass sich überhaupt daran zweifeln lässt, ob eine genügend feste Basis für die geplanten friedlichen Beziehungen vorhanden ist.

Es werden noch andere Einwände erhoben, und zwar, dass, sobald man auf die Anregungen der Deutschen eingeht, sie ihre Zusicherungen zurückzuziehen beginnen und neue Bedingungen vorbringen.

27. September 1925.

Berlin.

Die deutsche Antwort wurde am Sonnabend in Paris, Brüssel und Rom sowie in London übermittelt.

In Brüssel und Rom hat sich nichts Interessantes ereignet. In Paris sagte Berthelot, dass die Erklärung über Köln, so wenig angebracht sie auch schien, keine weiteren Kommentare hervorrief, dass jedoch die Aufrollung der Kriegsschuldfrage höchst verhängnisvoll war<sup>1)</sup>. Sie kann im Augenblick keine andere Wirkung haben als die, dass sie die Stellung der französischen Regierung stark erschüttert. Briand, der telephonisch von der Erklärung verständigt wurde, nahm, nur noch viel energischer, denselben Standpunkt ein. Der deutsche Botschafter erklärte ihm jedoch, dass die Note nichts Neues enthalte und nur eine Wiederholung der früheren Erklärungen des Memorandums sei, das den Mitgliedern des Völkerbundes im September 1924 überreicht wurde, wie auch der

<sup>1)</sup> Die deutsche Antwort auf die am 15. September ergangene Einladung der alliierten Regierungen, an einer Konferenz der Aussenminister in der Schweiz teilzunehmen, war von einem Memorandum begleitet, in dem die strittige Frage der deutschen Kriegsschuld aufgerollt wurde. Auf diesen Versuch, einen Meinungsstreit von Neuem aufleben zu lassen, der selbstverständlich von grossem Nachteil für den Geist und das Ergebnis der Konferenz gewesen wäre, haben die britische und französische Regierung erwidert, dass die Verhandlungen über einen neuen Sicherheitspakt nichts an dem Urteil über die Vergangenheit ändern können, wie es im Vertrag von Versailles niedergelegt ist.

Die belgische Regierung hat in einem Sonderschreiben hinzugefügt, dass die Frage der Kriegsschuld im Hinblick auf den deutschen Einmarsch in Belgien ein für allemal durch die Erklärung geregelt wurde, die der ehemalige Reichskanzler Dr. von Bethmann-Hollweg am 4. August 1914 im Reichstag abgab. Daraufhin wurde die Diskussion fallen gelassen.

von Marx am 29. August 1924 präzisierten Stellungnahme. Die deutsche Regierung habe die Zustimmung der Parteien zur Annahme der Einladung nur unter der ausdrücklichen Bedingung bekommen, dass sie eine solche Erklärung abgeben würde. Es blieb ihr daher nichts anderes zu tun übrig.

Die deutsche Regierung hat ihre Botschafter in London und Paris in einer ausführlichen Darstellung über alle Einzelheiten der Lage verständigt.

28. September 1925.

Berlin.

Ich hatte heute ein interessantes Gespräch mit Hodgson, dem britischen Vertreter in Moskau. Er war viereinhalb Jahre in Russland, und es scheint ihm nicht schlecht bekommen zu sein, weder geistig noch körperlich. Er bildet eine Ausnahme unter den meisten Menschen, die lange unter der Sowjetregierung gelebt haben, denn sein Geist ist durchaus nicht ungünstig beeinflusst, sondern klar und urteilsicher wie nur je. Er blickt auch ohne übertriebene Angst in die Zukunft, denn er meint, dass, obwohl das Sowjetregime sich lange erhalten wird, die Bekehrungssucht sich allmählich zu mildern beginnt. Er glaubt an die langsame Durchdringung der weltlichen Elemente und die Rückkehr zur Herrschaft der normalen menschlichen Interessen.

Im Hinblick auf das Verhältnis zu England sagte er, dass die Russen nichts sehnlicher wünschen, als die Beziehungen zu uns zu bessern. Als ich ihn fragte, was er sich von der Aufnahme der Beziehungen zu England verspricht, konnte er mir keine befriedigende Antwort geben und sagte nur: «Ich nehme an, dass wir zu der alten Rivalität zwischen England und Russland zurückkehren werden.» Wenn dies das einzige Ergebnis der Konzessionen an die Sowjets sein sollte, ist es dann wirklich grosser Opfer wert?

Die Russen sind seiner Ansicht nach mit den Ergebnissen ihrer Propaganda in China unzufrieden, da sie die Herrschaft des Chaos nicht als genügenden Ertrag ihrer Arbeit und ihrer Ausgaben betrachten. Sie sind wieder sehr aktiv in Afghanistan und stehen sich augenblicklich ausge-

zeichnet mit den Türken. Er sprach ohne jede Heftigkeit über die Ziele, die sie in Mittelasien verfolgen, und zwar die Gründung von nominell mehr oder weniger unabhängigen Republiken unter der Herrschaft des russischen Heeres, zu dessen Erhaltung sie Mittel und Leute beisteuern würden.

Hodgson meinte, dass eine dauernde Besserung der Beziehungen zwischen Polen und Russland kaum wahrscheinlich sei; er glaubt auch nicht, dass die Unterzeichnung des Sicherheitspaktes durch Deutschland und der Eintritt in den Völkerbund sehr viel an den deutsch-russischen Beziehungen ändern würde. Ich sagte ihm, dass ich die Angst vor einem militärischen Bündnis zwischen den deutschen Militärkreisen und dem kommunistischen Russland für unbegründet halte. Er stimmte mit mir überein, soweit es sich auf die Gegenwart bezieht, aber er meinte, in zwanzig oder fünfzig Jahren könnte ein solches Bündnis zu einer wirklichen Gefahr werden.

Ich fand ihn viel mehr dazu geneigt, den Sowjets Konzessionen zu machen, um die Beziehungen zu ihnen zu bessern, als ich erwartet hatte.

*28. September 1925.*

Berlin.

Ich höre aus einer vertraulichen Quelle, dass die Erklärung über die Kriegsschuld unter dem beharrlichen Druck von Hindenburg erfolgt ist. Er liess sich von dieser Forderung nicht abbringen. In anderen Fragen gewährt er dem Kabinett volle Unterstützung.

*1. Oktober 1925.*

Berlin.

Ich habe nähere Informationen über die Genfer Besprechungen bekommen. Ich höre, dass die deutschen Delegierten die Verhandlungen sehr erschwerten, indem sie alle erdenklichen Vorbedingungen vorbrachten, die zu einem Hindernis für das Zustandekommen des Paktes werden könnten. Sie waren, wie mir mein Bekannter schreibt, von einer herausfordernden Kleinlichkeit. Ob das Bild wahrheitsgetreu ist, mag bezweifelt werden.

Wenn man mit den Methoden der Deutschen nicht vertraut ist, wird alles, was sie im guten Glauben als vorsichtig und sachlich betrachten, einem Engländer als aufreizend kleinlich und unerträglich erscheinen, aber es ist kein Grund, sich darüber aufzuregen. Es ist ebenso Sitte hier. In diesem besonderen Falle lasse ich kein Misstrauen an den deutschen Absichten gelten. Sie haben sich zu dem Pakt entschlossen, und sie werden ihn durchsetzen. Stresemann hat eine starke Opposition gefunden, aber er wird schon mit ihr fertig werden. Er ist vollkommen zuverlässig.

Die Delegierten der alliierten Hauptmächte – zu denen noch die Außenminister Polens und der Tschechoslowakei, Skrzynski und Dr. Beneš hinzukamen – trafen sich am 5. Oktober in Locarno. Die Diskussionen, die von einem zum grossen Teil schon vereinbarten Wortlaut ausgingen, wurden rasch, ohne Förmlichkeiten und in einer Atmosphäre vollkommener Harmonie geführt. Es ergaben sich zwei Schwierigkeiten: Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, der eine von Deutschland verlangte Änderung des Art. 16 der Völkerbundssatzungen voraussetzte, und Frankreichs Garantie der Schiedsverträge zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei und Deutschland und Polen. Beide Schwierigkeiten wurden ohne Zeitverlust im Geiste gegenseitigen Entgegenkommens gelöst.

Eine malerische Episode der Verhandlungen bildete die Feier des Geburtstags der Lady Chamberlain, die die Hauptdelegierten auf einer von Loucheur zu diesem Zwecke gemieteten Yacht vereinigte.

Die Verhandlungen gingen so schnell vor sich, dass der Rheinlandpakt und die seinen Anhang bildenden Schiedsverträge am 16. Oktober abgeschlossen werden konnten. Neben den schon erwähnten Verhandlungen gingen Privatgespräche vor sich, die auf eine friedliche Regelung der anderen zwischen Deutschland und den führenden Mächten noch schwebenden Fragen abzielten. Es gelang den Deutschen, sich eine Reihe von Rückwirkungen zu sichern, wie die Beschleunigung der Räumung Kölns, die baldige Auflösung der Kontrollkommission und die allgemeine Erleichterung des Besatzungsregimes im Rheinland.

3. Oktober 1925.

Berlin.

Gestern Abend fuhr die deutsche Delegation nach Locarno. Sie bestand aus dem Reichskanzler, dem Aussenminister und dem Staatsse-

ekretär. Es unterliegt keinem Zweifel, dass sowohl der Aussenminister wie der Staatssekretär den ehrlichen Wunsch haben, mit den französischen und englischen Ministern zu einer Verständigung zu gelangen.

Die Haltung des Reichskanzlers ist weniger durchsichtig, da er fürchtet, keine Mehrheit im Reichstag zu bekommen, wenn es ihm nicht gelingen sollte, im Zusammenhang mit dem Pakt besondere Vorteile für Deutschland zu erzielen. Ich habe ihn vor Kurzem bei einem Empfang in der amerikanischen Botschaft ausführlich gesprochen und fand, dass er entweder sich dessen nicht bewusst ist, welche gewaltige Bedeutung der Pakt für Deutschland hat, oder es für taktisch richtig hält, es mir gegenüber nicht zu zeigen. Aus einem ehemaligen Feind ist Deutschland zu einer gleichgestellten Macht geworden, deren Grenzen durch einen Vertrag gesichert werden sollen, für den England bürgt. Auf diese Weise haben sowohl Deutschland wie Frankreich zum Schutz ihrer Grenzen die Gewissheit erlangt, dass jeder Angriff England auf die Seite des Angegriffenen bringt. Was uns selbst betrifft, so kann man einwenden, dass wir das Risiko übernommen haben, sowohl Frankreich als Deutschland vor einem gegenseitigen Angriff zu schützen, aber diese Garantie ist das beste Mittel, um einen Angriff zu verhindern.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass, wenn wir abwarten würden, bis ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ausbricht, um uns die Möglichkeit einer freien Intervention vorzubehalten, falls unsere eigenen Interessen bedroht sein sollten, ein solcher Standpunkt nicht nur höchst egoistisch, sondern auch sehr kurzsichtig wäre, denn dadurch wird die Möglichkeit eines Krieges viel näher gerückt, als es nach der Unterzeichnung des Paktes der Fall sein wird. Ausserdem besitzen wir als Treuhänder des Vertrages das Prestige und die Macht eines Schiedsrichters.

Die neue Konstellation Europas, wie sie der Pakt voraussieht, ist viel vorteilhafter für England, als die Erhaltung der Nachkriegsgruppierung wäre, bei der sich Frankreich zur Wahrung seiner Sicherheit zum Teil auf ein grosses Heer, zum Teil auf militärische Bündnisse mit Jugo-



slawien, Polen und der Tschechoslowakei verliess. Wenn der Pakt zustande kommt, werden diese Bündnisse zwar nicht sofort gekündigt werden, aber ihre Bedeutung als Hauptschutz verlieren und sich voraussichtlich im Laufe der Zeit allmählich lösen.

Die Tschechoslowakei tritt begeistert für den Pakt ein. Er löst für sie das Dilemma einer Entscheidung zwischen Frankreich, dem sie zum grossen Teil ihre Unabhängigkeit verdankt und mit dem sie ein militärisches Bündnis besitzt, und Deutschland, mit dem sie eine lange gemeinsame Grenze hat und das dreissig Prozent seiner Ausfuhr aufnimmt.

In den bisherigen Verhandlungen hat Chamberlain bei mancher Gelegenheit eine grosse Geschicklichkeit bewiesen – hauptsächlich als er auf der Zusammenkunft der juristischen Sachverständigen bestand und als er sich weigerte, den Zwischenfall der deutschen Kriegsschulderklärung als Grund zu einer Vertagung der Locarnokonferenz anzusehen. Er antwortete sehr scharf auf die deutsche Erklärung – vielleicht schärfer als die Franzosen und Belgier und sicherlich schärfer, als es die Gelegenheit rechtfertigte. Dies war jedoch an sich verhältnismässig unbedeutend. Von Bedeutung war nur, dass er es als eine nebensächliche und vorübergehende Episode behandelte, die die Verhandlungen nicht stören durfte.

Ich persönlich hätte nicht auf die deutsche Kriegsschulderklärung mit einer blossen Ablehnung geantwortet. Art. 231 des Versailler Vertrages ist zu unbefriedigend. Man sollte die erste Gelegenheit ergreifen, um die deutsche Reparationsverpflichtung von dem Vorwurf der Schuld am Kriege zu trennen. Es ist ein zu unerforschtes Gebiet, auf dem die Meinungen zu stark auseinandergehen.

5. Oktober 1925.

Berlin.

Ich höre aus London, dass Chamberlain noch immer ein gewisses Misstrauen gegenüber der deutschen Politik hegt und voller Begeisterung über die ausserordentlich entgegenkommende Haltung in Paris ist.

Briands Grosszügigkeit, Verständigungsbereitschaft und sein starker und deutlicher Friedenswille benehmen ihm fast den Atem. Die deutschen Methoden dagegen betrachtet er als herausfordernd, und bei jeder Wendung wacht sein Misstrauen von Neuem auf.

Ich kann mir kaum denken, dass dies wirklich die Auffassung Chamberlains sein sollte. Ein Misstrauen gegen Stresemann wäre jedenfalls vollkommen ungerecht. Stresemann kann mit Recht dagegen einwenden, dass er ursprünglich den Pakt vorgeschlagen hat und dass die Londoner Regierung sich erst nach langem Zögern und manchen Schwierigkeiten zu ihm bekehrte. Seit Januar hat das Auswärtige Amt den Plan mit ungeheurem Geschick durch die innerpolitischen Schwierigkeiten hindurchgesteuert und die laute Kritik der Deutschnationalen wie die stumme Missbilligung Hindenburgs besiegt. Von Frankreich kam ihm mehr Skepsis und Opposition als Unterstützung, während Russland einen heftigen Kampf gegen den Pakt führte. Welche Verfehlungen man ihnen auch sonst vorwerfen mag, Stresemann und Schubert haben gerade bei dieser Gelegenheit rückhaltloses Lob verdient.

6. Oktober 1925.

Berlin.

Heute ist in Locarno ein Übereinkommen über den Sicherheitspakt erzielt worden. Nun ist alles in Ordnung<sup>1)</sup>.

1) Dieses Datum bedeutet einen Wendepunkt in der Nachkriegsgeschichte Europas, nicht nur vom diplomatischen, sondern auch psychologischen Standpunkt. Es war ein entscheidender Schlag für die Vorherrschaft des Kriegsdienstes, der bis jetzt eine scharfe Demarkationslinie zwischen den Siegerstaaten und den Besiegten aufrechterhielt – eine Demarkationslinie, die das gegenseitige Misstrauen und den Hass verewigen und jede aufrichtige Zusammenarbeit vereiteln sollte, die nur auf einer Basis von Gleichberechtigung, unter Berücksichtigung gemeinsamer Interessen möglich ist.

Der Sicherheitspakt kam in Verhandlungen zustande und wurde nicht ein diktierter Vertrag. Durch die Verpflichtung Grossbritanniens und Italiens, im Falle eines künftigen deutsch-französischen Konfliktes ihr ganzes, sowohl moralisches wie materielles Gewicht auf die Seite des als unschuldig Geltenden zu werfen, beendete er auch das System der einseitigen Bündnisse. Der Pakt war einerseits dazu entworfen und be-

*11. Oktober 1925.*

Berlin.

Die deutsche Presse ist voller Lob über die Haltung Chamberlains. Das Entgegenkommen der anderen Delegierten wird zum grossen Teil auf das selbstlose Wirken des britischen Aussenministers zurückgeführt, das die allgemeine Sympathie gewonnen hat. Die Berichterstatter behaupten, es hätte kaum eine Konferenz gegeben, bei der ein englischer Delegierter eine so bedeutsame Rolle gespielt habe wie Chamberlain bei der letzten Zusammenkunft.

stimmt, um Frankreich und Belgien gegen die Gefahr eines erneuten deutschen Angriffes zu schützen. Er sicherte andererseits ein entwaffnetes Deutschland gegen jeden Missbrauch der Macht durch ein waffenstarreres Frankreich und seine zahlreichen Bundesgenossen, mit einem Wort, er stellte das notwendige Gleichgewicht der Macht wieder her.

## KAPITEL XI

### OKTOBER – DEZEMBER 1925

12. Oktober 1925.

Berlin.

Die Nachrichten aus Russland sind immer unzuverlässig. Augenzeugen sind so selten, dass die folgende Erzählung von Interesse ist. Ich hörte sie von einem deutschen Herrenfahrer, der an dem letzten Versuchsrennen teilnahm, das von der Sowjetregierung organisiert wurde, um die Automobile darauf zu prüfen, ob sie sich für die russischen Wege und die dortigen Entfernungen eignen. Der Versuch wurde auf der Strecke von Petersburg durch Moskau nach Tiflis und zurück durchgeführt.

Die gesamte durchmessene Entfernung beträgt fünftausend Kilometer. Die Hin- und Rückfahrt nahm vier Wochen in Anspruch. Man musste zum grossen Teil weite Strecken des Landes durchqueren, in denen es fast gar keine Wege gab. Das Autorennen wurde durch ein Bankett in Petersburg eingeleitet, bei dem nach den üblichen Begrüssungsreden allen Beteiligten gesagt wurde, sie müssten sich dessen bewusst werden, dass die Sowjetregierung zum Kampfe nicht nur gegen ein Land, sondern gegen alle kapitalistischen Staaten zusammen bereit sei.

Das Ziel, das der Sowjetregierung dabei vorschwebte, war zweifellos, sich darüber Gewissheit zu verschaffen, welche Wagen sich am besten für Militärzwecke eignen. Die Regierung hatte dann die Absicht, die betreffenden Automobile zu erwerben und sie an Privatbesitzer weiter zu verkaufen unter der Bedingung, dass sie sie dem Staat zur Verfügung stellen würden, im Falle eines Krieges oder wenn er sie zu anderen Zwecken benötigen sollte.

In dem Augenblick, in dem die Reise begann, fanden sich die Rennfahrer unter eine beinahe militärische Disziplin gestellt. Wenn einer umkehren wollte, wurde es ihm nicht erlaubt. Sie bekamen am Morgen nichts zu essen; auch mittags war die ihnen zugeteilte Portion sehr knapp. Sie mussten zu dritt und manchmal zu fünft in einem Zimmer schlafen, häufig ohne Betten – die meisten unter ihnen fühlten sich sehr elend infolge der jammervollen hygienischen Zustände – einer starb an Cholera in Rostow, und alle anderen litten mehr oder weniger an Ruhr und Magenbeschwerden. Sie kehrten verwanzt und zerstoehen zurück.

Es war keine reine Freude, aber sie hatten dafür eine einzigartige Gelegenheit, das wahre Gesicht Russlands zu sehen, da die Maske, unter der die Sowjetregierung den wirklichen Zustand des Landes zu verhüllen sucht, sich während einer so langen Reise und über eine so lange Spanne Zeit hindurch nicht aufrechterhalten liess.

Mein Bekannter erzählte mir, dass alle Autofahrer, die aus acht verschiedenen Ländern zusammenkamen, darunter Franzosen, Tschechoslowaken und Amerikaner, ohne Ausnahme zu der Überzeugung gelangten, dass das heutige Regime in Russland unbeschreiblich grauenhaft ist und dass alles, was dort geschieht, von der bewussten Absicht diktiert wird, alle Individualität zu zerstören und alle über den Durchschnitt ragende Intelligenz zu vernichten.

Es sei nicht nur unmöglich, mit einem solchen Volk in Geschäftsverbindung zu treten, sondern es würde auch ein Verbrechen sein, an der Erhaltung einer solchen Tyrannenherrschaft mitzuwirken.

Trotzdem Deutschland in besseren Beziehungen zu Russland steht als jedes andere Land, wurden nach der Erfahrung meines Bekannten die Deutschen und Franzosen viel schlechter behandelt als die Engländer und Amerikaner, wahrscheinlich, weil die letzten sich schroff und abweisend zu den Russen verhielten, während Deutsche und Franzosen

sich viel entgegenkommender zeigten. Der vorherrschende Eindruck, den die Teilnehmer von dieser Reise mitgebracht hatten, war, dass Russland vollkommen asiatisch sei, nicht nur uneuropäisch, sondern antieuropäisch. Die Bevölkerung sei in vollkommene Apathie versunken und tröste sich mit dem folgenden Ausspruch über die Lage hinweg: «Wir haben zweihundert schlimme Jahre unter den Iwans durchgemacht. Dann kamen dreihundert schlimme Jahre unter den Romanows. Jetzt werden wir vierhundert schlimme Jahre unter den Sowjets durchmachen müssen.»

27. Oktober 1925.

Berlin.

Meine Zweifel an der angeblichen Haltung Chamberlains werden durch die Nachrichten aus Locarno bestätigt. Er schickte einen sehr optimistischen Bericht über die erste Sitzung, in dem er den dort herrschenden versöhnlichen Ton hervorhob, wie auch den allgemein vorhandenen Wunsch, zu einer Vereinbarung zu gelangen. Luther insbesondere scheint auf ihn einen sehr guten Eindruck gemacht zu haben. Stresemann hat, wie immer, bei der ersten Begegnung ein gewisses Misstrauen durch den Eindruck der Schlauheit, der seiner äusseren Erscheinung anhaftet, und seine schrille Stimme hervorgerufen. Es bedarf einer langen Bekanntschaft und einer gänzlichen Unvoreingenommenheit, um Einblick in sein Wesen zu gewinnen und seine guten Seiten richtig einzuschätzen. Luther besitzt zweifellos die wertvolle Gabe, den Menschen den Eindruck von Ehrlichkeit und Geradlinigkeit zu vermitteln.

12. Oktober 1925.

Berlin.

Ich bekam aus einer privaten Quelle sehr interessante Einzelheiten über das Gespräch zwischen Tschitscherin und dem französischen Botschafter in Berlin. Nach dem Bericht, den man mir gab und den ich für durchaus authentisch halte, liessen die Äusserungen Margeries nichts an Korrektheit gegenüber dem englischen Bündnisverhältnis zu wünschen übrig.

Ich hielt es daher für richtig, gestern Margerie die Gelegenheit zu geben, mich von diesem Gespräch in Kenntnis zu setzen und suchte ihn zu diesem Zwecke auf. Aber trotzdem ich ihm wiederholt die Möglichkeit gab, mir von der Unterredung zu erzählen, sagte er mir kein Wort davon, dass er Tschitscherin traf, da er wahrscheinlich keine Ahnung hat, dass ich nicht nur die Tatsache der Zusammenkunft, sondern auch die Einzelheiten des Gesprächs kenne.

Dieses Verschweigen gewisser Dinge ist im diplomatischen Verkehr unvermeidlich. Ich mache Margerie durchaus keinen Vorwurf daraus. Wenn er mir erzählt hätte, was ihm Tschitscherin gesagt hat, wäre es fast ein Vertrauensbruch gegenüber Tschitscherin gewesen. Die Tatsache, dass er es mir nicht erzählte, bewies seinen Mangel an Offenheit mir gegenüber, aber es ist schwer, sich in einem solchen Dilemma zurechtzufinden.

Es kann meiner Ansicht nach kaum einem Zweifel unterliegen, dass Tschitscherin versuchte, Deutschland mit dem Gespenst eines russisch-polnisch-französischen Abkommens Angst einzujagen. Ich glaube bestimmt, dass Tschitscherin sich verzweifelte Mühe gibt, in freundschaftliche Beziehungen zu Frankreich zu treten. Der Russe ist wie ein Opernsänger. Er weiss, dass er das beste Auditorium in Paris findet. Auf lange Sicht gelingt es den Russen fast immer, die Franzosen herumzukriegen und in ihnen einen unbedingten Glauben zu erwecken. In Berlin und London treffen sie auf verhärtete Gemüter, und so erwacht in ihnen immer wieder der Wunsch, das alte Vertrauensverhältnis zu Frankreich zurückzugewinnen.

Die Russen betrachten die Polen als eine blossе Brücke nach Paris. Sie sind ihnen an sich verhasst und verdächtig; aber sie können sich als Vermittler nützlich erweisen. In ähnlicher Weise wird Paris von Moskau als eine eventuelle Brücke zu dem Geldmarkt von London und New York angesehen.

Ich glaube noch immer, so paradox es klingen mag, dass die endgültige Konstellation aus Deutschland und Polen gegenüber Russland und

Frankreich bestehen wird. Aber es müssen selbstverständlich noch viele Jahre vergehen, bevor sie verwirklicht werden kann.

16. Oktober 1925.

Berlin.

Wir, das heisst Addison, der britische Botschaftsrat, und ich> haben heute mit Schiele, dem Führer der deutschnationalen Partei, und dem Reichsinnenminister gefrühstückt.

Schieles Wesen besteht aus zwei miteinander vollkommen unveröhnlichen Facetten – er ist einerseits ein klarer, geradliniger Landjuncker und andererseits ein Politiker mit einer Neigung für das feingesponnene Netzwerk des politischen Spiels. Das heutige Frühstück wurde von ihm arrangiert, um uns Gelegenheit zu geben, alle seine deutschnationalen Kollegen kennenzulernen. Vier Minister waren anwesend, ausserdem Westarp, einer der unabhängigen Führer ihrer Partei, und Hoetzsch, ihr bester Exponent in der Presse. Ich weiss nicht genau, welches Ziel man eigentlich mit dieser Annäherungsgeste verfolgte, aber ich stelle mir vor, dass Schiele es in der Absicht tat, damit ich seinen Kollegen die sich für Deutschland ergebenden Vorteile des Sicherheitspaktes auseinandersetze. Ich habe ihm oft persönlich gesagt, dass es für Deutschland ein Wahnsinn wäre, den Pakt abzulehnen, selbst wenn die Nebenfragen nicht nach der Zufriedenheit Deutschlands gelöst sein sollten.

Der Locarnovertrag bringt Deutschland gewaltige Vorteile: zuerst die Gleichstellung mit den anderen Grossmächten, zweitens das Verschwinden der Kriegskonstellation und der Kriegspsychose und drittens den wirklichen Schutz gegen eine französische Invasion. Dieser Schutz ist von grösstem Wert, da Frankreich bewaffnet und Deutschland vollkommen waffenlos ist. Der Vertrag ist eine deutliche Dokumentierung eines grundlegenden Umschwungs, und seine Vorteile sind unbestreitbar. Ohne mich darum zu kümmern, ob ich als Anwalt des Locarnopaktes eingeladen war oder nicht, habe ich jedenfalls meine Rolle gespielt. Vielleicht gelang es mir sogar, einige Ungläubige zu bekehren.



Die deutschnationalen Minister, die ich dort traf, sind im Wesentlichen Landwirte. Ihre Gespräche drehten sich meistens um Hirsche, die sie abgeschossen oder verfehlten, oder um gute und schlechte Weinmarken. Bei diesem Gespräch war ich durchaus nicht auf der Höhe. Sobald ich versuchte, Interesse oder Verständnis zu zeigen, gab ich mir sofort eine Blöße und griff vollkommen daneben.

18. Oktober 1925.

Berlin.

Tschitscherin ist noch immer in Berlin. Für sein Verbleiben lässt sich kein bestimmter Grund finden, da er allem Anschein nach keinen Anschluss an die deutschnationalen Führer sucht. Andererseits veranstaltet er geheimnisvolle Zusammenkünfte sowohl mit französischen wie mit italienischen diplomatischen Vertretern, richtige Verschwörersitzungen, nur statt mit Maske und Dolch im modernen Gewände. Diese Tatsache ist sehr wenig bekannt. Ich habe nichts Näheres über die Einzelheiten der Besprechungen gehört, aber ihre allgemeinen Richtlinien werden auf Umwegen durch Rückstrahlung des dort empfangenen Lichtes ersichtlich werden. Tschitscherin soll unbeschreiblich viel trinken. Wenn seine Zuckerkrankheit nicht rein diplomatischer Natur ist, wird er nicht lange mehr unser irdisches Jammertal beehren.

19. Oktober 1925.

Berlin.

Die Ratifizierung des Sicherheitspaktes wird aller Voraussicht nach keine allzu heftigen Widerstände in Berlin finden. Es wird sich manche Unzufriedenheit äussern – wirkliche oder gespielte. Man wird sich nicht gerne dazu bequemen, Stresemann und Luther das verdiente Lob zu spenden – aber ich glaube nicht, dass man auf eine grundlegende Opposition stossen wird. Selbst die Deutschnationalen – es sind im Grunde genommen gute Kerle, mit denen ich jetzt ganz freundschaftlich stehe – werden, wie ich glaube, keine allzu ablehnende Haltung einnehmen. An-

dererseits «on ne désire pas très ardemment ce qu'on ne désire que par raison.»

Was die russische Opposition betrifft, so höre ich, dass Tschitscherin sich entschlossen hat, Briands Einladung anzunehmen und in Paris vor seiner Rückkehr nach Berlin und Moskau einen Besuch abzustatten. Tschitscherin scheint zwei durchaus nicht zu vereinbarende Ziele zu verfolgen. Er versucht einerseits, einen grossen antienglischen Block zu bilden, und andererseits, Geld aus London zu bekommen.

20. Oktober 1925.

Berlin.

Die Verhandlungen in Locarno nahmen einen besseren Verlauf, als sogar die Optimistischsten unter uns gehofft haben. Die deutschen Delegierten, die soeben zurückgekehrt sind, scheinen nicht nur mit dem Ergebnis, sondern auch mit der dort herrschenden freundschaftlichen Atmosphäre zufrieden zu sein. Es ist zweifellos ein gewaltiger Fortschritt im Vergleich zu allen früheren Konferenzen. Die deutschen Delegierten erwarten, dass der Wortlaut des Vertrages die schärfste Kritik in Deutschland selbst hervorrufen wird, aber sie rechnen darauf, dass die versprochenen Erleichterungen ihnen eine Mehrheit sichern werden, hauptsächlich die erwartete Besserung der Zustände im Rheinlande, die Räumung der Kölner Zone und die Konzession, die sie im Hinblick auf den Bau von Flugzeugen und die Luftschiffahrt erhalten haben. Sie sprechen höchst anerkennend sowohl über Briand wie Chamberlain.

Die Unzufriedensten sind dabei die Russen. Locarno hat sie in helle Wut versetzt. Sie werden alles tun, was in ihrer Macht steht, um es zu zerstören. Die Russen haben zwei Ziele vor Augen: Geld und die Vernichtung «der englischen Herrschaft und Ausbeutung in Asien». Tschitscherin verfolgt dieses letzte Ziel mit einer so erbitterten Zähigkeit, dass er auf die Hilfe Frankreichs bei der Zerstörung der englischen Macht in China hofft und dabei vergisst, dass Frankreich grosse Interessen im fernen Osten hat und selbst reiche und blühende Kolonien verlieren

würde, wenn es zu einem allgemeinen Aufstand gegen die europäische Autorität und den europäischen Einfluss käme.

20. Oktober 1925.

Berlin.

Ich habe heute ein ausserordentlich interessantes und wichtiges Gespräch mit Schubert über die Ergebnisse von Locarno gehabt.

Er ist äusserst befriedigt über ein langes Privatgespräch, das er mit Chamberlain hatte, der mit ihm vollkommen frei und ungeschminkt alle schwebenden diplomatischen Fragen besprach. Er ist auch sehr zufrieden mit den freundschaftlichen Beziehungen zu den anderen Mitgliedern der englischen Delegation, hauptsächlich zu Hurst, über dessen Leistungen er mit grosser Anerkennung sprach. Schuberts Ausführungen laufen im grossen Ganzen darauf hinaus, dass noch sehr viel in Bezug auf die Nebenfragen und Rückwirkungen getan werden muss. Es sei wesentlich, einen bestimmten Zeitpunkt für die Räumung Kölns festzusetzen – ebenso wesentlich, gewisse Veränderungen im Rheinland zu erwirken. Andere Punkte, über die noch zu verhandeln wäre, sind die Kontrollklauseln des Militärkomitees des Völkerbundes und die der deutschen Luftschiffahrt auferlegten Beschränkungen.

Von jedem Gesichtspunkt aus ist es um des europäischen Friedens willen von grosser Bedeutung, die Deutschen zu der Unterstützung der Vertrags Verhandlungen zu bringen. Dies wäre nur möglich, wenn sich im Laufe des nächsten Monats der Beweis erbringen liesse, dass man gewissen deutschen Wünschen Rechnung trägt. Ich sagte Schubert, dass die Räumung der Kölner Zone ausschliesslich von der Entwaffnung abhängt. Es ist Sache der Deutschen, den ersten Schritt in Bezug auf die Entwaffnung zu tun, um den neuen Geist zu beweisen. Keinem Menschen in England liegt es am Verbleiben in Köln, aber wir müssen gute Gründe haben, um von dort wegzugehen. Wir können jetzt nicht in direktem Widerspruch zu unserem Verhalten im vorigen Jahre handeln.

23. Oktober 1925.

Berlin.

Nachdem nun die Beziehungen zwischen Deutschland und England und unseren Alliierten auf eine gänzlich neue Basis gestellt worden sind, mag es für mich der richtige Augenblick sein, von Berlin Abschied zu nehmen. Spätestens in einigen Monaten wird Deutschland Mitglied des Völkerbunds sein. Die Entwaffnung wird auch weit genug fortgeschritten sein, um einen Zeitpunkt für die Räumung des Rheinlands festzusetzen.

25. Oktober 1925.

Berlin.

Ich bin sehr froh über die Herzlichkeit Chamberlains und die Briefe, die ich aus London bekomme, in denen mir gesagt wird, dass meine Unterstützung der Locarnopolitik in Regierungskreisen voll anerkannt wird. Die zum Pakt führenden Verhandlungen waren ein wirkliches Wunder, sowohl in Bezug auf die Schnelligkeit, mit der sie vor sich gingen, wie auch in Bezug auf die Ergebnisse, die zu erwarten sind. Im Anfangsstadium ging ich vielleicht in der Befürwortung eines gegenseitigen Paktes im Gegensatz zu einer antideutschen Liga über den Rahmen der konventionellen Diplomatie hinaus, aber ich glaube, dass heute alle, abgesehen von einer Schar von Fanatikern, sich darüber einig sind, dass es die einzig mögliche Politik war, der einzige Weg, der zur Befriedung Europas führen kann.

15. November 1925.

Berlin.

Man glaubt hier ziemlich zuversichtlich, dass man eine genügende Mehrheit für die Ratifizierung des Sicherheitspaktes bekommen wird. Das Seltsame ist, dass, trotzdem jeder überzeugt ist, dass der Vertrag angenommen werden wird, kein Mensch sich irgendein bestimmtes Bild davon machen kann, welche Parteien die Reichstagsmehrheit bilden werden. Die Botschafterkonferenz in Paris hat zu der Besserung der Lage beträchtlich beigetragen. Es war von grösster Bedeutung, eine bestimmte Erklärung in Bezug auf die Räumung Kölns zu erlangen, bevor die Fraktionsverhandlungen eingesetzt haben.

Die Beschlüsse über die Räumung Kölns und die Erleichterungen im Rheinlande werden sicherlich eine entscheidende Wirkung auf die Stellung der Opposition haben. Man kann nicht oft genug wiederholen, dass der deutsche Standpunkt im Wesentlichen durch die Stellungnahme der Alliierten erzeugt wird. Wenn man den guten Willen anerkennt, wird man ein Deutschland vor sich haben, das sich grundlegend von dem Produkt ungerechtfertigten Misstrauens und rücksichtsloser Kritik unterscheidet.

Der Unterzeichnung des Sicherheitspaktes am 1. Dezember in London scheint sich nichts mehr in den Weg zu stellen. Nach dem Abschluss von Locarno und der Durchführung der ihm entspringenden Voraussetzungen kann die alte Gefahr eines russisch-deutschen Bündnisses gegen die Westmächte als überwunden gelten. Obwohl die Russen sich noch mit ihrer ganzen Kraft Locarno widersetzen, können sie es nicht rückgängig machen, vorausgesetzt, dass sowohl die Alliierten wie Deutschland sich vom Geist von Locarno leiten lassen.

Ich glaube nicht, dass die Bedeutung der Reparationsregelung vom Jahre 1924 und des Locarnovertages von 1925 übertrieben werden kann, und es ist für mich ein freudiges Bewusstsein, dass die beiden grossen Schritte auf dem Wege der Befriedung Europas in der Hauptsache der Initiative Englands zu verdanken sind. Ohne das starke Einsetzen des englischen Einflusses hätte es weder einen Dawesplan, noch viel weniger ein Locarno gegeben. Man wirft uns manchmal auf dem Kontinent unsere Selbstsucht vor. Man sollte dann wenigstens diese beiden Ergebnisse auf unser Konto buchen.

*18. November 1925.*

Berlin.

Die Tatsache, dass es noch immer nicht gelungen ist, die öffentliche Meinung zu einer richtigen Bewertung des Sicherheitspaktes zu bringen, ist nach der Ansicht der Deutschen weder auf Parteipolitik, noch auf militaristischen Geist und noch viel weniger auf die kriegerische

Gesinnung zurückzuführen, sondern einzig und allein auf den völligen Mangel an politischem Instinkt.

Der erste und wichtigste Gewinn liegt darin, dass Locarno die Kriegsentente gegen Deutschland beendet. Er bringt Deutschland in das europäische Konsortium der Westmächte und räumt mit der alten diplomatischen Auffassung der Lage auf, die Deutschland als «den bösen Friedensstörer», «den Exponenten des aggressiven Militarismus» und «den tollen Hund Europas» betrachtete.

Zu diesem grundsätzlichen Urteil kommen greifbare Ergebnisse der Rückwirkungen im besetzten Gebiet, die folgendermassen zusammengefasst werden können:

1. die unmittelbare Räumung der Kölner Zone neben zahlreichen Konzessionen im Hinblick auf den Stand der Entwaffnung, wie er in dem Memorandum vom 6. Juni präzisiert wurde.
2. Eine beträchtliche Herabminderung der Besatzung. Die Räumung einer Anzahl von Kasernen, Schulen, öffentlichen Gebäuden usw., deren Beschlagnahme vielleicht die schwerste Last der Besatzung bildete.
3. Durch die Wiedereinsetzung des Reichskommissars kann Deutschland in allen Fragen, die das Interesse des Rheinlandes berühren, zu Worte kommen, ohne den langwierigen diplomatischen Mechanismus in drei Hauptstädten in Bewegung setzen zu müssen.

Durch die Abberufung der Delegierten und die Einschränkung der Machtbefugnisse der Militärgerichte bekommt Deutschland die volle zivile Souveränität im Rheinland zurück. Der Bevölkerung wird die «Demütigung» des dauernden Kontaktes mit fremden Beamten erspart, und jede fremde Einmischung in lokale Politik wird ausgeschaltet.

Bei einer unparteiischen Bewertung muss man diesem Gewinn gewisse Verluste entgegensetzen. Der wichtigste darunter ist eine Schwächung oder sogar Aufgabe der Basis des Rapallovertrages, aber Rapallo hat sich im Grunde genommen nie sehr befriedigend für Deutschland

ausgewirkt. Die Handelsgewinne, die damals erwartet wurden, blieben aus, und auch die diplomatische Unterstützung war von keinem grossen Wert. Er hat Deutschland bloss das Gefühl genommen, dass es allein und frierend draussen auf der Strasse stand.

Ich halte noch immer an meiner Ansicht fest, dass eine Zusammenarbeit zwischen der deutschen Rechten und der russischen Linken ein Ding der Unmöglichkeit sei, aber ich muss zugeben, dass ich vor einigen Tagen beim Empfang in der russischen Botschaft ein wenig erschüttert war, als ich die Fülle der steifen militärischen Gestalten mit dem Eisernen Kreuz auf der Brust sah, die sich so unbekümmert den russischen Sekt zu Gemüte führten.

*18. November 1925.*

Berlin.

Der Handelsvertrag zwischen England und Deutschland, der im Oktober ratifiziert wurde, enthält manche Einzelheiten von besonderem Interesse. Die betreffenden Punkte sind in dem Protokoll, das den Anhang des Vertrages bildet, klar dargelegt. Das Protokoll stellt fest, dass der unterzeichnete Handels- und Schiffahrtsvertrag auf dem Prinzip der Meistbegünstigungsklausel aufgebaut ist, und dass beide Staaten sich verpflichten, dieses Prinzip im weitesten Sinne zu interpretieren. Sie verpflichten sich, die Erzeugnisse des Vertragspartners keiner nachteiligen Behandlung, weder durch Zollabgaben, noch durch Zollklassifizierung, zu unterwerfen. Sie einigen sich auch darauf, keine Zölle aufzuerlegen, wiedereinzuführen oder zu verlängern, die besonders schädigend für das andere Land sein könnten.

Soweit gibt es nichts Neues im Geist der einzelnen Bestimmungen selbst. Sie geben nur eine ausgedehntere und gleichzeitig eine genauere Deutung des Meistbegünstigungsprinzips, aber Artikel 2 des Protokolls geht darüber hinaus, denn er setzt fest, dass jedes Land eine Reziprozität für die Begünstigung der Erzeugnisse des anderen gewährt. Diese Reziprozität der Begünstigung ersetzt auf eine vorteilhafte Weise die Ver-

geltungsmassnahmen für Benachteiligung, die bis jetzt das einzige oder bei Weitem am häufigsten angewandte Druckmittel in den Handelsbeziehungen der Völker waren. Diese Verpflichtung gegenseitiger Begünstigung erstreckt sich auch auf die besonderen Verbote und Einschränkungen, die ausnahmsweise gestattet sind.

Sollte der eine Vertragspartner finden, dass der andere diese Verpflichtung nicht erfüllt, nehmen beide Parteien sofort entsprechende mündliche Verhandlungen auf.

Artikel 3 des Protokolls setzt eine andere Bestimmung von grosser Bedeutung fest, und zwar, dass mit Ausnahme einer bereits festgelegten kleinen Sonderliste keinem der beiden Länder gestattet sein soll, irgendwelche Verbote oder Einschränkungen der gegenseitigen Ein- und Ausfuhr aufzuerlegen.

Im Artikel 4 verpflichtet sich die britische Regierung, alle Sonderverbote aufzuheben, von denen seit dem Kriege deutsche Staatsbürger und deutsche Gesellschaften betroffen waren. Diese Bestimmung ist bereits in Kraft getreten.

Als Gegengewicht zu der Aufhebung dieser sich auf deutsche Staatsbürger beziehenden Verbote verpflichtet sich die deutsche Regierung im Artikel 5, englischen Banken, Versicherungsgesellschaften, wie auch der englischen Schifffahrt die volle Gleichstellung mit den deutschen Firmen zu gewähren. Die Banken müssen sich nur nach den in Deutschland geltenden Gesetzen richten, ihre Niederlassungen unter denselben Voraussetzungen wie deutsche Banken eröffnen und auch Gelddepots unter denselben Bedingungen entgegennehmen.

Den englischen Versicherungsgesellschaften soll gestattet werden, sich in allen Teilen Deutschlands niederzulassen, soweit sie sich nach den Bestimmungen des deutschen Versicherungsgesetzes richten. Alle Erleichterungen, die mit dem deutschen Gesetz vereinbar sind, sollen den britischen Versicherungsagenturen gewährt werden.

Auch bei der Schifffahrt sollen für englische Gesellschaften dieselben Grundsätze wie für die deutsche Schifffahrt gelten.



Schiffe und Schiffahrtsgesellschaften der beiden Vertragspartner sollen sowohl innerhalb des englischen wie des deutschen Gebietes die vollkommene Gleichstellung mit der Landesschiffahrt bekommen.

Aus all dem Vorgehenden ist ersichtlich, dass das Protokoll weit über jedes frühere internationale Abkommen hinausgeht, indem es Begünstigung im Austausch gegen Begünstigung gewährt, statt alle Tore für Vergeltung gegen Vergeltung, Zollerhöhung gegen Zollerhöhung offen zu lassen. Wenn die grundlegenden Prinzipien des gegenwärtigen Handelsvertrags, wie sie im Protokoll entwickelt sind, in demselben Geiste, der den Vertrag beseelte, durchgeführt sein werden, muss sich eine beträchtliche Steigerung des Handelsverkehrs zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreiche ergeben.

Es ist auch zu hoffen, dass man dieselben Prinzipien auf Handelsverträge mit andern Ländern anwenden wird, um dadurch die fortschreitende Erhöhung der Zollhindernisse zu verhindern, die in so vielen Ländern im Laufe der letzten Jahre das Kennzeichen der Handelsgesetzgebung war. Es mag sich damit die grosse Wendung vollziehen und den zahlreichen Staaten die Möglichkeit grösserer Handelserleichterungen und eines freien Austauschverkehrs geben.

*18. November 1925.*

Berlin.

Die Erleichterungen des Rheinlandregimes sind hier nicht mit der Befriedigung aufgenommen worden, die sie verdienen<sup>1)</sup>. Meiner Ansicht nach gehen diese Erleichterungen weit über alles hinaus, was man

<sup>1)</sup> Diese Erleichterungen erstreckten sich auf die Wiederernennung eines deutschen Mitglieds der hohen Rheinlandkommission, die Rückberufung der lokalen Delegierten, die Übertragung der grossen Mehrzahl der Prozessverfahren aus den alliierten Militärgerichten an die deutschen Gerichte und die Aufhebung einer Anzahl von Verordnungen, die die Freiheit der lokalen Bevölkerung einschränkten. Ausserdem wurde versprochen, mit der Räumung der Kölner Zone am 1. Dezember zu beginnen, eine wesentliche Verminderung der Besatzung durchzuführen und die militärische Kontrolle zu beenden, sobald Deutschland zur Zufriedenheit der Alliierten die wenigen noch umstrittenen Punkte geregelt hat.

von den Franzosen erwarten konnte. Aber die Rechte hier kann es nicht über sich bringen, irgendetwas, was die gegenwärtige Regierung erreicht hat, als gut zu bezeichnen, während das Zentrum und die Linke entweder die grossen Vorteile, die ihr zu verdanken sind, verkennen oder es für politisch richtig finden, sie nicht zu unterstreichen.

Die Kunst der dankbaren Anerkennung, die man mit dem Hintergedanken der Förderung künftiger Vorteile zum Ausdruck bringt, ist den Deutschen fremd. Sobald ihnen irgendetwas gewährt wird, stellen sie nicht nur weitere Forderungen, sondern versuchen, das ihnen einmal Gegebene als eine höchst unvollkommene Erfüllung ihrer unbestreitbaren Rechtsansprüche darzustellen.

Die einzige Ausnahme, die ich in Deutschland fand, war Stresemann, der während der ganzen Verhandlungen über den Sicherheitspakt ein wirklich grosszügiges Verständnis zeigte. Sowohl dem Intellekt wie der Willenskraft nach ist er seinen Kollegen weit überlegen. Trotzdem oder vielleicht gerade deshalb ist er weit unpopulärer als die meisten unter ihnen. Die Rechte hasst ihn, den Rechtsradikalen ist er ein Greuel, die Sozialisten haben kein grosses Vertrauen zu ihm, und selbst seine eigene Partei unterwirft sich seiner Führung eher aus Vernunftgründen als aus wirklicher Liebe.

Luther hat eine unschätzbare Fähigkeit, die Stresemann fehlt. Er erweckt Vertrauen, hauptsächlich bei stumpfen, dummen Menschen. Da die Mehrheit aus solchen Menschen besteht, verfügt Luther über mehr Anhang als Stresemann.

Die militärische Kontrollkommission scheint sich endlich ihrer Auflösung zu nähern. Die letzten Verhandlungen in Paris sind mit grossem Geschick und grosser Energie von Crewe geleitet worden. Das Ergebnis ist, dass die Ankündigung der «Rückwirkungen» von Locarno auf die eindrucksvollste Weise und im günstigsten Moment kam. Von Berlin gesandte Telegramme waren daran nicht unbeteiligt, aber die britische Botschaft in Paris verdient die höchste Anerkennung.

Die letzte Verzögerung ist durch Punkte hervorgerufen worden, die kaum von Bedeutung sind, soweit sie Deutschlands Kriegsbereitschaft oder die Kriegsgefahr betreffen. In Wirklichkeit haben die Entwaffnungsmassnahmen, die seit einem Jahre durchgeführt worden sind, einen militärischen Wert von 0,0001. Wenn die Dinge hier endlich ins Geleise kommen, hat es keinen Sinn, zu bedauern, dass sie nicht früher eingerenkt wurden, aber trotzdem bleibe ich bei der Meinung, man hätte die Entwaffnung schon vor einem Jahre als vollendet erklären sollen, um dann sofort Köln zu räumen. Die Annäherung zwischen den Völkern hätte sich viel schneller vollzogen. Es ist jedoch möglich, dass es in diesem Falle nicht zu Locarno gekommen wäre, und Locarno ist durch eine Verlängerung der Kontrollkommission um ein Jahr billig erkaufte.

Wenn ich meine früheren Aufzeichnungen durchblättere, fällt mir die Tatsache auf, dass ich der Sicherheitsfrage den Vorrang vor den Reparationen gab und schon im Jahre 1922 Curzon zu überzeugen suchte, einen Plan zu entwerfen in der Art des Sicherheitsangebotes, das später zum Vertrag von Locarno wurde. Ich habe damals wohl geglaubt, dass eine Reparationsregelung ohne ein vorangehendes Sicherheitsabkommen nicht möglich sei. Diese Auffassung hat sich als irrtümlich erwiesen – Amerika tauchte auf der Weltbühne auf, ein finanzieller Druck wurde ausgeübt, die Westmächte verzichteten klugerweise auf die Festsetzung der Gesamtsumme deutscher Verschuldung und der Dawesplan wurde von allen Beteiligten angenommen. Es ist jedoch möglich, dass mein Vorschlag der Lösung der Sicherheitsfrage in erster Linie zu einem gemässigten und daher auch dauerhafteren Reparationsplane geführt hätte. Ich zweifle sehr, ob die vollen Annuitäten, die im Dawesplan vorgesehen sind, viele Jahre hindurch gezahlt werden können. Es wäre vielleicht richtiger gewesen, wenn man die Verhandlungen in der gebesserten Atmosphäre des Sicherheitspaktes geführt und die Reparationen sofort auf einer verminderten Basis festgesetzt hätte.

Chamberlain behandelt weiterhin die Frage des Sicherheitspaktes mit bewährtem Geschick. Nicht nur die Deutschen haben aus den Tagen von Locarno eine hohe Meinung von ihm mitgebracht, sondern auch verschiedene ausländische Journalisten, die ich sprach, erklärten mir, dass sein Takt, seine Ehrlichkeit, sein offensichtlicher Wunsch, zu einer Lösung zu kommen, ohne Rücksicht auf persönliche oder nationale Vorteile, sehr viel zu dem Erfolge der Konferenz beigetragen haben.

Die Wahl Londons für die endgültige Unterzeichnung des Paktes steht vollkommen im Einklang mit der Stellung Englands als Treuhänders und fast als Schiedsrichters – sie rückt unsere moralische Stellung während der ganzen Verhandlungen ins richtige Licht.

28. November 1925.

Berlin.

Ich sprach heute Abend den Staatssekretär, um zu erfahren, ob alle auf den Pakt bezüglichen Formalitäten schon als erledigt gelten können.

Er erwiderte mir: «Der Präsident hat noch nicht unterzeichnet, aber er wird es tun, das unterliegt keinem Zweifel. Man kann daher die gesamten Formalitäten als de facto erledigt betrachten. Die Delegierten werden morgen nach London abreisen, mit allen zur Unterschrift notwendigen Vollmachten.

Wir sprachen dann über die Anfänge der Verhandlungen, die zum Abschluss des Sicherheitspaktes führten, und Schubert bestätigte mir wörtlich meine Schilderung des Anfangsstadiums.

Er sagte: «Wenn ich alle Schwierigkeiten vorausgesehen hätte, auf die der Vorschlag hier im Lande stossen wird, hätte ich, glaube ich, nicht den Mut gehabt, mich für ihn einzusetzen. Wir können heute mit Recht sagen, dass ‚das Kind‘ lebt und sogar gesund und kräftig ist. Aber die breite Öffentlichkeit hat keine Ahnung, welche Kinderkrankheiten es durchgemacht hat. Als die erste Note an die englische Regierung am

20. Januar abgesandt wurde, und selbst noch am 9. Februar, als wir die Note an die französische Regierung richteten, gab es nur wenige Menschen hier, die den deutschen Schritt billigten. Ich glaube, dass, wenn Chamberlain oder Herriot damals, als sie zuerst von dem Vorschlag erfuhr, ihn veröffentlicht hätten, er nicht einmal, sondern mehrmals umgebracht worden wäre. Sicherlich in Paris und hier, vielleicht auch in London. Stresemann wie auch andere, die als verantwortlich für den Vorschlag gelten, würden eine bittere Enttäuschung erlitten haben. Ich bin überzeugt, dass, wenn Herriot das Angebot nicht so vertraulich behandelt hätte, dass es nicht durch seine Büros in die Presse gelangen konnte, es in Paris in Stücke zerrissen worden wäre. Er sorgte jedoch für vollkommene Geheimhaltung und liess nur den Grundgedanken allmählich durchsickern. Dadurch wurde der Plan am Leben erhalten.

Die Verhandlungen waren alles in allem nicht sehr lang. Ich erinnere mich, dass, als Sie zuerst in einem Gespräch mit mir das Thema berührten, in den letzten Dezembertagen von 1924, Sie eine Landkarte mitbrachten, um mir zu erklären, was Sie unter dem ‚eisernen Vorhang‘ verstehen. Dieser Grundgedanke ist in den Pakt übernommen worden – der Gedanke einer Schranke zwischen Frankreich und Deutschland, die jedes der beiden Länder daran verhindert, zum Kriege zu schreiten, ohne als Angreifer an den Pranger gestellt zu werden und die Feindseligkeit der gesamten Kulturwelt gegen sich heraufzubeschwören. Als Sie zuerst diesen Gedanken erwähnten, fand er wenig Anklang, aber der seit dieser Zeit erzielte Fortschritt ist wirklich erstaunlich. Ich stimme darin ganz mit Ihnen überein, dass durch die Unterzeichnung des Vertrages die Kriegsgefahr in Europa um mindestens 70 Prozent – wenn nicht mehr – vermindert worden ist.»

Ich erwiderte Schubert, dass ich den Eindruck hatte, als ob wir die Frage der Sicherheit noch vor Ende Dezember besprochen hätten. Meiner Erinnerung nach muss es der 8. oder 10. Dezember gewesen sein.

Er erwiderte mir: «Nein, Sie haben wohl diese Frage in den letzten drei Jahren mehrmals allgemein erörtert – einmal im Jahre 1923, wie ich mich erinnere – aber der endgültige Plan eines eisernen Vorhangs wurde erst ganz gegen Ende Dezember letzten Jahres in seiner endgültigen Fassung erwähnt.»

Schubert fügte noch hinzu, dass Deutschland kein bestimmtes Programm für die Besprechungen in London mitbringe, dass jedoch dort sicherlich viele Fragen berührt werden würden, hauptsächlich der Zeitpunkt und die Art und Weise des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund.

*1. Dezember 1925.*

London.

Die offizielle Unterzeichnung des Locarnovertrages ging im Rahmen einer würdigen Feier vor sich. Die Reden entsprachen durchaus der Bedeutung des Augenblicks, und die ganze Veranstaltung war so eindrucksvoll, wie es in unserer modernen, unfeierlichen Zeit nur möglich ist. Sowohl Chamberlain wie Briand sprachen gut und wirkungsvoll.

### **Die Unterzeichnung des Locarnovertrages am 1. Dezember 1925**

Die alliierten und deutschen Staatsmänner, die die Locarnoverträge in die Wege geleitet hatten, kamen am 1. Dezember in London zur offiziellen, feierlichen Unterschrift zusammen. Die Unterzeichnung fand im goldenen Zimmer des Foreign Office statt, und neben den Premierministern und Aussenministern der führenden Staaten waren die meisten der Botschafter und Diplomaten anwesend, die bei den im Locarnovertrage mündenden Verhandlungen eine Rolle gespielt haben. Offizielle politische Verhandlungen blieben aus, nur Dr. Stresemann hatte einige private Unterredungen, hauptsächlich mit Sir Austen Chamberlain und Briand, in deren Verlauf er seine Gedanken über die alliierten Konzessionen an Deutschland entwickelte, und zwar die schnelle Verminderung der Besatzungstruppen, die künftige Zusammenarbeit zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Feinden, so z.B. auf dem Gebiete der Luftschifffahrt. Er schnitt auch die Frage eines Kolonialmandates für Deutschland

an, aber er wurde von Sir Austen gebeten, im Augenblick ein so strittiges Problem nicht in die Debatte zu werfen.

Die Hauptdelegierten mit Einschluss der Deutschen wurden von S. M. dem König Georg im Buckingham Palace empfangen, der sie zu den von ihnen vollbrachten Leistungen beglückwünschte.

*12. Dezember 1925.*

London.

Sir Abe Bailey, ein alter Freund von mir, ein südafrikanischer Finanzmann und Rennstallbesitzer, gab gestern Nacht einen Empfang, um meine Rolle beim Zustandekommen des Locarnovertrages zu feiern.

Es war ein Balthasarfest auf kultiviertester Stufe mit einem wunderbaren Aufmarsch von Gästen: zwei ehemalige Premierminister, Balfour und Asquith, der Schatzkanzler Winston Churchill, Geoffrey Dawson, der Herausgeber der «Times», Keynes, Philip Kerr und mehrere Zeitungsmagnaten.

Ich erinnere mich an eine Pokerpartie mit Bailey in Johannesburg im Jahre 1895, zur Zeit der Hochkonjunktur vor dem Jameson Raid. Einmal im Laufe des Abends waren die Einsätze so hoch, dass ein Blick in die Karten 1'000 £ kostete. Es war wirklich, wie Stresemann sagen würde, «ein tolles Jahr».

*18. Dezember 1925.*

Berlin.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Afghanistan verdienen mehr Aufmerksamkeit. Die deutsche Regierung versucht mit allen Mitteln, sie möglichst eng zu gestalten, allem Anschein nach im Einverständnis mit den offiziellen Kreisen in Kabul. Es gibt nicht nur Deutsche unter den führenden Militärratgebern der afghanischen Regierung, sondern es werden auch deutsche Archäologen in immer wachsender Zahl nach Afghanistan entsandt. Ausserdem kommen immer mehr junge Afghanen zum Universitätsstudium nach Berlin oder in andere deutsche Städte. Die verhältnismässig billige Ausbildung in Deutschland ist der Hauptfaktor, der ihnen erlaubt, so erfolgreich mit den Schulen und Universitäten Grossbritanniens zu konkurrieren.

21. *Dezember 1925.*

Berlin.

Die Sensation dieser Woche war die Entdeckung von Anschlägen auf das Leben Stresemanns. Abgesehen von dem einen, von dem die Zeitungen berichteten, war, wie es scheint, ein zweiter Anschlag von einer ganz andern Seite her geplant. Dies Vorhandensein zwei gleichzeitiger Verschwörungen zeigt, wie weitverbreitet der Hass gegen Stresemann ist. Es ist ein beunruhigender Gedanke, dass den verhinderten Mördern so viele finanzielle und andere Möglichkeiten – sogar ein Flugzeug, wie es heisst – zur Verfügung standen.

Die Bildung des neuen Kabinetts ist wohl vor dem 10. Januar kaum zu erwarten. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Stresemann Aussenminister bleiben und Luther zum Reichskanzler ernannt werden. Es heisst, dass Luther das Wirtschaftsministerium haben will, falls es ihm nicht gelingen sollte, mit der Bildung der Regierung betraut zu werden.



## KAPITEL XII

DEZEMBER 1925 – FEBRUAR 1926.

23. Dezember 1925.

Berlin.

Stresemann erzählte mir gestern, es sei durchaus nicht zutreffend, dass Luther und er, als sie bei der Unterzeichnung des Sicherheitspaktes in London am 1. Dezember deutsch sprachen, damit die Absicht verfolgten, das Deutsche als eine diplomatische Sprache in den internationalen Konferenzen einzuführen. In Wirklichkeit wollte Luther, der fließend französisch spricht, eine französische Rede halten, aber es gab einen Punkt in seiner Rede, über den er und Stresemann durchaus verschiedener Meinung waren. Es entspann sich eine heftige Diskussion über die auseinanderklaffenden Ansichten, die den ganzen Tag lang und bis spät in die Nacht hinein dauerte. Stresemann sagte mir nicht, um welche Frage sich der Streit drehte. Erst am Morgen der Unterzeichnung konnten sich die beiden einigen. Es war daher keine Zeit mehr, den Wortlaut im Französischen vorzubereiten; aber auf dem Wege zum Foreign Office sagte Stresemann zu Luther: «Da Sie so fließend Französisch sprechen, können Sie ja die Rede auf Französisch halten.» In der letzten Minute jedoch hat Luther entweder an seiner eigenen Beherrschung des Französischen gezweifelt oder andere Bedenken gehabt, so dass er gegen die ursprüngliche Absicht eine deutsche Rede hielt. Aber es war wirklich keine Spur von vorgefasster Absicht dabei.

Da Stresemanns Französisch sehr mangelhaft ist, blieb ihm keine andere Wahl als deutsch zu sprechen.

23. Dezember 1925.

Berlin.

Tschitscherin hat heute Abend Berlin nach einem Aufenthalt von drei Tagen verlassen. Er hatte einige Unterredungen mit dem Aussenminister und vielen massgebenden Persönlichkeiten, u.a. mit dem General von Seeckt.

Ich höre aus einer sehr vertraulichen, zuverlässigen Quelle, dass sein Auftreten diesmal ganz anders war als seine Haltung vor zwei Monaten. Damals tobte er und drohte er, und seine Äusserungen über Locarno waren viel heftiger als man es zu jener Zeit zugeben wollte. Diesmal war er viel milder, da er allem Anschein nach Locarno als eine vollendete Tatsache ansieht, mit der man sich abfinden muss. Er befürwortete nur eine intensivere Entwicklung der Handelsbeziehungen zu Deutschland und drängte die deutsche Regierung, ein ähnliches System einzuführen, wie es im englischen Trade-Facilities-Gesetz enthalten ist. Er versuchte auch, freundschaftliche Beziehungen zur Rechten anzubahnen.

Im Hinblick auf den Völkerbund brachte Tschitscherin ein neues Argument gegen den Eintritt vor. Er meinte, dass ein Mitglied des Völkerbundes gezwungen sei, sich im Streitfälle für oder gegen ein bestimmtes Land zu erklären. Dies könnte einen Staat in grosse Verlegenheit bringen, da man zu einer bestimmten Parteinahme gezwungen wird und nicht mehr die Möglichkeit hat, den beiden Streitenden freundschaftliche Zusicherungen zu geben. Man habe schon genug Feinde in der Welt, fügte er hinzu, und man braucht nicht nach Genf zu fahren, um sich dort noch mehr auf den Hals zu laden.

Über die Verhandlungen in Paris sprach er sich befriedigt und voller Hoffnung aus. Er schien zu erwarten, dass bald grosse Kredite aus französischen Quellen nach Russland fliessen werden. Sein Bericht über die Verhandlungen mit Frankreich stimmte vollkommen mit der Darstellung überein, die man von Paris aus der deutschen Regierung übermittelt hat.

Tschitscherin teilte hier mit, dass ein Neutralitätsvertrag zwischen Russland und der Türkei geschlossen wurde und in einigen Tagen be-

kanntgegeben werden soll. Diese Mitteilung kam anscheinend der deutschen Regierung überraschend, da man hier annahm, zwischen der Türkei und Russland sei bereits ein Abkommen vorhanden, das eine viel engere Verbindung voraussetze als ein üblicher Neutralitätsvertrag.

Nur im Hinblick auf England blieb Tschitscherins Sprache unverändert. Er schilderte noch immer England als den Verführer und Deutschland als das verführte Opfer und meinte: «Warum soll Deutschland, das arme Gretchen, sich von dem englischen Faust verführen lassen? Aus einem solchen Verhältnis kann nur Unheil kommen!» England habe sich seiner Ansicht nach die grösste Mühe gegeben, Russland finanziell auszuhungern, indem es die andern Länder an der Gewährung der Kredite verhinderte. Dieser Versuch ist jetzt fehlgeschlagen. Der russische Handel wird bereits von Amerika finanziell unterstützt.

24. Dezember 1925.

Berlin.

Die Briefe des Barons Holstein an seine Bankiers, die im «Berliner Tageblatt» veröffentlicht wurden, haben hier grosses Interesse erweckt. Diese Briefe erstrecken sich auf eine Reihe von Jahren – er schrieb manchmal drei an einem Tage. Er teilte den Empfängern die geheimen Informationen des Auswärtigen Amtes zum Zwecke von Börsenspekulationen mit.

Die Steuerpläne der Regierung und die Grundrisse ihrer Handelspolitik wurden offen enthüllt, um den Bankiers Holsteins eine Spekulation auf gemeinsamem Konto zu ermöglichen.

Die Zeitungen der Rechten übergehen die Sache mit Schweigen, da sie sich vollkommen klar darüber sind, welches trübe Licht diese Enthüllungen auf das Prestige und die Ehre der kaiserlichen Regierung werfen. Sie bestreiten nicht die Echtheit der Briefe. Ihr einziges Verteidigungsargument ist, dass das Geld zum grossen Teil für den Dienst der Öffentlichkeit verwandt wurde, insbesondere für die Privatspionage, die

Holstein leitete. Ob diesen Ausgaben jedoch patriotische Motive zugrunde lagen oder ob Holstein damit nur seine persönliche Eifersucht und Feindschaft befriedigen wollte, ist noch eine offene Frage.

Ich hatte vor Kurzem Gelegenheit, mich mit einem Bekannten über diese Affäre zu unterhalten, der über Holsteins Privatleben sehr gut unterrichtet war, und erfuhr folgende Einzelheiten:

Neben den Briefen an seine Bankiers ist noch eine umfangreiche Korrespondenz mit einer gewissen Frau von Lebbin vorhanden. Diese fast ebenso zahlreichen Briefe drehen sich jedoch hauptsächlich um politische Fragen. Holstein stand jahrelang in höchst vertraulichen, platonischen Beziehungen zu der Frau von Lebbin. Es war eine Frau ohne jede äusserliche Anziehungskraft und ohne Vermögen, aber trotz dieser Nachteile hatte sie einen Kreis von Freunden, zu dem nicht nur Holstein, sondern auch Bülow und mancher andere führende Politiker gehörte. Sie versammelten sich tagtäglich in ihrem Hause, meistens um ihr Bett herum, da sie an Gicht litt und oft wochenlang an ihr Bett gefesselt war. Ihre Schmerzen hinderten sie jedoch nicht, den Kreis ihrer Freunde zu empfangen und sich für den politischen Tagesklatsch lebhaft zu interessieren. Sie las die Zeitungen mit einer solchen Aufmerksamkeit und hatte ein so ausgezeichnetes Gedächtnis, dass sie zu einer wirklichen Enzyklopädie der deutschen Presse wurde.

Das Merkwürdige an den Holstein-Spekulationen ist, dass seine finanziellen Indiskretionen ihm keinen beträchtlichen Vermögenszuwachs brachten. Er soll einige Jahre lang 7-8'000 Pfund an der Börse verdient haben, aber das Endergebnis der gemeinsamen Spekulationen mit seinem Bankier lief darauf hinaus, dass beide fast vollkommen ruiniert waren. Es wäre interessant, diese Bilanz mit den Ergebnissen zu vergleichen, die andere Politiker und Diplomaten, die berüchtigte Spekulanten waren, wie Talleyrand, Decazes und Iswolsky, erzielt haben.

Holstein lebte sehr einfach, hauste in einer ärmlichen Wohnung und gönnte sich kaum die üblichen Freuden, die zum Grossstadtleben gehören. Er ass sehr selten zu Abend und ging kaum in Gesellschaft. Seine einzigen Vergnügungen waren Frühstücke, die er bei Borchardt gab, einem der besten Restaurants in Berlin, bei denen er Speisen und Getränke in gewaltigen Mengen verkonsumierte. Er war anscheinend von einer Machtgier besessen. Auf seine Freundschaftstreue konnte man weniger rechnen als auf den erbitterten Hass, mit dem er seine Feinde verfolgte.

Es ist nicht klar, wie weit seine berüchtigte und unwandelbare anti-englische Einstellung seiner Überzeugung oder dem Interesse seiner Spekulationen entsprang. Da die Papiere, in denen er meistens spekulierte, russischer Herkunft waren, ist es möglich, dass diese Verbindung mit dem Osten eine Rolle in seiner Gegnerschaft gegen eine Verständigung mit England spielte.

Holstein teilt mit Tirpitz die schwere Verantwortung für das Zögern Deutschlands, zu einer Vereinbarung mit England zu gelangen, und trägt damit einen grossen Teil der Schuld an der Niederlage Deutschlands.

*10. Januar 1926.*

Berlin.

Wir sind wieder um einen Schritt weitergekommen. Deutschland hat beschlossen, ein Gesuch um Aufnahme an den Völkerbund zu richten. Die Debatte im Reichstag, die sich um diese Frage drehte, hat eine starke Opposition, hauptsächlich seitens Bayerns, zutage treten lassen. Es heisst, dass Hindenburg, der sich so wunderbar als Reichspräsident bewährt hat, gegen den baldigen Eintritt in den Völkerbund ist. Man glaubt, dass er lieber bis September damit warten würde. Die Befürworter des Abwartens gehen von der Voraussetzung aus, dass Deutschland durch sein Hinauszögern den Wert dieses Schrittes erhöht und mit grösseren Kompensationen rechnen kann. Ich dagegen behaupte, dass, sobald Deutschland Mitglied des Völkerbunds geworden ist, es die Mög-

lichkeit haben wird, seine Sache besser zu verteidigen als vorher, und dass man daher für eine nur im Interesse Deutschlands liegende Handlung keine Gegenkonzession zu erwarten habe.

Ein Ereignis, das die Genfer Lösung beträchtlich gefördert hat, ist die Räumung Kölns. Sie kam hier überraschend und machte einen ausgezeichneten Eindruck. Die Opposition warf dauernd der Regierung die Nichterfüllung der «Rückwirkungen» von Locarno durch die Alliierten vor.

23. Januar 1926.

Berlin.

Ich ass gestern Abend mit Schacht in der Reichsbank und hatte später eine längere Unterredung mit ihm. Schacht ist heute durch den Erfolg seiner Währungsreform und die Geschicklichkeit, die er als Reichsbankpräsident bewies, zu der grössten Autorität Deutschlands in allen Finanzfragen geworden.

Im Grossen Ganzen war er optimistisch und teilte meine Ansicht, dass das schlimmste Stadium der Finanzkrise bereits überwunden ist. Er meinte, dass seit der Unterzeichnung des Locarnopaktes die Stellung der Reichsbank von Woche zu Woche besser geworden ist und jetzt durchaus befriedigend sei.

Wenn der Locarnopakt nicht zustande gekommen wäre, würde seiner Ansicht nach eine sehr ernste Finanzkrise in Deutschland ausgebrochen sein. Bis zum Abschluss von Locarno büsste die Reichsbank dauernd von ihrem Goldbestand ein. Er machte sich schon ernste Sorgen über die fortwährende Inanspruchnahme der Bankreserven, aber seit Locarno hat sich das Blatt gewendet. Das Vertrauen im Inlande wie im Auslande ist von Neuem erwacht, und er blickt jetzt voller Hoffnung in die Zukunft.

Der einzige dunkle Punkt ist die zunehmende Arbeitslosigkeit, die jedoch in der Rückkehr des Vertrauens in den industriellen Kreisen, im betonten Fortschritt auf dem Wege der Verschmelzung der kleineren Konzerne, hauptsächlich in der Stahl- und chemischen Industrie, ihren

Ausgleich findet. Schacht kehrte vor Kurzem aus den Vereinigten Staaten zurück, unter dem tiefen Eindruck der industriellen Entwicklung Amerikas und seiner gigantischen finanziellen Stärke.

Er ist überzeugt, dass das amerikanische System der Verschmelzung, der Massenproduktion und der Anpassung der Produktion an die Konsumkraft innerhalb eines gewaltigen Gebietes von Europa übernommen werden muss, wenn der alte Kontinent die amerikanische Konkurrenz überleben will. Er ist auch ein überzeugter Befürworter des horizontalen Kartellsystems und der Produktionskontrolle, die einen verhängnisvollen Wettstreit und das Überfluten der Märkte über die Verbrauchsfähigkeit hinaus verhindern könnte. Er meinte: «Europa muss seine Industrie in derselben Weise organisieren. Wir sind durchaus bereit, uns der Führung Englands anzuschliessen. Es lässt sich mit den Engländern leicht und angenehm arbeiten, vorausgesetzt, dass man nicht ihren Vorrang und ihre Hegemonie in Frage stellt, und man würde hier nicht zögern, sich der finanziellen Führung der Londoner City anzuvertrauen. Wir müssen nur überzeugt sein, dass eine ernsthafte Organisierung der Industrie innerhalb grosszügiger Richtlinien geplant ist. Das alte System der unzähligen kleinen Firmen, die miteinander konkurrieren und Waren erzeugen, die kein Absatzgebiet finden, muss grundlegend verändert werden. Wir haben hier in Deutschland grosse Fortschritte zu verzeichnen. In der letzten Woche hat eine Annäherung der Stahlinteressen stattgefunden, und die chemischen Industrien haben sich bereits zusammengeschlossen. Die Kaliindustrie hat sich durch Fusion und Zusammenschluss gerettet, aber es muss noch viel mehr geschehen. Was hat es für einen Sinn, achtanddreissig kleine Automobilfirmen bestehen zu lassen, die erbittert miteinander konkurrieren und mit ungeheuer hohen Herstellungskosten arbeiten?»

Abgesehen von der Frage der Reorganisierung der Industrie scheint Schacht einen grossen Wert darauf zu legen, dass Deutschland ein kolo-

niales Ausfallstor bekommt<sup>1)</sup>). Dies braucht seiner Ansicht nach nicht notwendigerweise unter deutscher Flagge zu sein. Deutschland braucht Gebiete, um von dort aus Rohstoffe einzuführen und die Elemente abzuschieben, die gefährlich werden könnten, wenn man sie im Lande festhalten sollte. Er scheint auch der Entwicklung der deutschen Kolonialinteressen als eines Mittels zur Erhaltung der Stabilität der deutschen Währung eine grosse Bedeutung beizumessen. Aber ich war nicht imstande, seinen Gedankengängen zu folgen, da sich aus einer unparteiischen Betrachtung ergibt, dass der Einfluss der deutschen Kolonien auf den deutschen Handel und die deutsche Währung vor dem Kriege ein eher moralischer als materieller war.

Während seiner Reise in den Vereinigten Staaten hat Schacht anscheinend in Privatunterredungen den Plan der Bildung einer deutsch-englischen Gesellschaft besprochen, die einige der portugiesischen Kolonien, z.B. Angola, kaufen oder pachten würde. Im Hinblick auf die deutschen Finanzen stellt sich Schacht die Frage, wie sich die Politik des neuen Finanzministers gestalten würde. Seiner Ansicht nach sind zwei Eigenschaften notwendig: Energie und Willensstärke. «Wir brauchen keinen klugen Mann. Wir wollen nur einen starken und entschlossenen Finanzminister. Er muss die Ausgaben vermindern, und es ist dabei gleichgültig, ob er die Gründe, die dafür sprechen, begreift oder nicht. Es scheint mir wichtiger, an dieser Stelle wirkliche Entschlossenheit als starke Intelligenz zu sehen.»

Schacht ist ein überzeugter Anhänger von Locarno. Er glaubt nicht nur, dass ohne Locarno die deutschen Finanzen in eine katastrophale Lage gekommen wären, er nimmt auch an, dass die Locarno-Lösung in nicht allzu ferner Zeit zu einem Übereinkommen über das Problem der

<sup>1)</sup> Seit dem Verträge von Versailles war ich nie ein Gegner der kolonialen Ausdehnung Deutschlands. Ich glaube sogar, dass eine liberale Politik Englands in dieser Hinsicht viel dazu beitragen würde, um die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu festigen.



deutschen Ostgrenze ausgedehnt werden könnte. Er ist so von der Überzeugung durchdrungen, dass die vorhandene Korridorlösung unhaltbar ist und dass die Teilung Oberschlesiens eine schreiende Ungerechtigkeit darstellt, dass er beträchtlich die Schwierigkeit unterschätzt, die polnische Regierung, welcher politischen Färbung sie auch sein mag, zu der Aufgabe des gegenwärtigen Besitzes zu bringen. Ich fand jedoch bei ihm, wie bei vielen deutschen Staatsmännern der letzten Zeit, die immer stärker werdende Tendenz, die Regelung der Schwierigkeiten mit Polen als eine Frage von unmittelbarem Interesse für Deutschland zu betrachten. Sie ist auch meiner Ansicht nach so wichtig, dass es eine richtige Politik für Deutschland wäre, beträchtliche Konzessionen, sei es finanzieller, sei es kommerzieller Natur, im Austausch anzubieten.

Nachdem nun Locarno die Gefahr auf der deutsch-französischen Grenze vermindert hat, bleibt der polnische Korridor das Pulverfass Europas.

2. Februar 1926.

Berlin.

London beklagt sich darüber, dass seit der Unterzeichnung von Locarno die deutschen Minister nicht viel dazu beigetragen haben, um die neuen Beziehungen zu festigen. Man wirft ihnen eine Verzögerung bei der Durchführung der Reformen der Schutzpolizei und der führenden Reichswehrstellen vor. Man berichtet mir aus London, dass Briand mit einem leidenschaftlichen Glauben an Locarno hängt und dass er entschlossen ist, das Abkommen in dem weitesten und grosszügigsten Sinne zu deuten, dass er jedoch zweifellos mit einer starken Opposition in seinem eigenen Lande rechnen muss. Ich liege dauernd Stresemann in den Ohren, nicht nur alles zu tun, was Locarno voraussetzt, sondern es auf eine Art zu tun, die Eindruck auf die öffentliche Meinung im Auslande macht. Aber man muss auch die andere Seite der Lage in Betracht ziehen – die Regierung hat bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum nur eine ganz geringe Mehrheit erzielt – und wenn ich den deutschen Ministern daher den mangelnden Eifer bei der Durch-

führung der von ihnen übernommenen Verpflichtungen vorwerfe, können sie mir mit einem gewissen Recht antworten: «Wenn wir mehr tun würden, wären wir nicht mehr im Amt.» Selbst unter den heutigen Umständen werden sie von einem so heftigen Hasse der Rechten verfolgt, dass mich die Nachricht von einem Attentat nicht im Geringsten erstauen würde.

3. Februar 1926.

Berlin.

Stresemann sprach mit mir gestern über die allgemeine Lage, hauptsächlich über die Ängste Chamberlains im Hinblick auf Elsass-Lothringen und seine Behauptung, dass die deutsche Regierung in Wirklichkeit nicht einen Fussbreit des deutschen Gebietes aufgegeben hat. Er meinte: «Die Vorbehalte, die ich dauernd vorbringe, beziehen sich vielmehr auf Eupen-Malmédy als auf Elsass-Lothringen. Wenn man mir morgen Elsass-Lothringen anbieten sollte, würde ich es nicht annehmen. Wir würden damit nur Schwierigkeiten haben, wie es England mit Irland hat.

Was jedoch Eupen-Malmédy betrifft, wäre ein Abkommen mit den Belgiern zu erzielen, um gegen finanzielle Konzessionen wieder in den Besitz dieses Gebietes zu gelangen, aber es ist von keiner grossen Bedeutung für uns.»

Stresemann hofft bestimmt, dass es ihm gelingen wird, seinen Standpunkt im Auswärtigen Ausschuss durchzusetzen, um sein Aufnahmegesuch in den Völkerbund spätestens am 9. Februar abzuschicken. Er hat diesen Tag ausgewählt, weil es der Jahrestag der Absendung des deutschen Sicherheitsangebotes nach Paris ist, und er bat mich, zur Feier des Tages bei ihm zu frühstücken. Er fügte hinzu: «Was für ein tolles Jahr haben wir jetzt hinter uns! Denken Sie nur, welchen Fortschritt wir erzielt haben und welchen Merckstein das Werk dieses Jahres in der Geschichte bedeuten wird! Ich erinnere mich noch genau, wie Sie mit mir über den Gedanken des ‚eisernen Vorhangs‘ sprachen. Es war um die Zeit, als ich Augustus John zu seinem Bilde sass. Das gab den Verhandlungen die greifbare Form.»

3. Februar 1926.

Berlin.

Schubert ist empört über den Vorwurf Chamberlains, dass die deutsche Regierung in der Verwirklichung des Geistes von Locarno nachhinke. Er meint: «Wir haben viel mehr getan als auf der Oberfläche sichtbar geworden ist, und wir konnten nicht mehr tun, ohne unsere ganze Stellung zu gefährden und uns wahrscheinlich einer Niederlage auszusetzen. Ich werde Ihnen einen Bericht über die verschiedenen Punkte zusenden, um Ihnen zu zeigen, welchen Fortschritt wir erzielt haben!»

10. Februar 1926.

Berlin.

Die Rückwirkungen von Locarno gehen weiterhin ihren befriedigenden Gang. Der Reichspräsident hat zahlreiche Telegramme von Verbänden und Stadtgemeinden aus dem Norden und dem Rheinland bekommen, in denen man ihm für den Schritt dankt, der zu der Beendigung der Besetzung geführt hat. Diese Äusserungen der Dankbarkeit machen ihm umso mehr Freude, als ihm im Anfangsstadium seine alten Waffenkameraden bittere Vorwürfe wegen der Unterzeichnung von Locarno machten.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass der Reichspräsident den Austritt der Deutschnationalen aus der Regierung tief bedauert, und ich höre, er habe den Führern der Deutschnationalen bittere Vorwürfe gemacht, dass sie sich zu diesem so ernsten politischen Fehler hinreissen liessen. Sie konnten nur erwidern, dass ihre Wahlinteressen ihren Rücktritt notwendig machen. Wenn sie in der Regierung geblieben wären, hätten sie alle Stimmen in den Landbezirken verloren.

Von allen Leuten, die mit Hindenburg in Berührung kommen, höre ich, dass er in den letzten Monaten sehr viel in Bezug auf das politische Leben zugerlernt hat, eine bemerkenswerte Leistung für einen achtundsiebzigjährigen Soldaten von reinem Wasser.

15. Februar 1926.

Berlin.

Es heisst hier, dass Italien ein Abkommen mit Jugoslawien plant, um den Anschluss zu verhindern.

Andererseits hört man aus den österreichischen Kreisen, die für den Anschluss eintreten, dass Italien im Grunde seines Herzens dem Anschluss nicht so feindlich ist, wie es nach aussen hin den Anschein hat. Man nimmt an, dass es auf irgendeine «combinazione» eingehen würde, vorausgesetzt, dass es eine ähnliche Garantie wie den Westpakt für die Brennergrenze bekäme. Für eine solche Stellungnahme fehlt mir jedoch die Bestätigung aus italienischer Quelle.

*17. Februar 1926.*

Berlin.

Der Generalsekretär des Völkerbunds, Sir Eric Drummond, stattete hier einen dreitägigen Besuch ab und hatte einige längere Gespräche mit Stresemann und Schubert. Es schien alles reibungslos verlaufen zu sein, da Drummond kein Mensch ist, der unnötige Schwierigkeiten aufrollt. Er hat sein Möglichstes getan, um den deutschen Wünschen in Bezug auf die Neuernennungen im Sekretariat entgegenzukommen.

Die Meinungen über die Ausdehnung des Völkerbundsrats sind geteilt: Gegenüber Spanien selbst durchaus freundlich, doch fürchtet man, dass die Zulassung Spaniens im März die Zulassung Polens im September erleichtern würde, und gegen die Zulassung Polens erheben sowohl Luther wie Stresemann energischen Protest.

Stresemann ist über die Aussicht auf die Genfer Reise begeistert. Er liebt das Abenteuer und ist sehr gespannt, wie die Genfer Atmosphäre in Wirklichkeit aussieht.

## KAPITEL XIII

### FEBRUAR – MÄRZ 1926

Während der ganzen Sondersitzung des Völkerbundes hat die britische Presse sich ohne Rücksicht auf ihre Parteifärbung einstimmig gegen die Ausdehnung des Völkerbundsrates durch die Gewährung ständiger Sitze an die kleineren Mächte wie Spanien, Brasilien, Polen ausgesprochen. Sie überschüttete die schwedische Regierung und ihren Delegierten in Genf, Dr. Unden, mit Lob für die beharrliche Auflehnung gegen die Zuebilligung eines neuen ständigen Sitzes an irgendeine andere Macht als Deutschland. Die britische Zustimmung zu der Haltung des Dr. Unden wurde in folgenden Satz zusammengefasst, der Professor Gilbert Murray zugeschrieben wird: «England erwartet von jedem Schweden, dass er seine Pflicht tut.»

22. Februar 1926.

Berlin.

Ich bekam heute einen Brief aus London, in dem mir mitgeteilt wird, dass die Opposition Schwedens gegen die Erhöhung der Anzahl der ständigen Sitze im Völkerbund so gross ist, dass kaum eine Aussicht auf eine Einstimmigkeit bei der Völkerbundsratssitzung im März besteht. Aber, selbst wenn sich im Völkerbundsrat eine Einstimmigkeit erzielen liesse, glaubt man, dass die zur Wahl Polens notwendige Zweidrittel-Majorität im Völkerbund nicht zustande kommen würde. Die Zulassung neuer Mitglieder könnte daher nicht im März stattfinden, da dazu Einstimmigkeit erforderlich ist.

Man ist im Foreign Office der Ansicht, es sei von den Deutschen höchst unklug gewesen, als Gegner Polens hervorzutreten und sich nicht mit dem Widerstand der anderen Mächte zu begnügen. Aber ich zweifle, ob der Vorschlag wirklich energisch zurückgewiesen worden

wäre, wenn Deutschland nicht so heftig gegen die Ausdehnung des Völkerbundsrates protestiert hätte.

Der französische Einfluss in Genf wäre stark genug gewesen, um die Erweiterung durchzudrücken. Selbst die heftige Pressekampagne, die jetzt in England vor sich geht und von allen massgebenden Kennern des Völkerbundsproblems unterstützt wird, würde kaum ihren Ausdruck gefunden haben, wenn Deutschland nicht die Führung übernommen hätte. Schweden hätte keinen Protest eingelegt oder man hätte ihm keine Beachtung geschenkt.

Die öffentliche Meinung in Deutschland hat eine so eindeutige Haltung in dieser Frage eingenommen, dass, selbst wenn Luther und Stresemann nicht protestiert hätten, man sich einmütig dagegen aufgelehnt haben würde, dass Deutschland in den Völkerbund eintritt, ohne sich eine Stellung als Grossmacht zu sichern und einen ständigen Sitz in einem nicht verwässerten Völkerbundsrat zu bekommen. Wenn der Völkerbundsrat erweitert worden wäre, würde Deutschland damit um seine Gleichstellung mit den anderen Mächten gebracht worden sein, die das Hauptziel seines Eintritts in den Völkerbund bildet.

Das Argument, dass Deutschland und Polen ihre Meinungsverschiedenheiten leichter austragen würden, wenn sie sich als gleichberechtigte ständige Mitglieder im Völkerbundsrat gegenüberstehen sollten, ist durchaus nicht überzeugend und verrät eine geringe Kenntnis der menschlichen Natur im Allgemeinen und der polnischen im Besonderen.

Je mehr ich über die Vorgänge in Genf höre, desto mehr neige ich zum Glauben, dass der französische und der katholische Einfluss dort die beherrschende Rolle spielen. England kann sich dort nur durchsetzen, wenn die öffentliche Meinung im Inlande wachgerüttelt wird und sich zu einem eigensinnigen Nein entschliesst. Der dem englischen Volke anhaftende gesunde Menschenverstand hat sich nie deutlicher dokumentiert als in dieser Frage der Verwässerung des Völkerbundsrates. Mit derselben Sicherheit des Urteils hat das englische Volk das

Protokoll abgelehnt. In jedem dieser Fälle sind unsere Delegierten im Auslande überredet worden. Der insulare Instinkt musste wieder das Gleichgewicht herstellen.

Das Hin und Her der Verhandlungen hat die eine seltsame Wirkung gehabt, dass die öffentliche Meinung hier, hauptsächlich die der Deutschnationalen, sich des Vorteils bewusst geworden ist, den der Eintritt in den Völkerbund Deutschland bietet. Da Frankreich und Polen sich so heftig gegen Deutschlands Zulassung zum Völkerbund auflehnen, muss die Anwesenheit im Völkerbundsrat für Deutschland zweifellos günstig sein. Eine sehr einfache und plausible Form der Argumentierung.

Das Ergebnis dieser neuen Erkenntnis ist, dass die deutschnationale Meinung, die sich bis jetzt ausgesprochen ablehnend gegen den Eintritt in den Völkerbund verhielt, ihn als einen politisch richtigen Schritt anzusehen beginnt. Es ist durchaus möglich, dass die deutschnationale Partei in nicht allzu ferner Zeit sich von Neuem, in später Bekehrung zu Locarno und Genf, um den Wiedereintritt ins Kabinett bemühen wird.

5. März 1926.

Berlin.

Stresemann fährt voller Zuversicht und guter Laune nach Genf. Ich mache ihn dauernd darauf aufmerksam, dass er auf grosse Schwierigkeiten stossen wird, aber er erwidert mir in seinem unbesiegbaren Frohsinn: «Hindernisse sind dazu da, um überwunden zu werden!»

Ich zweifle, ob es noch einen Staatsmann in Europa gibt, dem seine Arbeit so viel Freude bereitet und dem Schwierigkeiten, und Angriffe so wenig Sorgen machen.

Wir sprachen unlängst über Bismarcks Äusserung, dass er nur einen glücklichen Tag in seinem Leben hatte, seitdem er sein verantwortungsvolles Amt übernahm, und Stresemann bemerkte dazu: «Es war seine eigene Schuld. Er ging jedes Jahr für drei Monate nach Varzin, und mit Ausnahme der Streitigkeiten mit seinem Forstmeister hatte er keinen

Grund, um seinen Landaufenthalt nicht von Herzen zu geniessen. Ausserdem haben alle Menschen, die Memoiren schreiben, die Gewohnheit, über die ihnen entgangenen Lebensgenüsse zu klagen, während sie in Wirklichkeit viel mehr vom Leben hatten als sie es zugeben wollen – es liegt viel Pose in solchem Bekenntnis!»

Stresemann spricht noch immer mit Begeisterung über den Kronprinzen, der sich seiner Ansicht nach bei mancher Gelegenheit in letzter Zeit sehr klug und zurückhaltend benommen hat. Bei irgendeinem Regimentsessen vor einigen Tagen verbat er sich jede Kritik des heutigen deutschen Heeres und selbst der heutigen deutschen Regierung in seiner Gegenwart – hauptsächlich die Kritik, die sich gegen Onkel Gustav richtete, wie er Stresemann nennt.

Ich fragte ihn, ob der Kronprinz sich für Politik interessiere und einen grossen Einfluss habe. Stresemann bejahte es. Er hält den Kronprinzen für durchaus politisch vernünftig und misst seinen vielen angeblichen Liebesabenteuern keine Bedeutung bei. «Selbst wenn alles, was man erzählt, wahr sein sollte,» sagt er, «hat es politisch nichts zu bedeuten.»

Es unterliegt meiner Ansicht nach keinem Zweifel, dass Stresemann im Anfang für die Wiederherstellung der Monarchie eintrat. Ob er jetzt glaubt, dass die Zeit dazu nicht gekommen ist, oder ob er seine ursprüngliche Meinung geändert hat, vermag ich nicht zu sagen. Ich glaube, er hält die Monarchie für die dem deutschen Wesen am besten entsprechende Staatsform.

Wir berührten in dem Gespräch noch ein anderes interessantes Thema – das Duellieren zwischen den Burschenschaften, das jetzt häufiger vorkommt denn je. Es ist sogar noch häufiger als vor dem Kriege. Er selbst ist unglücklich darüber, dass keiner seiner Söhne in eine schlagende Verbindung eintreten wollte, da sie es beide vorzogen, sich das Gesicht nicht durch Schmisse verunzieren zu lassen. Der kleine Adel gehört zu den stärksten Befürwortern dieser alten Sitte. Er schickt seine Söhne, hauptsächlich die Zweitgeborenen, nach Bonn, wo sie den Bonner Preussen, beitreten. Sie treffen dort junge Leute aus ihrer eigenen



Klasse und freunden sich mit ihnen an. Ein betonter Zug von Snobismus liegt über dieser ganzen Angelegenheit. Ein bekannter Aristokrat, das Haupt einer der grössten Familien Deutschlands, wurde gefragt, warum er seine Söhne nicht nach Bonn schicke, worauf er erwiderte: «Ich habe es nicht nötig.»

6. März, 1926.

Berlin.

Die deutsche Delegation fuhr heute um 10 Uhr abends nach Genf ab – Luther beunruhigt und voller Sorgen über den Ausgang, Stresemann sehr vergnügt, sich auf einen langen Schlaf im Zug freuend, mit einer Flasche guten Weines unter dem Arm.

Heute Morgen kam die Nachricht von der Demission Briands – die ein schwerer Schlag für den Völkerbundsrat ist und für die Hoffnungen derjenigen, die sich viel von Deutschlands Eintritt versprochen. Aber auch abgesehen von diesem unvorhergesehenen Ereignis bin ich durchaus nicht überzeugt, dass die Unterhandlungen in Genf glatt verlaufen werden. Es liegt die ernste Gefahr vor, dass der Völkerbund sich selbst diskreditieren wird. Die schlimmste Auswirkung des Fehlers, den Briand und Chamberlain begangen haben, als sie die Kandidatur Polens zum ständigen Sitz im Völkerbundsrat zuliessen, ist die Verminderung des Prestiges der Grossmächte und die Infragestellung ihres Vorranges und ihrer Autorität. Sobald die Ausdehnung des Völkerbundsrates über den Umkreis der Weltmächte hinaus in Betracht gezogen wird, können manche Länder die gleichen oder noch berechtigtere Ansprüche erheben als Polen. Die Regierung jedes Landes wird von der öffentlichen Meinung gezwungen werden, eine ähnliche Behandlung zu verlangen, wie sie Polen zugebilligt wird. Die einzelnen Vertreter in Genf mögen sich der Gefahr bewusst sein, aber die öffentliche Meinung ihrer Länder wird stärker sein als ihre Einwände. Es ist durchaus möglich, dass schon bei dieser Gelegenheit Brasilien und Spanien sich dem deutschen Ein-

tritt widersetzen oder Schwierigkeiten gegen die Gewährung des ständigen Sitzes an Deutschland machen werden.

Die Behauptung, dass ein dauerndes Zerwürfnis mit einer Grossmacht im Völkerbundsrat den Anspruch eines Landes auf einen Sitz in demselben Rat rechtfertigt, ist des Phantasiereiches der «Alice im Wunderland» würdig. Wenn man dieses Prinzip gelten lässt, werden in Zukunft die Katzen die Herzoginnen so lange kratzen, bis sie zu ihren Empfängen zugelassen werden.

Wenn Deutschlands Eintritt oder die Gewährung des ständigen Sitzes ohne Erweiterung des Völkerbundsrates Schwierigkeiten machen sollte, würde den deutschen Delegierten nichts anderes übrigbleiben, als die Frage des Eintritts Deutschlands fallen zu lassen. So sehr sie auch selbst diesen Schritt bedauern sollten, könnten sie nicht anders handeln, denn der Reichstag würde ihnen seine Zustimmung versagen, wenn sie sich auf irgendein Kompromiss einlassen sollten.

Die deutschen Zeitungen veröffentlichten heute Morgen spaltenlange Artikel, um zu beweisen, dass ein Kompromiss unmöglich sei. Man wird wohl diese Darlegungen allgemein als Propaganda auffassen, als ein Mittel, um auf die Gegenseite einen Druck auszuüben; aber sie können ein durchaus ehrlicher Ausdruck der öffentlichen Meinung sein, und ich glaube, dass die deutschen Delegierten hier vollkommen machtlos sind. Sie würden sofort desavouiert werden, wenn sie auch nur um Haaresbreite nachgeben sollten.

Die Verhandlungen über ein Luftfahrtabkommen, die in den letzten zwei Monaten in Paris vor sich gingen, haben jetzt einen Punkt erreicht, an dem eine Verständigung möglich erscheint, mit Ausnahme der einen Frage, und zwar der Zahl der deutschen Offiziere aus dem Heer oder der Marine, die zum Flugunterricht zugelassen werden können.

Sowohl die alliierte wie die deutsche Delegation in Paris sind durch die langen Verhandlungen erschöpft und verstimmt, und die deutsche Regierung hat meiner Ansicht nach ganz klug gehandelt, als sie be-

schloss, ihre neuen Vorschläge in Genf und nicht in Paris zu unterbreiten. Ich weiss nicht, wie es kommt, aber die Verhandlungen in Paris gehen meistens schief, und es wird selten ein Übereinkommen erzielt. Die dort vorherrschende Stimmung ist beschwert von Vorurteilen und Misstrauen – nicht vorhandene Gefahren werden an die Wand gemalt und unvernünftige Dinge aufgezwungen. Eine der dringendsten Reformen in Europa ist der Bruch mit der Gewohnheit, Konferenzen über deutsche Fragen in Paris stattfinden zu lassen.

Man sollte überhaupt alle Fragen so weit wie möglich an Ort und Stelle und nicht aus der Entfernung behandeln. Es ist das einzige Mittel, um Irrtümer zu vermeiden. Die Reparationsfrage wäre schon im Jahre 1921 geregelt worden, wenn die Reparationskommission ihren Sitz in Deutschland gehabt hätte. Die Entwaffnung hätte sich schon vor Jahren vollzogen, wenn die Botschafterkonferenz gelegentlich einen Besuch in Berlin abgestattet hätte. Der einzelne Mensch in Paris mag sich wirklich Mühe geben, objektiv zu sein, aber er wird von der Atmosphäre überwältigt. Die Presse ist zu gut informiert – innerhalb von achtundvierzig Stunden sickert alles durch, und die Kommentare, die man macht, sind zwar immer klug, aber selten für die Verhandlungen förderlich. Man braucht schon eine übermenschliche Entschlossenheit und Beständigkeit, um der französischen Dialektik und der französischen Beredsamkeit in der Stadt des Lichts zu widerstehen.

Am 24. September 1924 hat die deutsche Regierung durch ihre diplomatischen Vertreter die Regierungen der verschiedenen Mitglieder des Völkerbunds sondieren lassen, um sich über ihre Haltung gegenüber einem Anspruch Deutschlands auf einen ständigen Ratssitz zu vergewissern. Mit Ausnahme Brasiliens fielen alle Antworten klar und durchaus zufriedenstellend aus.

Die brasilianische Regierung versprach, «die deutschen Ansprüche unparteiisch und in versöhnlichem Sinne zu prüfen.» Sie fügte jedoch hinzu, «dass die deutschen Ansprüche nicht von Regierung zu Regierung behandelt, sondern den Mitgliedern des Völkerbunds am Ort der Tagung

unterbreitet und gemeinsam von ihnen besprochen werden sollten». Deutschland hat zu jener Zeit diese Erklärung etwas übereilt als eine Zusicherung aufgefasst, dass Brasilien seine eventuellen Ansprüche auf einen Sitz im Völkerbundsrat unterstützen wird. Erst Ende Februar 1926 wurde der deutsche Gesandte in Rio von der brasilianischen Regierung verständigt, dass sie die deutsche Haltung als ein Hindernis bei der Durchsetzung ihrer eigenen Ansprüche auf einen Ratssitz betrachtet. Noch vor diesem Zeitpunkt wurde die verwickelte Frage aufgerollt, die zu einer ernsten Auseinandersetzung, sowohl zwischen den offiziellen Stellen wie auch in der Presse, führte, und zwar, ob nicht bei einer Gewährung eines ständigen Ratssitzes an Deutschland auch andere Mächte berechtigt wären, einen solchen Anspruch zu erheben. Polen und Spanien waren die Hauptanwärter auf einen ständigen Ratssitz, obwohl auch China und Persien sich keine allzu grosse Bescheidenheit auferlegten. Der Anspruch Madrids stützte sich auf eine etwas vage Zusicherung, die Spanien vor einigen Jahren gegeben wurde, und zwar dass «die Regierung Seiner britischen Majestät den spanischen Anspruch auf einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat unterstützen würde, falls er unter günstigen Umständen von Neuem erhoben werden sollte.» Die Regierung Königs Alphons' hielt diese günstigen Umstände für nunmehr gegeben.

Der polnische Anspruch fand natürlich in Frankreich volle Unterstützung. Die Frage wurde zum ersten Male am 28. Januar im Laufe einer inoffiziellen Besprechung zwischen Sir Austen Chamberlain und Briand erörtert, der die Billigung des polnischen Anspruches aus verschiedenen Gründen befürwortete, und zwar:

1. Deutschland und Polen würden sich über ihre Meinungsverschiedenheiten leichter verständigen können, wenn sie sich als gleichberechtigte Mitglieder des Völkerbundsrates gegenüberstünden.
2. Durch Polens Abwesenheit im Ratssitz fällt die Verteidigung seiner Forderung im Allgemeinen Frankreich zu – eine Tatsache, die für eine deutsch-französische Verständigung hinderlich sei.
3. Vom französischen Standpunkt aus würde die Zulassung Polens zum Völkerbundsrat den Verlust des belgischen Alliierten ausgleichen. Sir Austen gab zu, dass, obwohl die polnischen Ansprüche sich durchaus verteidigen liessen, er nicht bevollmächtigt sei, die britische Regierung zu irgendeiner Stellungnahme zu verpflichten, er erklärte sich jedoch gern dazu bereit, die Ansichten Briands an die massgebenden Stellen weiterzuleiten.

Als bekannt wurde, dass andere Mächte ausser Deutschland den ständigen Ratssitz beanspruchen und eine Erweiterung des Völkerbundsrates geplant sei, wodurch Deutschlands Eintritt in den Völkerbund vereitelt werden würde, brach eine erregte Polemik in beiden Kontinenten aus. Je nach ihren Bündnissen und Gruppierungen erklärten sich die Mächte für oder gegen die Zulassung anderer Staaten als Deutschland zum Völkerbundsrat. Während die britische öffentliche Meinung sich ablehnend verhielt, nahm Sir Austen Chamberlain im Unterhause eine durchaus entgegengesetzte Haltung ein. Schweden, von den anderen skandinavischen Staaten unterstützt, verteidigte energisch den Standpunkt Deutschlands.

Unter diesen schweren und gefährlichen Bedingungen begann die Tagung des Völkerbundes Anfang März 1926. Die Vertreter der Völkerbundsstaaten versuchten zwei Wochen lang in inoffiziellen Verhandlungen dieses dornige Problem der ständigen Ratssitze zu lösen, um den Zusammenbruch der Vollversammlung zu verhindern. Spanien zeigte eine gewisse Bereitschaft, seine intransigente Haltung aufzugeben, und Briand glaubte, das Zurückziehen der brasilianischen wie auch der spanischen Kandidatur bewirken zu können, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des polnischen Anspruches. Brasilien liess sich jedoch von seinem Standpunkt nicht abbringen, und der brasilianische Delegierte erklärte, dass er nach genauen Instruktionen seiner Regierung gegen die deutsche Kandidatur stimmen würde, falls Brasilien nicht gleichzeitig den ständigen Sitz bekäme.

Schliesslich wurde am 17. März die Vollversammlung einberufen, die sich scharf gegen die Haltung Brasiliens wandte. Da jedoch der brasilianische Delegierte sich weigerte, auch nur um Zollbreite von seinen Instruktionen abzuweichen, und die führenden Delegierten der Entente vergeblich den Präsidenten der brasilianischen Republik mit Telegrammen bestürmten, erklärte sich die Vollversammlung als nicht imstande, zu der Wahl Deutschlands zu schreiten. Vor der Vertagung wurde noch der folgende von Briand eingebrachte Beschluss gefasst:

«Die Vollversammlung bedauert, dass sie durch die sich ergebenden Schwierigkeiten darin gehindert wurde, das Hauptziel ihrer gegenwärtigen Tagung zu erreichen, und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass in der Zwischenzeit bis zur Septembertagung von 1926 eine Lösung dieser Schwierigkeiten sich erzielen lassen wird, um Deutschland den Eintritt in den Völkerbund zu ermöglichen.»

Dieser Beschluss wurde noch durch die gemeinsam abgegebene Erklärung des Hauptsignatarmächte des Locarnovertrages unterstrichen.

«Die Vertreter Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, Grossbritanniens und Italiens kamen zusammen, um die Lage zu prüfen, die sich aus den auftauchenden Schwierigkeiten ergab und die die Erfüllung der gemeinsamen Wünsche vereitelte. Sie stellen fest, dass sie nach Überwindung der Hindernisse, die einen Augenblick lang einem Übereinkommen im Wege standen, eine volle Übereinstimmung erzielt haben. Wenn die obenerwähnten Schwierigkeiten, wie zu befürchten ist, weiter bestehen sollten, würden die Vertreter der sieben Mächte, die das Protokoll von Locarno unterzeichnet haben, bedauern, im Augenblick nicht in der Lage zu sein, das Ziel zu erreichen, das ihnen vorschwebte, aber sie stellen mit Freude fest, dass das Friedenswerk, das sie in Locarno verwirklichen konnten, davon unberührt blieb und nichts von seinem Werte und seiner Kraft eingebüsst hat. Sie halten heute an ihm ebenso fest, wie sie es gestern taten, und sind entschlossen, an seiner Wahrung und Entwicklung gemeinsam weiterzuarbeiten. Sie sind überzeugt, dass bei der nächsten Vollversammlung die augenblicklich vorhandenen Schwierigkeiten ihre Lösung finden werden, und dass das in Bezug auf die Bedingungen des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund erzielte Übereinkommen sich verwirklichen lassen wird.»

*12. März 1926.*

Berlin.

Die Lage in Genf ist zweifellos kritisch geworden. Wenn Brasilien auf seinem Standpunkt beharrt und die Drohung, gegen die Zulassung Deutschlands als ständiges Mitglied des Völkerbundsrats zu stimmen, ausführt, werden die deutschen Delegierten gezwungen sein, ihre Anmeldung zum Völkerbund zurückzuziehen, und die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen, vielleicht sogar Locarno selbst, werden in alle Winde zerstreut werden.

Ich glaube nicht, dass es geschehen wird. Die Einbusse an Prestige für alle Beteiligten wäre viel zu gross. Chamberlains wunderbares Werk in Locarno würde vernichtet werden, Briands Traum eines friedlichen Europas würde sich verflüchtigen und die ungeheuren Vorteile, die

Deutschland zweifellos aus dem Westpakt zufallen, würden in Frage gestellt werden. Man muss sich daher eine übermenschliche Mühe geben, um die Lage zu retten, und selbst wenn es nicht gelingt, zu einer Vereinbarung zu gelangen, wird Locarno als Tatsache, wenn nicht der Form nach, bestehen bleiben. Wenn die Krise verhängnisvoll für den deutschen Eintritt enden sollte, müsste eine neue Konferenz einberufen werden, um Locarno noch einmal zu unterzeichnen, ohne die Klausel, die sein Inkrafttreten von Deutschlands Eintritt in den Völkerbund abhängig macht.

Der französische Botschafter, der, wie immer, gemässigte und vernünftige Ansichten äussert, meint, dass in diesem Falle jeder Einzelne recht hat. Der Anspruch jedes Staates erweist sich, wenn man ihn einzeln prüft, als durchaus berechtigt, aber wenn alle auf seine Erfüllung bestehen, wird keine Vereinbarung möglich sein. Er meint, dass er sich am liebsten an die Tür des Beratungszimmers stellen würde, um jeden Delegierten zu fragen: «Haben Sie bestimmte Instruktionen, die Sie verhindern werden, irgendwelche Konzessionen im Laufe der Debatte zu machen? Wenn dies der Fall ist, so bleiben Sie, bitte, lieber draussen. Für Ihre Anwesenheit im Beratungszimmer gibt es dann keine Rechtfertigung.» Dies ist das genaue Gegenteil des Bismarckschen Grundsatzes, dass eine internationale Konferenz nie zusammenberufen werden sollte, ohne dass die Hauptbeteiligten zu einem vorhergehenden Übereinkommen in den wichtigsten Punkten gelangt sind.

Die deutschen Delegierten in Genf scheinen kühles Blut zu bewahren und auf dem Standpunkt zu stehen, dass der Streit in Wirklichkeit Deutschland nicht berührt, sondern zwischen den Mitgliedern des Völkerbunds ausgetragen werden soll. Wenn es auch durchaus möglich ist, an dieser Ansicht festzuhalten, ist sie keineswegs vollkommen zutreffend. Wenn Deutschland nicht auf der sofortigen Gewährung eines ständigen Ratssitzes bestanden und nicht dabei die Bedingung gestellt hätte, dass keine andere Ernennung zu gleicher Zeit stattfinden dürfte, wäre

es nicht zu diesen Streitigkeiten gekommen. Ich will damit nicht sagen, dass Deutschland nicht taktisch richtig gehandelt hat. Ich will nur die Behauptung widerlegen, dass Deutschland das Recht hat, als ein gänzlich Unbeteiligter und ein tertius gaudens beiseite zu stehen.

Je zweifelhafter der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wird, desto grösser sein Wunsch, in den Völkerbund zu gelangen.

*16. März 1926.*

Berlin.

Ich wurde heute Nachmittag um halb sieben Uhr von der Wilhelmstrasse angerufen, und man teilte mir mit, dass dort gerade ein Telegramm folgenden Inhalts vom Staatssekretär aus Genf eingetroffen ist: «Alles ist kaputt.» Die Verhandlungen sind an dem Eigensinn Brasiliens gescheitert, das sich nicht von seiner Absicht abbringen liess, gegen die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund zu stimmen. Köpke fügte hinzu, dass die deutsche Delegation Genf heute Abend oder morgen früh verlassen wird, um auf der Rückfahrt dem Präsidenten der Schweizer Republik einen Höflichkeitsbesuch in Bern abzustatten. Die Locarnomächte sind im Begriff, ein gemeinsames Communiqué zu verfassen, das von allen Signatarstaaten unterzeichnet werden soll. Die Absicht ist allem Anschein nach, die Locarnokonstellation zu bestätigen. Es mag sein, dass, falls der Zusammenbruch der Genfer Verhandlungen zu einer Festigung der Locarnobildung führt, das Ergebnis noch günstiger sein wird, als es Deutschlands Eintritt in den Völkerbund wäre.

Die schweigende Billigung der Ansprüche kleinerer Staaten auf eine Gleichstellung mit den Grossmächten, die ganze Wirrnis von Intrigen, Feilschen, Vorwürfen und Forderungen, die sich aus der Duldung dieser Ansprüche ergab, haben die dem Wesen selbst der Völkerbundsverfassung anhaftenden Mängel enthüllt. Es war von vornherein unklug, den kleinen Staaten das gleiche Stimmrecht und den gleichen Einfluss wie den Grossmächten zuzubilligen. Die Nachteile dieser theoretischen Gleichheit wurden bis zu einem gewissen Grade durch die Errichtung des Völkerbundsrates verschleierte oder korrigiert, aber in dem Augen-



blick, in dem das Recht Polens auf einen ständigen Ratssitz von Frankreich und Chamberlain unterstützt wurde, musste sich zwangsläufig die Diskrepanz zwischen wirklichem und künstlich geschaffenen Gewicht in ihrer ganzen Krassheit offenbaren. Briand versuchte mit ungeheurem Geschick, die Krise in Genf zu lösen. Er hat allem Anschein nach nicht nur Polen, sondern zu irgendeiner Zeit auch Brasilien die französische Unterstützung bei der Erlangung eines ständigen Ratssitzes versprochen. Es unterliegt keinem Zweifel, dass der brasilianische Aussenminister um den 3. März herum überzeugt war, er könne auf die Unterstützung Frankreichs in Genf rechnen und dass er sich durch Chamberlains Äusserungen in Birmingham und seine Begünstigung einer Ausdehnung des Völkerbundsrates ermutigt fühlte.

Man glaubt auch, dass Italien Brasilien seine Unterstützung versprach, und es mag sein, dass die Hoffnung auf italienische Hilfe im letzten Moment Brasilien in dem Entschluss bestärkte, auf seinen Forderungen zu beharren und gegen Deutschlands Aufnahme in den Völkerbundsrat zu stimmen. Es ist sonst kaum möglich, dass Brasilien sich mit der Verantwortung für die unvermeidliche ernste Krise im Völkerbund belastet hätte, wenn es nicht im geheimen von dieser oder jener Seite des Atlantiks nachdrücklich unterstützt worden wäre.

19. März 1926.

Berlin.

Gestern kam die deutsche Delegation zurück. Ich machte dem französischen Botschafter den Vorschlag, sie am Bahnhof zu empfangen, worauf er sofort einging. Ein solcher Höflichkeitsakt schien mir im Einklang mit den Abschiedsreden Briands und Chamberlains in Genf zu stehen und die Rückkehr zur alten Locarnobasis zu bestätigen. Trotz des Fehlschlags in Genf ist Locarno in Kraft. Es schien mir ausserdem notwendig, den deutschen Delegierten, die nach dem niederschmetternden Misserfolge, wie es ihre Gegner nennen, aus Genf zurückkehren, durch diese Freundschaftsgeste eine moralische Unterstützung

zu geben. Sie wird ihnen vielleicht in der kommenden Reichstagsdebatte nützlich sein. An Luther scheinen die schweren Tage spurlos abgeglitten zu sein, aber Stresemann kam mir ermüdet und nervös vor. Ich konnte mit ihm nur einige belanglose Worte wechseln. Er sagte mir nur, dass Genf die grösste Geduldsprobe war, die man sich denken könne, dass das Genfer Klima äusserst anstrengend sei, dass die Luft dort, der jeder Jodgehalt fehle, allen Menschen Kopfschmerzen verursache und sie leistungsunfähig mache. Stresemann fühlt offensichtlich seine ganze Politik durch das grosse Fiasko von Genf bedroht. Aber er betonte, dass die persönlichen Beziehungen während der ganzen Verhandlungen nichts zu wünschen übrig liessen. Einige Zeitungen hier haben die Anregung gebracht, die Locarnomächte sollten den Locarnovertrag von Neuem unterzeichnen, unter Auslassung der Klauseln, die sich auf den Völkerbund beziehen. Der Gedanke, von dem man sich bei diesem Vorschlag leiten lässt, ist an sich durchaus richtig, aber ich zweifle, ob es möglich sein wird, den Wortlaut entsprechend zu ändern. Man hat im Locarnovertrag das Eingreifen des Völkerbundes für allzu viele Fälle vorgesehen, um den Vertrag ohne Bezugnahme auf den Völkerbund neu abfassen zu können. Das Beste scheint mir, sich auf den Standpunkt zu stellen, dass Locarno moralisch bereits in Kraft sei. Die Zeitungen der Rechten fordern ein Misstrauensvotum für die kommende Reichstagsdebatte, aber ich glaube nicht, dass die Gefahr einer Regierungsniederlage wirklich vorhanden sei.

20. März 1926.

Berlin.

Aus den Berichten von zuverlässigen Freunden, die soeben aus Genf zurückkehrten, ergibt sich das Bild einer ungeheuren Verwirrung, die bis zum letzten Augenblick den Ausgang unsicher erscheinen liess. Am Mittwoch, eine halbe Stunde vor der letzten Tagung der Vollversammlung, wurde die deutsche Delegation gebeten, sich in Bereitschaft zu halten, weil man noch mit einem Umfall Brasiliens rechnete, der den

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund unter Gewährung eines ständigen Sitzes im Völkerbundsrat ermöglicht hätte. Ich höre, dass bei der Ratssitzung Chamberlain, als Vorsitzender des Aufnahmeausschusses, feststellte, das Aufnahmegesuch Deutschlands sei geprüft und in Ordnung befunden worden. In diesem Augenblick gab der brasilianische Delegierte die Erklärung ab, er könne sich nicht mit der Ernennung Deutschlands als ständiges Mitglied des Völkerbundsrates einverstanden erklären. Briand und Chamberlain riefen erregt und empört aus: «Was soll denn das bedeuten?» Aber der Ausbruch von Erstaunen und Empörung half nicht viel. An den Bestimmungen lässt sich nicht rütteln, und Deutschland konnte nur einstimmig zum ständigen Mitglied ernannt werden. Der albanische Delegierte wies zwar darauf hin, dass Brasilien im Völkerbundsrat nur als Vertreter der Vollversammlung teilnehme, und dass, nachdem es nicht länger als Exponent der Mehrheit der Versammlung gelten könne, sein Mandat eigentlich zu Ende sei. Aber diese sophistische Deutung konnte nicht aufrechterhalten werden.

Die Berichte, die ich bekomme, lauten übereinstimmend, dass eine grosse Mehrheit der Vollversammlung sich für die Zulassung Deutschlands unter Gewährung des ständigen Ratssitzes und die Nichtausdehnung des Völkerbundsrates ausgesprochen habe. Mein Bekannter fügte jedoch hinzu: «Auf diesem Standpunkt steht die grosse Mehrheit heute. Ich zweifle sehr, ob sie in sechs Monaten noch an ihm festhalten wird/<sup>6</sup> Man ist sich noch darüber im Unklaren, was die Kommission, die zur Berichterstattung über die Erweiterung des Völkerbundsrates ernannt wurde, beschliessen wird. Ein Übereinkommen scheint zweifelhaft. Es ist durchaus möglich, dass die Schwierigkeiten in sechs Monaten ebenso gross, wenn nicht grösser sein werden als heute. Schubert sagte mir: «Wir müssen die Reichstagsdebatte hier und die Debatten in London und Paris abwarten. Dann können wir uns erst entscheiden.» Selbst über die Frage, ob Deutschland die Aufforderung, sich an den Arbeiten der Kommissionen zu beteiligen, annehmen will oder nicht, ist man sich

im Unklaren. Deutschland könnte es ablehnen, mit der Behauptung, dass es noch nicht dem Völkerbund angehöre, oder sich auf den entgegengesetzten Standpunkt stellen und sagen: «Nachdem die Mehrheit der Vollversammlung sich zu meinen Gunsten entschieden hat, werde ich mich so verhalten, als ob ich offiziell schon gewählt wäre, und mit allen meinen Kräften an dem Werke der Kommission mitarbeiten.» Es ist jedoch zweifelhaft, ob eine solche Stellungnahme bei der öffentlichen Meinung Billigung finden wird.

22. März 1926.

Berlin.

Die letzten Verhandlungen in Genf haben zu dem folgenden paradoxen Ergebnis geführt: – das Feilschen, die Intrigen, die Kompromisse der letzten vierzehn Tage haben die Anhänger der Realpolitik überzeugt, dass sie es sich nicht leisten können, dem Völkerbund fernzubleiben. Bis jetzt haben sie den Völkerbund als eine Versammlung von Ideologen angesehen – jetzt stehen sie auf dem entgegengesetzten Standpunkt.

Es mag von Interesse sein, die Wirkung der Genfer Tagung auf die Lage in Deutschland, sowohl in Bezug auf die Innen- wie die Aussenpolitik, in grossen Umrissen zu skizzieren.

Ich nehme zuerst die Innenpolitik. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Deutschnationalen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als ein Ereignis auffassen, das ihnen ermöglichen wird, die Frage ihres Eintritts in der Regierung von Neuem zu prüfen. Es ist bekannt, dass eine Reihe von vertraulichen Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und den Deutschnationalen stattgefunden hat. Es heisst, dass man in diesen Unterredungen den Reichskanzler aushorchen wollte, ob sich nach Genf eine Kombination finden liesse, die Stresemann aus dem Sattel heben könnte, um ihn durch einen Deutschnationalen zu ersetzen. Die Vorgänge in Genf haben diese Berechnungen über den Haufen geworfen.

Aus irgendeinem Grunde, der mir bis jetzt noch nicht klar geworden ist, scheinen die Deutschnationalen im Augenblick Luther noch feindli-

cher gesinnt zu sein als Stresemann. Aus ihren Reden im Reichstag tritt dies deutlich zutage. Ausserdem höre ich aus massgebenden Kreisen, dass sie im Begriff sind, eine neue Kombination zu erörtern, in der Stresemann den Reichskanzlerposten bekäme, während Luther ein weniger wichtiges Ministerium zugeordnet ist. In diesem Falle würden die Deutschnationalen das Aussen- und Innenministerium mit ihren Leuten besetzen. Ich glaube nicht, dass eine solche Kombination irgendwelche Aussicht auf Erfolg hat, aber die Tatsache, dass sie überhaupt erörtert wird, zeigt, wie sehr sich die Dinge während der letzten Monate verändert haben.

Auf dem Gebiet der Aussenpolitik hat auch die letzte Tagung des Völkerbunds eine beträchtliche Verwirrung hervorgerufen. Vor Genf hatte man die unbestimmte Absicht, Russland in irgendwelcher Weise darüber hinwegzutrusten, dass es ihm nicht gelungen ist, Deutschland vom Eintritt in den Völkerbund zurückzuhalten. Der Gedanke wurde in verschiedener Form diskutiert. Man sprach von einem Neutralitätsvertrag, aber es war noch nichts Bestimmtes beschlossen worden. Das Ziel, das dabei vorschwebte, war die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zwischen Osten und Westen, das ein so wesentlicher Grundzug der deutschen Politik ist. Nachdem Deutschland nun immer noch ausserhalb des Völkerbunds steht, meint man jetzt, dass die Unterzeichnung eines Neutralitätsvertrages mit Russland die Waagschale allzu sehr nach Osten senken würde, während in den massgebenden Kreisen noch immer der Wunsch besteht, der westlichen Orientierung den Ausschlag zu geben und sich nicht allzu sehr dem östlichen Gegenspieler zu verschreiben.

Es heisst daher, dass der Abschluss eines Kompensationsabkommens mit Russland verschoben werden wird, vorausgesetzt, dass nichts dazwischenkommt, was die Rückversicherung in dieser Richtung unbedingt notwendig erscheinen lässt.

In diesem Zusammenhange muss daran erinnert werden, dass die

deutsche Delegation in Rapallo von den Russen überrannt wurde, die sie an allerlei eingebildete Gefahren glauben liessen. Was einmal geschah, kann sich wieder ereignen. Sobald man in Deutschland eine Enttäuschung im Westen erlebt, pflegt man sich trost- und hilfeschend nach Osten zu wenden.

Die Presse schweigt sich über dieses Thema aus, aber ich bin überzeugt, dass das Problem der Beziehungen zu Russland die deutschen Regierungskreise stark beschäftigt.

22. März 1926.

Berlin.

Ich hatte gestern das erste lange Gespräch mit Stresemann nach seiner Rückkehr aus Genf. Man erzählte mir, dass er sehr deprimiert sei. Er schien mir lebhaft und angeregt. Ein offenes und freundschaftliches Gespräch kam in Gang auf der Unterlage von zwei oder drei Gläsern Portwein vor dem Frühstück – eine Sitte, die ich sehr anstrengend finde, die jedoch für einen Gedankenaustausch durchaus förderlich ist.

Er beklagte sich über das entsetzliche Klima in Genf. Er habe dort höchst unangenehme zehn Tage verbracht. Die Atmosphäre in Genf sei so drückend, dass er sich die ganze Zeit hindurch krank gefühlt habe. Der einzige Lichtpunkt der Unterhandlungen sei Briand gewesen. Er habe in seiner unermüdlichen Lebhaftigkeit nach immer neuen Lösungen gesucht, sobald sich die eine als unbrauchbar erwies, ohne eine Spur von Eigensinn, voll von neuen Ideen und Möglichkeiten. Er fand kaum Unterstützung bei seinen eigenen Delegationsmitgliedern, die ihm mit den sinnlosesten Vorschlägen in Bezug auf Deutschland kamen. Stresemann traut Paul Boncour nicht, weil er ihn für einen Gegner Locarnos hält. «Wenn ein Sozialist auf einen falschen Weg gerät, ist er schlimmer als irgendein anderer», fügte Stresemann hinzu.

Chamberlain fand er tief unter seinem gewöhnlichen Niveau, viel mehr Schulmeister als Staatsmann. Chamberlain begann einmal, die Deutschen abzukanzeln: «Sooft man euch Konzessionen macht, stellt ihr neue Ansprüche, statt uns dankbar zu sein», worauf Briand sofort ant-

wortete: «Es ist an sich kein schlechtes System.»

Stresemann gab zu, dass Luther mit Chamberlain besser fertig wurde als er selbst.

Stresemann schilderte mir dann die grossen Schwierigkeiten, die er nach seiner Rückkehr aus Genf in der eigenen Partei fand. Man warf ihm vor, dass er ihnen einen neuen Geist nach Locarno versprach, einen Geist des internationalen guten Willens und der Verständigung. Stattdessen fanden sie, dass Genf kein Tempel des Friedens, sondern ein Markt war, auf dem Staaten gekauft und verkauft werden. Stresemann erwiderte darauf: «Das ist auch der Grund, weshalb ich dabei sein will. Wenn dort gehandelt wird, will ich mir einen Sitz als Makler sichern. Ausserdem ist die Möglichkeit eines Kontakts mit den Staatsmännern anderer Länder von ungeheurer Bedeutung.»

Die deutsche öffentliche Meinung ist nach dem Fiasko von Genf, statt gegen den Völkerbund verstimmt zu sein, von einer plötzlichen Zuneigung zu ihm ergriffen worden. Die Deutschnationalen sind sich jetzt darüber klar, dass sie nur in die Regierung eintreten können, nachdem Deutschland in den Völkerbund aufgenommen worden ist. Solange die Frage des Eintritts schwebt, können sie nicht gut ihre gegenwärtige Politik ändern und die Aufnahme in den Völkerbund begünstigen. Sobald Deutschland einmal im Völkerbund sein wird, können sie nach einer entsprechenden Zwischenpause in die Regierung eintreten, und das ist es, was sie in Wirklichkeit wollen. Man glaubt hier allgemein, dass Briand von Chamberlain eine scharfe Ablehnung der polnischen Ansprüche erwartete (vielleicht sogar wünschte). Eine solche Ablehnung würde es Briand ermöglicht haben, Polen sein Bedauern auszusprechen, ohne sich dem Vorwurf einer Fahnenflucht auszusetzen. Aber ganz gegen seine Erwartung hat Austen Chamberlain den Anspruch gebilligt und ihm seinen persönlichen Segen erteilt. Nun gab es für Briand kein Entrinnen vor seiner alten Liebe, und er gefährdete die Genfer Tagung durch die ihm aufgezwungene Treue.

Dies ist die Geschichte, die man sich hier erzählt. Ich möchte mich nicht für sie verbürgen, aber die ganze Sache ist so verworren, dass jede Erklärung zutreffend sein kann.

27. März 1926.

Berlin.

Stresemann erklärt, dass man den Geist von Locarno selbst verletzt hat. Man hört von Pakten und Bündnissen, die zwischen verschiedenen Ländern – Serbien, Italien und Frankreich, den Randstaaten und Polen – geschlossen werden sollen und die alle nach der deutschen Auffassung sich mehr oder minder gegen Deutschland richten. Ich weiss nicht, wie weit diese Gerüchte auf Wahrheit beruhen. Stresemann meint, dass die sieben Mächte, die an der Konferenz teilnahmen, mit Recht vom Geist von Locarno sprechen können, dass jedoch einundvierzig Staaten dort nicht anwesend waren und der Geist, der die Verhandlungen be-seelte, ihnen ebenso fremd wie gleichgültig ist.



## KAPITEL XIV

MÄRZ – APRIL 1926

29. März 1926.

Berlin.

Ich war gestern Abend auf einem interessanten Empfang in dem wohl einzigen Hause in Berlin, das noch den Zauber der vergangenen Zeit besitzt. Es liegt gegenüber dem Kaiser-Friedrich-Museum, stammt aus dem 18. Jahrhundert und ist jetzt von der Regierung an den Theaterdirektor Max Reinhardt vermietet. Er selbst wohnt dort nicht mehr, da er, wie so viele Leute in Berlin, von seiner Frau getrennt oder geschieden ist; aber sie hat das Haus behalten und empfängt dort von Zeit zu Zeit ihre Freunde aus der Künstlerwelt. Sie hat unter ihrem Bühnennamen Else Heims einen ziemlich grossen Ruf in der Theaterwelt. Ihre Trennung von Reinhardt erschwert es ihr sehr, grössere Rollen zu erhalten; aber sie soll in den nächsten Wochen in dem Stück von Lonsdale «Mrs. Cheneys Ende» auftreten.

Der gestrige Empfang wurde zu Ehren der Witwe von Wedekind gegeben. Sie selbst ist Schauspielerin, und die Hauptaufgabe ihres Lebens besteht jetzt in der Propaganda der Wedekindschen Stücke in Deutschland und im Auslande. Obwohl manche dieser Dramen zu den rohesten und, oberflächlich gesehen, den unmoralischsten gehören, die je auf einer Bühne aufgeführt worden, erfüllt sie ihre Mission mit einer fast religiösen Hingabe und Bewunderung. Die ihrem Äusseren nach liebenswürdige und ungewöhnlich scheue Wienerin soll die Lulu spielen – die Verkörperung des Teufels, deren mildeste Schuld die Prostitution ist. Ihre achtzehnjährige Tochter ist für eine der kleineren Rollen bestimmt,

die meistens sexuelle Verirrungen darstellen.

Der Empfang trug einen ganz besonderen Charakter. Ich kam eine Viertelstunde nach der auf der Einladung festgesetzten Zeit und wurde jedem Anwesenden formell vorgestellt. Die Reinhardtschulung der klaren Diktion führte zu dem Ergebnis, dass jeder Name bei der Vorstellung von den Lippen der Hausfrau mit der Präzision eines Toastmasters fiel. Der Nachmittag verstrich sehr angenehm. Wir saßen in bequemen Lehnstühlen um einen Tisch in einem künstlerisch eingerichteten Esszimmer herum, und die Gäste vertilgten ungeheure Mengen von Schlag-sahne mit Kaffee und Curaçao.

Frau Wedekind muss ungefähr fünfundvierzig Jahre alt sein, aber sie sieht viel jünger aus. Sie sprach von ihrem Gatten, als wenn er ein Apostel der Tugend gewesen wäre, und sie hält auch allem Anschein nach seine Werke für Schöpfungen einer erhabenen Ethik.

Am Abend vorher war ich im Hause eines reichen jüdischen Kunstfreundes eingeladen, wo ich einen jener seltsamen Empfänge fand, wie sie nur in Berlin üblich sind. Die Einladung, die auf 8,30 Uhr lautet, lässt den Unerfahrenen glauben, dass es sich um ein Diner handelt und dass damit der Abend beginnen wird. Aber in gewissen künstlerischen Kreisen ist dies durchaus nicht der Fall. Das Abendessen setzt mit einer Wartezeit ein. Der erste Punkt des Programms ist Musik. Die Primadonna verspätet sich gewöhnlich – sie findet den Raum für den Gesang nicht geeignet; sie äussert eine Reihe von Wünschen, die u.a. das Ausräumen von schweren Möbelstücken notwendig machen. Mit den Vorbereitungen vergeht eine geraume Weile, und das Konzert beginnt erst, lange nachdem es neun Uhr geschlagen hat. Seine Dauer hängt von dem Willen der Hausfrau ab, und dem unkundigen Fremden, der mit einem Abendessen um 8,30 Uhr rechnete, kann es passieren, dass er bis 11 oder 11,30 Uhr mit leerem Magen wartet oder sich im günstigsten Falle mit bescheidenen Erfrischungen begnügen muss. Es folgt dann ein spä-

tes Abendessen, nach dem meistens getanzt wird. Vorausgesetzt, dass man auf einen solchen Empfang vorbereitet ist, kann man eine solche Unterhaltung in mancher Hinsicht weniger materiell und viel künstlerischer finden als die übliche Form des Zusammenseins, in der mit Essen und Trinken zwei volle Stunden vergehen. Aber, wie gesagt, man muss darauf vorbereitet sein.

*30. März 1926.*

Berlin.

Ich habe mich damit einverstanden erklärt, bis März hier zu bleiben, und ich bin froh über meinen Entschluss, denn ich hoffe, dass bis dahin Deutschlands Eintritt in den Völkerbund eine vollzogene Tatsache sein wird. Der Dawesplan wird reibungslos durchgeführt. Locarno wirkt sich trotz Genf vielversprechend aus. Es ist mein Ehrgeiz, die Trilogie zu vollenden und Berlin zu verlassen, nachdem Deutschland zum gleichberechtigten Mitglied des Völkerbundes geworden ist.

*3. April 1926.*

Berlin.

Trotz des Rückschlags in Genf, der durch die Verhandlungen über den Ratssitz hervorgerufen wurde, hat sich die Haltung des deutschen Ministers nicht im Geringsten verändert, ebensowenig wie die Überzeugung, dass der Locarno-Geist das Leitmotiv ihrer Politik bilden muss. Man wird vielleicht von Zeit zu Zeit gezwungen sein, der Volksstimmung Konzessionen zu machen, aber es wird sich dabei nur um Taktik handeln. Sowohl Luther wie Stresemann halten Locarno für den Grundstein des europäischen Wiederaufbaues und ihres eigenen politischen Werkes.

*3. April 1926.*

Berlin.

Die Ähnlichkeit der deutschen und der amerikanischen Methoden drängt sich mir dauernd auf: Vorherrschaft der Industriellen, Disziplin, Grosszügigkeit der Organisation, Unterdrückung des Individualismus.

Die Franzosen betonen immer wieder, dass die Teilnahme der Amerikaner am Weltkriege unter anderen Voraussetzungen vor sich ging wie die der europäischen Alliierten. Die Amerikaner behaupten, sie seien im Interesse der Gerechtigkeit – einzig und allein um der Gerechtigkeit willen – in den Weltkrieg eingetreten. In Wirklichkeit hat ihnen die Möglichkeit eines deutschen Sieges, der den Triumph der militärischen Vorherrschaft bedeutet hätte, eine grosse Furcht eingejagt. Die militärische Unterdrückung, die sie 1917 von den Deutschen fürchteten, fürchten sie jetzt von Frankreich, von dessen militärischer Übermacht sie durchdrungen sind. Die Amerikaner denken an den Weltkrieg mit wenig Bitterkeit zurück, mit einer eigentlich viel geringeren Bitterkeit als wir, obwohl das Schwinden der Kriegsstimmung, sowohl auf der englischen wie auf der deutschen Seite, höchst bemerkenswert ist. Amerika hat wirtschaftlich durch den Krieg zu viel an Weltherrschaft gewonnen, um Bitterkeit oder Verstimmung zu empfinden. Der Krieg gab ihm die wirtschaftliche Hegemonie, die London verlor.

Der Begriff der Gesellschaft ist in Deutschland sicherlich materialistischer als in Frankreich und England. Kraft und finanzieller Erfolg sind die beiden angebeteten Gottheiten. Der Idealismus beschränkt sich auf eine kleine Minderheit, die keineswegs alle Berufe umfasst – und wenig oder kaum ins Gewicht fällt. Es wird in dieser Hinsicht manchmal eine Parallele zwischen Deutschland und Amerika gezogen. Beide scheinen mir von ähnlichem Ehrgeiz beseelt zu sein. Für beide ist Reichtum der ausschliessliche Massstab. Das neue industrielle System zerstört weitgehend die individuelle Unabhängigkeit und entmutigt die persönliche Initiative, die nur wenigen Führern vorbehalten bleibt. Die Deutschen werden sich den amerikanischen industriellen Methoden viel leichter anpassen als die Engländer. Im Geschäftsleben tritt eine starke Wesensverwandtschaft zwischen beiden zutage.

5. April 1926.

Berlin.

Heute Abend suchte mich mein französischer Kollege auf.

Seine erste Frage lautete: «Was halten Sie vom deutschrussischen Abkommen i<sup>1</sup>)

Ich erwiderte: «Ist ein solches Abkommen vorhanden? Ich habe gehört, dass man sich mit einer derartigen Absicht trug; aber ich weiss nicht, ob es schon eine vollzogene Tatsache ist.»

Er erwiderte: «Nach der Mitteilung, die Hoesch gestern Briand machte, hat die deutsche Regierung die Absicht, diesen Vertrag vor Ende des Monats zu unterzeichnen.» Hoesch fügte hinzu, dass dies keineswegs als ein Ergebnis des Genfer Misserfolges oder als eine Abkehr von der Locarno-Politik aufzufassen sei. Die deutsche Regierung habe sich dazu unter dem russischen Druck entschlossen, nachdem die Russen erklärt hatten, dass sie sich eine vollkommene Handlungsfreiheit gegenüber Deutschland vorbehalten, falls die deutsche Regierung bis

<sup>1</sup>) Es war vielleicht unvermeidlich, dass der schwere Misserfolg, den Deutschland an der Schwelle des Völkerbundes erlitt, die deutsche öffentliche Meinung und die Führer des deutschen Volkes dazu brachte, den Blick mehr nach Osten zu richten – die traditionelle Politik der Rückversicherung. Es war ein ebenso unvermeidliches Ergebnis, dass Tschitscherin und das Aussenkommissariat der Sowjets nunmehr versuchten, die deutsche Enttäuschung über die Westmächte auszunützen, um die Vorteile einer engeren und weitgehenderen deutsch-russischen Zusammenarbeit sowohl auf dem politischen wie wirtschaftlichen Gebiete herauszustreichen. Das Ergebnis dieser beiderseitigen Tendenz war die Unterzeichnung eines neuen deutsch-russischen Freundschafts- und Neutralitätsvertrages am 24. April 1926, der zuerst eine kaum geringere Beunruhigung in den westeuropäischen Ministerien hervorrief als der vorangegangene Rapallovertrag.

Zwei Klauseln des neuen Vertrages haben sowohl in alliierten Kreisen wie in denen des Völkerbundes eine arge Verstimmung hervorgerufen. Die eine war die Klausel, in der Berlin und Moskau sich verpflichteten, sich über jede internationale Frage, die die Interessen der beiden Völker betrifft, zu verständigen und den gegenseitigen Rat einzuholen. Die hohen vertragschliessenden Parteien haben sich ausserdem geeinigt, sich an keinem Schritt der anderen Länder zu beteiligen, der den politischen oder wirtschaftlichen Interessen der Vertragspartner zuwiderlaufen sollte. Die Empörung jedoch, die der deutsch-russische Vertrag bei dem ersten Bekanntwerden hervorrief, legte sich bald, und die alliierten Botschafter in Berlin begnügten sich mit einem höchst bescheidenen und platonischen Protest bei der deutschen Regierung.

Ende September mit der Unterzeichnung des Vertrages warten würde.

Die Mitteilung, die Hoesch über die im Entwurf vorliegenden Klauseln des Vertrages Briand machte, entsprach genau den mir bekannten Bedingungen, jedoch mit einem wesentlichen Zusatz, und zwar einer allgemeinen Verpflichtung, sich über alle Fragen von gemeinsamem Interesse zu verständigen (*engagement général de se concerter sur toutes les affaires communes*). Vom Vorhandensein dieser Klausel habe ich nichts gehört. Sie mag die wichtigste des ganzen Abkommens sein, und sie wird sicherlich in Frankreich und England am heftigsten kritisiert werden.

Der französische Botschafter schien über den Gedanken des geplanten Abkommens nicht besonders beunruhigt. Er hielt es viel mehr gegen England als gegen Frankreich gerichtet, dessen Beziehungen zu Russland im gegenwärtigen Augenblick ganz freundlich sind, abgesehen von der Frage der Vorkriegsschulden.

Er wollte wissen, wie dieser Vertrag auf die englische öffentliche Meinung wirken wird. Ich erwiderte ihm, dass er in England zuerst eine starke Verstimmung auslösen und den Eindruck erwecken wird, Deutschland habe versucht, es den alliierten Mächten für die Behandlung in Genf heimzuzahlen.

Ich persönlich halte die vorgeschlagenen Bedingungen mit Ausnahme der allgemeinen Klausel, die sich auf die vorhergehende Fühlungnahme bezieht, für verhältnismässig harmlos, aber «ein allgemeines Übereinkommen, sich über alle Fragen von gemeinsamem Interesse zu verständigen» scheint mir einer Allianz bedenklich ähnlich zu sein.

Margerie wusste nichts von dem polnisch-rumänischen Vertrag<sup>1)</sup> und konnte mir nicht sagen, ob er eine blosser Wiederholung des Vertrages

<sup>1)</sup> Der polnisch-rumänische Defensivvertrag von 1921 ging im Frühjahr 1926 zu Ende und konnte nach Ablauf von fünf Jahren erneuert werden, aber Polen, dessen Beziehungen zu Sowjetrußland sich in letzter Zeit beträchtlich gebessert hatten, weigerte sich, die Sicherheit der rumänischen Grenzen gegen russische Angriffe zu gewährleisten.

von 1921 sei. Er hatte sich auch noch nicht mit der Frage beschäftigt, wie dieser Vertrag auf das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland wirken wird. Er sagte mir, er wolle versuchen, nähere Informationen einzuholen.

Er schien meine Ansicht zu teilen, dass Stresemann sich zu einem solchen Abkommen mit Russland nur deshalb bereit erklärt hatte, weil er sich vor den Konsequenzen einer Absage fürchtete.

Margerie glaubte, dass die Bedeutung von Verträgen dieser Art von der Presse gewöhnlich übertrieben wird. Rapallo, das einmal für eine grosse Gefahr galt, hat in Wirklichkeit sehr geringe Ergebnisse gebracht.

23. April 1926.

Berlin.

Ich kehrte gestern von einem kurzen Besuch in London zurück. Bei der letzten Debatte im Unterhause am Montag (19. April) fand ich Chamberlain gealtert und sorgenvoll, aber er sprach mit der gleichen Zuversicht und versuchte wiederholt, seinen Standpunkt zu rechtferti-

sten, insbesondere die Grenze Bessarabiens, falls nicht Rumänien bereit sein sollte, Polen nicht nur gegen den russischen Angriff – den Polen selbst nun für unwahrscheinlich hält –, sondern auch gegen einen Angriff seitens Deutschlands zu schützen.

Rumänien erklärte sich nur sehr zögernd zu dieser Ausdehnung des früheren Vertrages von 1921 bereit, und sein Entschluss war zum Teil auf die Beunruhigung über die Bessarabien drohende Gefahr seitens Russlands zurückzuführen, zum Teil auch auf den Druck der französischen Diplomatie, die sich bemühte sowohl Serbien wie Rumänien in die alliierte Konstellation, die bereits aus Frankreich, Belgien, der Tschechoslowakei und Polen bestand, hineinzubringen.

Deutschland hat jedoch, wie nicht anders zu erwarten war, in dem neuen polnisch-rumänischen Verträge die gegen sich gerichtete Spitze entdeckt und die Initiative des französischen Generalstabs vermutet. Das deutsche Misstrauen und die in Deutschland herrschende Erbitterung steigerten sich noch nach der Veröffentlichung von einer Reihe von Dokumenten, die einen sehr plausiblen militärischen Anhang zu dem polnisch-rumänischen Hauptverträge darstellen sollen.

In Grossbritannien bedauerte man das Zustandekommen einer solchen verschleierte Allianz alten Stils, und man war der Überzeugung, dass der neue polnisch-rumänische Vertrag zu der einige Wochen später erfolgten Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages ebenso viel beigetragen hat wie der misslungene Versuch Deutschlands, einen ständigen Ratssitz in Genf zu erhalten.

gen, dass Polen in seinen Ansprüchen auf einen ständigen Ratssitz unterstützt werden müsste.

Ich höre, dass der brasilianische Vertreter zu Anfang der Genfer Tagung ein Telegramm folgenden Inhalts vom Präsidenten bekam: «Es würde sich meiner Ansicht nach empfehlen, auf dem bisherigen Standpunkt zu beharren.» Aber dieses Telegramm schien auf ein solches Zögern hinzudeuten, dass man in Genf zu der Schlussfolgerung kam, Brasilien würde nicht im Wege stehen, wenn die polnische Schwierigkeit beigelegt werden sollte. Man war daher sehr erstaunt und verblüfft, als Brasilien später so eigensinnig seine Ansprüche verfolgte.

Ich hörte von massgebenden Leuten in London, die vielleicht noch besser über die Vorgänge hinter den Kulissen in Genf informiert sind, dass Briand von Anfang an den Standpunkt vertrat, dass Polen als ständiges Mitglied in den Völkerbundsrat aufgenommen werden müsse.

Dies war die Vorbedingung, die Frankreich für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und seine Ernennung zum Völkerbundsrat stellte.

Briand hat noch Spanien •und Brasilien auf die Liste der Kandidaten gesetzt: a) weil er glaubte, dass es leichter sein würde, drei Kandidaten durchzubringen als Polen allein; b) weil er die Möglichkeit haben wollte, Konzessionen zu machen, falls sein Vorschlag auf einen zu starken Widerstand stossen sollte.

Abgesehen von der Unterstützung Briands wirkte sich noch die römisch-katholische Propaganda zugunsten der drei Kandidaturen aus. Die Wahl der drei Länder würde die katholischen Stimmen im Völkerbundsrat beträchtlich gestärkt haben.

Im Laufe der Diskussion in Genf wurde sich Briand darüber klar, dass die Tagung mit einem Misserfolg enden würde, falls Deutschlands Eintritt sich nicht vollziehen sollte. Er begann daher zu einem Kompromiss zu neigen, aber seine Verhandlungsbereitschaft wurde nicht von Loucheur und Paul Boncour, dem zweiten und dritten französischen De-



legierten, geteilt, die indirekt den brasilianischen Widerstand stärkten und sich gegen die Wahl Deutschlands ohne gleichzeitige Hinzuziehung Polens auflehnten.

Der eine Punkt, in dem sich alle, die über die Vorgänge in Genf informiert zu sein behaupten, einig sind, ist folgender: dass es durchaus nicht den Anschein hat, als ob die Wahl Deutschlands in den Völkerbundsrat im September leichter werden würde, als es im März der Fall war. Nachdem nun den anderen Kandidaturen Tür und Tor geöffnet wurden, wird sich manche Macht um den Ratssitz bemühen und ihren Anspruch für berechtigter halten als den ihrer Rivalen.

In der Frage des deutsch-russischen Abkommens fand ich Chamberlain sehr ruhig und sehr vernünftig. Er missbilligt diesen Schritt Deutschlands, aber er ist sich darüber klar, dass eine Opposition das Übel noch verschärfen würde statt es zu mildern. Er lässt nicht die deutsche Behauptung gelten, dass Russland sich irgendwo Freunde suchen muss und dass es daher besser sei, wenn es sich an Deutschland anlehnt statt an Polen; aber andererseits glaubt er nicht, dass aus einer Verquickung deutsch-russischer Interessen eine ernste Gefahr drohen könnte.

Die massgebenden Kreise in London sind über die wachsende Feindseligkeit zwischen Frankreich und Italien beunruhigt. Man flüstert sich zu, dass die Beziehungen zwischen beiden Ländern unter der noch immer gewährten Oberfläche sehr schlecht geworden sind. Auf beiden Seiten herrscht grosses Misstrauen. Mussolini soll entschlossen sein, keine Regelung in Tanger zu dulden, die nicht den italienischen Ansprüchen Rechnung trägt.

Man hat in London noch nichts Näheres, weder aus Bukarest noch aus Warschau, über den zwischen Polen und Rumänien am 26. März unterzeichneten Vertrag erfahren.

Alle Informationen, die London über diesen wichtigen Vertrag erhalten hat, stammen aus Berlin. Es scheint keinem Zweifel zu unterliegen, dass die Kopie des Vertrages, die ich Anfang des Monats nach London

schickte, im Wesentlichen richtig war, sogar wörtlich zutreffend.

Die öffentliche Meinung, nicht nur in England, sondern auch in Deutschland, übersieht seltsamerweise die grosse Veränderung, die dieser Vertrag bedeutet, d.h. die Verpflichtung Rumäniens, Polen nicht nur gegen Russland – wie es im Verträge von 1921 hiess –, sondern auch gegen Deutschland zu schützen.

Die Polen und Rumänen sagen: «Dieser Vertrag ist nur eine Präzisierung unserer Stellungnahme zu Russland», und sie vergessen hinzuzufügen: «er ist auch ein Beweis der Verschlimmerung unseres Verhältnisses zu Deutschland.»

## KAPITEL XV

APRIL – OKTOBER 1926

26. April 1926.

Berlin.

Ich wies bei meiner heutigen Unterredung in der Wilhelmstrasse darauf hin, dass es keinen Zweck hätte, Briand um die Verminderung der französischen Besatzung gerade in dem Augenblick zu bitten, in dem Deutschland im Begriffe ist, einen Vertrag mit Russland zu unterzeichnen. Die einzige Möglichkeit für Briand, die von ihm gewünschte Herabminderung der Besatzungskräfte durchzuführen, wäre irgendeine schöne Geste seitens Deutschlands, aus der sich klar sein Wille ergeben würde, an den Richtlinien von Locarno festzuhalten.

Man erwiderte mir, ein beau geste liesse sich nicht leicht finden. Deutschland habe kein fremdes Gebiet besetzt, das es jetzt räumen könnte. Als ich mich über die Haltung der deutschen Behörden im Rheinland beklagte, gab man mir die Antwort, dass sie auf die Enttäuschung über die Nichtverminderung der Besatzung zurückzuführen sei. Der polnisch-rumänische Vertrag, der am 26. März unterzeichnet wurde, hat hier eine viel geringere Unruhe ausgelöst, als er es wahrscheinlich verdient. Kein Mensch weiss genau, welche Gründe die beiden Länder dazu getrieben haben, so weitgehende neue Verpflichtungen zu übernehmen. Man zerbricht sich den Kopf, wer hinter Rumänien und Polen stand. War es Frankreich? War es Italien? Und falls dies der Fall war, welches Ziel hat man damit verfolgt?

Stresemann, mit dem ich gestern über den Vertrag sprach, hat allem Anschein nach seine Bedeutung nicht erfasst. Er sagte, er sei verreist

gewesen und habe sich zu viel mit dem russischen Verträge beschäftigt, aber er wollte Erkundigungen einziehen.

Vom deutschen Standpunkt aus kann die von Rumänien übernommene Verpflichtung, die polnische Grenze gegen Deutschland zu verteidigen – eine ganz neue Verpflichtung, die in dem Vertrag vom Jahre 1921 nicht enthalten war –, im militärischen Sinne nicht sehr beunruhigend sein; aber sie zeugt zweifellos von einer neuen politischen Orientierung der kleinen Entente und der alliierten Mächte.

Man kann sich die Frage stellen, warum Polen den Vertrag zur Verteidigung Bessarabiens von Neuem unterzeichnet hat und sich auf diese Weise die Feindschaft Russlands zuzog, obwohl es die Möglichkeit hatte, weiterhin die Karte eines russisch-polnischen Abkommens auszuspielen und auf diese Weise einen beträchtlichen Druck auf Deutschland auszuüben. Diese Möglichkeit hat es sich nun verscherzt.

Ich habe es bei mehreren Gelegenheiten den Deutschen klargemacht, dass die Unterzeichnung des polnisch-rumänischen Abkommens nicht nur eine gewisse Drohung bedeutet, sondern darüber hinaus zu ganz anderen Schlussfolgerungen führt. Die Notwendigkeit eines Abkommens mit Russland büsst sehr viel von ihrer Dringlichkeit ein. Ein russisch-polnisches Bündnis hängt nicht mehr wie eine Drohung am Horizont. Die Deutschen geben mir zwar vollkommen recht, erklären jedoch, dass ihre Verhandlungen mit Russland allzuweit fortgeschritten seien. Es gibt jedoch ein anderes Argument, das sie zwar nicht vorbringen, von dem sie sich jedoch sicherlich leiten lassen, und zwar, dass Deutschland irgendein Pflaster für die in Genf davongetragene Wunde braucht.

Die öffentliche Meinung in Deutschland, die sich früher so ablehnend dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gegenüber verhielt, scheint ihm jetzt auf einmal einen grossen Wert beizumessen.

29. April 1926.

Berlin.

Das Unerwartete hat sich ereignet. Zum ersten Male seit dem Bestand der deutschen Republik wurde bei der Debatte im Auswärtigen Ausschuss eine Einstimmigkeit erzielt. Dem deutsch-russischen Vertrage ist es gelungen, dieses Wunder zu vollbringen. Der Vertrag enthält zwar nichts Wesentliches, aber seine Unterzeichnung zeigt, wie ungern sich die Deutschen von ihrer russischen Verbindung für immer trennen würden. Es ist ein vererbter Glaube, gegen den selbst die Götter vergebens kämpfen würden. Wie sollte es den westeuropäischen Kabinetten gelingen?

Stresemann vertritt den Standpunkt, dass das Abkommen bloss eine Brücke zwischen Russland und Europa sei und dass damit ein ungeheurer Schritt gemacht wurde, der Russland zum Eintritt in den Völkerbund und zur Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Mächten führen könnte. Ich persönlich bin einigermaßen skeptisch, aber ich freue mich, dass die westlichen Mächte die Tatsache der Unterzeichnung so ruhig hingenommen haben und nicht von einer bösen Panik gepackt wurden.

6. Mai 1926.

Berlin.

Ich traf gestern bei einem Frühstück Sudermann, der früher als der beste deutsche Bühnenautor galt. Er machte auf mich persönlich einen tiefen Eindruck durch seine grosszügige und kluge Auffassung der Dinge. Es ist schade, dass seine Stücke sich eines so geringen Ansehens erfreuen und für unkünstlerisch und veraltet gelten. Die «Schmetterlingsschlacht», die ich vor ein paar Tagen sah, schien mir eine viel bessere Satire auf menschliche Schwächen zu sein als die Stücke, die jetzt die deutschen Bühnen beherrschen. Der moderne Geschmack scheint vom Psychologischen abgekommen zu sein und sich ganz einer Mischung von Verbrechen, Erotik und Farce zuzuwenden.

Der andauernde Erfolg der Wildeschen Stücke in Deutschland wird von den Theaterdirektoren auf die Bearbeitung der Übersetzer zurück-

geführt, eine Bearbeitung, die den Aufbau stärkt und das Drama mehr hervortreten lässt als die Paradoxe.

Sudermann war ein Freund Rathenaus, den er für das grösste Genie hielt, das Deutschland in den letzten Jahren hervorgebracht hat. Er erzählte mir, dass die Schnelligkeit seiner geistigen Auffassung phänomenal war – er hat nicht nur dem Einwand auf jede Bemerkung vorgegriffen, sondern auch seine eigene Erwiderung und die weitere Widerlegung im Voraus berechnet. Die ganze Rathenau-Familie besteht aus solchen Phänomenen geistiger Beweglichkeit.

*10. Juli 1926.*

London.

Ich nahm gestern an einem ausserordentlich interessanten Essen bei Sir Abe Bailey teil, bei dem ich die meisten der Generäle traf, die sich im Weltkriege ausgezeichnet hatten, wie auch viele Staatsmänner, die damals die englische Politik bestimmten. Ich fand, dass sowohl die Staatsmänner wie die Soldaten sehr pessimistisch waren, trotz des siegreichen Ausganges des Krieges. Aus diesem Essen ergab sich noch eine andere Schlussfolgerung für mich, nämlich dass es viel leichter ist, die guten Eigenschaften des Feindes zu erkennen, als sich eine richtige Vorstellung von dem wirklichen Wert des Verbündeten zu bilden. Die Österreicher fanden die Deutschen diktatorisch und schroff; die Deutschen hatten eine geringe Meinung von der österreichischen Tüchtigkeit. Ich zweifle, ob auch die Franzosen die Unterstützung der englischen, italienischen und russischen Heere richtig zu bewerten wussten. Es gab eine Zeit, wo die Russen in Frankreich als Verräter der alliierten Sache behandelt wurden. Auf der britischen Seite wurden zwar die grossen militärischen Fähigkeiten der Franzosen, ihr Mut und ihre Begeisterung hoch eingeschätzt, aber die Zusammenarbeit mit ihnen wurde als äusserst schwierig betrachtet. In der ersten Zeit des Krieges hat ein General, der die französische Armee auf der rechten Seite des Heeres kommandierte, den Befehl zum Rückzug gegeben, ohne den englischen Kommandierenden davon zu verständigen, so dass sich plötzlich unser Flügel

vollkommen entblösst fand. Bei mancher Gelegenheit wurde ein gemeinsamer Angriff geplant, aber als es zum Treffen kam, fanden sich die Engländer allein auf dem Schlachtfeld.

Im März 1918 wusste man von vornherein, wann und an welcher Stelle der deutsche Angriff stattfinden würde. Die englischen und französischen Kommandierenden hatten sich geeinigt, dass, falls das eine Heer angegriffen werden sollte, das andere ihm zu Hilfe eilen würde; aber noch fünf Tage lang, nachdem die britischen Truppen den deutschen Vorstoss zurückgeschlagen hatten, fuhren die Franzosen fort zu erklären, der Angriff sei nur eine Finte gewesen und nicht die grosse geplante Offensive. Pétain hat am Montag, fünf Tage nach dem Anfang der Offensive, erklärt, er habe den Befehl, Paris um jeden Preis zu schützen, womit er sagen wollte, dass er keine Truppen zur Unterstützung der Engländer absenden könne. Wenn die Deutschen ihre Kavallerie nicht aufgelöst hätten, würde sie nichts auf der Welt daran verhindert haben, einen Vorstoss durch Amiens zu machen und die britischen Truppen von den französischen abzuschneiden. Ich muss jedoch sagen, dass dies meiner eigenen Erfahrung widerspricht, denn ich sowohl wie General Radcliffe haben im Jahre 1920 in Polen unter sehr schweren Bedingungen die Zusammenarbeit mit Jusserand und General Weygand nicht nur leicht, sondern sehr angenehm gefunden. Die mit der Sondermission nach Polen entsandten französischen und englischen Delegierten haben nie eine Meinungsverschiedenheit gehabt und arbeiteten in vollkommener Harmonie.

*19. Juli 1926.*

Berlin.

Während meines Londoner Aufenthalts hatte ich einige Unterredungen mit dem ewig jungen und interessanten Winston. Wir haben viele Fragen erörtert.

Ich sagte ihm offen meine Meinung, dass die Rückkehr zum Goldstandard unter Beibehaltung der alten Parität wahrscheinlich ein Fehler war, weil sie die aktiven Kreise der Bevölkerung

mit einer zu grossen Schuld gegenüber den inaktiven belastete. Er rief aus, dass dies ein Aufgeben meiner früheren Stellung bedeute. Dieser Vorwurf ist nicht allzu ernst zu nehmen. Wer die Zeit der deutschen Inflation erlebt hat, kann nicht umhin, seine früheren Kenntnisse, sowohl in Bezug auf die Währung und ihre Möglichkeiten, wie auch auf die Verschuldung und die Löhne, zu erweitern. Die Währungslösung ist wahrscheinlich die am wenigsten anfechtbare Methode der Anpassung der nationalen Finanzen an das Erbteil des Weltkrieges.

Der Gedanke, dass man auch nur den geringsten Anteil des rechtmässigen Eigentums schmälern könnte, wurde von Winston energisch abgelehnt mit der Behauptung, dass ein solcher Schritt den englischen Kredit zerstören würde. Ich erwiderte ihm, die deutsche Erfahrung habe gezeigt, dass, obwohl die Zahlungseinstellung gewissen wichtigen Kreisen des Mittelstandes schwere Leiden auferlegt, sie keine weitgehenden sozialen Unruhen hervorruft. Sie bringt auch nicht, wie man erwartet hätte, eine dauernde Zerstörung des Sparbedürfnisses mit sich. Ganz im Gegenteil. In Deutschland sind gerade die Klassen, die vor Kurzem ihr gesamtes erspartes Vermögen in deutschen Staatspapieren verloren haben, nicht weniger geneigt, ihre Ersparnisse beiseite zu legen, als es vorher der Fall war. *Experientia non docet*. Was soll man in der Tat anderes mit dem Gelde tun, als es auszugeben – was bei vielen gegen den angeborenen Instinkt geht – oder zu sparen. Es kommt noch ausserdem hinzu, dass, nachdem man einmal reinen Tisch gemacht hat, die Wahrscheinlichkeit einer neuen Bankrotterklärung in absehbarer Zeit geringer wird. Die Geldgeber sagen sich, es ist sicherer, A Geld zu leihen, der seine Zahlungen eingestellt hat und niemandem etwas schuldet, als B, der mit früheren schweren Schulden belastet ist. Dass A seinen Verpflichtungen nicht nachkommt und B es tut, scheint dabei weniger ins Gewicht zu fallen.

Sowohl Deutschland wie Frankreich haben sich die Ansichten Ludwigs XIV. auf diesem Gebiete zu eigen gemacht. In der Einleitung zu einem seiner Erlasse kommt folgende hartherzige Stelle vor: «Il a sem-



blé a Sa Majesté, qu'à tout prendre le paiement de la dette publique n'intéresse point le bonheur de ses sujets.»

Churchill wollte gern nähere Informationen über die Verluste der Deutschen an der englischen Front und der Engländer an der deutschen Front haben. Er hat die Absicht, dieses Thema ausführlich in dem dritten Bande seines Buches zu behandeln, denn er will an Hand von Ziffern beweisen, dass unter den heutigen Bedingungen die Offensiven zu kostspielig sind, um die Ergebnisse zu recht fertigen. Die Ziffern sind ausserordentlich interessant, insbesondere die des deutschen Vormarsches auf Amiens im März 1918. Wenn man von den Gefangenen absieht, waren ihre Verluste an Gefallenen und Verwundeten in diesem erfolgreichen Angriff grösser als unsere Verluste beim Rückzug. Dagegen waren in den Monaten nach Juli 1918 unsere Verluste an Verwundeten viel schwerer als die der Deutschen.

*13. August 1926.*

Berlin.

Die Arbeit hier wird allmählich uninteressant. Wenn man die heutige Situation mit den Monaten vor Locarno vergleicht, sind die Einsätze klein und der Ausgang zu sicher. Damals galt es, Grosses zu gewinnen, und man konnte mit voller Berechtigung zweifeln, ob sich das Ziel erreichen lassen wird. Die einzige grosse Frage von heute ist Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, der sich früher oder später vollziehen wird. Das unterliegt keinem Zweifel.

Wenn die Beruhigung Europas, die wir Locarno verdanken, im Verhältnis zu der Einbusse an Interesse steht, die diplomatische Verhandlungen erlitten haben, hat Europa viel gewonnen.

*18. August 1926.*

Berlin.

Die ewige Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund schwebt noch immer. Gewisse Kreise halten an dem Standpunkt fest, dass Deutschland nicht in den Völkerbund eintreten darf, bevor folgende Vorbedingungen erfüllt sind:

1. eine beträchtliche Herabminderung der Besatzungstruppen;
2. eine Vereinbarung über die Dauer der Rheinlandbesetzung;
3. eine Auflösung der Kontrollkommission.

Diese Ansichten werden von der Umgebung des Reichspräsidenten vertreten und von den beiden politischen Flügelparteien unterstützt – den Militärkreisen und den Freunden Moskaus.

Die Stresemannsche Verständigungspolitik ist jetzt in den meisten Teilen des Reiches volkstümlich geworden – die beiden Ausnahmen bilden Bayern und das Rheinland, wo die Anwesenheit des Besatzungsheeres zu einer ewigen Quelle von Reibungen wird. Bayern folgt der Einstellung der Rechtskreise, die beharrlich jede Verständigungspolitik ablehnen. Trotz der Opposition dieser Kreise ist zweifellos eine starke Mehrheit des Reichstags zugunsten Locarnos und damit auch der Verständigung vorhanden. Es ist für mich eine grosse Freude, einen so beträchtlichen Umschwung der öffentlichen Meinung während der sechs Jahre meiner deutschen Mission feststellen zu können.

20. August 1926.

Berlin.

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund bleibt noch immer ein schwieriges Problem. Es unterliegt keinem Zweifel, dass Stresemann den ehrlichen Wunsch hat, die langen Verhandlungen zu einem erfolgreichen Ende zu führen, und dass sein Bestreben die völlige Unterstützung des Kabinetts findet. Der Reichspräsident Hindenburg – der in erster Linie Soldat ist – hat instinktiv ein Misstrauen gegen alles, was sich nicht auf die Überlegenheit der Kraft stützt, und glaubt nicht an die Wirksamkeit des milden Idealismus des Völkerbundes. Er wird in seiner Skepsis sowohl von seinen alten Kameraden im Heere wie von seinen Freunden auf der Rechten bestärkt. In diesen Kreisen herrscht eine instinktive Furcht, dass man Deutschlands Klauen beschneiden wird, wenn es in den Völkerbund eintritt. Ein solcher Schritt ist in ihren Augen eine treulose Abkehr von Mars. In der Frage der Bedingungen, die man an den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund knüpft, beharrt man noch

immer auf dem Anspruch, dass Deutschland allein den ständigen Sitz im Völkerbundsrat eingeräumt bekommt. Der Vorzug der Wahl darf nicht durch die gleichzeitige Gewährung eines ständigen Sitzes an Spanien getrübt werden, geschweige denn durch die Auszeichnung einer kleineren und rivalisierenden Macht wie Polen. Jede Andeutung einer wenn auch noch so fernen Analogie zwischen der Weltstellung Deutschlands und der Polens wird von jedem Deutschen als ein Vergleich zwischen dem Saturn und den Satelliten eines anderen Planeten empfunden.

Wenn Frankreich Verhandlungen mit Spanien und Polen anknüpfen sollte, die den Richtlinien des Cecil-Komitees entgegenlaufen würden, ist zu befürchten, dass Deutschland sich weigern wird, eine Delegation nach Genf zu schicken und sich überhaupt von seiner bisherigen Politik lossagen mag. Es kommt nicht in Frage, Deutschland wieder zehn Tage lang im Vorzimmer warten zu lassen, wie es im März der Fall war. Selbst wenn Stresemann bereit wäre, nach Genf zu gehen, würde ihn die öffentliche Meinung daran hindern, falls nicht vereinbart wird, dass Deutschlands Zulassung auf keine Opposition trifft und dass es bei dieser Gelegenheit allein den ständigen Sitz im Völkerbundsrat bekommt.

24. August 1926.

Berlin.

Ich habe mich in meiner ganzen bisherigen Arbeit von folgenden Überzeugungen leiten lassen:

1. dass Deutschland als eine Grossmacht und nicht als ein Paria behandelt werden darf;
2. dass die Wiederherstellung der deutschen Finanzen und die Stabilisierung der deutschen Währung die notwendige Voraussetzung einer Regelung des Reparationsproblems war;
3. dass die Sicherheit, falls sie wirklich gewährleistet werden soll, gegenseitig und bilateral sein muss. Die Besiegten im Weltkriege müssten dieselben Garantien einer friedlichen Entwicklung bekommen wie die Sieger;

4. dass in Anbetracht der Tatsache, dass die grösste Gefahr für den europäischen Frieden die deutsch-französische Grenze bildet, die Unverletzbarkeit dieser Grenze in beiden Richtungen gewährleistet und durch internationale Abkommen und Sanktionen gegen jeden Angriff sichergestellt werden müsste;
5. dass eine dauernde Befriedung Europas ohne die Besserung der deutsch-französischen Beziehungen undenkbar sei.

27. August 1926.

Berlin.

Stresemann kam gestern Abend in die Botschaft, noch ganz von der Nachmittagssitzung des Auswärtigen Ausschusses erfüllt. Die Aussenpolitik der Regierung hat dort die volle Billigung erfahren. Im Laufe der Sitzung gab es einen Augenblick, an dem die Hauptverfechter der Regierungspolitik abwesend waren. Wenn in diesem Augenblick eine Abstimmung über die Frage, ob Deutschland nach Genf gehen solle, stattgefunden hätte, würde sich die Regierung in der Minderheit befinden haben, aber Hergt, der Präsident des Auswärtigen Ausschusses und ein überzeugter Deutschnationaler, hat es vermieden, diese Frage zur Abstimmung zu unterbreiten, da er eine Regierungskrise, die sich um diese Entscheidung drehen würde, nicht hervorrufen wollte.

Die Franzosen versuchen wieder, die Frage der Emission der Eisenbahnobligationen aufzuwerfen. Der Zinsendienst dieser Obligationen würde sich auf ungefähr dreiunddreissig Millionen Pfund Sterling belaufen – also ungefähr auf ein Viertel der vollen Dawes-Annuität. Die französischen Unterhändler haben hier vorsichtig sondieren lassen, ob man nicht für diese Summe eine Transferpriorität erreichen könnte, um ihr den Vorzug gegenüber allen anderen Dawes-Zahlungen zu geben. Eine solche Bestimmung würde selbstverständlich für England unannehmbar sein, falls sie nicht von Gegenkonzessionen begleitet ist. Es dreht sich jedoch hier nicht darum, welche Bedingungen verlangt werden, sondern um die Tatsache, dass Frankreich den Wunsch hat, die Ei-

senbahnannuitäten auf einmal zu mobilisieren. Dies setzt schwierige Verhandlungen sowohl mit der deutschen Regierung wie mit den anderen am Dawesplan beteiligten Mächten voraus. Deutschland wird dadurch eine Gelegenheit bekommen, seine Einwände gegen den Dawesplan geltend zu machen. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die deutsche Regierung in absehbarer Zeit eine Revision des Dawesplans und eine Herabsetzung der Annuitäten verlangen wird.

In meinem Gespräch mit Stresemann vertrat ich den Standpunkt, dass alle Führer, die in der letzten Zeit ausgestreckt worden sind, von grossem Interesse waren und nicht entmutigt werden dürfen, dass es jedoch einen äusserst schlechten Eindruck machen würde, wenn Deutschland von selbst eine Revision des Dawesplans verlangen sollte. Erst die Erfahrung wird zeigen, ob die im Dawesplan übernommenen Verpflichtungen zu schwer sind oder nicht; Deutschland muss jedenfalls seinen ganzen guten Willen auf bringen, um seine Verpflichtungen ehrlich zu erfüllen.

9. September 1926.

Berlin.

Es kam heute die offizielle Nachricht, dass Deutschlands Eintritt in den Völkerbund vollzogen ist<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Um bei der Septembersitzung die Wiederholung der verhängnisvollen Auseinandersetzungen im März zu vermeiden, die Deutschlands Eintritt in den Völkerbund verhinderten, haben die Mächte vereinbart, dass ein Komitee des Völkerbundsrates einen Bericht über dieses Problem in Verbindung mit der Zusammenstellung des Rates, der Anzahl und der Auswahl seiner Mitglieder erstatten sollte. Neben den Mitgliedern des Völkerbundsrates wurden Argentinien, China, Polen und die Schweiz zu dem Komitee hinzugezogen. Deutschland zögerte eine Weile, bevor es in die Entsendung eines Vertreters einwilligte. Die erste Sitzung des Komitees fand am 10. Mai statt und am 18. Mai wurde der Bericht unterbreitet. Das Komitee beschränkte sich in seinem Bericht auf die Fragen der Anzahl der nichtständigen Sitze und ihre Verteilung. Dadurch wurde die wirklich gefährliche Frage der eventuellen Erhöhung der ständigen Sitze im Zusammenhang mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbundsrat offen gelassen, mit anderen Worten, das Komitee vermied es, sich über die Ansprüche auf den ständigen Ratsitz, die Polen, Brasilien, Spanien, China und Persien stellten, auszusprechen. Spanien und Polen waren arg verstimmt, dass es ihnen nicht gelang, ihren Anspruch durchzuset-

Obwohl dieses Ergebnis seit einigen Wochen feststand, nimmt man die Bestätigung der endgültigen Regelung mit einer gewissen Erleichterung entgegen. Wenn auch der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die Bedeutung des Locarnovertages nicht erreicht, kann er trotzdem als eine grosse Leistung der Staatskunst gewertet werden.

14. *September 1926.*

Esher Place.

Ich habe heute folgendes Telegramm aus Berlin bekommen: «Die Locarnoverträge werden heute im Sekretariat des Völkerbunds hinterlegt werden. Dies bedeutet den Höhepunkt einer Politik, die sich heute bereits durchgesetzt hat und die für alle Zeiten mit Ihrem Namen verknüpft sein wird. In Anerkennung dieser Tatsache viele Grüsse in Freundschaft und Verehrung.

Stresemann.»

21. *September 1926.*

Berlin.

Ich hatte vor Kurzem ein langes Gespräch mit dem Fürsten Bülow über die Ereignisse seiner Amtszeit und den Ursprung des Krieges. Er

zen. Um daher neue Schwierigkeiten in Genf zu vermeiden, fanden sich die juristischen Berater des französischen, des englischen und des deutschen Aussenministeriums zu einer Privatunterredung zusammen und einigten sich auf eine Formel, die, wie man hoffte, sowohl Deutschland wie seine Rivalen zufriedenstellen würde. Das Ratskomitee nahm am 30. August seine Sitzungen auf, und am 3. September kam es zu einer Vereinbarung in allen dornigen Fragen, die mit der Wahl Deutschlands zusammenhingen. Am nächsten Tage, dem 4. September, hat der Völkerbundsrat einstimmig die Gewährung eines Ratssitzes an Deutschland bei seinem Eintritt in den Völkerbund beschlossen, wie auch die Erhöhung der Anzahl der nichtständigen Sitze von 6 auf 9. Auf diese Weise wurde Deutschland allein zum neuen ständigen Mitglied des Völkerbundsrates.

Die deutsche Delegation fuhr am 7. September von Berlin nach Genf, nachdem sie die Zusicherung bekommen hatte, dass alle Fragen zur Zufriedenheit der Deutschen gelöst worden waren.

Am 8. September wurde Deutschland formell zum Mitglied der Vollversammlung gewählt, und 2 Tage später nahm die deutsche Delegation unter dem Beifall der Delegationen von 48 Mächten ihren Platz in der Vollversammlung ein. Deutschlands Zusammenarbeit mit dem Völkerbund wurde von den wichtigsten alliierten Staatsmännern in feierlichen Reden begrüsst. Die Rede, die Briand bei dieser Gelegenheit hielt, trug den Stempel einer Begeisterung, die in Frankreich selbst mit gemischten Gefühlen aufgenommen wurde.

ist fest davon überzeugt, dass, wenn er im Amt geblieben wäre, der Ausbruch des Krieges hätte vermieden werden können. Die wirkliche Ursache des Krieges sei seiner Ansicht nach die Ungeschicklichkeit und Dummheit aller Beteiligten gewesen. Bülow hätte nicht die Absendung des österreichischen Ultimatus an Serbien erlaubt. Dies sei der erste Punkt. Er hätte zweitens die Greyschen Vorschläge einer Konferenz, wahrscheinlich einer Konferenz der Aussenminister oder sogar der gekrönten Häupter, angenommen, und drittens hätte er nie dem Generalstab erlaubt, nach Belgien einzumarschieren. Die Krise des Jahres 1913/14 war nicht ernster, vielleicht sogar nicht so ernst wie die vorhergehenden Krisen, hauptsächlich einige in den letzten Jahren der Bismarckschen Kanzlerschaft wie auch in den Jahren nach 1900. Aber damals wurde jede Gefahr überwunden, und nur durch die Unfähigkeit wurde eine friedliche Lösung im Jahre 1914 vereitelt.

Der Ehrgeiz, mit dem der Kaiser eine grosse Flotte anstrebte, überstieg zweifellos das richtige Mass. Tirpitz hält Bülow für zu einseitig, doch seine Kritik beschränkte sich auf diese Feststellung. Den Kaiser kennt Bülow besser als jeder andere, und er ist überzeugt, dass der Kaiser den Krieg nicht gewollt und dass er sicherlich erschüttert war, als er sich bewusst wurde, der Krieg liesse sich nicht mehr vermeiden. Als der Kaiser an der Schaffung der Flotte arbeitete, träumte er von dem Tag, an dem er in der Uniform eines englischen Admirals seine Flotte zu einer Zusammenkunft mit der britischen Flotte führen könnte, die von König Eduard in der Uniform eines deutschen Admirals geführt würde. Es sollte dann eine feierliche Begrüssung beider Flotten stattfinden, und mindestens zwei Tage in rauschenden Festen vergehen . . . Trotz dieses Ehrgeizes herrschte eine starke Spannung zwischen dem Kaiser und König Eduard, die in erster Linie darauf zurückzuführen war, dass der Kaiser sich so schlecht zu der Schwester des Königs Eduard, der Kaiserin Friedrich, benommen hatte. König Eduard hat es ihm nie verziehen. Bülow meinte, dass die angebliche Kritik, die der Kaiser an der

Moral des Privatlebens König Eduards geübt haben soll, keine grosse Rolle gespielt hat, fügte jedoch hinzu, dass der Kaiser es oft an Takt fehlen liess und selbst nicht die kleinsten Konzessionen machen wollte, um die Beziehungen zu bessern. So z.B., als Sir Thomas Lipton nach Kiel kam, bat König Eduard, man solle ihn höflich empfangen, und der Kaiser möge ihm eine Audienz gewähren. Bülow sprach mit Lipton eine Viertelstunde lang. Aber als er den Kaiser um Audienz für Lipton bat, erwiderte er: «Nein, ich weiss ja, wer es ist. Für meinen Onkel sind reiche Freunde sehr nützlich, aber das ist ja seine Sache und nicht meine.» Bei einer andern Gelegenheit bat Bülow den Kaiser, bei seinem Londoner Besuch von der Begleitung von zwei Hofleuten abzusehen, die König Eduard nicht leiden mochte. Aber der Kaiser bestand darauf, trotzdem ihre Anwesenheit den englischen Herrscher sehr verstimmt.

Bülow sagte einmal der Kaiserin Friedrich, die Beziehungen zu ihrem Sohn könnten nicht harmonisch sein, weil die beiden sich zu ähnlich wären. Die Kaiserin protestierte heftig gegen diese angebliche Ähnlichkeit, aber Bülow liess sich nicht von seiner Meinung abbringen und fügte hinzu: «Ew. Majestät und der Kaiser gleichen einander wie zwei Billardkugeln, und so muss es bei jeder Gelegenheit zum Zusammenstoss und Auseinanderprallen kommen.»

Bülow ist überzeugt, dass, wenn man Metternich in London als Botschafter und ihn im Amt belassen hätte, es ihm, Bülow, gelungen wäre, die Flottenfrage mit England zu regeln. Die englischen Minister hätten in einen Aufschub des neuen Flottenprogramms eingewilligt, aber der Kaiser wollte von einer bindenden Vereinbarung nichts wissen.

Bülow spricht mit Verachtung von allen Memoiren aus Hofkreisen, die seit dem Sturz des Kaisers veröffentlicht wurden. Aber er meint, dass die Intrigen, die damals bei Hofe vor sich gingen, nicht übertrieben genug geschildert werden können. Dies sei übrigens überall der Fall,



wo der Herrscher die wirkliche Macht in Händen hat. In England ändern sich die Hofleute mit dem Wechsel des Ministeriums und haben nicht den politischen Einfluss, den sie in Deutschland genossen und missbrauchten. Im Hinblick auf seine eigenen Memoiren sagte Bülow, er sammle und ordne nur Material und habe keine Absicht, irgendetwas zu Lebzeiten zu veröffentlichen. Wenn man Memoiren zu früh veröffentlicht, könne man nicht offen genug sein, und Memoiren haben keinen historischen Wert, wenn sie nicht vollkommen offen und ungeschminkt sind.

22. *September 1926.*

Berlin.

Bei dem heutigen Frühstück erwähnte Eckardstein, dessen Memoiren die Londoner Atmosphäre um das Jahr 1900 mit einer bemerkenswerten Treue spiegeln, dass er mit der Vorbereitung seiner Lebenserinnerungen beschäftigt sei. Eines der Hauptziele des Buches ist die Berichtigung einer weit verbreiteten falschen Auffassung der Rolle König Eduards. Es soll hauptsächlich die Beschuldigung widerlegt werden, dass die Politik der Einkreisung auf die bewusste Initiative des Königs Eduard zurückging. Er will Beweise erbringen, dass während der Verhandlungen, an denen er persönlich vom Jahre 1889 an in London teilnahm, König Eduard nie ein Gegner eines deutschenglischen Abkommens war. Er war sogar während dieser ganzen Zeit ein Befürworter dieses Gedankens, bis er durch Delcassé von der heimlichen Zusammenkunft des Kaisers mit dem Zaren in Björkö am 23. Juli 1905 erfuhr.

König Eduard hielt diesen Versuch, ein allgemeines politisches Abkommen zwischen Deutschland und Russland hinter dem Rücken Englands zu schliessen, für einen überzeugenden Beweis der feindseligen Einstellung des Kaisers zu England.

Eckardstein erzählte mir eine kleine Geschichte, die für die Holsteinische Auffassung der Diplomatie sehr charakteristisch ist. Holstein unterhandelte einmal mit einem Hausbesitzer in Berlin, dem er seine Villa abkaufen wollte. Nach dem gewöhnlichen Hin- und Herfeilschen zwischen den beiden Parteien erklärte sich der Verkäufer mit dem Angebot

Holsteins einverstanden. Daraufhin zog sich Holstein sofort zurück mit der Behauptung, dass mit dem Hause etwas nicht stimmen müsse, denn sonst würde der andere nicht bereit sein, es zu verkaufen.

Nach der Darstellung von Eckardstein hatte Bülow Angst vor Holstein, weil er zu viel über ihn wusste, hauptsächlich über seine früheren Missgriffe. Ausserdem war Bülow in erster Linie ein Opportunist, dem bestimmte politische Richtlinien fehlten und der sich nur von dem Gedanken leiten liess, Angriffe im Reichstag zu vermeiden und die Gunst der Presse zu erwerben. Ferner war er zu nachlässig, um sich mit Einzelfragen zu beschäftigen. Er zog es vor, die sorgfältige Prüfung der Dokumente und die Vorbereitung der Memoranden Holstein zu überlassen. Nach der Ansicht Eckardsteins ist der Fehlschlag der Verhandlungen, hauptsächlich der misslungene Versuch im Jahre 1901, zu einem Abkommen zu gelangen, auf die Schuld Stumms zurückzuführen, der damals Beamter in der Wilhelm-Strasse war und ein überzeugter Gegner einer Annäherung an England.

Die Akten, die das Auswärtige Amt veröffentlicht hat, bieten kein vollständiges Bild der Verhandlungen in London in den Jahren von 1889 bis 1901, weil Privatbriefe, die damals zwischen den Beteiligten gewechselt wurden, viel Wesentliches enthielten. Ausserdem fehlen viele Dokumente in den Archiven. So sind z.B. die chiffrierten Telegramme, die zwischen Eckardstein und Holstein gewechselt wurden, nie registriert und nie in den Archiven abgelegt worden. Auf ähnliche Weise ist nach dem Fiasko in Marokko die Mehrzahl der Dokumente, die Holstein und Bülow belasteten, aus den Archiven des Auswärtigen Amtes verschwunden.

Ich fragte Eckardstein, wie er es sich erkläre, dass Bülow Holstein entliess, obwohl er vor ihm eine solche Angst hatte, wie es Eckardstein schildert. Eckardstein erwiderte mir, dass die Entlassung sich auf folgende Weise abgespielt hat: Die ganze Marokkopolitik Bülows und Holsteins ging auf ihre eigene Initiative zurück, und der Kaiser wurde

gegen seinen eigenen Willen hereingezogen. Während der Algeciras-Konferenz be- nahm sich Holstein unbotmässig, und Bülow beschloss, ihn los zu werden. Bei der nächsten Gelegenheit, als Holstein wieder eines seiner häufigen Entlassungsgesuche einreichte, richtete es Bülow so ein, dass er einen Erholungsurlaub nahm und Tschirschky den Auftrag gab, das Gesuch an den Kaiser weiterzuleiten, dem er die Annahme empfahl. Auf diese Weise ging die Karriere Holsteins im April 1905 zu Ende. Das Seltsame daran war, dass Holstein selbst nie die List durchschaut hat und bis zu seinem Tode in dem Glauben blieb, dass, wenn Bülow nicht krank gewesen wäre, man ihn nie entlassen hätte.

Im Rückblick auf die Londoner Verhandlungen meinte Eckardstein, dass es schwer gewesen wäre, das Unterhaus zu der Ratifizierung eines deutsch-englischen Abkommens zu bringen. Er fand bei den Besprechungen, dass es sich mit Salisbury am schwersten verhandeln liess, infolge seiner ausgesprochen franzosenfreundlichen Einstellung. Lansdowne war der geschickteste, Joseph Chamberlain der bei Weitem fähigste seiner Kollegen. Balfour machte keine Schwierigkeiten. Auch König Eduard war, ganz im Gegensatz zu dem in Deutschland und Amerika weitverbreiteten Irrtum, nicht im Geringsten ein Gegner des Abkommens.

Wir sprachen dann über den Ausbruch des Weltkrieges, und Eckardstein betonte den unwahrscheinlichen Mangel an Fühlungnahme zwischen dem Generalstab und dem Auswärtigen Amte. Der Generalstab war auch von einer verblüffenden Verständnislosigkeit für die wesentlichen Fragen. So z.B. hat Eckardstein in einem Gespräch mit Moltke im Jahre 1913 in Baden-Baden dem General gesagt, dass die Verletzung der belgischen Neutralität zu einer Einmischung Englands führen würde, ohne dass Moltke ihm auch nur ein Wort glaubte. Auch in Bezug auf Italien hatte Moltke keine Ahnung von der Tatsache, dass ein Vertrag vorhanden war, der Italien an der Beteiligung am Kriege auf der Seite der Verbündeten hinderte, falls England einbezogen werden soll-

te. Auf Grund dieses Abkommens, das auf die achtziger Jahre zurückging, sollte Italien die Verteidigung seiner Küste im Falle eines Krieges zwischen den Mittelmeermächten Grossbritannien anvertrauen. Die Militärkreise und der Reichskanzler glaubten, dass Italiens Eintritt in den Krieg auf der Seite Deutschlands sich mit automatischer Sicherheit vollziehen würde.

*30. September 1926.*

Berlin.

Schubert, der gerade aus Genf zurückkam, ist von dem Thoiry-Gespräch ebensowenig begeistert wie ich. Er hält eine enge Verbindung der drei westlichen Mächte für den wesentlichen Geist von Locarno. Jede Abkehr von diesem Prinzip, wie die letzte fugue à deux in die Berge, ist ein Abweichen von der grundlegenden Auffassung. Wir bedauerten beide, dass Chamberlain Genf zu früh verlassen hatte. Nach seiner Abreise wusste man nicht, an wen man sich zu halten habe. Cecil und Hurst waren mit technischen Fragen beschäftigt, und es fehlte ihnen auch der allgemeine Überblick über die politische Lage, der notwendig ist, um die Besprechungen erfolgreich zu führen und den Kurs des Schiffes beizubehalten.

Stresemann hatte ursprünglich die Absicht, Schubert zu dem berühmten Frühstück in Thoiry mitzunehmen', aber er gab schliesslich den Gedanken auf. Es unterliegt keinem Zweifel, dass in der Herzlichkeit des geselligen Zusammenseins sowohl Briand wie Stresemann einander vieles versprochen, was schwer durchzuführen sein wird, und sich über Finanzfragen verbreiteten, in denen ihre Kenntnisse mehr phantasiereich als zutreffend sind.

*2. Oktober 1926.*

Berlin.

Nachdem nun Locarno seit fast einem halben Jahre in Kraft ist und Deutschland Mitglied des Völkerbunds wurde, geht ein bestimmter Abschnitt der Geschichte zu Ende. Es beginnt eine neue Epoche für Euro-

pa, und die Arbeit hier wird einen ganz anderen und normaleren Charakter tragen. Die Kriegsstimmung hat sich verflüchtigt, und es eröffnen sich die Möglichkeiten einer friedlichen Entwicklung. Die Beziehungen zwischen England und Deutschland erscheinen erst in dem richtigen Lichte, wenn man einen Vergleich zwischen heute und den letzten Jahren der Bismarckschen Epoche zieht, in denen dauernd vergebliche Versuche gemacht wurden, zu einer Regelung des Verhältnisses zwischen den beiden Völkern zu gelangen. Diese Verhandlungen haben sich mit Zwischenpausen über mehr als zwanzig Jahre erstreckt; in ihrem späteren Stadium spielte Joseph Chamberlain die aktivste Rolle.

In den Jahren 1925 und 1926 haben die verantwortlichen deutschen Minister die schwierige Aufgabe vollbracht, an der selbst ein Bismarck und seine Nachfolger gescheitert sind. Während der letzten Jahre der offiziellen Laufbahn Bismarcks scheint das Hauptziel seiner Politik eine Verständigung oder ein Abkommen mit England gewesen zu sein. Auch seine Nachfolger haben mit mehr oder weniger Energie die Verwirklichung desselben Gedankens verfolgt. Bis zum Jahre 1903, als die englischfranzösische Entente die Tür endgültig schloss, haben die klügsten deutschen Staatsmänner geglaubt, dass ein Abkommen mit England die vernünftigste Politik für ihr Land sei, das beste Mittel, um die Einkreisung zu verhindern und die wirksamste Versicherung gegen einen Angriff der nervös gewordenen oder feindlich gesinnten Nachbarn. Aber weder in der Bismarckschen Zeit, noch unter der Herrschaft seiner Nachfolger war dieser Politik ein Erfolg beschieden. Auch ein späterer Versuch einer Annäherung, der von der liberalen Regierung in England in den Jahren 1911 und 1912 unternommen wurde, führte zu keinem greifbaren Ergebnis.

Die Ereignisse der letzten beiden Jahre mündeten in dem Ergebnis, dass das Ziel, das von den früheren deutschen Staatsmännern angestrebt worden ist, nun mit neuen Mitteln unter grundverschiedenen – und vielleicht viel schwierigeren – Umständen erreicht wurde. Man kann ge-

trost sagen, dass die Feindseligkeit zwischen England und Deutschland sich zum grossen Teile gelegt hat. Der beste Beweis dafür ist, dass England jetzt die Rolle eines Schiedsrichters und Garanten der territorialen Unantastbarkeit nicht nur Frankreichs, sondern auch Deutschlands spielt. Es ist ausserdem hauptsächlich dem englischen Einfluss in Genf zu verdanken, dass Deutschland dort eine Stellung eingeräumt bekam, die seiner nationalen Würde Rechnung trägt.

Ich persönlich bin der Ansicht, dass die neue Stellung Englands als Schiedsrichter und Garant nicht nur würdiger und uneigennütziger, sondern auch klüger und richtiger ist. Durch unsere Intervention in dieser neuen Eigenschaft, in der wir von Italien unterstützt werden, dem eine ähnliche Rolle zufällt, hat sich die Gefahr eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich wesentlich vermindert. Durch die wirksamen Massnahmen zum Schutze der französischen Grenze gegen Deutschland und der deutschen Grenze gegen Frankreich ist die schlimmste Gefahrenquelle in Europa beseitigt und die drohende Möglichkeit einer neuen Feuersbrunst vermieden, wenn nicht vollkommen gebannt worden.

8. Oktober 1926.

Berlin.

Die Beweise der Freundschaft und der Anerkennung für die Rolle, die wir hier in den letzten sechs Jahren gespielt haben, waren so zahlreich, dass ich den Versuch aufgebe, sie zu schildern. Wenn ich den einen erwähnen würde und die anderen mit Stillschweigen übergehen, würde ich damit manche freundschaftliche Gesinnung verletzen, und nichts liegt mir ferner. Ich bin von einem Gefühl der wirklichen Bewunderung für das deutsche Volk erfüllt und von einer Dankbarkeit für alle, insbesondere für diejenigen, mit denen ich in persönliche Beziehung kam. Ich habe es ihnen zu danken, dass die Jahre der mühsamen Arbeit so angenehm vergangen sind und zu so greifbaren und wesentlichen Ergebnissen geführt haben. Ich habe bei den deutschen Staats-

männern Zuverlässigkeit und Willenskraft gefunden. Welches höhere Lob lässt sich überhaupt einem Staatsmann spenden?

*10. Oktober 1926.*

Berlin.

Um 3.41 Uhr nachmittags habe ich Berlin verlassen.

## DAS SCHLUSSPROTOKOLL VON LOCARNO

Die Vertreter der deutschen, belgischen, britischen, französischen, italienischen, polnischen und tschechoslowakischen Regierung, die vom 5. bis zum 16. Oktober 1925 in Locarno vereint waren, um gemeinsam die Mittel zum Schutze ihrer Völker vor der Geißel des Krieges zu suchen und für die friedliche Regelung von Streitigkeiten jeglicher Art, die etwa zwischen einigen von ihnen entstehen könnten, zu sorgen, haben ihre Zustimmung zu den Entwürfen der sie betreffenden Verträge und Abkommen gegeben, die im Laufe der gegenwärtigen Konferenz ausgearbeitet worden sind und sich aufeinander beziehen:

Vertrag zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Grossbritannien und Italien (Anlage A).

Schiedsabkommen zwischen Deutschland und Belgien (Anlage B).

Schiedsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich (Anlage C).

Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Polen (Anlage D).

Schiedsvertrag zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei (Anlage E).

Diese Urkunden, die schon jetzt «ne varietur» paraphiert werden, sollen das heutige Datum tragen. Die Vertreter der beteiligten Parteien vereinbaren, am 1. Dezember d. J. in London zusammenzutreten, um in einer Sitzung die förmliche Unterzeichnung der sie betreffenden Urkunden vorzunehmen.

Der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten macht Mitteilung davon, dass im Anschluss an die oben erwähnten Entwürfe von Schiedsverträgen Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei in Locarno gleichfalls Entwürfe zu Abkommen aufgestellt haben, um sich gegenseitig den Nutzen dieser Verträge zu sichern. Diese Abkommen werden regelrecht beim Völkerbund hinterlegt werden; Herr Briand hält aber schon jetzt Abschriften davon zur Verfügung der hier vertretenen Mächte.

Der grossbritannische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten schlägt vor, dass zur Beantwortung gewisser vom deutschen Reichskanzler und Aussenminister gestellter Forderungen nach Aufklärung des Artikel 16 der Völkerbundssatzung das im Entwurf hier gleichfalls angeschlossene Schreiben (Anlage F) gleichzeitig mit der förmlichen Unterzeichnung der oben erwähnten Urkunden an sie gerichtet wird. Dieser Vorschlag wird angenommen.



Die Delegierten der hier vertretenen Regierungen erklären ihre feste Überzeugung, dass die Inkraftsetzung dieser Verträge und Abkommen in hohem Masse dazu beitragen wird, eine moralische Entspannung zwischen den Nationen herbeizuführen, dass sie die Lösung vieler politischer und wirtschaftlicher Probleme gemäss den Interessen und Empfindungen der Völker stark erleichtern wird, und dass sie durch die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa das geeignete Mittel sein wird, in wirksamer Weise die im Artikel 8 der Völkerbundssatzung vorgesehene Entwaffnung zu beschleunigen.

Sie verpflichten sich, an den vom Völkerbund bereits aufgenommenen Arbeiten hinsichtlich der Entwaffnung aufrichtig mitzuwirken und die Verwirklichung der Entwaffnung in einer allgemeinen Verständigung anzustreben.

Geschehen zu Locarno am 16. Oktober 1925.

	(gez-)
Dr. Luther	Austen Chamberlain
Stresemann	Benito Mussolini
Emile Vandervelde	Al. Skrzynski
A. Briand	Dr. Eduard Benesch.

### DER WESTPAKT

(Anlage A)

Der Deutsche Reichspräsident, Seine Majestät der König der Belgier, der Präsident der Französischen Republik, Seine Majestät der König des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Irland und der überseeischen britischen Lande, Kaiser von Indien, Seine Majestät der König von Italien,

bestrebt, dem Wunsche nach Sicherheit und Schutz zu genügen, der die Völker beseelt, die unter der Geissel des Krieges 1914-1918 zu leiden gehabt haben;

im Hinblick auf die Tatsache, dass die Verträge zur Neutralisierung Belgiens hinfällig geworden sind, und im Bewusstsein der Notwendigkeit, den Frieden in dem Gebiete zu sichern, das so oft der Schauplatz der europäischen Konflikte gewesen ist;

in gleicher Weise beseelt von dem aufrichtigen Wunsche, allen beteiligten Signatarmächten im Rahmen der Völkerbundssatzung und der • zwischen ihnen in Kraft befindlichen Verträge ergänzende Garantien zu gewähren;

haben beschlossen, zu diesen Zwecken einen Vertrag zu schliessen, und haben zu Bevollmächtigten ernannt:

die, nachdem sie ihre Vollmachten ausgetauscht und in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

### **Artikel 1.**

Die Hohen vertragschliessenden Teile garantieren, jeder für sich und insgesamt, in der in den folgenden Artikeln bestimmten Weise die Aufrechterhaltung des sich aus den Grenzen zwischen Deutschland und Belgien und zwischen Deutschland und Frankreich ergebenden territorialen Status quo, die Unverletzlichkeit dieser Grenzen, wie sie durch den in Versailles am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrag oder in dessen Ausführung festgesetzt sind, sowie die Beobachtung der Bestimmungen der Artikel 42 und 43 des bezeichneten Vertrages über die demilitarisierte Zone.

### **Artikel 2.**

Deutschland und Belgien und ebenso Deutschland und Frankreich verpflichten sich gegenseitig, in keinem Falle zu einem Angriff oder zu einem Einfall oder zum Kriege gegeneinander zu schreiten.

Diese Bestimmung findet jedoch keine Anwendung, wenn es sich handelt

1. um die Ausübung des Rechtes zur Verteidigung, das heisst des Rechtes zum Widerstand gegen eine Verletzung der Verpflichtung des vorstehenden Absatzes oder gegen einen flagranten Verstoß gegen die Artikel 42 oder 43 des Vertrags von Versailles, sofern ein solcher Verstoß eine nichtprovozierte Angriffshandlung darstellt und wegen der Zusammenziehung von Streitkräften in der demilitarisierten Zone ein sofortiges Handeln notwendig ist;

2. um eine Aktion auf Grund des Artikel 16 der Völkerbundssatzung;

3. um eine Aktion, die auf Grund einer Entscheidung der Versammlung oder des Rates des Völkerbundes oder auf Grund des Artikel 15 Abs. 7 der Völkerbundssatzung erfolgt, vorausgesetzt, dass sich die Aktion in diesem letzten Falle gegen einen Staat richtet, der zuerst zum Angriff geschritten ist.

### **Artikel 3.**

Im Hinblick auf die von ihnen im Artikel 2 beiderseits übernommenen Verpflichtungen verpflichten sich Deutschland und Belgien sowie Deutschland und Frankreich, auf friedlichem Wege, und zwar in folgender Weise, alle Fragen jeglicher Art zu regeln, die sie etwa entzweien und die nicht auf dem Wege des gewöhnlichen diplomatischen Verfahrens gelöst werden können.

Alle Fragen, bei denen die Parteien über ihre beiderseitigen Rechte im Streite sind, sollen Richtern unterbreitet werden, deren Entscheidung zu befol-

gen die Parteien sich verpflichten.

Jede andere Frage ist einer Vergleichskommission zu unterbreiten. Wird der von dieser Kommission vorgeschlagenen Regelung nicht von beiden Parteien zugestimmt, so ist die Frage vor den Völkerbundsrat zu bringen, der gemäss Artikel 15 der Völkerbundssatzung befindet.

Die Einzelheiten dieser Methoden friedlicher Regelung bilden den Gegenstand besonderer Abkommen, die am heutigen Tage unterzeichnet worden sind.

#### **Artikel 4.**

1. Ist einer der Hohen vertragschliessenden Teile der Ansicht, dass eine Verletzung des Artikel 2 des gegenwärtigen Vertrages oder ein Verstoss gegen die Artikel 42 oder 43 des Vertrages von Versailles begangen worden ist oder begangen wird, so wird er die Frage sofort vor den Völkerbundsrat bringen.

2. Sobald der Völkerbundsrat festgestellt hat, dass eine solche Verletzung oder ein solcher Verstoss begangen worden ist, zeigt er dies unverzüglich den Signatarmächten des gegenwärtigen Vertrages an, und jede von ihnen verpflichtet sich, in solchem Falle der Macht, gegen die sich die beanstandete Handlung richtet, sofort ihren Beistand zu gewähren.

3. Im Falle einer flagranten Verletzung des Artikel 2 des gegenwärtigen Vertrages oder eines flagranten Verstosses gegen die Artikel 42 oder 43 des Vertrages von Versailles durch einen der Hohen vertragschliessenden Teile verpflichtet sich schon jetzt jede der anderen vertragschliessenden Mächte, sobald ihr erkennbar geworden ist, dass diese Verletzung oder dieser Verstoss eine nichtprovozierte Angriffshandlung darstellt, und dass im Hinblick, sei es auf die Überschreitung der Grenze, sei es auf die Eröffnung der Feindseligkeiten oder die Zusammenziehung von Streitkräften in der demilitarisierten Zone, ein sofortiges Handeln geboten ist, demjenigen Teile, gegen den eine solche Verletzung oder ein solcher Verstoss gerichtet worden ist, sofort ihren Beistand zu gewähren. Dessen ungeachtet wird der gemäss Absatz 1 des gegenwärtigen Artikels mit der Frage befasste Völkerbundsrat das Ergebnis seiner Feststellungen bekanntgeben. Die Hohen vertragschliessenden Teile verpflichten sich, in solchem Falle nach Massgabe der Empfehlungen des Rates zu handeln, die alle Stimmen mit Ausnahme derjenigen der Vertreter der in die Feindseligkeiten verstrickten Teile auf sich vereint haben.

#### **Artikel 5.**

Die Bestimmung des Artikel 3 des gegenwärtigen Vertrages wird in nachtragender Weise unter die Garantie der Hohen vertragschliessenden Teile gestellt:

Wenn sich eine der im Artikel 3 genannten Mächte weigert, das Verfahren zur friedlichen Regelung zu befolgen oder eine schiedsgerichtliche oder richterliche Entscheidung auszuführen, und eine Verletzung des Artikels 2 des gegenwärtigen Vertrages oder einen Verstoss gegen die Artikel 42 oder 43 des Vertrages von Versailles begeht, so finden die Bestimmungen des Artikels 4 Anwendung.

Falls eine der im Artikel 3 genannten Mächte, ohne eine Verletzung des Artikels 2 des gegenwärtigen Vertrages oder einen Verstoss gegen die Artikel 42 oder 43 des Vertrages von Versailles zu begehen, sich weigert, das Verfahren zur friedlichen Regelung zu befolgen oder eine schiedsgerichtliche oder richterliche Entscheidung auszuführen, so wird der andere Teil die Angelegenheit vor den Völkerbundsrat bringen, der die zu ergreifenden Massnahmen vorschlagen wird; die Hohen vertragschliessenden Teile werden diese Vorschläge befolgen.

#### **Artikel 6.**

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages lassen die Rechte und Pflichten unberührt, die sich für die Hohen vertragschliessenden Teile aus dem Friedensvertrag von Versailles sowie aus den ergänzenden Vereinbarungen, einschliesslich der in London am 30. August 1924 unterzeichneten, ergeben.

#### **Artikel 7.**

Der gegenwärtige Vertrag, der der Sicherung des Friedens dienen soll und der Völkerbundssatzung entspricht, kann nicht so ausgelegt werden, als beschränke er die Aufgabe des Völkerbundes, die zur wirksamen Wahrung des Weltfriedens geeigneten Massnahmen zu ergreifen.

#### **Artikel 8.**

Der gegenwärtige Vertrag soll gemäss der Völkerbundssatzung beim Völkerbund eingetragen werden. Er bleibt so lange in Kraft, bis der Rat, auf den drei Monate vorher den anderen Signatarmächten anzukündigenden Antrag eines der Hohen vertragschliessenden Teile, mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen feststellt, dass der Völkerbund den Hohen vertragschliessenden Teilen hinreichende Garantien bietet. Der Vertrag tritt alsdann nach Ablauf einer Frist von einem Jahre ausser Kraft.

#### **Artikel 9.**

Der gegenwärtige Vertrag soll keinem der britischen Dominions noch Indien irgendeine Verpflichtung auferlegen, es sei denn, dass die Regierung des Dominions oder Indiens anzeigt, dass sie diese Verpflichtungen annimmt.

#### **Artikel 10.**

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifiziert werden und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in Genf im Archiv des Völkerbundes hinterlegt werden.

Er soll in Kraft treten, sobald alle Ratifikationsurkunden hinterlegt sind und Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden ist.

Der gegenwärtige, in einem einzigen Exemplar ausgefertigte Vertrag soll im Archiv des Völkerbundes hinterlegt werden, dessen Generalsekretär gebeten wird, jedem der Hohen vertragschliessenden Teile beglaubigte Abschriften zuzustellen.

Zu Urkund dessen haben die eingangs genannten Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet.

Geschehen zu Locarno am 16. Oktober 1925.

L.  
Str.  
E. V.

A. B.  
A.C.  
B.M.

## **DIE DEUTSCH-BELGISCHEN UND DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN SCHIEDSABKOMMEN**

(ANLAGE B)

Die mit gehöriger Vollmacht versehenen Unterzeichneten, von ihren Regierungen beauftragt, die Einzelheiten des Verfahrens festzusetzen, wonach, so wie dies in Artikel 3 des heute zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Grossbritannien und Italien geschlossenen Vertrages vorgesehen ist, zur friedlichen Lösung aller Fragen geschritten werden soll, die nicht durch gütliche Übereinkunft zwischen Deutschland und Belgien gelöst werden können,

sind über die nachstehenden Bestimmungen übereingekommen:

### **TEIL I**

#### **Artikel 1.**

Alle Streitfragen jeglicher Art zwischen Deutschland und Belgien, bei denen die Parteien über ihre beiderseitigen Rechte im Streite sind und die nicht auf dem Wege des gewöhnlichen diplomatischen Verfahrens gütlich geregelt werden können, sollen in der nachstehend bestimmten Weise, sei es einem Schiedsgericht, sei es dem Ständigen Internationalen Gerichtshof, zur Entscheidung unterbreitet werden. Es besteht Einverständnis darüber, dass die vorstehend erwähnten Streitfragen namentlich diejenigen umfassen, die in Artikel 13 der Völkerbundssatzung aufgeführt sind.

Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf Streitfragen, die aus Tatsachen entsprungen sind, die zeitlich vor diesem Abkommen liegen und der Vergangenheit angehören.

Die Streitfragen, für deren Lösung in anderen zwischen Deutschland und Belgien in Geltung befindlichen Abkommen ein besonderes Verfahren vorgesehen ist, werden nach Massgabe der Bestimmungen dieser Abkommen geregelt.

**Artikel 2.**

Vor jedem Schiedsverfahren und vor jedem Verfahren bei dem Ständigen Internationalen Gerichtshof kann die Streitfrage durch Vereinbarung der Parteien zur Herbeiführung eines Vergleichs einer ständigen internationalen Kommission, genannt «Ständige Vergleichskommission», unterbreitet werden, die gemäss dem gegenwärtigen Abkommen gebildet wird.

**Artikel 3.**

Handelt es sich um eine Streitfrage, deren Gegenstand nach der inneren Gesetzgebung einer der Parteien zur Zuständigkeit ihrer Landesgerichte gehört, so wird der Streitfall dem im gegenwärtigen Abkommen vorgesehenen Verfahren erst dann unterworfen, wenn das innerhalb einer angemessenen Frist von der zuständigen Gerichtsbehörde des Landes erlassene-Urteil die Rechtskraft erlangt hat.

**Artikel 4.**

Die in Artikel 2 vorgesehene Ständige Vergleichskommission besteht aus 5 Mitgliedern, die wie folgt bestellt werden: Die Deutsche und die Belgische Regierung ernennen jede einen Kommissar ihrer Staatsangehörigkeit; sie wählen die drei übrigen Kommissare in gegenseitigem Einvernehmen unter den Staatsangehörigen dritter Mächte. Diese drei Kommissare müssen von verschiedener Staatsangehörigkeit sein; aus ihrer Mitte bezeichnen die Deutsche und Belgische Regierung den Vorsitzenden der Kommission.

Die Kommissare werden für drei Jahre ernannt, ihre Wiederernennung ist zulässig. Sie bleiben in Tätigkeit bis zur Bestellung eines Nachfolgers und jedenfalls bis zur Beendigung der zur Zeit des Ablaufs ihres Auftrages im Gange befindlichen Arbeiten.

Stellen, die infolge Todesfalls, Amtsniederlegung oder sonstiger Behinderung frei werden, werden in kürzester Frist nach dem für die Ernennung massgebenden Verfahren wieder besetzt.

**Artikel 5.**

Die Ständige Vergleichskommission wird innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Abkommens gebildet.

Erfolgt die Berufung der gemeinsam zu bestellenden Kommissare nicht innerhalb des genannten Zeitraums oder, im Falle der Ersetzung, nicht innerhalb von drei Monaten nach Freiwerden der Stelle, so wird in Ermangelung anderweitiger Vereinbarung der Bundespräsident gebeten werden, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

**Artikel 6.**

Die Ständige Vergleichskommission tritt in Tätigkeit auf einen Antrag, der von den beiden Parteien in gegenseitigem Einvernehmen oder, mangels eines

solchen Einvernehmens, von einer der beiden Parteien an den Vorsitzenden zu richten ist.

Der Antrag enthält eine kurze Darstellung des Streitfalls und das Ersuchen an die Kommission, alle geeigneten Massnahmen zur Herbeiführung eines Vergleichs anzuwenden.

Geht der Antrag von einer der Parteien aus, so wird er von dieser der Gegenpartei unverzüglich mitgeteilt.

#### **Artikel 7.**

Innerhalb von 14 Tagen nach dem Tage, wo die Deutsche Regierung oder die Belgische Regierung eine Streitfrage vor die Ständige Vergleichskommission gebracht hat, kann jede der Parteien für die Behandlung dieser Streitfrage ihren Kommissar durch eine Persönlichkeit ersetzen, die in der Angelegenheit besondere Sachkunde besitzt.

Die Partei, die von diesem Recht Gebrauch macht, teilt das unverzüglich der andern Partei mit, der es alsdann freisteht, innerhalb von 14 Tagen nach dem Tage, wo ihr die Mitteilung zugegangen ist, das gleiche zu tun.

#### **Artikel 8.**

Der Ständigen Vergleichskommission liegt es ob, die strittigen Fragen zu klären, zu diesem Zweck alles geeignete Material auf dem Wege einer Untersuchung oder sonstwie zu sammeln und sich zu bemühen, einen Vergleich zwischen den Parteien herbeizuführen. Sie kann nach Prüfung des Falles den Parteien die Bedingungen der ihr angemessen scheinenden Regelung mitteilen und ihnen eine Frist zur Erklärung setzen.

Nach Beendigung ihrer Arbeiten stellt die Kommission ein Protokoll auf, das, je nach Lage des Falles, feststellt: entweder, dass sich die Parteien verständigt haben und gegebenenfalls, unter welchen Bedingungen die Verständigung erfolgt ist, oder aber, dass die Parteien nicht zur Annahme eines Vergleichs gebracht werden konnten. Die Arbeiten der Kommission müssen, wenn die Parteien nichts anderes vereinbaren, innerhalb von 6 Monaten nach dem Tage beendet sein, wo die Kommission mit dem Streitfall befasst wurde.

#### **Artikel 9.**

Vorbehaltlich einer besonderen anderweitigen Vereinbarung regelt die Ständige Vergleichskommission selbst ihr Verfahren, das in jedem Fall kontradiktorisch sein muss. Bei Untersuchungen hält sich die Kommission, wenn sie nicht einstimmig anderweitig beschliesst, an die Bestimmungen des Titels III (Internationale Untersuchungskommissionen) des Haager Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907.

**Artikel 10.**

Die Ständige Vergleichskommission tritt, sofern sich nicht die Parteien hierüber anderweitig einigen, an dem von ihrem Vorsitzenden bestimmten Orte zusammen.

**Artikel 11.**

Die Arbeiten der Ständigen Vergleichskommission werden nur auf Grund eines Beschlusses veröffentlicht, den die Kommission mit Zustimmung der Parteien fasst.

**Artikel 12.**

Die Parteien werden bei der Ständigen Vergleichskommission durch Agenten vertreten, die als Mittelspersonen zwischen ihnen und der Kommission zu dienen haben; sie können sich ausserdem der Hilfe von Beiräten und Sachverständigen, die sie zu diesem Zweck ernennen, bedienen und die Vernehmung aller Personen verlangen, deren Zeugnis ihnen nützlich erscheint.

Die Kommission ist ihrerseits befugt, von den Agenten, Beiräten und Sachverständigen der beiden Parteien sowie von allen Personen, die sie mit Zustimmung ihrer Regierung vorzuladen für zweckmässig erachtet, mündliche Erläuterungen zu verlangen.

**Artikel 13.**

Soweit das gegenwärtige Abkommen nichts anderes bestimmt, werden die Entscheidungen der Ständigen Vergleichskommission mit Stimmenmehrheit getroffen.

**Artikel 14.**

Die Deutsche und Belgische Regierung verpflichten sich, die Arbeiten der Ständigen Vergleichskommission zu fördern und ihr insbesondere in möglichst weitem Masse alle zweckdienlichen Urkunden und Auskünfte zu liefern, sowie die ihnen zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um ihr auf dem Gebiete der Parteien und gemäss deren Gesetzgebung die Vorladung und Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen sowie die Einnahme des Augenscheins zu ermöglichen.

**Artikel 15.**

Für die Dauer der Arbeiten der Ständigen Vergleichskommission erhält jeder der Kommissare eine Vergütung, deren Höhe von der Deutschen und Belgischen Regierung gemeinsam festgesetzt und die von beiden je zur Hälfte getragen wird.

**Artikel 16.**

Kommt es vor der Ständigen Vergleichskommission nicht zu einem Verleiche, so wird die Streitfrage mittels einer zu vereinbarenden Schiedsordnung unterbreitet: entweder dem Ständigen Internationalen Gerichtshof gemäss den in seinem Statut vorgesehenen Bedingungen und Verfahrensvor-



schrift en, oder einem Schiedsgericht gemäss den Bedingungen und Verfahrensvorschriften, die im Haager Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907 vorgesehen sind.

Können sich die Parteien über die Schiedsordnung nicht einigen, so ist jede von ihnen, nachdem sie dies einen Monat vorher angekündigt hat, befugt, die Streitfrage durch einen Antrag unmittelbar vor den Ständigen Internationalen Gerichtshof zu bringen.

## **TEIL II**

### **Artikel 17.**

Alle Fragen, über die die Deutsche Regierung und die Belgische Regierung uneinig sind, ohne sie auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege gütlich lösen zu können, und bei denen nicht gemäss Artikel 1 des gegenwärtigen Abkommens die Lösung durch Richterspruch verlangt werden kann, werden, falls für ihre Regelung nicht schon durch andere zwischen den Parteien geltende Abkommen ein Verfahren vorgesehen ist, der Ständigen Vergleichskommission unterbreitet. Diese hat die Aufgabe, den Parteien eine annehmbare Lösung vorzuschlagen und jedenfalls einen Bericht zu erstatten.

Das in den Artikeln 6 bis 15 des gegenwärtigen Abkommens vorgesehene Verfahren findet Anwendung.

### **Artikel 18.**

Wenn sich die Parteien nicht innerhalb eines Monats nach Abschluss der Arbeiten der Ständigen Vergleichskommission verständigt haben, wird die Frage durch Antrag einer der Parteien vor den Völkerbundsrat gebracht, der gemäss Artikel 15 der Völkerbundssatzung zu befinden hat.

### **Artikel 19.**

In allen Fällen, und namentlich dann, wenn die zwischen den Parteien streitige Frage aus bereits vollzogenen oder unmittelbar bevorstehenden Handlungen hervorgeht, wird die Ständige Vergleichskommission oder, falls diese nicht mit der Angelegenheit befasst ist, das Schiedsgericht oder der Ständige Internationale Gerichtshof, und zwar dieser gemäss Artikel 41 seines Statuts, so schnell wie möglich anordnen, welche vorläufigen Massnahmen zu treffen sind. Es ist Sache des Völkerbundsrats, wenn er mit der Frage befasst wird, gleichfalls vorläufige Massnahmen anzuordnen. Die Deutsche und Belgische Regierung verpflichten sich, diese Anordnungen zu befolgen, sich jeder Massnahme zu enthalten, die eine nachteilige Rückwirkung auf die Ausführung der Entscheidung oder der von der Ständigen Vergleichskommission oder dem Völkerbundsrat vorgeschlagenen Regelung haben könnte, und allgemein jegli-

che Handlung zu vermeiden, die geeignet wäre, die Streitigkeit zu verschärfen oder auszudehnen.

#### **Artikel 20.**

Das gegenwärtige Abkommen gelangt zwischen Deutschland und Belgien auch dann zur Anwendung, wenn andere Mächte gleichfalls an dem Streitfall beteiligt sind.

#### **Artikel 21.**

Das gegenwärtige Abkommen soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen gleichzeitig mit den Ratifikationsurkunden des heute zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Grossbritannien und Italien geschlossenen Vertrags in Genf beim Völkerbund hinterlegt werden.

Für das Inkrafttreten des Abkommens und seine Geltungsdauer gilt das Gleiche wie für den genannten Vertrag.

Das gegenwärtige, in einem einzigen Exemplar ausgefertigte Abkommen soll im Archiv des Völkerbundes hinterlegt werden, dessen Generalsekretär gebeten wird, jeder der beiden vertragschliessenden Regierungen beglaubigte Abschriften zuzustellen.

Geschehen zu Locarno am 16. Oktober 1925.

Str.

E. V.

#### (ANLAGE C)

Diese Anlage enthält den Entwurf des Schiedsabkommens zwischen Deutschland und Frankreich, der mit dem als Anlage B beigefügten Entwürfe des Schiedsabkommens zwischen Deutschland und Belgien genau übereinstimmt.

### **DIE SCHIEDSVERTRÄGE ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND POLEN UND DEUTSCHLAND UND DER TSCHECHEO- SLOWAKEI**

#### (ANLAGE D)

Der Deutsche Reichspräsident und der Präsident der Republik Polen, gleichermassen entschlossen, den Frieden zwischen Deutschland und Polen aufrechtzuerhalten, indem sie die friedliche Regelung der zwischen beiden Ländern etwa entstehenden Streitigkeiten sichern,

im Hinblick auf die Tatsache, dass die internationalen Gerichte zur Achtung der durch die Verträge begründeten oder aus dem Völkerrecht sich ergebenden Rechte verpflichtet sind,

einig darin, dass die Rechte eines Staates nur mit seiner Zustimmung geändert werden können,

und in der Erwägung, dass die aufrichtige Beobachtung des Verfahrens zur friedlichen Regelung der internationalen Streitigkeiten die Möglichkeit gibt,

ohne Anwendung von Gewalt die Fragen zu lösen, die die Staaten entzweien könnten,

haben beschlossen, ihre gemeinsamen Absichten in dieser Hinsicht in einem Verträge zu verwirklichen, und haben zu Bevollmächtigten ernannt:

die, nachdem sie ihre Vollmachten ausgetauscht und in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Die Artikel 1 bis 20 des Entwurfs des Deutsch-polnischen Schiedsvertrags entsprechen genau den Artikeln 1 bis 20 des vorstehend als Anlage B wiedergegebenen Entwurfs des Deutsch-belgischen Schiedsabkommens.

#### **Artikel 21.**

Der gegenwärtige Vertrag, der der Völkerbundssatzung entspricht, berührt nicht die Rechte und Pflichten der Hohen vertragschliessenden Teile in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Völkerbundes und soll nicht so ausgelegt werden, als ob er die Aufgabe des Völkerbundes beschränkte, die zur wirksamen Wahrung des Weltfriedens geeigneten Massnahmen zu ergreifen.

#### **Artikel 22.**

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen gleichzeitig mit den Ratifikationsurkunden des heute zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Grossbritannien und Italien geschlossenen Vertrags in Genf beim Völkerbund hinterlegt werden.

Für das Inkrafttreten des Vertrags und seine Geltungsdauer gilt das Gleiche wie für den genannten Vertrag.

Der gegenwärtige, in einem einzigen Exemplar ausgefertigte Vertrag soll im Archiv des Völkerbundes hinterlegt werden, dessen Generalsekretär gebeten wird, jedem der Hohen vertragschliessenden Teile beglaubigte Abschriften zuzustellen.

Geschehen zu Locarno am 16. Oktober 1925.

Str.

A. S.

(ANLAGE E)

Diese Anlage enthält den Entwurf des Schiedsvertrags zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei, der genau dem vorstehend als Anlage D wiedergegebenen Entwurf des Deutsch-polnischen Schiedsvertrags entspricht.

### **DIE NOTE ÜBER DIE AUSLEGUNG DES ARTIKELS 16 DER VÖLKERBUNDSSATZUNG**

(ANLAGE F)

Die Deutsche Delegation hat gewisse Klarstellungen hinsichtlich des Artikel 16 der Völkerbundssatzung verlangt.

Wir sind nicht zuständig, im Namen des Völkerbundes zu sprechen. Wir zögern aber nicht, nach den in der Versammlung und den Kommissionen des Völkerbundes bereits gepflogenen Beratungen und nach den zwischen uns ausgetauschten Erläuterungen Ihnen die Auslegung mitzuteilen, die wir unsererseits dem Artikel 16 geben.

Nach dieser Auslegung sind die sich für die Bundesmitglieder aus diesem Artikel ergebenden Verpflichtungen so zu verstehen, dass jeder der Mitgliedsstaaten des Bundes gehalten ist, loyal und wirksam mitzuarbeiten, um der Satzung Achtung zu verschaffen und um jeder Angriffshandlung entgegenzutreten, in einem Masse, das mit seiner militärischen Lage verträglich ist, und das seiner geographischen Lage Rechnung trägt.

E. V. A. B. A. C. B. M. Dr. B. A. S.

## **DEUTSCHES REICH UND GROSSBRITANNIEN MIT IRLAND**

### **HANDELS- UND SCHIFFAHRTSVERTRAG ZWISCHEN BEIDEN LÄNDERN VOM 2. DEZEMBER 1924**

Gesetz vom 17. August 1925 (Reichsgesetzblatt Teil II Nr. 38 vom  
22. August 1925, S. 777).

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung  
des Reichsrats hiermit verkündet wird:

#### **Artikel 1.**

Dem am 2. Dezember 1924 unterzeichneten Handels- und Schifffahrtsvertrag  
zwischen dem Deutschen Reiche und dem Vereinigten Königreiche von Gross-  
britannien und Irland nebst den dazugehörigen Protokollen vom gleichen Tage  
wird zugestimmt. Der Vertrag und die beiden Protokolle werden nachstehend  
veröffentlicht.

#### **Artikel 2.**

Dieses Gesetz tritt mit dem auf seine Verkündung folgenden Tage in Kraft.  
Dietsamszell, den 17. August 1925.

Der Reichspräsident  
gez.: von Hindenburg.

Der Reichsminister des Auswärtigen  
gez.: Dr. Stresemann.

### **HANDELS- UND SCHIFFAHRTSVERTRAG ZWISCHEN BEIDEN LÄNDERN. VOM 2. DEZEMBER 1924.**

(Ebenda.)

Der Deutsche Reichspräsident einerseits und Seine Majestät der König des  
Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Irland und der britischen  
überseeischen Dominien, Kaiser von Indien, andererseits, gleicherweise von  
dem Wunsche beseelt, die zwischen ihren Ländern bereits bestehenden Han-  
delsbeziehungen weiter zu erleichtern und auszudehnen, haben beschlossen,

zu diesem Zwecke einen Handels- und Schiffahrtsvertrag abzuschliessen und haben ihre Bevollmächtigten ernannt,

**Der Deutsche Reichspräsident:**

Seine Exzellenz Dr. Friedrich Sthamer, den ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter des Deutschen Reichs in London; und  
Dr. Carl von Schubert, Ministerialdirektor im Deutschen Auswärtigen Amt;

**Seine Britannische Majestät:**

Den Right Honourable Joseph Austen Chamberlain, M. P., Seiner Majestät Ersten Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten; und  
Seine Exzellenz den Right Honourable Lord D'Abernon, G. C. M. G., Seiner Majestät ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter in Berlin;

die nach gegenseitiger Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten die nachstehenden Artikel vereinbart haben:

**Artikel 1.**

Zwischen den Gebieten der beiden vertragschliessenden Teile soll gegenseitige Freiheit des Handels und der Schiffahrt bestehen.

Die Staatsangehörigen eines jeden der beiden vertragschliessenden Teile sollen das Recht haben, mit ihren Schiffen und Ladungen unbehindert nach allen Plätzen und Häfen in den Gebieten des anderen Teiles zu kommen, nach denen den Staatsangehörigen dieses Teiles zu kommen gestattet ist oder noch gestattet werden mag, und sie sollen in Hinsicht auf Handel und Schiffahrt dieselben Rechte, Vorrechte, Freiheiten, Vergünstigungen, Befreiungen und Ausnahmen geniessen, die die Staatsangehörigen dieses Teiles geniessen oder noch geniessen werden.

**Artikel 2.**

Die Staatsangehörigen jedes der beiden vertragschliessenden Teile sollen in den Gebieten des anderen Teiles sowohl hinsichtlich ihrer Person, als auch hinsichtlich ihrer Güter, Rechte, Interessen und in Bezug auf ihren Handel, Gewerbe, Geschäft, Beruf, Betätigung oder irgendwelche sonstigen Angelegenheiten in jeder Beziehung die gleiche Behandlung und den gleichen gesetzlichen Schutz geniessen wie die Staatsangehörigen dieses Teiles oder die des meistbegünstigten fremden Landes, soweit es sich um Steuern, Abgaben, Zölle, Auflagen, Gebühren, die ihrem Wesen nach Steuern sind, oder um ähnliche Lasten handelt.

**Artikel 3.**

Die beiden vertragschliessenden Teile kommen überein, dass in allen Handel, Schiffahrt und Gewerbe betreffenden Angelegenheiten alle Vorrechte, Vergünstigungen oder Befreiungen, die der eine der beiden vertragschliessenden

den Teile den Schiffen und Staatsangehörigen irgendeines anderen fremden Landes gegenwärtig zugesteht oder in Zukunft zugestehen wird, gleichzeitig und bedingungslos ohne Ansuchen und ohne Gegenleistung auf die Schiffe und Staatsangehörigen des anderen Teiles ausgedehnt werden sollen; hierbei ist es ihre Absicht, Handel, Schifffahrt und Gewerbe eines jeden der beiden vertragschliessenden Teile in jeder Hinsicht denjenigen der meistbegünstigten Nation gleichzustellen.

#### **Artikel 4.**

Die die Gewährung der Behandlung als meistbegünstigte Nation betreffenden Bestimmungen dieses Vertrages erstrecken sich nicht auf;

1. Begünstigungen, die von einem der beiden vertragschliessenden Teile einem Nachbarstaate zur Erleichterung des Verkehrs für gewisse, in der Regel nicht über 15 km beiderseits der Grenze hinausgehende Grenzgebiete und für die Bewohner solcher Gebiete eingeräumt werden;
2. Begünstigungen, die von einem der beiden vertragschliessenden Teile einem dritten Staate auf Grund einer schon abgeschlossenen oder gegebenenfalls später abzuschliessenden Zollunion eingeräumt werden;
3. Begünstigungen, die einer der beiden vertragschliessenden Teile in Verträgen über Ausschluss der Doppelbesteuerung und gegenseitigen Schutz in Steuersachen einem dritten Staate zugestanden hat oder gegebenenfalls später zugestehen wird;
4. Begünstigungen, die Deutschland mittelbar oder unmittelbar auf Grund der den Weltkrieg beendigenden Verträge, an denen Seine Britannische Majestät beteiligt ist, zugestanden hat oder gegebenenfalls später zugestehen wird, es sei denn, dass die Begünstigungen einem Staate eingeräumt worden sind, der sie weder mittelbar noch unmittelbar auf Grund dieser Verträge in Anspruch nehmen kann.

#### **Artikel 5.**

Die Staatsangehörigen eines jeden der beiden vertragschliessenden Teile sollen in dem Gebiete des anderen Teiles volle Freiheit haben, bewegliches und unbewegliches Eigentum jeder Art zu erwerben und zu besitzen, deren Erwerb und Besitz nach den Gesetzen des anderen Teiles den Staatsangehörigen irgendeines anderen fremden Landes gestattet ist oder gestattet werden wird. Sie sollen darüber durch Verkauf, Tausch, Schenkung, Heirat, letzten Willen oder in jeder anderen Weise verfügen oder solches Eigentum durch Erbschaft erwerben können unter den gleichen Bedingungen, die für die Staatsangehörigen des anderen Teiles gelten oder gelten werden.

Den Staatsangehörigen eines jeden der beiden vertragschliessenden Teile soll es auch gestattet sein, den Erlös aus dem Verkauf ihres Eigentums und ihrer Waren überhaupt, unter Beobachtung der Gesetze des anderen Teiles, frei

auszuführen, ohne als Ausländer anderen oder höheren Abgaben unterworfen zu sein, als die, denen Staatsangehörige des betreffenden Teiles unter gleichartigen Umständen unterworfen sein würden.

#### **Artikel 6.**

Die Staatsangehörigen eines jeden der beiden vertragschliessenden Teile sollen in die Gebiete des anderen Teiles einreisen und sich dort aufhalten können, solange sie den für die Einreise und den Aufenthalt aller Ausländer geltenden Bedingungen und Vorschriften genügen und sie beobachten; sie sollen ferner in Bezug auf die Ausübung von Handel, Beruf und Gewerbe dieselben Rechte geniessen wie die Angehörigen des meistbegünstigten fremden Landes.

#### **Artikel 7.**

Die Staatsangehörigen eines jeden der beiden vertragschliessenden Teile sollen in den Gebieten des anderen Teiles von jedem zwangsweisen Militärdienst, sowohl in der Landmacht als auch in der Seemacht, den Luftstreitkräften, der Nationalgarde oder der Miliz befreit sein. In gleicher Weise sollen sie befreit sein von jedem Dienst in der Rechtspflege und in der Staats- oder Gemeindeverwaltung, mit Ausnahme des gesetzlich festgesetzten Geschworenenendienstes, ferner von allen Geld- oder Naturalleistungen, die als Ablösung für persönliche Dienstleistungen auferlegt werden, und schliesslich von allen militärischen Zwangsleistungen oder Requisitionen. Ausgenommen hiervon sind jedoch die aus irgendeinem Rechtstitel mit dem Besitz eines Grundstücks verbundenen Lasten sowie zwangsweise Einquartierung und andere besondere militärische Zwangsleistungen oder Requisitionen, zu denen alle Staatsangehörigen des anderen Teiles als Eigentümer oder Inhaber von Gebäuden oder Land herangezogen werden können.

Soweit einer der beiden vertragschliessenden Teile von den Staatsangehörigen des anderen Teiles militärische Zwangs- oder Requisitionsleistungen fordert, soll diesen hierfür die gleiche Entschädigung gewährt werden wie den eigenen Staatsangehörigen.

In den obengenannten Fällen sollen die Staatsangehörigen des einen der beiden vertragschliessenden Teile in den Gebieten des anderen Teiles keine ungünstigere Behandlung erfahren, als die Staatsangehörigen des meistbegünstigten fremden Landes erfahren oder erfahren werden.

#### **Artikel 8.**

In den Gebieten des einen der beiden vertragschliessenden Teile erzeugte oder verfertigte und in die Gebiete des anderen Teiles von irgendwoher eingeführte Waren sollen keinen anderen oder höheren Zöllen oder Abgaben unterliegen, als die in irgendeinem anderen fremden Lande erzeugten oder verfertigten gleichartigen Waren.



Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 10 sollen gegen irgendwelche in den Gebieten des einen der beiden vertragschliessenden Teile erzeugte oder verfertigte und in die Gebiete des anderen Teiles von irgendwoher eingeführte Waren keine Einfuhrverbote oder Einfuhrbeschränkungen aufrechterhalten oder erlassen werden, die sich nicht gleicherweise auf die Einfuhr von in irgendeinem anderen fremden Lande erzeugten oder verfertigten gleichartigen Waren erstrecken.

#### **Artikel 9.**

In den Gebieten des einen der beiden vertragschliessenden Teile erzeugte oder verfertigte und in die Gebiete des anderen Teiles ausgeführte Waren sollen keinen anderen oder höheren Abgaben oder Lasten unterworfen sein als denen, die für gleichartige, nach einem anderen fremden Lande ausgeführte Waren bezahlt werden. Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 10 sollen auf die Ausfuhr irgendwelcher Waren aus den Gebieten des einen der beiden vertragschliessenden Teile in die Gebiete des anderen Teiles keinerlei Verbote oder Beschränkungen gelegt werden, die nicht gleicherweise auf die Ausfuhr gleichartiger Gegenstände nach irgendeinem anderen fremden Lande ausgedehnt werden.

#### **Artikel 10.**

Handel und Verkehr zwischen den Gebieten der beiden vertragschliessenden Teile sollen nach Möglichkeit durch keinerlei Ein- und Ausfuhrverbote oder -beschränkungen gehemmt werden.

Die beiden vertragschliessenden Teile kommen überein, ihr Recht auf Einfuhr von Ein- oder Ausfuhrverboten oder -beschränkungen nach Möglichkeit auf die nachstehenden Fälle zu beschränken, wobei Einverständnis darüber besteht, dass solche Verbote oder Beschränkungen gleichzeitig und gleichmässig auf andere fremde Länder ausgedehnt werden, in denen ähnliche Voraussetzungen gegeben sind:

- a) öffentliche Sicherheit;
- b) gesundheitspolizeiliche Gründe oder solche zum Schutze von Tieren und Pflanzen gegen Krankheiten und Schädlinge;
- c) in Beziehung auf Waffen, Munition und Kriegsgerät und unter ausserordentlichen Umständen auch in Beziehung auf anderen Kriegsbedarf;
- d) zum Zwecke des Verbots der Einfuhr von Gegenständen, deren Einfuhr nach der Patentgesetzgebung des betreffenden Teiles verboten ist;
- e) um auf ausländische Waren Verbote oder Beschränkungen auszudehnen, die durch die innere Gesetzgebung für die Erzeugung, den Vertrieb, den Verbrauch oder die Beförderung gleichartiger einheimischer Waren im Inlande festgesetzt sind oder etwa später festgesetzt werden. Dies trifft

insbesondere bei Waren zu, die den Gegenstand eines Staatsmonopols oder einer monopolähnlichen Einrichtung bilden.

Keine Bestimmung dieses Artikels soll das Recht eines der beiden vertragsschliessenden Teile ausschliessen, auf Grund allgemeiner Gesetzgebung angemessene Vorschriften über die Art, die Form oder den Platz der Einfuhr oder über die Markierung eingeführter Waren zu erlassen oder solche Vorschriften durch Einfuhrverbote auf die Waren, die ihnen nicht entsprechen, wirksam zu machen.

#### **Artikel 11.**

Die beiden vertragsschliessenden Teile kommen überein, dass keine Verbote oder Beschränkungen der Durchfuhr durch die Gebiete eines jeden der beiden vertragsschliessenden Teile aus oder nach den Gebieten des anderen Teiles nach Massgabe des Artikels 17 dieses Vertrages eingeführt werden sollen, die nicht gleichzeitig und gleichmässig auf andere Länder, in denen ähnliche Voraussetzungen gegeben sind, ausgedehnt werden.

#### **Artikel 12.**

Soweit, unter Beobachtung der beiden vorhergehenden Artikel, Verbote und Beschränkungen in Kraft gesetzt werden können, verpflichten sich die beiden vertragsschliessenden Teile, bei der Bewilligung von Ausnahmen von den Einfuhr- und Ausfuhrverboten alles zu tun:

- a) damit die zur Erlangung einer derartigen Bewilligung zu erfüllenden Bedingungen und zu beobachtenden Förmlichkeiten sofort in der klarsten und bestimmtesten Form öffentlich bekanntgemacht werden;
- b) damit die Art der Erteilung dieser Berechtigungsscheine möglichst einfach ist und gleichbleibt;
- c) damit die Prüfung der Anträge und die Erteilung der Bewilligungen an die Antragsteller mit grösster Beschleunigung erfolgt;
- d) damit das System der Erteilung der Bewilligungen derart eingerichtet wird, dass der Handel mit diesen Berechtigungsscheinen verhindert wird. Zu diesem Zwecke müssen die Einzelbewilligungen auf den Namen des Berechtigten ausgestellt und die Übertragbarkeit auf eine andere Person muss ausgeschlossen sein;
- e) damit für den Fall der Festsetzung von Kontingenten die von dem Einfuhrlande verlangten Förmlichkeiten nicht derart sind, dass sie die gerechte Zuteilung der Warenmengen, deren Einfuhr gestattet ist, verhindern.

#### **Artikel 13.**

Die beiden vertragsschliessenden Teile kommen überein, sowohl durch ihre Gesetzgebung als auch im Verwaltungswege alle geeigneten Massregeln zu treffen, um die willkürliche oder ungerechte Anwendung ihrer Gesetze und Ausführungsbestimmungen in Zoll- und ähnlichen Angelegenheiten zu verhin-

dem und den Personen, die durch solche Missbräuche geschädigt worden sind, Genugtuung im Verwaltungs-, Rechts- oder Schiedsgerichtswege zu sichern.

#### **Artikel 14.**

In den Gebieten eines jeden der beiden vertragschliessenden Teile sollen auf Waren, die in den Gebieten des anderen Teiles erzeugt oder verfertigt worden sind, keine anderen oder höheren inneren Abgaben, sei es für Rechnung des Staates oder für Rechnung örtlicher Behörden oder von Körperschaften, erhoben werden als die Abgaben, die unter ähnlichen Umständen von gleichartigen Waren heimischen oder irgendwelchen ausländischen Ursprungs erhoben werden.

#### **Artikel 15.**

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages über die gegenseitige Gewährung der Behandlung als meistbegünstigte Nation finden bedingungslos auf die Behandlung der Handelsreisenden und ihrer Muster Anwendung. Hierbei einigen sich die beiden vertragschliessenden Teile auf die Durchführung der Bestimmungen der in Genf am 3. November 1923 unterzeichneten internationalen Konvention über die Vereinfachung der Zollformalitäten<sup>1)</sup>.

#### **Artikel 16.**

Aktiengesellschaften und andere Erwerbsgesellschaften, Teilhaberschaften und Vereinigungen, die zur Betreibung von Handels-, Versicherungs-, Finanz-, Industrie-, Transport- oder irgendwelchen anderen Geschäften gebildet und in den Gebieten eines der beiden Teile errichtet sind, sollen, vorausgesetzt, dass sie in gehöriger Weise in Übereinstimmung mit den in den betreffenden Gebieten geltenden Gesetzen gegründet sind, in den Gebieten des anderen Teiles zur Ausübung ihrer Rechte ermächtigt und gemäss den Gesetzen des anderen Teiles als Kläger oder Beklagte vor Gericht zu erscheinen berechtigt sein.

Aktiengesellschaften und andere Erwerbsgesellschaften, Teilhaberschaften und Vereinigungen eines jeden der beiden Teile, die in Übereinstimmung mit den in den Gebieten des anderen Teiles geltenden Gesetzen und Vorschriften zugelassen worden sind, sollen in diesen Gebieten hinsichtlich der Besteuerung ebenso behandelt werden wie die Aktiengesellschaften und anderen Erwerbsgesellschaften, Teilhaberschaften und Vereinigungen dieses Teiles.

Weiterhin verpflichten sich die beiden vertragschliessenden Teile, den Gesellschaften, Teilhaberschaften und Vereinigungen keine Hindernisse in den Weg zu legen, die in ihren Gebieten durch Errichtung von Zweigniederlassungen oder auf andere Weise ein Geschäft irgendwelcher Art zu betreiben wün-

<sup>1)</sup> Handels Archiv 1925, 1. Januarheft S. 2 sowie 1. Septemberheft S. 1786 und 1793.

schen, das die Gesellschaften, Teilhaberschaften und Vereinigungen oder Staatsangehörige irgendeines anderen fremden Landes zur Zeit oder in Zukunft betreiben dürfen.

Keinesfalls soll die Behandlung, die den Gesellschaften, Teilhaberschaften und Vereinigungen des einen der beiden vertragschliessenden Teile vom anderen Teile gewährt wird, in irgendwelcher Hinsicht ungünstiger sein als diejenige, die den Gesellschaften, Teilhaberschaften und Vereinigungen des meistbegünstigten fremden Landes gewährt wird.

Es besteht Einverständnis darüber, dass die vorhergehenden Bestimmungen auf Gesellschaften, Teilhaberschaften und Vereinigungen Anwendung finden, einerlei, ob sie vor oder nach Zeichnung des gegenwärtigen Vertrages gegründet worden sind.

Keine Bestimmung dieses Artikels soll das Recht jedes der beiden Teile einträchtigen, Gesetze und Verordnungen über die Verfügung über unbewegliches Eigentum einzuführen oder aufrechtzuerhalten, sofern in dieser Beziehung der Grundsatz der Meistbegünstigung gewahrt wird.

### **Artikel 17.**

Die von den beiden vertragschliessenden Teilen getroffenen Massnahmen zur Regelung und Durchführung der Transporte durch ihre Gebiete sollen den freien Durchgangsverkehr auf den in Betrieb befindlichen und für den internationalen Durchgangsverkehr geeigneten Eisenbahnen und Wasserwegen erleichtern. Es wird dabei kein Unterschied gemacht, weder auf Grund der Staatsangehörigkeit von Personen, der Schiffsflagge, des Ursprungs-, Herkunfts-, Eintritts-, Austritts- oder des Bestimmungsortes, noch auf Grund irgendeiner Erwägung, hergeleitet aus den Eigentumsverhältnissen der Güter oder Schiffe, Personen- oder Güterwagen oder anderer Beförderungsmittel.

Um die Anwendung der vorstehenden Bestimmungen sicherzustellen, gestatten die beiden vertragschliessenden Teile den Durchgangsverkehr durch ihre Territorialgewässer nach Massgabe der üblichen Bedingungen und Vorbehalte.

Die Durchgangstransporte werden keinen besonderen Gebühren oder Abgaben auf Grund ihrer Durchfuhr (Ein- und Austritt einbegriffen) unterworfen. Jedoch können diese Durchgangstransporte mit solchen Gebühren und Abgaben belegt werden, die lediglich zur Deckung der durch ihre Durchfuhr verursachten Überwachungs- und Verwaltungskosten dienen. Die Höhe aller derartigen Gebühren und Abgaben soll soweit wie möglich den Aufwendungen entsprechen, zu deren Deckung sie bestimmt sind. Auf diese Gebühren und Abgaben findet der im ersten Absatz dieses Artikels niedergelegte Grundsatz der Gleichheit Anwendung mit der Einschränkung, dass sie auf bestimmten Verkehrswegen mit Rücksicht auf Unterschiede in der Höhe der Überwachungskosten herabgesetzt oder sogar aufgehoben werden können.

Keiner der beiden vertragschliessenden Teile wird durch diesen Artikel verpflichtet, die Durchreise solcher Personen, denen das Betreten seiner Gebiete verboten ist, oder den Durchgang solcher Güter zu gewährleisten, deren Einfuhr aus Gründen der öffentlichen Gesundheitspflege oder der öffentlichen Sicherheit oder zur Verhütung der Einschleppung von Tier- oder Pflanzenkrankheiten verboten ist.

Jeder der beiden vertragschliessenden Teile ist berechtigt, die angemessenen Vorkehrungen zu treffen, um sich zu vergewissern, dass die Personen, das Gepäck und die Güter, insbesondere die einem Monopol unterworfenen Güter, die See- und Binnenschiffe, Personen- und Güterwagen und anderen Beförderungsmittel sich tatsächlich im Durchgangsverkehr befinden, sowie um sich davon zu überzeugen, dass die auf der Durchreise befindlichen Personen in der Lage sind, ihre Reise zu beenden, und um zu verhüten, dass die Sicherheit der Verkehrswege und Verkehrsmittel gefährdet wird.

Dieser Artikel kann in keiner Weise die Massnahmen berühren, die einer der beiden vertragschliessenden Teile auf Grund allgemeiner internationaler Vereinbarungen, an denen er beteiligt ist oder die späterhin abgeschlossen werden sollten, zu treffen sich veranlasst sieht oder sehen könnte. Namentlich gilt dies für Vereinbarungen, die unter dem Schutze des Völkerbundes abgeschlossen sind und den Durchgangsverkehr, die Ein- oder Ausfuhr bestimmter Warengattungen, wie Opium oder anderer schädlicher Drogen oder Fischereierzeugnisse, betreffen, und ebenso für allgemeine Vereinbarungen, die die Verhütung irgendwelcher Beeinträchtigung von gewerblichen, literarischen oder künstlerischen Eigentumsrechten zum Gegenstände haben oder sich auf die Anwendung falscher Waren- oder Ursprungsbezeichnungen oder anderer Mittel des unlauteren Wettbewerbs beziehen.

Falls auf den für den Durchgangsverkehr benutzten Wasserwegen ein Schlepptomopol eingerichtet ist, muss dessen Betrieb derart sein, dass er den Durchgangsverkehr für See- und Binnenschiffe nicht hindert.

Für die Zwecke dieses Vertrages gelten Personen, Gepäck, Güter sowie See- und Binnenschiffe, Personen- und Güterwagen oder andere Beförderungsmittel als im Durchgangsverkehr durch die Gebiete eines der beiden vertragschliessenden Teile befindlich, deren Beförderung durch die genannten Gebiete nur einen Bruchteil der Gesamtbeförderung ausmacht, die ausserhalb der Grenzen des Teiles, durch dessen Gebiet sich der Durchgangsverkehr vollzieht, begonnen hat und enden soll, gleichviel, ob diese Beförderung mit oder ohne Umladung, mit oder ohne Einlagerung, mit oder ohne Teilung der Ladung, mit oder ohne Änderung der Beförderungsart erfolgt. Derartige Transporte werden in diesem Artikel als «Durchgangstransporte» bezeichnet.

### **Artikel 18.**

Jeder der beiden vertragschliessenden Teile soll die Ein- und Ausfuhr aller Waren, die ein- und ausgeführt werden dürfen, sowie die Beförderung von Pas-

sagieren von oder nach den eigenen Gebieten auf den See- und Binnenschiffen des anderen Teiles gestatten; diese Schiffe, ihre Ladungen und Passagiere sollen die gleichen Vorrechte genießen und keinen anderen oder höheren Abgaben und Auflagen unterworfen sein als die See- und Binnenschiffe, deren Ladungen und Passagiere des eigenen oder irgendeines anderen fremden Landes.

Es besteht Einverständnis darüber, dass die vorstehenden Bestimmungen beide vertragschliessende Teile daran hindern, nach der Flagge abgestufte Zollsätze oder Auflagen von Gütern oder Passagieren zu erheben, die in Schiffen des anderen Teiles transportiert worden sind.

Die beiden vertragschliessenden Teile kommen ferner überein, alle unlauteeren Unterscheidungen hinsichtlich der Erleichterungen für den internationalen Eisenbahnverkehr und hinsichtlich der Sätze und Bedingungen ihrer Anwendung zu unterlassen, soweit solche sich gegen die Güter, Staatsangehörigen oder Schiffe des anderen richten.

Tarife, Ermässigungen der Beförderungspreise oder sonstige Begünstigungen, deren Anwendung von der vorhergehenden oder folgenden Beförderung der Waren mit Schiffen einer bestimmten staatlichen oder privaten Schiffahrtsunternehmung oder in einer bestimmten Seeoder Flussverbindung abhängig gemacht ist, kommen in derselben Richtung und auf derselben Verkehrsstrecke ohne Weiteres auch jenen Waren zugute, die in den Schiffen des einen der beiden vertragschliessenden Teile in einem Hafen des anderen vertragschliessenden Teiles ankommen oder von letzterem weiterbefördert werden.

#### **Artikel 19.**

Bei der Anweisung von Schiffsliegeplätzen und beim Laden und Ausladen der Schiffe in den Hafengebieten, Häfen, Docks und auf den Reeden der beiden vertragschliessenden Teile sollen von keinem Teile den Schiffen irgendeines anderen oder des eigenen Landes Vorrechte und Erleichterungen zugestanden werden, die nicht gleicherweise den Schiffen des anderen Teiles gewährt werden, ohne Rücksicht darauf, von woher sie kommen oder wohin sie bestimmt sind.

#### **Artikel 20.**

In Bezug auf Tonnage-, Hafen-, Lotsen-, Leuchtturm-, Quarantäne- oder andere ähnliche Gebühren oder Abgaben irgendwelcher Bezeichnung, die im Namen oder für Rechnung des Staates, öffentlicher Beamter, Privater, für Rechnung von Körperschaften oder Instituten irgendwelcher Art erhoben werden, sollen die Schiffe eines jeden der beiden vertragschliessenden Teile in den Häfen des anderen Teiles eine wenigstens ebenso günstige Behandlung erfahren wie diejenige, die den Schiffen des eigenen oder irgendeines anderen fremden Landes zuteil wird.

Alle Gebühren und Abgaben, die für den Gebrauch von Seehäfen erhoben werden, müssen vor ihrer Inkraftsetzung in gehöriger Weise veröffentlicht

werden. Dasselbe gilt für die Polizeivorschriften und Hafenordnungen. In jedem Seehafen hat die Hafenbehörde ein Verzeichnis der in Kraft befindlichen Gebühren und Abgaben sowie eine Abschrift der Polizeivorschriften und Hafenordnung zur öffentlichen Einsichtnahme durch die Interessenten aufzulegen.

#### **Artikel 21.**

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages über die gegenseitige Gleichstellung mit den eigenen Staatsangehörigen in Sachen der Schifffahrt finden keine Anwendung auf den Küstenhandel, hinsichtlich dessen die Staatsangehörigen und Schiffe eines jeden der vertragschliessenden Teile in den Gebieten des anderen Teiles die Meistbegünstigung unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit geniessen sollen.

Die Schiffe eines jeden der beiden vertragschliessenden Teile dürfen nichtsdestoweniger von einem Hafen nach einem anderen fahren, entweder um ihre von ausserhalb mitgebrachte Ladung ganz oder teilweise zu löschen oder von ausserhalb kommende Passagiere zu landen oder um ihre für ausserhalb bestimmte Ladung ganz oder teilweise einzunehmen oder nach ausserhalb reisende Passagiere an Bord zu nehmen.

Es besteht auch Einverständnis darüber, dass, falls der Küstenhandel eines jeden der vertragschliessenden Teile ausschliesslich der eigenen Schifffahrt vorbehalten ist, die Schiffe des anderen Teiles, soweit sie den Handel nach oder von Plätzen ausserhalb dieses vorbehaltenen Küstenhandels vermitteln, nicht daran gehindert werden sollen, zwischen zwei Häfen in den Gebieten des einen Teiles Passagiere mit durchgehenden Fahrkarten oder Waren mit durchgehenden Konnossementen nach oder von ausserhalb der obengenannten Grenzen liegenden Plätzen zu befördern. Auf solchen Fahrten sollen diese Schiffe, ihre Passagiere und Ladungen die vollen Vorrechte dieses Vertrages geniessen.

#### **Artikel 22.**

Die Bestimmungen dieses Vertrages sollen auf diejenige besondere Behandlung, die einer der beiden vertragschliessenden Teile jetzt oder künftig von den einheimischen Schiffen gefangenen Fischen zubilligt, keine Anwendung finden. Der Fang der Schiffe des einen Teiles soll nach keiner Richtung bei der Einfuhr in die Gebiete des anderen Teiles ungünstiger behandelt werden als der Fang der Schiffe irgendeines anderen fremden Landes.

#### **Artikel 23.**

Allen Schiffen eines jeden der beiden vertragschliessenden Teile, die unter dem Zwang des Wetters oder durch Unfall genötigt werden, in einem Hafen des anderen Teiles Zuflucht zu suchen, soll gestattet sein, daselbst Ausbesserungen vorzunehmen, sich alle nötigen Vorräte zu beschaffen und wieder in See zu gehen, ohne irgendwelche anderen Gebühren zu bezahlen als diejeni-

gen, die im gleichen Falle von Schiffen der eigenen Nation zu entrichten sein würden. Falls jedoch der Führer eines Kauffahrteischiffes sich genötigt sehen sollte, zur Bestreitung seiner Unkosten einen Teil seiner Ladung zu veräußern, so soll er verpflichtet sein, sich nach den Verordnungen und Tarifen des Ortes, wohin er gekommen ist, zu richten.

Wenn ein Schiff des einen der beiden vertragschliessenden Teile an den Küsten des anderen Teiles strandet oder Schiffbruch leidet, so sollen ein solches Schiff und alle seine Teile sowie alle seine Ausrüstungsgegenstände und aller Zubehör, ferner alle Güter und Waren, die von ihm geborgen, einschliesslich derer, die in See geworfen worden sind, oder, falls sie verkauft worden sind, der Erlös daraus, ebenso alle an Bord eines solchen gestrandeten oder verunglückten Schiffes vorgefundenen Papiere den Eigentümern des Schiffes, der Güter, Waren usw. oder deren Beauftragten, wenn sie von ihnen beansprucht werden, ausgehändigt werden. Falls sich diese Eigentümer oder Beauftragten nicht an Ort und Stelle befinden, dann sollen ein solches Schiff, Güter, Waren usw., insoweit sie das Eigentum eines Staatsangehörigen des anderen vertragschliessenden Teiles sind, dem Konsularbeamten dieses vertragschliessenden Teiles, in dessen Bezirk der Schiffbruch oder die Strandung sich ereignet hat, ausgehändigt werden, sofern die Herausgabe von ihm innerhalb der durch die Landesgesetze festgesetzten Frist verlangt wird, und dieser Konsularbeamte, die Eigentümer oder Beauftragten sollen nur die durch die Rettung, Bergung oder sonstwie erwachsenen Kosten bezahlen, die im Falle des Schiffbruchs oder Strandens eines Schiffes der eigenen Nation zu entrichten gewesen wären.

Die beiden vertragschliessenden Teile sind jedoch darüber einig, dass geborgene Waren keinem Zoll unterliegen sollen, es sei denn, dass sie für den inländischen Verbrauch klariert werden.

Wenn ein Schiff unter dem Zwange des Wetters einläuft, strandet oder Schiffbruch leidet, so soll der betreffende Konsularbeamte, falls der Eigentümer oder der Schiffsführer oder ein anderer Beauftragter des Eigentümers nicht anwesend ist oder trotz Anwesenheit darum ersucht, ermächtigt sein, amtlichen Beistand zu leisten, um seinen Landsleuten die erforderliche Unterstützung zuteil werden zu lassen.

#### **Artikel 24.**

Jeder der beiden vertragschliessenden Teile wird die Schiffe des anderen Teiles und ihre Ladungen und Passagiere auf seinen natürlichen und künstlichen Binnengewässern und in den dem öffentlichen Verkehr dienenden Binnenhäfen bezüglich der Schifffahrt, insbesondere hinsichtlich der Gebühren und anderer Abgaben wie die Schiffe und ihre Ladungen und Passagiere der eigenen Staatsangehörigen oder derjenigen des meistbegünstigten fremden Landes behandeln.



**Artikel 25.**

Jeder der beiden vertragschliessenden Teile wird innerhalb der ihm durch seine Gesetzgebung gezogenen Grenzen und unter Vorbehalt der Bedingungen der Gleichwertigkeit und Gegenseitigkeit die seitens des anderen Teiles erlassenen Vorschriften über Masse, Einrichtung, Ausstattung und Sicherheit von Schiffen annehmen.

**Artikel 26.**

Die Bestimmungen dieses Vertrages über die Schiffe der beiden vertragschliessenden Teile sollen sich nicht auf Schiffe beziehen, die in einem Teile ihrer Gebiete registriert sind, auf den der Vertrag nicht Anwendung findet oder finden wird.

**Artikel 27.**

Jedem der beiden vertragschliessenden Teile soll es freistehen, Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten mit Sitz in den Städten und Häfen des anderen Teiles zu ernennen, in denen solche Vertreter irgendeiner anderen Nation durch die betreffenden Regierungen etwa zugelassen werden. Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten sollen jedoch ihre amtliche Tätigkeit nicht beginnen können, bevor sie nicht in der üblichen Weise seitens der Regierung, zu der sie entsendet worden sind, genehmigt und zugelassen worden sind.

Die Konsularbeamten eines jeden der beiden vertragschliessenden Teile sollen unter der Bedingung der Gegenseitigkeit im Gebiete des anderen Teiles dieselben Amtsbefugnisse haben, dieselben Vorrechte und Befreiungen genießen, die den Konsularbeamten irgendeines anderen fremden Landes zustehen oder zustehen werden.

**Artikel 28.**

Wenn ein Staatsangehöriger eines der beiden vertragschliessenden Teile in den Gebieten des anderen Teiles unter Hinterlassung dort nicht ansässiger Erben stirbt, ist der konsularische Vertreter des anderen Teiles auch ohne ausdrückliche Ermächtigung durch die dort nicht ansässigen Erben befugt, sie in allen die Verwaltung des Besitzes und die Regelung des Nachlasses betreffenden Angelegenheiten zu vertreten mit dem Recht, die diesen Erben anfallenden Anteile einzuziehen, soweit nicht die Landesgesetze eine solche Vertretung ausdrücklich ausschliessen oder die persönliche Anwesenheit der Erben ausdrücklich erfordern oder ein Testamentsvollstrecker ernannt ist.

Den Konsularbeamten des einen der beiden vertragschliessenden Teile in den Gebieten des anderen Teiles soll zur Wiederergreifung von Desertereuren von den Schiffen des ersteren Teiles von den Ortsbehörden in dem Masse Beistand geleistet werden, in dem dies nach den geltenden Gesetzen möglich ist, jedoch mit der Massgabe, dass diese Bestimmung auf die Staatsangehörigen

desjenigen vertragschliessenden Teiles, in dessen Gebiet die Entweichung erfolgt ist, keine Anwendung findet.

#### **Artikel 29.**

Die Staatsangehörigen eines jeden der beiden vertragschliessenden Teile sollen in den Gebieten des anderen Teiles in Bezug auf Patente für Erfindungen, Handelsmarken und Muster, falls sie die gesetzlich vorgeschriebenen Formalitäten erfüllen, die gleichen Rechte wie die Staatsangehörigen des anderen Teiles haben.

#### **Artikel 30.**

Die beiden vertragschliessenden Teile kommen grundsätzlich dahin überein, dass jede etwaige Meinungsverschiedenheit zwischen ihnen über die richtige Auslegung oder Anwendung irgendeiner der Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages auf Verlangen einer der beiden Parteien einem Schiedsgericht unterbreitet werden soll.

Das Schiedsgericht, dem Meinungsverschiedenheiten unterbreitet werden sollen, soll der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag sein, es sei denn, dass in einem besonderen Falle die beiden vertragschliessenden Parteien eine andere Vereinbarung treffen.

#### **Artikel 31.**

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages sollen auf Indien oder auf irgendein Dominium mit Selbstverwaltung, eine Kolonie, eine Besitzung oder ein Protektorat Seiner Britannischen Majestät nicht Anwendung finden, es sei denn, dass durch Seiner Britannischen Majestät Vertreter in Berlin der Wunsch Seiner Britannischen Majestät geäussert wird, dass die aufgeführten Bestimmungen auf irgendeines dieser Gebiete Anwendung finden sollen.

Jedoch sollen in Indien oder in irgendeinem Dominium mit Selbstverwaltung, einer Kolonie, einer Besitzung oder einem Protektorat Seiner Britannischen Majestät erzeugte oder verfertigte Waren in Deutschland völlige und bedingungslose Meistbegünstigung geniessen, solange den in Deutschland erzeugten oder verfertigten Waren in Indien, in dem betreffenden Dominium mit Selbstverwaltung, der betreffenden Kolonie, Besitzung oder dem betreffenden Protektorat eine ebenso günstige Behandlung zuteil wird wie den in irgendeinem anderen fremden Lande erzeugten oder verfertigten Waren.

Soweit die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages auf Indien oder irgendein Dominium mit Selbstverwaltung, eine Kolonie, eine Besitzung oder ein Protektorat Seiner Britannischen Majestät bis zum 1. September 1926 nicht ausgedehnt worden sind, soll zu irgendeinem nach diesem Datum gelegenen Zeitpunkt, unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist, der zweite Absatz dieses Artikels durch eine entsprechende, im Namen des Deutschen

Reichspräsidenten erfolgte Mitteilung an den Vertreter Seiner Britannischen Majestät in Berlin ausser Kraft gesetzt werden können.

### **Artikel 32.**

Die auf Indien, die Dominien mit Selbstverwaltung, Kolonien, Besitzungen und Protektorate Seiner Britannischen Majestät bezüglichen Bestimmungen des vorhergehenden Artikels sollen gleicherweise für alle Gebiete gelten, für die Seine Britannische Majestät im Auftrage des Völkerbundes ein Mandat übernommen hat.

### **Artikel 33.**

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifiziert werden, und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in London ausgetauscht werden. Er wird sofort nach der Ratifikation in Kraft treten und vom Tage des Inkrafttretens ab fünf Jahre in Geltung bleiben. Falls keiner der vertragschliessenden Teile zwölf Monate vor Ablauf des genannten Zeitraumes von fünf Jahren dem anderen Teile seine Absicht auf Beendigung des gegenwärtigen Vertrages bekanntgegeben hat, wird dieser bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an dem einer oder der andere der beiden vertragschliessenden Teile die betreffende Erklärung abgegeben haben wird, in Kraft bleiben.

Falls jedoch für Indien oder irgendein Dominium mit Selbstverwaltung, eine Kolonie, eine Besitzung oder ein Protektorat Seiner Britannischen Majestät oder eins der Gebiete, bezüglich deren Seine Britannische Majestät im Auftrage des Völkerbundes ein Mandat übernommen hat, die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages auf Grund der Artikel 31 und 32 anwendbar gemacht worden sind, so soll ein jeder der vertragschliessenden Teile das Recht haben, den Vertrag mit diesem besonderen Vertragsteile jederzeit mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist ausser Kraft zu setzen.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den Vertrag unterzeichnet und hierunter ihre Siegel gesetzt.

In doppelter Unterschrift ausgefertigt zu London in Deutsch und Englisch, am 2. Dezember 1924.

gez.: Sthamer.  
C. v. Schubert.

gez.: Austen Chamberlain.  
D'Abernon.

## NAMEN-REGISTER

### zu Band I-III

(Die römischen Ziffern beziehen sich jeweils auf den Band der Memoiren,  
die arabischen Zahlen auf die betreffenden Seiten)

- D'Abernon, Helen I 202.  
D'Abernon, Viscount I 69, 85, 86, 323, 330,  
351; II 152, 256, 257; III 128, 179, 197.  
Addison, britischer Botschaftsrat III 234.  
Albert, König von Belgien I 72; III 51.  
Albert, Staatssekretär II 321, 327.  
Allen, General I 232.  
Alphons XIII., König von Spanien III 270.  
Asquith, Herbert Henry I 57, 147; II 42, 43,  
44, 45, 46, 47, 48, 49, 54; HI 51, 119, 125,  
126, 249.  
Auburtin, Victor II 299.  
Augusta, Kaiserin III 87.  
Aulaire, Graf Saint II 304.
- Bailey, Sir Abe III 249, 296.  
Baldwin, Stanley I 67; II 166, 259, 260,  
298, 303, 304, 33 G HI 60, 70, 76, 198.  
Balfour, A. J., Lord I 56, 57, 58, 59, 241,  
246; II 525.96, 108, 109, 142, 176, 259;  
III 181, 184, 249, 309.  
Ballin, Albert II 247.  
Balliol II 43.  
Banbury II 259.  
Baring II 61.  
Barrère I 226.  
Barthélemy, General I 337, 338.  
Barthou, Jean, Louis I 203, 322, 323; II  
151,152,153,154; III 131.  
Bauer III 165.  
Bauer, Oberst I 195.  
Beaconsfield (Disraeli) Lord I 52, 98, 227;  
III 181.
- Beardsley III 181.  
Beatty I 242.  
Behemoth I 340.  
Bela Kun I 348.  
Benesch, Dr. Eduard I 244, 300; II 72, 104,  
105; III 46, 47, 58, 81, 200, 225.  
Berchtold, österr. Ausßenminister III 118.  
Beresford I 98, 114.  
Bergson, Henri I 230, 241.  
Bernhard, Georg II 239, 240, 292;  
III 130, 133, 137.  
Berthelot I 230; III 222.  
Bethmann-Hollweg, Theobald von I 114,  
297; III 222.  
Birkenhead, Lord I 272; II 136, 142, 175,  
177, 111 184.  
Bismarck, Otto von I 98, 108, 215, 227,  
228, 295; II 56, 76, 198, 205, 216, 246,  
250, 277, 281, 282; III 31, 38, 86, 87,  
171, 172, 265, 273, 305, 311.  
Blackett, Sir William I 333, 338; II 109.  
Bleichröder, Gerson v. I 109, 295; III 87.  
Boncour, Paul III 280, 290.  
Bonn, Professor I 141; III 137.  
Bonomi, Signor I 223, 225, 226, 272.  
Bosdari, Graf, italien. Botschafter III 195,  
198.  
Bottazzi, I 272.  
Boucher, François II 33.  
Bourgeois, Léon I 129.  
Boyden I 254; II 66.  
Bradbury, Sir John I 125, 184, 254; II 75,  
106, 107, 109, 112, 113, 114, 115, 118,  
119, 120, 158, 179; III 60, 131, 137.

- Brand, E. H. II 154, 169, 192; III 130.  
 Brandenburg, Erich III 193.  
 Brandt, Professor III 137.  
 Breitscheid I 198, 230; II 239, 240, 244.  
 Bresciani II 330.  
 Briand, Aristide I 55, 56, 123, 128, 132, 143, 151, 152, 163, 165, 178, 183, 203, 208, 218, 223, 239, 257, 264, 265, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277; II 18, 40, 41, 170; III 18, 24, 27, 32, 160, 194, 196, 197, 201, 204, 211, 212, 213, 217, 221, 222, 228, 236, 248, 259, 267, 270, 271, 272, 275, 277, 280, 281, 287, 288, 290, 293, 304, 310.  
 Brockdorff-Rantzau II 253; III 57, 58, 193, 195.  
 Brown, Leonhard, Sekretär Northcliffes II 85.  
 Bülow („der junge“) II 255.  
 Bülow, Reichskanzler Bernhard Fürst von I 98, 104, 105, 109; II 249, 312; III 31, 117, 254, 304, 305, 306, 307, 308, 309.  
 Bülow, Karl von, General I 301, 302, 306.
- C**  
 Cambon, Jules I 111; II 323.  
 Campbell I 57.  
 Canning III 40.  
 Cassel, Professor I 211; II 140, 154, 156, 159, 169, 192, 193; III 130, 131, 137, 156, 157.  
 Castlereagh III 40.  
 Cavan, Lord II 255.  
 Cave II 260.  
 Cecil, Lord Robert II 97, 303, 304; III 301, 310.  
 Chamberlain, Austen I 67; II 142; III 16, 17, 27, 32, 34, 35, 36, 37, 129, 135, 138, 161, 162, 164, 168, 182, 184, 185, 186, 187, 194, 197, 200, 201, 202, 203, 207, 211, 212, 218, 225, 227, 228, 229, 232, 236, 237, 238, 246, 247, 248, 249, 260, 261, 267, 270, 271, 272, 275, 277, 280, 281, 289, 291, 310.  
 Chamberlain, Joseph III 309, 311.  
 Chardin II 32.  
 Charlier I 330.  
 Charlotte, Prinzessin III 170.  
 Charlton, Admiral I 313.  
 Charteris, Evan I 57.  
 Cholin II 312.  
 Chrysostom, Dion I 60.
- Churchill, Randolph I 57.  
 Churchill, Winston I 135, 177, 179; II 50, 51, 52, 53, 54, 55, 109, 175, 177, III 19, 20, 138, 139, 165, 184, 249, 297, 298, 299.  
 Cicero I 65.  
 Clark, Sir William I 329.  
 Clemenceau, Georges II 87, 152; III 178.  
 Clémentel, französ. Handelsminister III. 108, 127.  
 Clive, Oberst II 239.  
 Collins, Sir Godfrey III 126.  
 Corday, Charlotte II 27.  
 Creusot II 222, 223.  
 Crewe, Lord II 304, 322, 323; III 159, 168, 183, 244.  
 Cromer II 115.  
 Crowe, Sir Eyre I 160.  
 Cunliffe, Lord I 146.  
 Cunliffe-Lister, Sir Philip III 129.  
 Cuno, Wilhelm, Generaldir. d. Hapag I 217, 285; II 161, 163, 167, 171, 174, 183, 186, 187, 189, 200, 205, 216, 217, 225, 238, 243, 244, 254, 255, 256, 257, 268, 271, 326, 334; III 16, 93, 130, 144, 150, 153, 154, 163.  
 Curzon, Lord George, Marquis I 42, 57, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 77, 81, 85, 86, 160, 164, 176, 179, 191, 246, 272; II 19, 20, 131, 135, 136, 137, 138, 175, 177, 196, 204, 218, 237, 243, 245, 254, 256, 257, 258, 259, 260, 263, 285, 289, 298, 303, 304, 322, 323; III 22, 42, 46, 69, 70, 75, 124, 176, 183, 184, 245.  
 Cust, Harry I 57.  
 Czernin II 214, 215.
- D**  
 Daru II 143.  
 Davray II 220.  
 Dawes, Charles Gates II 15; III 60, 63, 64, 65.  
 Dawson, Geoffrey, Herausgeber der Times III 249.  
 Decazes III 254.  
 Degas, Edgar III 181.  
 Degoutte, General I 73; II 207, 303.  
 Delacroix, belg. Premierminister I 71, 80, 125, 251, 252, 254.  
 Delcassé III 307.  
 Demonax I 58.  
 Denikin I 297.

- Derby, Lord II 175.  
 Dernburg, Bernhard I 168, 169.  
 Deutsch (A. E. G.) I 107, 108; II 292.  
 Devonshire, Herzog von II 45.  
 Diamandy, rumän. Minister II 136.  
 Dillon, Dr. III 118, 119.  
 Djemal Pascha, türk. Marineminister I 97.  
 Dohna, Graf II 247.  
 Doumer, franz. Finanzminister I 123, 132, 133, 134, 136, 140, 142, 164, 167.  
 Dresel, amerikan. Kommissar I 29, 139, 141, 171.  
 Dreyfus II 293.  
 Drinkwater, John III 125.  
 Drummond, Sir Eric, Generalsekretär des Völkerbundes III 174, 175, 262.  
 Dubois, Präsident der Reparationskommission I 95, 127, 251, 254, 256; II 75, 159, 162; III 130, 131, 137.  
 Dufour I 329.  
**Ebert**, Reichspräsident, Friedrich I 69, 176, 315, 336, 339, 345; II 77, 141, 171, 181, 295, 300, 314, 319, 327; III 48, 49, 84, 85, 86, 103, 142, 161.  
 Eckardstein, Freiherr von I 227; II 249, 281; III 307, 308, 309.  
 Eduard VII., König von England I 228; III 81, 105, 170, 171, 305, 306, 307, 309.  
 Enver Pascha I 98, 195, 196, 216, 217, 219.  
 Epiktet I 58.  
 Erzberger, Matthias I 193, 228, 230, 255; II 69, 141, 174.  
 Eulenburg, Fürst II 250, 281.  
**Facta**, italien. Ministerpräsident I 322.  
 Fehrenbach, Reichskanzler Dr. I 74, 78, 96, 170, 198.  
 Ferdinand, König von Bulgarien I 255.  
 Fischer I 271.  
 Fisher, Herbert II 239, 240.  
 Fisher, Lord I 114.  
 Foch, Marschall I 60, 73, 82, 83, 85, 97, 177, 304, 305; II 132, 193, 310, 316, 324; III 47, 67.  
 Fomeen II 206.  
 Fountain I 329.  
 Fragonard, Honoré II 32.  
 Francqui I 122; III 61.  
 Franklin-Bouillon I 272, 279.  
 Frassati, italien. Botschafter I 141, 211, 226.  
 French, Lord I 306, 307.  
 Frick, Völkerbundsvertreter in Moskau II 197.  
 Friedrich, Kaiserin III 87, 171, 305, 306.  
 Fromageot III 211.  
 Fürst I 166.  
**Gainsborough**, Thomas III 181.  
 Gallièni, General I 306, 307.  
 Garnaris, griech. Ministerpräsident I 272.  
 Gary, Präsident des amerikan. Stahltrusts II 222, 223, 224; III 104.  
 Gauguin, Paul III 181.  
 Gauss, Dr. I 333; III 180, 211, 212, 219, 221.  
 Geddes I 318.  
 Georg V., König von England III 249.  
 Gerthwohl, Professor I 11.  
 Gessler, Dr., Reichswehrminister I 76, 78; II 79, 317; III 195, 206, 220.  
 Giannini, Privatsekretär Schanzers I 330, 331.  
 Gibbon I 18.  
 Giers de I 214, 215.  
 Gladstone I 57; II 115; III 181.  
 Godley, General II 192.  
 Gortschakow II 205.  
 Goschen I 68.  
 Goethe I 17; III 30.  
 Gorst I 57.  
 Grabski, poln. Ministerpräsident I 73, 84, 85.  
 Grahame, Lord I 117.  
 Grandi III 108.  
 Granville III 40.  
 Gregory I 329.  
 Grey of Fallodon, Lord I 9, 77; III 50, 53, 106, 107, 186, 305.  
**Haguënia** II 294.  
 Hahn, Victor II 292.  
 Haig, Earl Douglas I 305; III 53, 54.  
 Hajashi, Baron III 108.  
 Haldane, Richard Burdon II 58; III 50, 53.  
 Haller II 172.  
 Haniel, Staatssekretär II 129, 171.  
 Hankey, Sir Maurice I 185; III 120.  
 Hardinge II 137.  
 Harriman II 61, 62.  
 Hart, Liddell III 53.

- Harvey, Oberst, amerikan. Botschafter I 272.
- Hassel, Generalkonsul III 206.
- Hastings, Sir Patrick III 125.
- Havenstein, Rudolf, Reichsbankpräsident I 44, 347; II 62, 75, 280, 290, 321, 326; III 130, 131, 132, 133.
- Hawtrey II 118.
- Heims, Else III 283.
- Heine, Heinrich I 20.
- Heinrich, Prinz III 170.
- Heinze, Minister II 318.
- Helfferich, Karl I 148, 227; II 14, 60, 62, 63, 66, 69, 256, 326; III 12, 132, 133.
- Henniker, General I 200.
- Henach, Major I 302.
- Hergt, Oskar III 84, 302.
- Hermes, Andreas II 174, 238; III 93.
- Herrick, Myron, Botschafter II 323.
- Herriot, Edouard I 42; II 40, 41, 148, 149; III 16, 24, 86, 87, 88, 90, 97, 103, 105, 108, 110, 120, 127, 160, 161, 167, 168, 169, 170, 182, 184, 198, 213, 247.
- Hilferding, Rudolf II 274, 277, 280, 289, 290.
- Hindenburg, von I 104, 247, 249, 300; II 58; III 191, 192, 193, 194, 199, 224, 228, 255, 261, 300.
- Hirsch, Staatssekretär II 120.
- Hitler, Adolf II 59, 313, 314, 317, 337; III 65, 71.
- Hoare, Sir Robert I 272.
- Hodgson III 223, 224.
- Höffer, General I 220.
- Hoffmann, General II 58, 210, 213, 214, 215; III 65, 66, 67.
- Holstein, Baron II 249; III 253, 254, 255, 307, 308, 309.
- Hoover, Herbert I 285.
- Horne, Sir Robert I 146, 160; II 109; III 125.
- Hoesch III 287, 288.
- Hötendorf, Conrad von II 214; III 52, 66, 105.
- Hötzsch, Professor I 310; III 234.
- Houghton, Allan, amerikan. Botschafter I 29; II 66, 186; III 104, 161.
- Hue I 82.
- Hughes, Charles Evans, amerikan. Staatssekretär II 185, 186, 187, 230, 235, 242, 245, 246, 324; III 77, 102, 103, 104, 153.
- Hummel, Dr., Staatspräsident II 101, 102.
- Hurst, Sir Cecil III 211, 237, 310.
- Hymans, belg. Außenminister, Paul I 80, 244; III 108.
- Jagow, Traugott von I 114.
- Jaspar, belg. Außenminister I 122, 136, 166, 272, 276, 313, 322, 323; II 167, 229.
- Jay, Bankier III 116.
- Jenks, Professor II 154, 169, 192; III 130.
- Ingres III 181.
- Joffe I 331, 332.
- Joffre, Marschall I 304.
- John, Augustus III 25, 26, 180, 181, 182, 260.
- Jonescu, Take II 105.
- Jouvenel, Henri de I 272.
- Iawolsky I 222, III 119, 254.
- Jusserand I 85. III 297.
- Kahn, Otto H. I 108.**
- Kahr, von, bayr. Ministerpräsident I 111, 112; II 313; III 65, 71.
- Kapp, Wolfgang I 252; II 72, 141, 200, 321.
- Kardorff, Siegfried von II 321.
- Kastl, Dr. II 162.
- Katharina die Große I 99.
- Kellogg I 350; III 109.
- Kemal, Gasi Mustafa I 217; II 84, 131, 132, 133, 173.
- Kemmerer III 61.
- Kenworthy III 125, 126.
- Kerensky, A. F. I 224, 225.
- Kerr, Philip I 147; III 178, 179, 249.
- Kessler, Graf Harry II 239; III 93, 94.
- Keynes, Professor I 209, 210, 211; II 140, 154, 156, 159, 169, 192, 193; III 130, 131, 137, 249.
- Khan, Aga III 124.
- Kiderlen-Wächter, Alfred von I 195, 215; II 56.
- Kilmarnock, Lord I 185, 188; II 192.
- Kindersley III 60, 61.
- Kitchener, Lord Herbert III 53, 54.
- Kleinmichel, Gafin I 224.
- Kluck, Alexander, General von I 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306; II 53, 58, 213.
- Koltschak II 104.
- Köpke III 274.

- Korfanty, Albert I 197; II 172.  
 Kosciuszko III 179.  
 Krassin, L. B. I 198, 199, 258, 290; II 204.  
 Krestinsky, russischer Botschafter in Berlin  
 II 252.  
 Krupp, Gustav, von Bohlen u. Halbach  
 I 281, 335; II 204.  
 Kühlmann, Rich. v. I 138, 285, 298;  
 III 51, 53, 54, 55, 56, 77, 78, 79, 80.  
 Lansdowne III 309.  
 Laurent, Charles, französ. Botschafter  
 I 95, 96, 143, 152, 314; II 96, 98.  
 Law, Bonar I 67, 153; II 18, 19, 142, 143,  
 166, 168, 174, 175, 176, 179, 180, 184,  
 190, 191, 218, 220, 221, 255, 260;  
 III 152.  
 Lebbin, Frau von III 254.  
 Lecquis, General I 220, 221.  
 Lenin I 33, 199, 200, 212, 224, 290, 348;  
 II 146; III 74.  
 Lewis, Sir George I 108.  
 Leygues I 123, 128, 129.  
 Lichnowsky, Fürst I 166, 167, 168, 205;  
 III 50, 54.  
 Liman von Sanders, General I 212, 215.  
 Lincoln, Abraham II 134.  
 Lipton, Sir Thomas III 306.  
 Liszt, Franz I 229.  
 Litwinow I 320, 333; II 146, 197, 204.  
 Lloyd George I 49, 50, 51, 52, 53, 54, 72, 76,  
 77, 78, 81, 84, 85, 86, 135, 142, 145, 146,  
 147, 149, 153, 157, 158, 162, 163, 164,  
 165, 172, 175, 177, 179, 181, 182, 183,  
 184, 186, 199, 208, 209, 223, 243, 257,  
 264, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 280,  
 291, 292, 298, 299, 310, 311, 320, 322,  
 324, 327, 328, 330, 331, 332, 333, 339,  
 340, 341, 346, 347, 348, 350, 352, 353;  
 II 18, 19, 42, 64, 65, 92, 97, 104, 130,  
 131, 135, 136, 142, 143, 145, 175, 176,  
 177, 218, 260, 274, 328, 331, 332; III 32,  
 33, 69, 174, 178, 181.  
 Lobe, Reichstagspräsident I 114, 115, 310.  
 Logan, Oberst II 66; III 109.  
 Lossow, General von II 310, 313.  
 Loucheur, Louis I 127, 128, 132, 133, 136,  
 140, 142, 146, 151, 152, 153, 164, 166,  
 183, 218, 226, 231, 257, 265, 271, 276;  
 II 220, 221, 224, 225, 226, 227, 228;  
 III 24, 160, 225, 290.  
 Ludendorff, General Erich von I 206;  
 II 58, 71, 129, 213, 215, 313, 314; III 65,  
 66, 67, 71.  
 Ludwig XIII. II 32.  
 Ludwig XIV. III 298.  
 Ludwig XV. II 32.  
 Lumbkin, Tony II 331.  
 Luther, Dr. Hans I 47; III 13, 109, 133,  
 148, 151, 152, 156, 159, 161, 162, 165,  
 170, 177, 193, 199, 205, 206, 214, 216,  
 221, 232, 235, 244, 250, 251, 262, 264,  
 267, 276, 279, 281, 285.  
 Lytton, Alfred II 45.  
 Macdonald, Ramsay III 40, 41, 42, 43, 44,  
 46, 69, 70, 74, 75, 88, 90, 97, 108, 109,  
 110, 119, 120, 121, 124, 128, 186.  
 Maglieuse, General I 73.  
 Malcolm, General I 138.  
 Maltzan, Freiherr Adolf Gg. Otto von  
 I 265, 266, 286, 329, 331, 332, 333, 336,  
 337, 339, 345, 351, 352, 353; II 56, 57,  
 58, 148, 171, 197, 202, 204, 205, 225, 239,  
 240, 252, 253, 254, 255, 273, 274, 292,  
 293, 294, 295, 297, 312, 313, 334; III 57,  
 58, 84, 91, 92, 107, 114, 130, 142, 143.  
 Manet, Edouard III 181.  
 Manoury I 301, 302, 303.  
 Margerie, de, französ. Botschafter II 173,  
 182, 183, 184, 187; III 232, 233, 288,  
 289.  
 Marini I 225, 226.  
 Marsal I 129.  
 Marschall, Botschafter I 195.  
 Martino, de, italien. Botschafter I 101,  
 111; III 178.  
 Marx, Dr. Wilhelm, Reichskanzler II 326,  
 327; III 12, 85, 86, 97, 102, 109, 110,  
 111, 112, 113, 118, 121, 142, 191, 223.  
 Masaryk, Präsident I 85, 300.  
 Masterman, General I 313.  
 Maublère II 107, 113, 119.  
 McFadyean III 115.  
 McKenna I 147; III 59, 60, 62.  
 Melchior, Bankier I 217.  
 Mellon III 103.  
 Mendl, Sir Charles, engl. Botschafter III 124.  
 Michalski II 252.  
 Millerand, Alexandre, französ. Minister-  
 präsident I 72, 74, 79, 80, 85, 124, 125,  
 164, 273, 290.



Minghetti, Donna Laura II 312.  
 Mirbach, Graf I 281, 326.  
 Moltke, General Hellmuth von I 300, 302;  
 III 66, 309.  
 Montagu I 177, 179, 185; II 177.  
 Montaigne II 34.  
 Morgan, John Pierpont II 223, 224,  
 Müller I 148.  
 Müller, General II 317, 318.  
 Mumm, von I 333.  
 Murray, Prof. Gilbert III 263.  
 Mussolini, Benito II 167, 229, 275, 303,  
 329; III 197, 198, 200, 291.  
 Nansen, Fridtjof II 197.  
 Napoleon, Bonaparte II 143, 144, 279;  
 III 25, 67, 121.  
 Neurath, deutscher Botschafter II 275;  
 III 206.  
 Nietzsche, Friedrich I 228, 229.  
 Nikolaus II., Zar III 117, 119, 307.  
 Nollet, General I 197, 296, 313, 337, 338;  
 II 79, 95, 188, 190; III 108, 191, 192.  
 Norman, Gouverneur der Bank v. England  
 I 347; III 207.  
 Northcliffe, Alfred Ch. W. II 84, 85, 86.  
 O'Connor, T. P. III 183.  
 Oheimb, Frau von II 200, 240.  
 Painlevé III 92.  
 Palmerstone III 40.  
 Pasitsch II 136.  
 Pazelli, Nuntius I 105.  
 Peel III 181.  
 Peretti de la Rocca II 304.  
 Pertinax I 132, 239.  
 Pétain, General II 324; III 297.  
 Petlura II 83.  
 Pilotti III 211.  
 Pilsudski, Marschall I 62, 85, 86; II 172.  
 Pitt I 200.  
 Pless, Fürst III 45.  
 Poincaré, Raymond I 42, 53, 54, 129,  
 165, 177, 264, 267, 273, 277, 279, 286,  
 291, 292, 299, 309, 310, 322, 323, 324,  
 336, 340, 349, 350; II 14, 15, 17,  
 18, 19, 20, 34, 35, 36, 38, 39, 40, 41,  
 42, 63, 65, 69, 74, 82, 92, 93, 94, 97,  
 102, 106, 107, 112, 117, 119, 135, 136,  
 137, 138, 149, 153, 164, 165, 166, 167,

168, 169, 170, 173, 177, 179, 180, 185,  
 186, 187, 193, 198, 220, 221, 222, 230,  
 231, 234, 235, 240, 253, 257, 258, 262,  
 266, 267, 271, 275, 282, 290, 291, 294,  
 295, 297, 302, 303, 304, 309, 310, 311,  
 313, 323, 324, 328, 331, 333; III 12,  
 13, 23, 32, 56, 58, 63, 67, 69, 70, 74,  
 75, 79, 82, 86, 94, 103, 104, 132, 153,  
 155, 173, 209, 214.

Quinn III 181.

Radcliffe, Sir Percy, Generalmajor I 85;  
 III 297.  
 Radek, Karl I 206, 278, 279, 280, 281, 286,  
 290, 291, 320; II 146, 253, 292.  
 Rakowsky I 290, 291, 322, 331.  
 Rathenau, Dr. Walter I 29, 44, 52, 53,  
 54, 143, 194, 199, 200, 217, 218, 231,  
 251, 255, 258, 259, 264, 265, 268, 269,  
 271, 272, 273, 282, 283, 284, 285, 286,  
 294, 295, 296, 298, 299, 300, 308, 309,  
 311, 312, 313, 314, 318, 319, 320, 322,  
 327, 331, 333, 338, 339, 340, 341, 345,  
 346, 347, 350, 351, 352, 353; II 62,  
 64, 66, 67, 68, 69, 72, 73, 76, 77, 79,  
 80, 81, 117, 141, 174, 292, 315, 334;  
 III 130, 296.  
 Ratibor, Fürst I 215.  
 Raumer, Hans von II 277.  
 Reading, Lord I 152.  
 Rechberg I 169; III 67.  
 Reinhardt, Max III 283.  
 Rennekampf, General II 211, 212.  
 Rhodes, Cecil III 77.  
 Riddell, Lord I 275.  
 Ritscher, Dr., Direktor d. Dredener Bank  
 III 130, 133, 137.  
 Roberts, Lord III 53, 54.  
 Rockefeller, John Davison II 224; III 103.  
 Rolland III 211.  
 Le Rond, General I 241, 344.  
 Roseberry I 57; II 52.  
 Rosen, Dr. Friedrich, Außenminister  
 I 194, 198, 201, 207, 213, 222, 225,  
 230, 244, 265, 285.  
 Rosenberg, Frederic Hans Dr. II 180,  
 181, 182, 183, 184, 189, 195, 201, 202,  
 205, 206, 216, 217, 225, 238, 242, 243,  
 244, 246, 254, 255, 256, 265, 272, 274,  
 276, 334; III 130.

- Rozwadowski, Chef des poln. Generalstabs  
I 73, 85.  
Runciman I 147.  
Ruprecht, Kronprinz von Bayern I 104;  
II 71.  
Salisbury, Lord I 57, 228; II 168, 259;  
III 309.  
Samsonoff II 211, 212.  
Samuel, Sir Herbert I 123.  
Sasonow III 119.  
Sauerwein, Jules I 275.  
Sazonoff I 215.  
Schacht, Dr., Reichsbankpräsident I 47;  
II 280, 321; III 13, 133, 137, 151, 207,  
256, 257, 258.  
Schanzer, italien. Außenminister I 322,  
330, 331, 333.  
Scheidemann, Philipp I 230.  
Schiele, Martin III 234.  
Schiffer, Dr. I 189.  
Schlieffen, Alfred Graf von I 300; II 213;  
III 51.  
Schneider, Leiter der Creusotfirma II 222,  
223.  
Schopenhauer, Arthur I 229.  
Schroder, Dr. I 107, 152.  
Schubert, Carl von II 312; III 18, 38,  
40, 92, 110, 114, 144, 145, 147, 152,  
162, 174, 180, 220, 228, 237, 246, 247,  
248, 261, 262, 277, 310.  
Schurman I 29.  
Schweninger II 281, 282.  
Scialoja III 108.  
Seeckt, General von I 72, 76, 77, 78;  
II 58, 59, 60, 200, 310, 314, 316, 320,  
321, 328; III 71, 252.  
Seipel, Dr. Ignaz II 110, 111, 112.  
Seydoux, Direktor der Handelsabt. im  
Quai d'Orsay I 127, 132, 140, 152.  
Sforza, Graf, italien. Außenminister I 72,  
74, 84, 211, 212, 226.  
Shakespeare, William III 30.  
Simon II 98; III 125.  
Simons, Dr. Walter I 73, 74, 79, 80, 94,  
95, 96, 103, 105, 111, 131, 139, 140, 141,  
142, 143, 144, 145, 148, 150, 151, 153,  
156, 157, 158, 159, 161, 163, 164, 169,  
170, 171, 173, 176, 198, 235; II 334.  
Simson, von I 335, 336; II 119, 120.  
Skrzynski, poln. Außenminister III 225.  
Snowden I 200; III 121.  
Solf, Dr. II 297.  
Spengler, Oswald II 333.  
Madame de Staël I 15, 17, 19, 20.  
Stamfordham, Lord II 259.  
Stamp, Sir Josiah III 60, 62, 109.  
Stein, Professor III 130, 133, 137.  
Stewart, Kapitän I 306.  
Stinnes, Hugo I 29, 45, 73, 79, 80, 83,  
202, 258, 268, 281, 282, 296, 345;  
II 60, 61, 62, 66, 67, 68, 70, 81, 110,  
120, 121, 129, 153, 222, 252, 255, 256,  
271, 273, 328; III 130, 132.  
Shamer, Dr. I 105, 188; II 284; III 74,  
162, 164.  
Stresemann, Dr. Gustav I 13, 56, 185, 186,  
187, 188, 189, 191, 192, 201, 232, 240;  
II 42, 58, 69, 141, 174, 183, 239, 240,  
256, 268, 270, 271, 272, 273, 274, 275,  
276, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 294,  
295, 300, 301, 302, 312, 314, 316, 318,  
319, 320, 326, 327, 328, 332, 333, 334;  
III 11, 12, 16, 17, 19, 20, 21, 22, 23,  
24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 50, 60,  
62, 63, 71, 72, 73, 82, 84, 85, 86, 87,  
91, 92, 95, 97, 102, 103, 109, 110, 113,  
114, 118, 119, 120, 121, 122, 132, 133,  
142, 143, 147, 148, 152, 158, 159, 160,  
163, 165, 166, 172, 173, 174, 179, 180,  
181, 182, 186, 190, 191, 193, 197, 198,  
199, 200, 203, 205, 206, 212, 214, 216,  
218, 220, 221, 225, 228, 232, 235, 244,  
247, 248, 249, 250, 251, 259, 260, 262,  
264, 265, 266, 267, 276, 278, 279, 280,  
281, 282, 285, 293, 295, 300, 301, 302,  
303, 304, 310.  
Strong, Benjamin III 207.  
Strousberg III 49.  
Stuart, Sir Harold I 200.  
Stumm III 308.  
Suchomlinow, Chef d. russ. Generalstabs  
II 214.  
Sudermann, Hermann III 295, 296.  
Szechenyi, österr. Botschafter I 113.  
Tacitus I 15, 18.  
Tagore, Rabindranath I 201, 202.  
Talaat Pascha I 98, 195, 196, 212, 213,  
214, 216, 219; II 138.  
Talleyrand III 254.  
Tardieu I 92, 93.

- Theunis, Georges I 117, 136, 152, 166, 272, 276, 322; II 167, 180; III 88, 108, 121.
- Thomas, Albert I 267; III 108.
- Thurn u. Taxis, Fürst von I 113.
- Thyssen, August II 70.
- Tiark I 346, 347.
- Tirard, Präsident d. Rheinlandkommission I 256; II 303.
- Tirpitz, Großadmiral von I 98; II 205, 250; III 78, 82, 83, 84, 86, 105, 171, 192, 206, 255, 305.
- Torretta, Marchese della I 223, 225, 226, 272; II 180.
- Trotzki, Leo I 200, 224, 344; II 146, 214, 215.
- Tschirschky III 309.
- Tschitscherin, G. W. I 219, 281, 320, 322, 333, 345, 351, 352, II 82, 83, 103, 104, 128, 146, 172, 177, 197, 201, 202, 203, 204, 253; III 58, 59, 232, 233, 235, 236, 252, 253, 287.
- Tuszar, tschechischer Gesandter I 315; II 72, 172; III 47, 81, 122.
- Tyrell, Sir William II 284.
- Uden, Dr. III 263.
- Urquhart, Leslie I 225.
- Vansittart, Privatsekretär Lord Curzons I 176.
- Viktoria, Königin I 15; III 80.
- Vissering, Dr., Leiter d. holländ. Staatsbank II 147, 159, 162; III 130, 131, 132.
- Viviani, René I 127, 174; II 153.
- Wagner, Cosima I 229.
- Wagner, Richard I 228, 229.
- Waldersee, Alfred, Graf von II 250.
- Wangenheim, von I 215; III 78.
- Warsky II 206.
- Watteau, Antoine II 32.
- Wauchope, General I 200; III 165.
- Wedekind, Frank II 248; III 283, 284.
- Wedekind, Tilly III 283, 284.
- Weiß, Polizeidirektor II 73.
- Weizmann, Dr. I 262, 263, 264.
- Westarp, Graf Kuno von I 227; III 234.
- Weygand, General I 60, 63, 85, 86, 126, 127; II 132, 133, 134; III 297.
- Wiedfeldt, Otto, Dr. I 298, 299; II 185.
- Wilde, Oscar III 295.
- Wilhelm, Kronprinz I 247; II 310, 314, 315, 322; III 84, 99, 266.
- Wilhelm I., Deutscher Kaiser III 52.
- Wilhelm II., früherer Deutscher Kaiser I 9, 74, 104, 215, 228, 247, 294, 295, 297; II 246, 247, 250, 312; III 52, 53, 78, 80, 87, 98, 105, 116, 117, 170, 171, 305, 306, 307, 309.
- Wilson, Sir Henry, General I 135; III 53.
- Wilson, Woodrow I 37, 73, 82, 83, 159; III 62, 178, 179.
- Wirth, Dr. Josef, Reichskanzler I 52, 53, 99, 100, 101, 105, 107, 176, 192, 193, 194, 198, 199, 201, 203, 211, 219, 221, 230, 240, 244, 254, 256, 257, 268, 280, 282, 283, 284, 299, 322, 327, 333, 339, 346; II 55, 56, 64, 69, 72, 73, 74, 76, 77, 82, 87, 90, 91, 93, 94, 95, 105, 111, 112, 120, 129, 140, 141, 152, 153, 161, 162, 163, 217, 244, 315, 326, 334; III 130, 131, 137, 191, 192.
- Wise I 329, 332, 333, 341, 353; II 274.
- Wolff, Drummond I 57.
- Wolff, Otto II 110.
- Wolff, Theodor I 168; II 292.
- Wolff-Metternich, Graf I 197; III 306.
- Worowsky II 251.
- Worthington-Evans, Sir Laming I 177, 179, 272.
- Wrangel, General I 104, 113, 297; II 104.
- Wyndham, George I 57.
- Young, Owen, Dr. II 15; III 60, 61, 63, 64, 76, 109, 115.
- Younger II 175.
- Zaharoff, Sir Basil II 328.
- Zedlitz-Trützschler III 105.
- Zeigner, Ministerpräsident, Dr. II 317, 318.
- Zimmermann I 114.

Im gleichen Verlag erschienen:

Im gleichen Verlag erschienen:

## FREIHERR VON ECKARDSTEIN

### Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten

2 Bände / Band I (2 Halbleinen M. 8.— / Band II  
in Halbleinen M. 9.— / In Halbleder, vom Autor  
gezeichnet, beide Bände M. 33.50

### Die Hohenzollernzeit

(III. Band der Erinnerungen und politischen Denk-  
würdigkeiten) / In Halbleinen M. 6.—, in Halbleder  
M. 12.50

Ein Buch von größtem historisch-politischem und  
anekdotischen Interesse. *Kreuzzeitung*.

## OTTMAR VON MOHL

### fünfzig Jahre Reichsdienst

In Halbleinen M. 7.—

Man kann sich kaum ein Werk denken, das die  
Memoiren der Großen besser ergänzt und vieles ver-  
ständlicher macht, was sich in unseren Beziehungen  
zum Auslande entwickelt hat. *Neue Leipziger Zeitung*.

### Ägypten

(2. Band der „Fünfzig Jahre Reichsdienst“)  
In Halbleinen M. 7.—

Das maßgebende wirtschaftlich-politische Werk über  
Ägypten.

## JOSEF GRAF STÜRGGH

### Im großen deutschen Hauptquartier

In Halbleinen M. 5.—

Ein geschichtliches Erinnerungswerk bedeutenden  
Formats.

### Politische und militärische Erinnerungen aus meinem Leben

In Halbleinen M. 9.—

Das wichtigste österreichische Memoirenwerk.

## WOODROW WILSON

### Verfallenes!

### MEMOIREN UND DOKUMENTE

Herausgegeben von R. St. Baker / 3 Bände / In  
Halbleinen je M. 7.50

Gestützt auf das Quellenmaterial der amerikanischen  
Regierung. / Das wichtigste von all den hundert  
Memoirenbüchern über Erdteile.

*8-Uhr-Abendblatt, Berlin.*

## LLOYD GEORGE

### Ja wirklich Friede?

Übersetzt und eingeleitet von Reichsaußenminister  
a. D. Dr. W. Simons / In Leinen geb. M. 5.50

Eine scharfgeschliffene Waffe gegen den Versailler  
Diktatfrieden.

PAUL LIST VERLAG / LEIPZIG

PAUL LIST VERLAG / LEIPZIG

Im gleichen Verlag erschienen:

Im gleichen Verlag erschienen:

## GASI MUSTAFA KEMAL

### *Der Herr Europa und Asien*

Eine Lebensgeschichte von Dagobert von Mikusch  
Mit einer Karte und sechzehn Bildtafeln / Geheftet  
M. 5.—, in Leinen M. 10.—

## LENIN

### *Verfechter und Diktator im Osten*

Von Valeriu Marcu / 13. Auflage / Mit vielen  
Bildtafeln / Geheftet M. 6.—, in Leinen M. 10.—

## MUSSOLINI

### *Dem Maurer zum Diktator*

Nach autobiographischen Unterlagen von Margherita  
Sarfatti / Einzig autorisierte deutsche Ausgabe  
Herausgegeben von Alfred M. Balke / 29., verbesserte  
Auflage / Mit vielen Bildtafeln / Geheftet M. 6.—,  
in Leinen M. 10.—

## SCHARNHORST

### *Die Geburt einer Militärmacht in Europa*

Von Valeriu Marcu / 10. Auflage / Mit vielen Bild-  
tafeln / Geheftet M. 7.—, in Leinen M. 10.—

## LASSALLE

### *Die Macht der Illusion —*

### *Die Illusion der Macht*

Von Arno Schirokauer / 10. Auflage / Mit acht  
Bildtafeln / Geheftet M. 7.—, in Leinen M. 10.—

## GRAF MIRABEAU

### *Der Volkstribun*

### EIN STÜRMISCHES LEBEN

Von Henry de Jouvenel / Deutsch von Lilly  
Nevinny / Mit acht Bildtafeln / Geheftet M. 7.50,  
in Leinen M. 10.—

## BÖRNE

### *Revolutionär und Patriot*

Von Ludwig Marcuse / Mit acht Bildtafeln  
Geheftet M. 6.—, in Leinen M. 10.—

PAUL LIST VERLAG / LEIPZIG

PAUL LIST VERLAG / LEIPZIG